Deutsche Pressestimmen in der Julikrise

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich Wilhelms-
Universität in Bonn

Vorgelegt von
Theo Goebel
aus Essen.

93 86

Verlagsanstalt Heinr. & J. Lechte, Emsdetten (Westf.)
1 9 3 9

Deutsche Pressestimmen in der Julikrise

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität in Bonn

Vorgelegt von
Theo Goebel
aus Essen.

93 86

Verlagsanstalt Heinr. & J. Lechte, Emsdetten (Westf.)
1939

Referent: Professor Dr. Kern.

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Mai 1938.

Meinem verehrten Lehrer
Professor Dr. Hans Hallmann
in Dankbarkeit gewidmet.

Inhaltsübersicht.

		Seite:
Vorwort:		1
I Kapitel:	Von Serajewo zum Ultimatum.	4
	Der Mord. — Franz Ferdinand.	4
	Abriß der diplomatischen Geschehnisse.	13
	Die Probleme.	15
	Hartwigs Tod.	41
	Vor dem Sturm.	43
	Am Rande der Krise.	65
	Rückblick.	69
II. Kapitel:	Das Ultimatum (24./25. Juli).	73
	Die möglichen Stellungnahmen.	73
	Norddeutsche Allgemeine Zeitung.	74
	Kölnische Zeitung.	75
	Kreuzzeitung.	77
	Frankfurter Zeitung.	79
	Berliner Tageblatt.	82
	Vossische Zeitung.	84
	Münchner Neueste Nachrichten.	87
	Leipziger Neuste Nachrichten.	88
	Die Zentrumspresse.	89
	Die Opposition der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.	92
	Der Vorwärts.	95
	Zusammenfassung.	97
III. Kapitel:	Zwischen Krieg und Frieden. (Vom 26. bis 29. Juli)	100
	Der diplomatische Verlauf vom 24. bis 28. Juli.	100
	Die Presse am 26. Juli.	102
	Zusammenfassung.	110
	Die Presse am 27. Juli	111
	Die Presse am 28. Juli	124
	Zusammenfassung.	136
	Die Presse am 29. Juli	138
	Rückblick.	148

		Seite:
IV. Kapitel:	Die Entscheidung. (Vom 30. Juli bis 2. August)	151
	Der diplomatische Verlauf vom 29. Juli bis 1. August.	151
	Die Presse am 30. Juli.	153
	Zusammenfassung.	166
	Die Presse am 31. Juli.	167
	Zusammenfassung.	177
	Die Presse am 1. August.	177
	Die Presse am 2. August.	184
V. Kapitel:	Die Katastrophe. (Vom 3. bis 5. August).	190
	Der diplomatische Verlauf vom 2. bis 4. August.	190
	Die Presse am 3. August.	191
	Die Presse am 4. August.	196
	Kommentar zur englischen Kriegserklärung.	201
VI. Kapitel:	Das Ergebnis.	208
	Die Problemkreise.	209
	Kritische Betrachtung.	220

Verzeichnis der Abkürzung von Zeitungsnamen:

K.Z.	= Kölnische Zeitung.
Kr.Z.	= Kreuzzeitung.
Fr.Z.	= Frankfurter Zeitung.
Berl. Tgbl.	= Berliner Tageblatt.
Voss. Z.	= Vossische Zeitung.
M.N.N.	= Münchener Neueste Nachrichten.
L.N.N.	= Leipziger Neueste Nachrichten.
K.V.Z.	= Kölnische Volkszeitung.
E.V.Z.	= Essener Volkszeitung.
R.W.Z.	= Rheinisch Westfälische Zeitung.

Vorwort.

Diese Arbeit beabsichtigt nicht, die Spalten einer Auswahl der größten deutschen Zeitungen in Verbindung mit den Aktenveröffentlichungen und Memoiren einer genauen Durchforschung zu unterziehen, um vielleicht dabei einen bescheidenen Beitrag zum diplomatisch-politischen Verlauf der Julikrise zu gewinnen. Die vorliegende Arbeit will nur einen Beitrag zu dem noch nicht geschriebenen Kapitel der „öffentlichen Meinung" in diesen schicksalsschweren Wochen Europas liefern, sie will nur darstellen, was mit einem einfachen Ausdruck, „man sich gedacht hat" in Deutschland, in den Wochen, die zur Weltkatastrophe führten, wie der Öffentlichkeit in der Tagespublizistik die Weltlage gezeigt wurde, welche Hoffnungen und Befürchtungen darin zum Ausdruck kamen, welche Lösungsmöglichkeiten gesehen wurden, welche Temperatur die politische Fieberkurve aufwies, und welche Richtung sie zeigte. Sie will also sozusagen den Hintergrund, seinen deutschen Teil, erhellen, vor dem sich in den auswärtigen Ämtern und den Residenzen die Tragödie eines in den Weltkrieg hineingleitenden und stürzenden Europa abrollte. Die schwierige Frage allerdings, inwieweit die deutsche Presse Ausdruck der tatsächlich, als Untergrund, vorhandenen öffentlichen Meinung ist, vielmehr war — denn im heutigen autoritären Staat gelten ganz andere Maßstäbe — und inwieweit sie diese öffentliche Meinung im einzelnen Falle und zu bestimmten Zwecken erst bewußt machte, sei es aus Partei- oder Regierungsgesichtspunkten oder auch nur aus der eigenen Überzeugungskraft führender Journalisten, fühle ich mich nicht berufen zu lösen. Sie dürfte ganz auch wohl nie gelöst werden, da solch ein in seiner Vielheit undurchdringlicher Komplex sich einer regelrechten wissenschaftlichen Durchleuchtung entzieht. Diese ungelöste, tiefere Frage hindert freilich nicht, daß die „öffentliche Meinung" einen durchaus gebräuchlichen und allgemein verständlichen Begriff in der demokratisierten Politik des 19. und 20. Jahrhunderts bildet, und als solcher findet er hier Verwendung.

Das Gewicht liegt daher im Folgenden auf der Zusammenstellung, Betrachtung und Auswertung der eigenen Stellungnahme der Schriftleitungen zu der Fülle des Nachrichtenmaterials, das ihnen zuströmte, wobei natürlich auf eine knappe Kennzeichnung dessen, was ihnen zu-

strömte, nicht ganz verzichtet werden kann, zumal ja meist in der Heraus- oder Zurückstellung schon eine Stellungnahme liegt. Nicht ganz zu übersehen ist auch bei der Einschränkung des Themas die Frage nach der Presse als Instrument der Regierung[1], als bewußt benutztes Mittel im Kampf der Diplomatie. Bei den als offiziös bekannten Blättern, der „Kölnischen Zeitung" und vor allem der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", ist sie einfach gelöst, da wir jeden Leitartikel in kritischer Stunde als inspiriert ansehen dürfen und müssen. Bei den übrigen hier untersuchten Zeitungen gilt die resignierende Feststellung, die in dem Satz über die öffentliche Meinung getroffen wurde, sie entzieht sich der fruchtbaren Untersuchung, die auch nicht in den Rahmen der gestellten Aufgabe hineinpassen würde. Es soll hier, um ein Bild zu gebrauchen, mit dem breiten Pinsel dargestellt, nicht mit der Spitze der Feder gezeichnet werden. Daß allerdings schon in der Information eine Art der Inspiration liegt, das wird klar aus dem beherrschenden Bild der, wie man will überwältigenden oder trostlosen Einheitlichkeit in der Grundhaltung der deutschen Presseäußerungen in der Julikrise, womit ich ein Ergebnis vorwegnehmen darf, weil es auch so schon allgemein bekannt sein dürfte. Diese Uniformität hatte selbstverständlich noch weit mehr und tiefere Ursachen als diese, um das gleich zu erwähnen. Weiterhin sei noch bemerkt, daß die rein innenpoltische, historisch unbedeutende Seite der Publizistik im Juli 1914 wie etwa die Polemik der bürgerlichen Blätter gegen die Haltung der Sozialdemokratie, in der Darstellung ganz beiseite gelassen wurde. Ebenso sind z. B. die in der Presse damals breit behandelten albanischen Wirren oder die griechisch-türkischen Angelegenheiten, da sie zur Julikrise in keiner Beziehung stehen, nicht beachtet worden.

Zur methodischen Behandlung sei vorausgeschickt: Nach eingehender Erwägung bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß eine zeitgebundene Aufteilung des Stoffes hier besser angebracht ist als die im allgemeinen übliche überwiegend sachgebundene Aufgliederung nach den beherrschenden Gesichtspunkten. Die Struktur der Julikrise bringt es ja schon mit sich, daß eine zeitliche Einteilung zugleich im großen auch eine sachliche bedeutet. Und es erschien mir dem Wesen des Themas, eben der Presse mit ihrer durchaus „unmethodischen" Art, angebracht, die Äußerungen der einzelnen Zeitungen auch innerhalb

---

[1] Das einfachste Mittel der offiziösen Beeinflussung, die sogenannten Pressekonferenzen sind erst eine Einrichtung der Nachkriegszeit geworden.

jedes Abschnittes im wesentlichen so zu bringen und zusammen zu lassen und in der Reihenfolge wie sie im Juli 1914 geschrieben wurden. Die kurze Zusammenfassung der also, mit geringen Ausnahmen, in den klaren Zeitabschnitten der Julikrise aufgeteilten Presseäußerungen erfolgt hinter jedem Abschnitt, ihrer Zusammenfassung nach den beherrschenden Gesichtspunkten und Betrachtungen und Würdigung im weiteren Zusammenhang ist das Schlußkapitel vorbehalten. Die Begrenzung des Stoffes — als Grundlage dieser Arbeit diente die Untersuchung von 13 deutschen Tageszeitungen — macht eine solide vereinfachende Behandlung möglich, ohne daß unter ihr die Übersichtlichkeit leidet.

Von Serajewo zum Ultimatum.

Der Mord. — Franz Ferdinand.

Aus unserer historischen Vogelschau gesehen, in der alles Vergangene an der Entfernung untereinander verliert, bedeutet der dunkle Tag von Serajewo ein zuerst nur neues, schließlich endgültiges Glied in einer dichten, verhängnisvollen Kette von balkanischen Krisen, die 1909 begannen.

Aber für die Zeitgenossen dieser Jahre bedeuteten einige friedliche Monate, und das waren die Frühlingsmonate des Jahres 1914 zweifellos wenigstens relativ, die Herstellung auch einer verhältnismäßig friedlichen Atmosphäre, deren bestes Symbol der englische Flottenbesuch vom Juni darstellte.

In diese trügerische Stimmung hinein knallten die schwarzen Schlagzeilen der Mordnachricht, und grell bestrahlt lag wieder der Sorgenwinkel des alten Europa vor aller Augen.

Nur als akademisch ruhige Betrachtung hatte der Londoner Vertreter der „Kölnischen Zeitung" vom 28. Juni über die verbreiteten Gerüchte von einer serbisch-montenegrischen Union berichtet und die Gerüchte mit der Bemerkung bagatellisiert, daß Völker und Dynastien dieser beiden Staaten sich keineswegs freundlich gesinnt seien, und nur nebenbei auf das negative Interesse Österreich-Ungarns verwiesen.

Einen Tag später füllen diese beiden Gegenspieler die erste Seite aller Zeitungen. Denn sofort, ohne daß auch nur einer anderen Deutung Raum gegeben wird, rückt der Mord von Serajewo in allen Blättern in die Beleuchtung des österreichisch-südslawisch-serbischen Wetterwinkels. Die „Kölnische Zeitung" vom 29. und 30. 6. spricht vom Mord als Ausgeburt eines überspannten Nationalismus. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" vom 28. 6. abends: „Es ist nicht Zufall, daß die Mörder von Serajewo Slawen, Südslawen, Serben sind. Der Zar und die Habsburger ringen um die südslawische Seele. Der Zar als Willensvollstrecker des Panslawismus äugt nach Habsburgs slawischen Untertanen und die Habsburger wieder suchen ihren Slawenbesitz zum Kristallisationszentrum für die Kleinrussen und für Ruß-

lands Balkanschützlinge auszubauen. Der Gedanke war seit 1909 immer bestimmter ins Auge gefaßt, das österreichische Südslawien zu einem Paradies zu gestalten, das zu einem verlockenden Anziehungspunkt für alle Balkanslawen werden sollte. „Die Reichspost", das Blatt des Thronfolgers, stellte schon im Frühjahr 1910 „von besonderer Seite" den Plan der Umbildung Österreich-Ungarns in einem Bundesstaat auf, an den Serbien und Montenegro zwangslos angegliedert werden könnten, womit die Balkanfrage für Österreich gelöst sei. Die Antwort auf die Habsburgischen Liebesgesänge erscholl heute mit krachendem Getöse und scharfen Knall. Nicht mit Habsburg, sondern gegen Habsburg suchen die Südslawen ihre nationale Zukunft". — Ein Kommentar, in dem sich die spätere scharfe Oppositionshaltung zum Österreichischem Ultimatum, die der „Rheinisch Westfälischen Zeitung" (und der Berliner „Post") eine besondere Stellung in der deutschen Presse der Julikrise zuweisen, schon ankündigt. Denn dieser Kommentar richtet sich eher gegen Österreich als gegen den serbischen Nationalismus, der einfach sachlich gekennzeichnet wird.

Die „Frankfurter Zeitung" eröffnet in der selbstverständlichen Erkenntnis der tieferen Ursachen des Mordes eine Polemik gegen Serbien, wie sie in den folgenden Tagen das Gesicht der deutschen Presse bestimmt. — „Jugendliche Fanatiker eines nationalen Fanatismus, der durch jahrhunderte lange Unterdrückung hervorgerufen wurde", so lautet zunächst ihre Formel. „Die Ausartung der nationalen Agitation gegen Österreich zu politischen Morden wird aber möglicherweise sogar in Petersburg, wo man ja jene Bewegung nicht ungern gesehen hat, doch gewisse unbehagliche Empfindungen hervorrufen" (29. 6.) Schwere Folgen für Österreich sieht die „Frankfurter Zeitung" voraus und sie gibt mit folgendem Satz ihre Erkenntnis über den Hintergrund des Verbrechens: „Aber gerade diese Vorstellung von einer neuen Zeit österreichischer Weltpolitik war es, die auf der anderen Seite die südslawischen Feinde der österreichischen Macht aufs heftigste erregt und in einen fanatischen Taumel versetzt hat, der vor dem blutigen Verbrechen umso weniger zurückgeschreckt ist, als der politische Mord ja von alters her in der Geschichte der Serben eine nicht geringe Rolle spielt und nicht in demselben Maße Empfindungen des Abscheus erregt, wie sie im allgemeinen den Mittel- und Westeuropäer bewegen". Des weiteren gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß in Österreich als Reaktion nicht der Weg einer gefahrvollen Expansionspolitik eingeschlagen wird statt einer friedlichen und notwendigen Reaktion im Innern.

Eine solche Warnung findet sich sehr selten in der bürgerlichen Presse, statt dessen sehr viel offene Befürchtungen des Gegenteils, also zu wenig energische Politik Österreichs. — Mit dem Hinweis auf den Mord als politisches Mittel in der serbischen Geschichte, insbesondere auf den unvergessenen Königsmord von 1903, und auf die allgemeine kulturelle Rückständigkeit der Serben sowie mit dem Fingerzeig auf die westeuropäische Kulturgemeinschaft demgegenüber ist ein Thema angeschlagen, das in unaufhörlicher Wiederholung in den Spalten fast aller Blätter wiederkehrt und in dem der liberale, selbstbewußte Zivilisationsglaube des Mitteleuropäers sich widerspiegelt. Die Hoffnung auf Solidarität der westeuropäischen Kulturgroßmächte erwies sich freilich den realpolitischen Weiterungen der Bluttat von Serajewo gegenüber als zu optimistisch, ebenso wie der Gedanke der monarchischen Solidarität gegenüber den balkanischen „Königsmördern".

Die Münchener Neuesten Nachrichten" sind ebenfalls am 29. 6. schon der Tatsache sicher, daß der Mord in der großserbischen Bewegung seine tiefere Ursache hat, zuerst freilich mit der Einschränkung: „Dennoch muß man sich hüten, im Augenblick hüten, eine große politische Bewegung in Bausch und Bogen für die Untat von Serajewo verantwortlich zu machen". Das Zitat aus der Ausgabe vom 1. Juli lautet schon kräftiger: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß es sich um ein großserbisches nationales Komplott handelt, das gleich allen anderen großserbischen Bestrebungen und Verschwörungen in letzter Linie den Zweck hatte, durch Verbreitung von Schrecken und Entsetzen den Zusammenhang Bosniens und der Herzegowina mit der Monarchie zu lockern und dann zu lösen. Es ist selbstverständlich, daß sich auch nach dieser Schreckenstat der politische Standpunkt der Monarchie in der südslawischen Frage nicht ändern wird, sondern daß man auf dem Standpunkt stehen bleibt, hier sind wir und hier bleiben wir".

Die „Kreuzzeitung" vom 29. 6. betont ebenfalls, daß nicht gewöhnliche Anarchie, sondern nationalpolitische Bestrebungen die Ursache des Mordes bilden. Am folgenden Tag wird dann die Einschränkung hinzugefügt: „Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß zwischen der amtlichen serbischen Politik und den Attentätern ein Zusammenhang besteht", wohl aber sei eine Verbindung der Täter mit hohen politischen Persönlichkeiten durchaus möglich. „Auf jeden Fall hoffen wir, daß es gelingen möge, den wirklichen Hintergrund des verabscheuungswürdigen Verbrechens klar zu legen, wenn wir auch den Wunsch haben, daß daraus

weitergehende politische Maßnahmen der österreichischen Regierung nicht zur Notwendigkeit werden möchten".

Die übrigen großen bürgerlichen Blätter, wie „Vossische Zeitung", „Berliner Tageblatt", „Berliner Neueste Nachrichten", „Leipziger Neueste Nachrichten", geben in ihren ersten Artikeln ähnliche Gedanken über die großserbische Bewegung Ausdruck.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt am 30. 6.: „Europa hat über Nacht eine der ernstesten Gefahren entdeckt, von denen seine Ruhe, von denen der friedliche Fortbestand aller Verhältnisse dieses Erdteils bedroht ist. Die großserbische Bewegung, die im Sinn ihrer Urheber nur durch einen Weltkrieg zu lösen ist".

Der „Vorwärts" schließt sich von den üblichen Kundgebungen des Abscheues nicht aus. Er folgert aber gleich den radikalen Schluß und die Mahnung an die Regierung daraus, statt der österreichischen Bindung müsse man die englische suchen und eine Front West- gegen Osteuropa bilden. Für ihn beginnt östlich der Elbe die Urheimat aller Autokraten, Monarchisten und Nationalisten. Der Habsburgerstaat und der serbische Chauvinismus sind ihm beide gleich unsympathisch. Von dieser doppelten Feindseligkeit wird dann seine Haltung in den nächsten Wochen mitbestimmt, bis auf dem Höhepunkt der Krise schließlich der prinzipielle Pazifismus und richtige realpolitische Einsicht sogar stärker sich erweisen als der abgründige Haß gegen das Zarentum.

Eine gewisse Sonderstellung nehmen gleich in den ersten Äußerungen zu Serajewo durch ihre Heftigkeit die Organe des Zentrums ein. Für den politischen Katholizismus bedeutete die Ermordung des Erzherzogs einen äußerst schwerwiegenden Verlust, da er als Vertreter, hervorragendster sogar einer streng an katholische Grundsätze gebundene Politik galt, und mit seinem Regierungsantritt eine bedeutende Stärkung der letzten katholischen Großmacht, der Trutzburg des Vatikans im liberalen, protestantischen und orthodoxen Europa erhofft wurde. Hoffnungen, die in negativer Beleuchtung bald von der „Rheinisch Westfälischen Zeitung" erwähnt werden.

Die „Germania" vom 1. Juli schreibt: „Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der Erzherzog und seine Gemahlin das Opfer einer großserbischen Verschwörung geworden sind, welche in der Hauptstadt Belgrad ihren eigentlichen Sitz und die Quellen ihrer Unterstützung hat". (2. 7.). „Ganz Europa muß endlich dem Serbentum klarmachen,

daß eine Verfolgung politischer Ziele mit Dynamit und Pistolen nicht geduldet wird".

Auch hier fehlt nicht der entrüstete Fingerzeig auf den Königsmord von 1903.

Die „Kölnische Volkszeitung" vom 1. Juli äußert sich unter der bezeichneten Überschrift „Der großserbische Mordplan". „Ein in Belgrad mit verteilten Rollen und dem Ziele unbedingter Erfolgssicherheit geschmiedeter Mordplan, das ist der vorherrschende Eindruck, den die Welt bisher bei dem furchtbaren Vorgang in Serajewo gewonnen hat. Der Mord von Serajewo ist ein nationalistisches Verbrechen gegen Österreich, gegen das Germanentum". Diese Sätze klingen aber noch maßvoll gegenüber dem temperamentvollen Kommentar, mit dem die „Essener Volkszeitung" nächst der Kölnischen Namensvetterin die größte und einflußreichste Vertreterin des westdeutschen Zentrums, die Schreckenskunde am 29. 6. begleitet: „Ein Lotterbube mit slawischem Blut hat die Tat vollbracht, ein Angehöriger jener Rasse, deren Geschichte einer großen Mordstatistik ähnlich sieht".

Dieser eine Satz beleuchtet eine politisch nicht unbedenkliche Unterströmung im deutschen Volke, das weithin vorhandene Bewußtsein einer natürlichen Feindschaft zwischen Slawen und Deutschen, die eines Tages zum Ausbruch kommen müsse. Wir werden ihr noch öfter begegnen, bis sie auf dem Höhepunkt der Julikrise Rußland gegenüber zum unverhüllten Ausbruch kommen wird.

Soweit als kleine Auslese die ersten Stellungnahmen zu dem Attentat. Ihnen schließen sich z. T. unmittelbar die Nachrufe auf den Ermordeten an, mit ausführlichen Würdigungen seiner politischen Bedeutung, die man ihm allenthalben in ausgesprochenem Maße zuerkannte, verbunden weiterhin mit den Mutmaßungen über die Folgen seines Verlustes für die verbündete Monarchie. Auch hier eine Auslese.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 30. 6. würdigt den Erzherzog als die Hoffnung Österreichs, als Freund des deutschen Kaisers und als untadeligen Mann". Was aber auch die Mörder zu ihrer finsteren Tat getrieben haben mag, der gewaltige und ehrwürdige Bau des Habsburgischen Reiches wird durch solchen Frevel nicht erschüttert. Die Völker, die unter dem Doppeladler zu Größe und Gedeihen gelangt sind, werden sich nur fester um ihren Kaiser und König schließen".

Die „Kölnische Zeitung" (29. 6.) hebt Franz Ferdinands Wirken für die österreichische Wehrmacht hervor und betont das unbedingte Treueverhältnis des Toten zum Deutschen Reich. Nach Überzeugung des Erzherzogs seien beide Reiche fest aufeinander angewiesen und müßten sich auch da unterstützen, wo kein unmittelbares Interesse eines Partners vorliege. (Die deutsche Presse der nächsten Wochen in ihrer überwältigenden Mehrzahl bewies, daß diese angebliche Überzeugung des Thronfolgers für sie ein politisches Dogma bildete). — Er sei kein grundsätzlicher Gegner Italiens gewesen und ein Befürworter einer Verständigung mit Rußland. In der Innenpolitik sei er sowohl Gegner der Ungarn wie eines deutschen Zentralismus gewesen.

Wenn die K. Z. den Mord als Ausgeburt eines überspannten Nationalismus bezeichnet, so fügt sie ausdrücklich hinzu, daß gerade das Opfer unschuldig war an der Zuspitzung der Lage, wenn auch sein politisches Blickfeld, getreu der Habsburger Tradition, nach Südosten gezeigt hätte. Trotz des schweren Verlustes sei Österreich aber noch keineswegs am Ende: „Österreich wird bestehen trotz aller Unkenrufe sozialistischer Weltverbesserer und mancher angeblichen Freunde, die im Grunde doch nur bei einem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie auch die Vernichtung des Deutschen Reiches erhoffen und ersehnen. Österreich-Ungarn wird bestehen, weil sein Bestehen eine Notwendigkeit ist, und käme es zum Äußersten, so würden sich auch die Nationalitäten davon überzeugen, die heute, oft unter Beeinflussung von jenseits der Grenze andere Schlagworte im Munde führen" (30. 6.).

Obwohl die „Kreuzzeitung" sich auch über die großserbischen Hintergründe des Mordes im klaren ist, führt sie die Tat nicht auf eine Reaktion des Serbentums gegen einen angeblichen Plan des Erzherzogs zurück, eine südslawische Monarchie im Rahmen der Donaumonarchie zu schaffen. „Dieses hieße doch den Teufel mit Belzebub austreiben".

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" schätzen den Verlust, der den Bundesgenossen getroffen hat, als Katastrophe ein, und schließen mit dem pathetischen Satz: „Die Doppelmonarchie ist ins Lebensmark getroffen, Gott schütze Österreich"!

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" sehen in Franz Ferdinand in erster Linie den autokratischen Zentralisten. „Der ermordete Erzherzog war durch und durch zentralistisch gesinnt, und unter seiner Regierung wäre man in Wien allen etwaigen serbo-kroatischen Abbröckelungsbestrebungen scharf entgegen getreten" (29. 6.).

Die „Frankfurter Zeitung" (30. 6.) betrachtet den Erzherzog als den Träger eines österreichischen Imperialismus, der sich aber durchaus mit slawophiler Politik vertragen habe. Schwere Folgen für Österreich achtet sie zwar für unvermeidlich, gibt aber dabei der Überzeugung Ausdruck, daß auch in Krisenzeiten die Lebenskraft eines solchen Großstaates noch sehr fest gegründet sei.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" widmen am 4. 7. unter der Überschrift „West-östliche Phantasien" einen Leitartikel dem in der allgemeinen Vorstellung mit Franz Ferdinand fest verbundenen Plan, ein trialistisches Reich an die Stelle der Doppelmonarchie zu setzen, und sehen eine weitere Zersplitterung des Reiches voraus, da das Slawentum schon so im ständigen Vordringen begriffen sei, besonders jetzt, wo mit Franz Ferdinand, der starke Mann ausgeschieden sei. Auch die „Leipziger Neuesten Nachrichten" leben in der festen Vorstellung einer unvermeidlichen germanisch-slawischen Auseinandersetzung.

Mit der bezeichnenden Überschrift „Der Aufstieg zur Legende" beginnt das „Berliner Tageblatt" in einigem zeitlichen Abstand am 6. 7. seinen Nachruf und kommt zu dem Ergebnis: „Dennoch ist es wahrscheinlich, daß aus der Fülle der Gegensätze und Widersprüche und aus dem Anekdotenklatsch vor allem eine Empfindung übrig bleibt, daß er ein Mann und nicht nur ein Erzherzog der Hoftafel gewesen ist". Auf ihn hätten alle mit Bangen, aber auch mit Hoffnungen gesehen, jetzt sinke wieder alles in die hergebrachte Halbheit zurück. Auch er hätte wohl nicht alle Pläne verwirklicht, die ihm zugeschrieben wurden, sondern nach dem Tag regiert. Durch seine Undurchschaubarkeit werde Franz Ferdinand zur legendären Gestalt werden, deren Schatten den zukünftigen Herrscher noch öfters stören könne.

Einem Nachruf der „Germania" (aus Wien) vom 3. 7. entnehme ich folgenden Kernsatz: „Erzherzog Franz Ferdinand war nicht nur als intimer persönlicher Freund des Kaisers, sondern auch als deutscher Fürst aus der tiefsten Überzeugung von der Notwendigkeit ein Anhänger des Bündnisses, und alle seine Handlungen auf dem Gebiete der äußeren Politik wie auch auf dem Gebiete der Wehrmacht waren von diesem Leitgedanken orientiert".

Die „Essener Volkszeitung", die Franz Ferdinand als Serbenfreund sieht, malt in düstersten Farben die möglichen Folgen für die Welt nach diesem Mord, der einen der erfolgreichsten Faktoren des europäischen Friedens gefällt habe, und sie gibt der Furcht Ausdruck, Österreich könne bis in die Grundfesten erschüttert sein.

Weder als Garanten des Friedens noch als deutschen Fürsten sieht die alldeutsche „Rheinisch Westfälische Zeitung“ den Toten in einem noch am Abend des 28. 6. erschienenen Nachruf „Franz Ferdinand“, der allerdings wesentlich über diese Themastellung hinaus geht und zu einer polemisch zugespitzten Betrachtung der österreichischen Politik wird. Ich gebe, teils mit eigenen Worten, einen Auszug.

Das Habsburgische Hausmachtinteresse ist allein bestimmend für die österreichische Innenpolitik und geht ebenso wie Unglück und Schwäche der Außenpolitik auf Kosten des deutschen Elementes. „Franz Ferdinand hatte die auf vollständige Auflösung hindringenden Gefahren der Selbständigmachung der Nationalitäten erkannt, die sein Oheim nicht nur aus Schwäche duldete, sondern auf dem gewählten Wege zur katholisch-slawischen Vormacht in Europa bewußt herbeiführte. Er wollte den Staat als Habsburgischen Hausmachtstaat weiterführen, in dem nicht die deutschen Länder, sondern das numerisch stärkere Magyaren- und Slawentum den Ton angeben sollten“.

Statt der Dezentralisation der letzten Jahrzehnte aber suchte Franz Ferdinand dasselbe Ziel zu erreichen durch scharfe Konzentration. In außenpolitischer Hinsicht, war sein Verhältnis zu Italien unklar, obwohl in den letzten Jahren durch die gemeinsame Adriapolitik gegen Serbien eine Abschwächung des natürlichen Gegensatzes erfolgt war.

Volle Anerkennung wird dem militärischen Wirken des Erzherzogs gezollt, aber noch nachträglich scharfe Kritik geübt an seiner „oft einseitigen egoistischen Auslegung“ des deutsch-österreichischen Bündnisses.

„So selbstverständlich es war, daß in der Annexionskrise wegen Bosnien und der Herzegowina das deutsche Reich entschieden auf die Seite des Verbündeten trat, so wenig Veranlassung konnte unsere Regierung anderseits haben, die Donaumonarchie in ihrer ganz einseitigen Hausmachtspolitik zu bestärken, als sie sich förmlich absichtlich in einem größeren Gegensatz zu den slawischen Nachbarstaaten und deren Schützer Rußland stellte und allzu kraß ihren neuen Kurs erkennen ließ, der die deutsche Mission Österreichs endgültig über den Haufen warf. Verdanken wir nicht letzten Endes die wenig guten Beziehungen zu dem einst uns so nahe stehenden Rußland dem österreichisch-russischen Gegensatz, und sind wir es nicht, die bei einem Austrag dieses Streites die Hauptarbeit als guter Verbündeter zu leisten hätten? Es ist gut, daß man in Wien jetzt weiß, daß auch Nibelungentreue ihre Grenzen hat und wir nicht gewillt sind, uns als Vorspann für österreichisch-katholische Großmachtspläne gebrauchen lassen“. Der Artikel schließt: „Sicher ist, daß Franz

Ferdinand, der tote Thronfolger ein Wille war, ob er eine Kraft gewesen wäre, weiß niemand".

„Alle Rätsel, die er aufgab, sind mit ihm ermordet. Österreich-Ungarn aber steht vor einer neuen Wetterwolke".

Ein Aufsatz vom 29. 6. der sich mit den möglichen außenpolitischen Folgen des Attentates beschäftigt, beleuchtet Franz Ferdinand nochmal mit folgenden Sätzen: „Wenn vielmehr in den letzten Jahren — wir denken an die Zeit von 1909 bis 1912 — Gefahren für den Frieden bestanden haben, so sind sie gerade ein Ergebnis der Politik des jetzt aus dem Leben gerissen Thronfolgers gewesen. In diesen Jahren hatten wir allerdings greifbaren Anlaß, uns am Vorabend eines Krieges zu wähnen, der im Falle eines glücklichen Ausganges der Bundesmonarchie große Erfolge, uns aber garnichts gebracht, im Unglück aber vielleicht alles gekostet hätte". Franz Ferdinands Politik habe Deutschland die russische Freundschaft gekostet und das Verhältnis zu Italien schwer belastet". Da des Thronfolgers Bestreben darauf gerichtet war, die Politik der verbündeten Mächte lediglich als Aktivposten für die österreich-ungarische Politik in seinem Sinne einzustellen, so mußte er auch die in letzter Zeit von unserer Reichsregierung mit England gewünschte Annäherung mit Besorgnis betrachten und sein Bestreben darauf richten, aus einer Verständigung mit England alles das ausgeschaltet zu wissen, was etwa seiner Politik einmal hätte im Wege stehen können". (!) „Sollte der nunmehrige Thronfolger, wenn er zur Regierung gelangt, bei dem Dualismus Franz Josephs bleiben, bei dem die Donaumonarchie aus einer deutschen und magyarischen Reichshälfte besteht, in der die Slawen nicht mitregierende, sondern regierte Nationalitäten bilden, so würde das Bündnis mit der Nachbarmonarchie für uns wieder seinen alten herzlichen Wert erhalten".

Gegenüber dem gleichgestimmten Chor des Bedauerns und Befürchtens der bürgerlichen Blätter habe ich dem scharfen Organ des verschwindend kleinen Flügels der nationalen Opposition in der Julikrise so weiten Raum hier eingeräumt, weil es sich auch weit intensiver mit dem Toten beschäftigt als die Masse der deutschen Blätter. Der freilich gründlich anders gefärbte Oppositionspartner zur Linken der „Vorwärts" sieht in dem Opfer von Serajewo die verhältnismäßig noch festeste Säule der völlig morschen Monarchie gefallen. Österreich-Ungarn bilde jetzt noch mehr wie je die eigentliche Gefahrenquelle für Europa in seiner die Serben und den Zaren lockenden Brüchigkeit. Dabei gesteht der „Vorwärts" immerhin noch zu, daß an sich gerade der monarchische Staat in Österreich-Ungarn eine lohnende Aufgabe zugewiesen bekommen habe.

Abriß der diplomatischen Geschehnisse.

Bevor wir nun die Presse weiter verfolgen, sei hier ein kurzer Überblick über die tatsächlichen diplomatisch-politischen Vorgänge der ersten Hälfte der Julikrise vorausgeschickt. Ich stütze mich hierbei auf die Werke von S. B. Fay „Die Ursachen des Weltkrieges" (Bd. II) und Ernst Anrich „Die englische Politik im Juli 1914". Nach kurzem Schwanken war der österreichische Außenminister Berchtold zu der Überzeugung gelangt, zu der die österreichischen Militärs, an der Spitze Conrad v. Hötzendorff, sofort gekommen waren, den Mord von Serajewo zu einer als endgültig gedachten Bereinigung des österreichisch-serbischen Verhältnisses durch ein äußerst scharfes diplomatisches Vorgehen zu benutzen, das mit großer Wahrscheinlichkeit in einem Krieg münden mußte. Das einzig ernste Hindernis auf diesem Weg war der ungarische Ministerpräsident Tisza, da der eine allgemeine Katastrophe durch einen solchen Krieg befürchtete, auch als Ungar durch die Möglichkeit, weitere serbische Untertanen zu bekommen, abgeschreckt wurde. Er hat ein Balkanprogramm auf lange Sicht ausgearbeitet, das durch allmähliche Gewinnung vor allem Bulgariens, dann Griechenlands und der Türkei, die Mattsetzung des serbischen Todfeindes in die Wege leiten will. Berchtold gelingt es auf äußerst geschickter Weise, durch die Mission des Grafen Hoyos, am 5. Juli die sogenannte Blankovollmacht Deutschlands, zu einem energischen Vorgehen gegen Serbien, zu gewinnen. — Es sei hierbei die Feststellung getroffen, daß über diese Unterredung in Potsdam nichts in die deutsche Presse gelangte.

Diese Blankovollmacht kam deutscherseits zustande in völliger Unkenntnis der schon vorhandenen österreichischen Entschlossenheit, diesmal wirklich mit den Serben gewaltsam aufzuräumen, und in optimistischer Überschätzung der Wirkung von Österreichs derzeitiger moralischer Überlegenheit über Serbien auf die politischen Entschlüsse der Großmächte, — zwei Punkte, die wir bald in fast allen Leitartikeln deutscher Zeitungen zur österreichisch-serbischen Krise wiederfinden werden. — Das psychologisch äußerst geschickte Verfahren Berchtholds, durch in den Vordergrund stellen von Tiszas friedlichem und langstiligen Balkanprojekt etwaigen Argwohn abzulenken und die ganze so viel wichtigere und gefährlichere serbische Angelegenheit sozusagen im Nebensatz vorzubringen, wird seinen Anteil am Zustandekommen der deutschen Auffassung und der Zustimmung und Ermunterung gehabt haben.

Im Wiener Ministerrat am 7. 7. versucht Berchtold mit dem Hinweis auf die gesicherte deutsche Unterstützung vorerst vergeblich Tisza umzustimmen. Es gelingt ihm erst am 14. Juli seine Einwilligung zu einem aggressiven Vorgehen zu gewinnen, doch setzt der ungarische Ministerpräsident den offiziellen Beschluß durch, im Falle des äußerst wahrscheinlichen serbischen Krieges kein serbisches Gebiet zu annektieren, das sogenannte „territoriale Desintereßment", das dann bald in der Diplomatie eine bedeutsame Rolle spielt. Das kurz befristete Ultimatum wird beschlossen. Mit dem Absenden wartet man, bis Poincarés Petersburger Besuch vorbei ist, um nicht im wichtigen Moment der russischen Stellungnahme und Meinungsbildung den friedlichen Zaren und den verhältnismäßig ruhigen Sasonow den chauvinistischen Einflüssen Poincarés und Iswolskis direkt auszusetzen. Die Forderungen des Ultimatums werden offiziell geheim gehalten, auch Deutschland gegenüber, doch durch vertrauliche Äußerungen haben alle Großmächte schon bald nach dem entscheidenden Ministerrat, Deutschland schon vorher, Kenntnis von dem ungefähren Inhalt der geplanten Note und von ihrem insgesamt scharfen Charakter. Deutsche Ratschläge, die diplomatische Situation für Österreich möglichst günstig zu gestalten durch sofortige Veröffentlichung des gerichtlichen Anklagematerials gegen Serbien sowie durch ein Einvernehmen mit Italien, finden keine Beachtung. Erst am 22. bekommt der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Jagow, den Text der Note zu sehen, sodaß er vor ein fait accompli gestellt wird.

Währenddessen hatte Poincaré in Rußland seinen Besuch abgestattet (20.—23. 7.). Vorher bietet die Haltung Rußlands nichts irgendwie Auffälliges, Sasonow wechselte zwischen Optimismus und Sorge über die kommende Entwicklung der Angelegenheit von Serajewo, der österreichische Botschafter gab beruhigende Versicherungen. Als für die Julikrise wichtiges, ja entscheidendes Ergebnis der Petersburger Festtage bleibt die unbedingte Solidaritätsbeteuerung Poincares festzuhalten, für den Fall weitergehender europäischer Konflikte als Folge des erwarteten scharfen österreichischen Schrittes.

In London hatte man in den ersten Wochen des Juli der österreichisch-serbischen Angelegenheit keine große Bedeutung beigemessen, erst Ankündigungen des Botschafters in Wien, die über den aggressiven Charakter des österreichischen diplomatischen Schrittes keinen Zweifel ließen, brachten Grey am 20. dazu, den ersten seiner bekannten Vermittlungsschritte zu tun. Darin schlug er vor, Rußland sollte mit Österreich in freundschaftliche Verhandlungen zu zweien eintreten, um einen europäischen Konflikt

über das österreichische Vorgehen gegen Serbien im Keime zu verhindern. Dieser Vorschlag verlief schnell im Sande, er wurde von Buchanan in Petersburg nach einer Unterredung mit Poincaré garnicht mehr vorgebracht.

Die Probleme.

Mit der allgemeinen Erkenntnis der Hintergründe des Attentates von Serajewo beginnt also die Julikrise, wie wir rückschauend die unruhigen Wochen und spannungsgeladenen Tage vor dem Ausbruch des Weltgewitters in einem Schlagwort zusammenfassen, die „öffentliche Meinung" zu beschäftigen.

Daß mit einem Male nach wenigen trügerischen Friedensmonaten Europa wieder in einen gefährlichen, krisenhaften Zustand eingetreten war, empfanden die Miterlebenden ja allgemein, und ihre Zeitungen bestätigten sie alltäglich in diesem Empfinden. Nur wenige Stimmen waren aber geneigt, diese neuerliche Krise nun gleich als Ausgangspunkt der großen, als dunkle Furcht schon lange über Europa hängenden Katastrophe zu bezeichnen. Als Beispiel dafür ein Artikel aus der „Deutschen Tageszeitung" (29. 6.), in dem behauptet wird, das Attentat bezwecke bewußt die Herbeiführung der Anarchie in Österreich, um damit freie Bahn für den Weltbrand und mit diesem für den großserbischen Nationalstaat zu schaffen.

Aber die selbstverständliche Frage: „Was werden die Folgen sein" nimmt in den ersten Juliwochen einen breiten Raum in allen Blättern ein, verbunden mit ausführlichen, meist historisch begründeten Betrachtungen des österreich-serbischen Verhältnisses in seiner Gesamtheit, der Stellung Deutschlands und Rußlands dazu, sowie schließlich der Rückwirkung dieser Spannungslage auf das übrige Europa. Weiterhin befassen sich die Zeitungen mit den österreichischen Regierungsmethoden gegenüber den Südslawen, in scharfer Beleuchtung rückt auch die serbische Politik in ihrer „balkanischen" Methode.

Etwa vom 10. Juli ab treten diese Themen gegen die übliche Alltagspolitik wieder mehr in den Hintergrund, bis dann mit der Veröffentlichung des Ultimatums die eigentliche Tragödie einsetzt, in der man der Presse wohl die Rolle des Chores zugestehen kann.

Im Folgenden sind die angedeuteten Fragen nicht methodisch streng abgegrenzt, um den durchaus „unmethodischen" Leitartikeln keine Gewalt anzutun, in denen sich alle diese Gesichtspunkte oft gemeinsam beleuchtet

finden. Zu der Frage nun „Was wußte man denn in der Öffentlichkeit damals über die tatsächlichen Vorgänge"? eine kurze Erledigung. Gleichmäßig in allen Blättern finden sich natürlich fortlaufend Nachrichten über die Untersuchung in Serajewo, bei der im wesentlichen die tatsächlichen Ergebnisse, nämlich die Aufdeckung von Hintermännern des Attentates in Belgrad, bekannt gegeben werden, weiterhin ausführliche Berichte über die Vorgänge in Bosnien (Serbenprogrome). Die österreich-serbische Pressepolemik wird dauernd verfolgt. Weiterhin bringen alle Blätter umfangreiche Auszüge aus der europäischen Presse. Gleich in den ersten Julitagen bringen alle untersuchten Zeitungen das Gerücht aus Wiener Quelle von einem unmittelbar bevorstehenden diplomatischen Schritt der österreichischen Regierung in Belgrad, um die serbische Regierung zu veranlassen, sich an der Untersuchung zu beteiligen.

Interessant würde es aber uns sein, die Quelle jener Nachricht genau ergründen zu können, die von einer Warnung der serbischen Regierung in Wien vor einem Attentat spricht, einer Warnung, die ja tatsächlich, wenn auch in durchaus unzureichender Form, erfolgt ist. (S.B. Fay „Die Ursachen des Weltkrieges" II. S. 108 109). Die „Kreuzzeitung" berichtet am 29. 6. von einer, von ihr selbst als „angeblich" bezeichneten Warnung des serbischen Gesandten in Wien und knüpft daran die Bemerkung, das Österreich trotzdem verpflichtet sei, die politischen Konsequenzen aus dem Mord zu ziehen. In einem Bericht des Petersburger Vertreters der „Münchener Neuesten Nachrichten", wiedergegeben am 5. 7. findet sich am Schluß des interessanten im folgenden noch erwähnten Artikels, der Satz: „Der hiesige serbische Gesandte behauptet allerdings, Schuld sei die von dem Ermordeten ausgegangene Unterdrückung der bosnischen Serben und die Wiener Regierung sei von der Belgrader auf das geplante Attentat aufmerksam gemacht worden". Und daran knüpft der Schreiber die naheliegende Frage: „Woher wußte man in Belgrad von diesem Plan"? In München hat man anscheinend diese Nachricht nicht recht ernst genommen und versucht nicht, sie als sensationelle Entdeckung auszuwerten. Auch sonst überall, bei den schärfsten Angriffen auf den großserbischen Nationalismus und den serbischen Staat, behauptet man nirgends, soweit ich sehen kann, eine direkte Mitschuld der serbischen Regierung oder Mitwisserschaft[2].

---

[2] Allerdings, am 26. 7., als dieser Fragekompler durch die Weiterentwicklung schon überholt war, äußern die „Leipziger Neuesten Nachrichten" die Vermutung, der von Österreich im Ultimatum genannte „Ciganowitsch" sei der serbische Prinz Georg!

Die „Magdeburger Zeitung" (zitiert aus „Kreuzzeitung") weiß am 25., also als die Angelegenheit kaum noch akut war, von einer Komiteesitzung serbischer Offizier unter Vorsitz des Kronprinzen zu berichten, in der die Ermordung Franz Ferdinands beschlossen worden sei. Paschitsch habe vergeblich versucht, den Mord zu verhindern.

Bekanntlich verzichtete ja auch die österreichische Regierung von vornherein auf den Versuch, eine solche nicht wieder gut zumachende und folgenschwere Kompromittierung ihres feindlichen Partners nachzuweisen. Negativ beschäftigt sich die „Kölnische Zeitung" vom 2. 7. mit dem Gerücht einer serbischen Warnung, indem sie es in einer Wiener Meldung dementiert.

Nun also zu den Stellungnahmen der großen deutschen Blätter zu den österreichischen, serbischen, slawischen und europäischen Problemen, die der schwarze Sonntag des 28. Juni heraufbeschworen, oder auch nur von neuem akut gemacht hatte.

Ein Leitartikel der „Kölnischen Zeitung" vom 1. 7. „Das Verbrechen von Serajewo" gibt eine treffende Darlegung der schwierigen politischen Situation Österreich-Ungarns inmitten einer nationalistischen Umwelt und richtet scharfe Angriffe gegen den „unverantwortlichen serbischen Chauvinismus", der ganz allein die wahre Ursache des scheußlichen Verbrechens darstelle. Die gewissenlosen Hintermänner, die die schuldige Achtung vor dem geschichtlich Gewordenen mit Blut und Verbrechen ersticke, treffe die Verantwortung. Für den tiefen Eindruck, den das Verbrechen überall hervorgerufen habe, wird als Beweis angeführt, daß sogar die österreichfeindliche italienische Presse völlig verstummt sei. — Aus diesem Leitartikel kann man durchaus nicht den Eindruck gewinnen, daß der Mord als weltpolitisches Großereignis und dementsprechendes Gefahrenmoment gewertet wird. — Der österreichisch-serbischen Pressepolemik widmet die K. Z. dauernd ziemliche Aufmerksamkeit, wobei die Kommentare sich die Sprache der österreichischen Kollegen zu eigen machen. Eine weitere Polemik richtet sich am 2. 7. gegen den Versuch russischer und französischer Zeitungen, die angeblich Unterdrückung der Serben für das Unglück verantwortlich zu machen, sie weist auf die durchaus erträgliche Stellung der österreichischen Südslawen hin.

Ein breit angelegter Auffsatz (5. 7.) vom Sonderberichterstatter aus Serajewo stellt die natürlich sich aufdrängende Frage, warum denn Österreich in Bosnien so verhaßt sei, trotz aller unbestreitbaren Kulturtaten des österreichischen Regimentes, und kommt zu dem Schluß, daß die Anlage und Grundidee der Verwaltung von Bosnien von vorneherein

falsch war. Sie sei für diese Verhältnisse zu schlaff gewesen und habe sich zudem vielfach ungeeigneter polnischer und ungarischer Beamten bedient. Das ständige Nachgeben gegenüber den Serben sei verfehlt gewesen und die Verfassung zu früh gegeben worden. Von nun an könne das Heil nur noch im energischen Zupacken Österreichs liegen. — Unter der bezeichnenden Überschrift „Keine Mutlosigkeit" geht eine Arbeit der Wiener Schriftleitung ein (7. 7.). Der Verfasser gibt seinem unerschütterlichen Vertrauen in die Festigkeit des österreichischen Staates Ausdruck, auch gegen die, von ihm scharf herausgehobene, großserbische Propaganda, und gipfelt in dem Satz: „Österreich ist eine geschichtliche Notwendigkeit". — Immer wieder werden, die allerdings auch unüberbietbaren, serbischen Pressehetzereien zur Kennzeichnung von Politik und Kultur Serbiens herangezogen.

Das Urteil der „Kölnischen Zeitung" (9. 7.) über Tiszas Rede im Parlament zur österreichisch-serbischen Spannung spielte bei der englischen Meinungsbildung über die Stellung Deutschlands zur österreichisch-serbischen Krise als Beleg im Bericht des englischen Botschafters eine wichtige Rolle (s. Anrich „Die englische Politik" im Juli 1914" S. 24). Wegen der ihm also zukommenden offiziösen Bedeutung sei es hier auch noch einmal hervorgehoben: „Die Ausführungen, mit denen der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im Abgeordnetenhaus zu Budapest die Interpellation des Grafen Andrassy über das Attentat in Serajewo beantwortet hat, werden in hiesigen politischen Kreisen mit Zustimmung begrüßt. Graf Tisza hat das große Interesse an der Erhaltung des Friedens betont, aber auch in ernster Weise auf die Wahrung der Lebensinteressen und des Prestiges der österreich-ungarischen Monarchie hingewiesen. Die Ruhe wie die Entschlossenheit, die aus dieser Erklärung spricht, begegnet hier vollem Verständnis".

Am 10. 7. (Freitag) wird in der „Kölnischen Zeitung" in allen anderen Blättern ebenfalls oder etwas später, der erwartete diplomatische Schritt des Gesandten Giesl in Belgrad für die nächste Woche angekündigt (dazu mehr im anderen Zusammenhang s. u.).

Ein Wiener Bericht schreibt darüber: „Über diese Schritte verlautet, daß sie sofort nach Abschluß der Untersuchung, der im Laufe der nächsten Woche zu erwarten ist, erfolgen und durch gleichzeitige Veröffentlichungen des Untersuchungsergebnisses unterstützt werden sollen. Sie werden sich darauf beschränken, daß Serbien in durchaus diplomatischer Form aufgefordert wird, an der Feststellung und Bestrafung der Schuldigen, soweit

sie serbische Staatsangehörige sind, mitzuwirken und dafür zu sorgen, daß künftig die großserbische Bewegung in Bosnien nicht durch Wühlereien von Serbien aus genährt werde. Serbien wird nicht anders können als nachgeben. Wiener Blätter glauben auch an eine Unterstützung Österreichs durch die Entente". Ein Leitartikel der Abendausgabe desselben Tages (10. 7.) „Nachwehen von Serajewo" (aus Berlin, also sicher inspiriert) faßt die Erkenntnisse aus den letzten 10 krisenhaften Tagen europäischer Politik zusammen. Er beginnt mit einer neuerlichen Attacke gegen den „babarischen" serbischen Nationalismus und beleuchtet seinen Gegensatz zu der westeuropäischen Kulturgemeinschaft. „Man kann sagen — daß im Lager Österreichs heute Europa steht, soweit es die Methode der Tat von Serajewo verabscheuet, vor allem aber Deutschland, das die neuesten Ereignisse mit der tiefsten bundesbrüderlichen Anteilnahme mit durchlebt. Nie war man in Deutschland einiger von der Bedeutung der historischen Aufgabe Österreich-Ungarns überzeugt, nie einmütiger in dem Gedanken, daß man hinter dem Bundesgenossen zu stehen habe".

Völlig unergiebig im Sinne der hier gestellten Aufgabe erwies sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in diesem Zeitabschnitt[3]. Eine Überfülle von Nachrichtenmaterial liegt vor, aber keine redaktionelle Äußerung dazu, Anführung von Pressestimmen aller Länder ohne eigene Kommentierung, auch die österreichisch-serbische Pressefehde wird lediglich wiedergegeben, ohne Stellungnahme dazu. Am 5. 7. sogar sehr ausführlich ein Artikel des Belgrader „Kollegen", der offiziösen „Samouprava", in dem sich die serbische Regierung im Brustton der Überzeugung gegen die österreichischen Angriffe wehrt, und mit der auch aus damaliger Schau ziemlich aussichtslosen Hoffnung schließt, daß die schon auf dem Wege der Besserung befindlichen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien nicht dauernd gestört werden möchten. Am 11. 7. wird die Ankündigung des „Neuen Wiener Tageblattes von einem bald bevorstehenden Schritt in Belgrad übernommen, der aber keinerlei Beeinträchtigung der serbischen Souveränität könne befürchten lassen.

Diese und andere, noch vorsichtigere Ankündigungen, waren wahrscheinlich vom österreichischen Außenministerium als eine Art Beruhigungs-

---

[3] Dieses Schweigen der eigentlich offiziösen deutschen Zeitung, mit geringen Ausnahmen durch die ganze Krise hindurch ist auf seine Art sehr beredt und verdeutlicht und unterstreicht den Standpunkt der deutschen Politik, die sich bemüht, möglichst glaubhaft die Rolle des Zuschauers zu spielen.

pille für die europäische Öffentlichkeit gedacht, damit dann der erste Schlag von umso überraschender und lähmender Wirkung sein könne[4].

Allgemein finden sich also am 10., 11., 12. Juli in der deutschen Presse Ankündigungen von einem bevorstehenden österreichischen diplomatischen Schritt friedlicher und mäßiger Fassung. Mit dieser beruhigenden Aussicht beginnt die kurze Ruhepause „vor dem Sturm" nach den ersten Tagen der Erregung und Sorge. Und hier und da schlägt die Sorge vor den möglichen gefährlichen Folgen des Attentates für den Frieden in Sorge vor zu großer österreichischer „Schlappheit" um, wie wir noch feststellen werden.

Die Befürchtungen einer überstürzten Handlung Österreichs spricht aus einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom 1. 7. Sie rät darin dringend zum Frieden, obwohl sie sich über die Gefährlichkeit der großserbischen Agitation auch im klaren ist. — „Dann wird in ruhigerer Stimmung, als sie unter der Nachwirkung gerechtfertigter Empörung möglich ist, sich auch ergeben, ob und in wie weit dieses Verbrechen politische Folgen für die Beziehungen Österreich-Ungarns zum Königreich Serbien haben soll und darf. Das ist eine Frage, die nicht aus Zorn oder Rachegefühler heraus beantwortet werden sollte, denn diese Antwort kann unter Umständen von großer Tragweite sein".

Nach der unausgesprochenen Devise „audiator et altera pars" gibt die Fr.Z. vorerst die Verteidigungen der serbischen Presse ohne eigene Polemik wieder.

Einem Wiener Bericht vom 2. merkt man aber die andere Atmosphäre an, in der er geschrieben wurde. In Wien begriffe man nicht, daß die Serbische Regierung angesichts der großen Zahl der Verschwörer gar keine Kenntnis gehabt haben sollte, und es würde im Interesse der guten Beziehungen liegen, wenn die serbische Regierung von sich aus eine Unter-

---

[4] Über Berchtolds Täuschungsabsichten s. S. B. Fay „Die Ursachen des Weltkrieges" II. 171/173. Fay erwähnt zwar die Ankündigungen der österreichischen Presse nicht, weil sie ihm wahrscheinlich nicht bekannt waren, doch diese Ankündigungen von diplomatischen Schritten versöhnlicher Natur in der maßgebenden Wiener Presse zu einer Zeit, da mit Ausnahme von Tisza schon alle maßgebenden Persönlichkeiten in Österreich für ein Ultimatum schärfster Fassung mit dem Zweck der Herbeiführung eines österreich-serbischen Krieges entschlossen waren, lassen kaum eine andere Erklärung als die der beabsichtigten Täuschung zu, zumal sich solche Ablenkungsmanöver sogar noch kurz vor Erscheinen des Ultimatums wiederholen, so noch in der Wiener Meldung der „Kölnischen Zeitung" vom 22. in der von der allgemeinen Überzeugung gesprochen wird, daß die bevorstehende österreichische Demarche in ruhigem und höflichem Ton gehalten sein und keine Frist verlangt werden würde.

suchung einleiten würde. Österreich-Ungarn fühle sich zwar für den Frieden verantwortlich, aber auch die Rücksicht auf den Frieden könne keine dauernde Brandstiftung dulden. Mit der Versöhnungspolitik sei jetzt Schluß.

Im ziemlichen Gegensatz zu diesen Ausführungen bemerkt die Fr.Z. (3. 7.) zu dem Dementi über den angekündigten diplomatischen Schritt: „Und wenn man auch annehmen darf, daß die österreichische Regierung nichts unterlassen wird, um den Fäden einer großserbischen Verschwörung auch nach ihrem Sitz in Serbien selbst nachzugehen, und daß sie dabei Energie entwickeln wird, so kann man doch jetzt gegenüber einigen beunruhigenderen Symthomen der letzten Tage mit Zuversicht erwarten, daß dabei Forderungen und Formen vermieden werden, die den Anschein erwecken könnten, als ob es auf eine politische Zuspitzung abgesehen sei[5]. Am 5. 7. kommt der Wiener Korrespondent wieder zu Wort: „Die politische Lage selbst ist unverändert. Bevor nicht die geheim geführte Untersuchung vollkommen abgeschlossen ist, muß jeder Rückschluß auf das Gebiet der auswärtigen Politik als verfrüht bezeichnet werden. Unerfreulich ist, daß die serbische Presse die verfolgte Unschuld spielt und gegen die österreichisch-ungarische Politik Anklagen erhebt, als ob in dieser die Ursache des Verbrechens zu suchen sei. Das erbittert hier und läßt die Erregung nicht zur Ruhe kommen. Die Ausschreitungen gegen die Serben haben wir auf das schärfste verurteilt, aber wenn man in Belgrad von den bedrückten Serben in Bosnien schreibt, so lügt man bewußt, man vergißt auch, daß in den bosnischen Muselmanen ein nicht geringer Serbenhaß aufgehäuft ist, noch von den serbischen Massackern

[5] Dieser Artikel veranlaßte Tschirsky in Wien zu folgender Mahnung an den Reichskanzler: (4. 7. D.D. 14a). „Ich möchte nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß ein Artikel wie der der „Frankfurter Zeitung" vom 3. d. M. über das Attentat in Serajewo und die durch dasselbe hervorgerufene Spannung zwischen der Monarchie und Serbien hier leicht falsch aufgefaßt werden könnte. Die in dem Artikel enthaltenen an sich sehr beherzigenswerten Ratschläge zur Ruhe und Besonnenheit werden in der öffentlichen Meinung hier vorläufig wenig Verständnis finden. — Meines gehorsamsten Dafürhalten sollte unsere Presse sich möglichst zurückhalten und es vermeiden, durch unerbetene Ratschläge in diesem Augenblick hier zu froissieren". — Es ist nicht ersichtlich, daß diese Mahnung Tschirskys in speziellen Fall der Fr.Z., soweit es auf die Redaktion selbst ankommt, einen Erfolg gehabt hat. Sie bleibt weiter bei ihrer trotz aller Serbenfeindlichkeit und generellen Unterstützung der österreichischen Notwehrpolitik im einzelnen recht kritischen Haltung. Auf die gesamte Einstellung der maßgebenden deutschen Politiker in diesen Wochen wirft der Passus von den „an sich sehr beherzigenswerten Ratschlägen" in einem Zusammenhang mit der Mahnung, diese Ratschläge zu unterlassen, ein recht bezeichnendes Licht!

unter den mohammedanischen Albanern her. — Es wird gut sein, die gegenseitige Polemik einzustellen, bis die Untersuchung zu Ende ist. Wir konnten an den entscheidenden Stellen den besten Willen konstatieren, falls die Untersuchung irgendwie die Möglichkeit dazu gibt, die ganze Angelegenheit in freundnachbarlichen Sinn zu erledigen(!). Sollte die Untersuchung freilich die Fäden der Verschwörung an Stellen bloßlegen, die sich von derlei Dingen fernzuhalten haben, so wird Genugtuung gefordert werden. Man hat sich wirklich über den Mangel an Friedfertigkeit nicht zu beklagen bei der österreichischen Politik, die nach einigem Getöse sich immer noch auf den besseren Teil der Tapferkeit besonnen hat".

Aus derselben Schau kommt ein Kommentar zu dem Ministerrat in Wien (7. 7.). „Allerdings kann der Ministerrat auch beschließen nichts zu tun. — Für ein negatives Ergebnis spricht der ungemein friedfertige Geist aller verantwortlichen Stellen, die sehr wohl wissen, daß der erste Schritt auf solcher Bahn in eigenem Ermessen liegt, jeder folgende aber vom Gegner mitbestimmt wird". Der Schreiber verhehlt sich aber bei seinen sonst so weit vorbei zielenden Ausführungen wenigstens nicht, daß einschneidende Beschlüsse gegen Serbien in der Bevölkerung mit Jubel begrüßt würden[6].

Die beiden vorstehenden Berichte zeigen ganz klar, und aus der übrigen bürgerlichen Presse gewinnt man im allgemeinen einen ähnlichen Eindruck, wie wenig friedenstörende Energie man dem Bundesgenossen überhaupt zutraute, und alle Mahnungen an Österreich zu energischem Zugreifen, die sich daneben finden und die in dem unbedingten Bekenntnis zu dem dann doch erfolgenden sehr energischen Schritt Österreichs gipfelte, beruhten sicher auf diesem psychologischen Hintergrund. Ganz analog zu diesem vielfachen Verhalten der Presse kam ja auch am 5. Juli die „Blankovollmacht" zustande, die Kaiser und Außenminister in Potsdam dem Grafen Hoyos gaben, eben in der Befürchtung österreichischer Passivität.

Ein Bericht der Fr.Z. vom 8. 7. „Eindrücke aus Bosnien" geht scharf mit der österreichischen Polizei ins Gericht, sie wird angeklagt, den Mob in Serajewo nicht an seinen Untaten gehindert zu haben, und versteckt liegt sogar die Beschuldigung darin, daß die Polizei den Mob bewußt

---

[6] Ob es sich bei der „Information" von maßgebender Stelle über die österreichische Friedfertigkeit schon um eine bewußte Irreführung im Sinne Berchtolds oder um die tatsächliche Überzeugung eines Beamten handelt, muß dahin gestellt bleiben.

aufgereizt habe, um ihre eigene Unfähigkeit durch ein Progrom nach russischem Muster zu verdecken.

Bemerkenswert ist nun, daß die Fr.Z. sich durch das, oben skizzierte, Wiener Manöver, das von versöhnlichen Schritten spricht, während das genaue Gegenteil schon beschlossen ist, nicht täuschen läßt. So ironisiert sie am 8. 7. einen Artikel der offiziösen „Neuen Freien Presse", in dem es heißt, daß ernste Schritte nicht beabsichtigt seien, nur würde die serbische Regierung zur Mithilfe bei der Untersuchung aufgefordert werden, indem sie darauf hinweist, daß solche Mithilfe eben nur durch energische Vorstellung erzielt werden könne. Die Wiener Meldung von einem Ministerrat, die von dort beschlossenen vorsichtigen Maßnahmen spricht, wird von der Berliner Schriftleitung am 10. 7. dahin kommentiert, daß unbedingt das Wichtigste verschwiegen würde und nur vorläufig nichts Ernstes geplant sei. Sie weist auf Tiszas Äußerung hin, wonach es sich um die Wahrung von Prestige und Lebensinteressen der Monarchie handele. „Das sind schwerwiegende Worte, und man kann sich Schritte, die diesen Zweck verfolgen, auch wenn sie zunächst diplomatischer, und noch nicht einmal im engeren Sinne diplomatischer Natur wären, garnicht ernst und schwerwiegend vorstellen, denn das Lebensinteresse und Prestige einer Großmacht, in der Lage, in der sich Österreich-Ungarn durch die Ereignisse der letzten Zeit, man kann ruhig sagen, der letzten Jahre, befindet, wird für gewöhnlich nicht gerade durch sanfte diplomatische Vorstellungen gewahrt oder wiederhergestellt. Darüber darf man sich nicht täuschen und täuscht sich auch in ernsthaften politischen Kreisen nicht, daß die Forderungen, die Österreich jetzt an Serbien zu stellen entschlossen scheint, nur dann Sinn haben, wenn sie mit allem Nachdruck bis zu dem gewollten Ziel verfolgt werden". Weiterhin weist dieser wichtiger Berliner Artikel auf die Möglichkeit hin, daß die sicherlich erhobenen Forderungen nach Verfolgung der Mitschuldigen und nach Garantien bei der herrschenden Stimmung in Serbien auf Ablehnung stoßen könnten, und er betont gleichzeitig, daß auch dann die Angelegenheit nur beide Staaten allein anginge. Überzeugt ist man aber auch hier immerhin, daß die österreichische Regierung sich die Schonung der serbischen Souveränität angelegen sein lassen würde. — „Vielleicht hat man aber auch die milde Form der Ankündigung gewählt, um sich für ein etwa notwendig werdendes energisches Auftreten in Belgrad von vornherein eine Art „captatio benevolentia" zu schaffen. Von der Einsicht der serbischen Regierung wird es abhängen, ob eine Besserung der Beziehungen zu Österreich eintreten kann". (10. 7). In diesem Zusammen-

hang noch ein Zitat aus einem Artikel der gleichen Quelle vom 8. „Die Auffassung in Berlin“, „Rußland, oder vielleicht besser gesagt, das Zarentum, werde nichts zum Schutze eines Staates tun, dem Mitschuld oder Beteiligung an einem Fürstenmord international-politischer Art nachgewiesen werde“. — Die „Frankfurter Zeitung“ ist also davon überzeugt, daß Österreich-Ungarn, trotz der vorsichtigen Ausdrucksweise Wiener offiziöser Äußerungen, nachdrückliche Schritte plane. Sie stellt aber dann mehrfach die unangenehme Frage, die anscheinend sonst auf den Redaktionen kein Kopfzerbrechen verursachte, was sich denn eigentlich auch bei einem Erfolg solcher diplomatischen Aktion praktisch an der österreichischen politischen Situation ändern würde.

So heißt es auch in einem Wiener Bericht (10. 7.) „Wir können versichern, daß an den maßgebenden Stellen die Überzeugung herrscht, daß Serbien keine Schwierigkeiten machen werde, womit allerdings die Auffassung Hand in Hand geht, daß die serbischen Versprechungen und etwaige Maßnahmen an den Tatsachen der großserbischen Propaganda nicht viel ändern werden“.

Ein Berliner Artikel vom 12. ist auf einen ähnlichen Ton abgestimmt: „Man kann sich nur vorläufig nicht recht vorstellen, wie solche Zugeständnisse, Sicherheiten und Garantien gegen eine Bewegung, die doch seit langen Jahren größere Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie durchsetzt, aussehen werden, wenn sie mehr als papierenen Wert haben sollen. Überzeugt ist der Verfasser dieses Berichtes aber trotzdem, daß diesmal ein unbeugsamer Wille hinter den österreichischen Forderungen stehen werde, da es sich wirklich um Lebensinteressen der Monarchie handele.

In außerordentlich scharfer Weise geht die „Vossische Zeitung“ mit dem österreichischen Regierungssystem in Bosnien ins Gericht: Nicht weil die Serben unterdrückt würden, sei es zum Attentat gekommen, sondern weil im Gegenteil die Regierung den Hetzereien des größenwahnsinnigen serbischen Chauvinismus tatenlos zugesehen habe. So heißt es am 1. 7. „Die Landesregierung beobachtete gewisse anarchisch terroristischen Symptomen gegenüber eine unverzeihliche Schwäche und zog staatsfeindliche Kundgebungen förmlich groß!! Und am 3. stellt das Blatt nochmals fest, daß die Serben durchaus keinen Grund zur Klage hätten, aber trotzdem treibe eine kleine Gruppe von Serben grundsätzliche Obstruktion, ohne daß das schlappe und schönfärberische Regiment Bilinskis dagegen eingreife und der gemäßigten Serbenpartei Auftrieb

gebe. In einer beigefügten Statistik wird die Bevorzugung des serbischen Elementes auf allen Gebieten festgestellt. Ein weiterer Artikel vom 6. „Das System Bilinski" beschäftigt sich dann mit dem bosnischen Problem. Als krasses Beispiel für die katastrophale Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse durch die Regierung führt die „Vossische Zeitung" den Fall eines bosnisch-serbischen Abgeordneten an, der in seiner Zeitung 1912 geschrieben habe: „Wir werden nicht eher ruhen, als bis die Österreicher und Ungarn Bosnien verlassen haben. Wozu brauchen wir diese Fremden im Lande?". Statt einer Anzeige wegen Hochverrats habe dieser Mann das Komturkreuz des Franz Josephordens bekommen. „So wurden hierzulande durch ein System der Schwäche, Charakter- und Systemlosigkeit Hochverräter geradezu gezüchtet".

Auch die Polemik gegen Serbien läßt an Schärfe nichts zu wünschen übrig, besonders wenn man die sachlich ruhigen Ausführungen der „Frankfurter Zeitung" dagegen hält. „Österreichs Politik ist bisher die der Verteidigung gewesen, in den engen wirren und durch Hetzereien betörten Köpfen der Serben ist aber diese Passivität gleichbedeutend mit Imperialismus". (1. 7.). Am 6. 7. kommentiert die Zeitung die Verteidigungsversuche von serbischer Regierung und Presse: „Ob sich eine Mitschuld, sei es eine unmittelbare oder mittelbare (d. serb. Regierung) beweisen läßt, ist zum mindesten zweifelhaft. Nicht zu leugnen dagegen ist, daß die geschichtlichen Ereignisse, die sich in Serbien abgespielt haben, eine Quelle von der wahnwitzigen Vorstellung von der Berechtigung des Fürstenmordes geworden". Es folgt der Hinweis auf den Königsmord von 1903 und die bedauerliche Tatsache, daß die Großmächte schließlich doch die Tat gebilligt hätten. „Aber man überließ leider jugendlichen Fanatikern den Schluß, der politische Mord sei unter Umständen erlaubt und ein billigenswertes Werk. Es sind Serben heute wie damals. Darum wird man in Belgrad vielleicht gut daran tun, sich über unbequeme Gedankengänge mancher Zuschauer nicht allzu sehr zu ereifern".

Eine tiefe, politisch nicht unbedenkliche, Verachtung „balkanisch" politischer Zustände spricht aus solchen und ähnlichen Ausführungen, und auch sie wird man zur psychologischen Erklärung der fast einmütigen späteren Billigung des scharfen österreichischen Vorgehens hinzu nehmen können.

Als besonders eklatantes Beispiel wird ein Zitat aus der „Täglichen Rundschau" (10. 7.) von der Voss. Zeitung selbst angeführt: „Es war dies kein Werk eines düsteren Fanatikers, keine Tat

eines Heißblütigen, kein Opfer eines Irregeleiteten. — Der Browing am Appelk i sprach eine nüchterne Sprache eines nüchternen Sittengesetzes der slawischen Politiker von heutzutage, und ihre Moral ist von der unsrigen so weit verschieden, daß es einem um die Zukunft Österreichs und des östlichen Europas bange werden kann".

Der Wiener Korrespondent der Vossischen Zeitung kommt in seinen Ausführungen über die „Großserbische Propaganda" zu folgendem Ergebnis: „Die Mordtat von Serajewo ist nur ein Glied in der Kette von Attentaten und Zettelungen, durch welche die revolutionäre Propaganda in Belgrad die Ziele der amtlichen serbischen Politik zu fördern sucht". Es handle sich um eine „zielbewußte, verbrecherische Einmischung in innere Verhältnisse der Monarchie". 10. 7. „Österreichs Forderungen an Serbien". Österreich werde Forderungen auf Mitwirkung serbischer Gerichte stellen, doch seien keinerlei Eingriffe in serbische Hoheitsrechte vorgesehen. Die kriminelle Frage stehe im Vordergrund, nicht die politische, gibt man der serbischen Regierung zu denken, und mahnt sie zur Vernunft. „Mit einer großen Sicherheit ist zu erwarten, daß die Freunde Serbiens unter den Großmächten, sofern deutliche Spuren des Mordkomplottes nach Serbien führen, sich nicht dem Versuche hingeben werden, durch Beschützung Serbiens die Schuldigen der Strafe zu entziehen". Trotz dieser Zuversicht folgt noch die Mahnung an Petersburg und Paris, nicht blind zu sein „gegenüber dem durchaus berechtigten und maßvoll vorgetragen Verlangen Österreich-Ungarns Ruhe zu haben im eigenen Haus vor Zettelungen und Bombenwürfen, die von auswärts kommen. — Nicht ratsam wäre es, diese Stimmung (des deutschen Volkes für Österreich) dadurch auf die Probe zu stellen, daß man sich vermißt, den Österreichern bei ihrer notgedrungenen Verteidigung in den Arm zu fallen".

Ganz anders nun klingt ein Artikel mit dem Absendeort Budapest vom selben Tage, in dem aus ziemlich heiteren Himmel plötzlich kriegerische Töne angeschlagen werden: Wenn die Untersuchung stichhaltiges Material ergeben würde, so müßte sofort ein Schritt in Belgrad unternommen werden. „Dann aber mit voller Wucht und mit der Ankündigung scharfen Zugreifens. Dann dürfte Österreich auch nicht vor der zeitweiligen Besetzung Belgrads zurückschrecken". Bisher sei Österreich viel zu langmütig gewesen. „Jetzt aber, wo die serbischen Bomben auch in Bosnien aufgeflogen sind und sich zwei edle Opfer zum Ziel setzten, kann Österreich-Ungarn nicht mehr schweigend vorüber gehen, es muß vielmehr die Belgrader Mordstätte scharf im Auge behalten.

Trotz des Abdruckes dieser heftigen Äußerungen setzt die Voss. Z. aber in die Wiener Meldung von gemäßigten Schriften der österreichischen Regierung keinen Zweifel.

Das andere große Berliner linksliberale Blatt, das „Berliner Tageblatt" beschäftigt sich eingehend (1. 7.) mit dem als bevorstehend gemeldeten österreichischen Schritt und findet die Form der Ankündigung, da bekanntgegeben, daß der Kriegsminister bei der Beratung in Wien zugegen war, zu scharf, richtet aber einen Appell zur Loyalität an Serbien. Es gesteht ihm aber das Recht auf den Nachweis zu, daß die Fäden der Verschwörung wirklich in Belgrad zusammengelaufen sind. Die internationale Lage erscheint ihm nicht sonderlich bedrohlich: „Serbien hat keinen Grund und kein Recht zu der sinnlosen Herausforderung Österreichs, die in der Verweigerung der geforderten Untersuchung läge". — Wir können nicht glauben, daß Serbien den gegenwärtigen Anlaß ergreifen möchte, um es zum Bruch kommen zu lassen. Wieviel Unfreundliches man auch an dem toten Erzherzog von russischer panslawistischer Seite nachsagen mag, auf russische Hilfe bei einem Krieg, der Fürstenmörder schützen sollte, ist nicht zu rechnen. Ganz abgesehen davon, daß auch die bittersten Österreichhasser in Rußland, deren ganzes Herz der großserbischen Verschwörung gehört, den Zeitpunkt für die große Abrechnung erst hinter die Vollendung der noch im Gange befindlichen Rüstungen legen möchten. Darum kann man in Ruhe darauf rechnen, daß Graf Berchtold seinen Willen durchsetzen wird".

In der scharfen Kritik an den Zuständen in Bosnien gibt das „Berliner Tageblatt" der Voss. Z. nichts nach. Es ist wohl bezeichnend für die Krisenhaftigkeit der europäischen Situation, daß diese beiden linksliberalen, antimilitaristischen Blätter sich in scharfen Worten über die „Schlappheit" der österreichischen Behörden beschweren, wie es ein „Junkerblatt" nicht besser könnte, insofern nämlich wohl nur bei krisenhafter Weltlage eine außenpolitisch fundierte Betrachtungsweise den sonst natürlich gegebenen weltanschaulichen Standpunkt so zurücktreten lassen kann. Am 5. 7. hat sich das „Berliner Tageblatt" von der optimistischen Beurteilung der durch Serajewo verursachten politischen Lage ziemlich entfernt: „Die serbische Regierung hat vor allem Volk ihre Hände in Unschuld gewaschen. Es erscheint auch uns ganz selbstverständlich, daß die regierenden Kreise in Belgrad einen derartigen Ausbruch nationalsozialistischer Tollwut nicht gewollt haben und daß sie ihn ebenso verabscheuen wie die übrige gesittete Welt". Trotzdem stünde fest, daß die Fäden der Verschwörung in Belgrad zusammenliefen. Es

sei möglich, daß die österreichische Aufwallung wie schon oft sich auch diesmal bald wieder lege, aber auch wahrscheinlich, daß diesmal ein Rest zurückbleibe. „Aber um die Auseinandersetzung zwischen den großserbischen Phantastereien und den Lebensbedingungen der österreich-ungarischen Monarchie wird die Kulturwelt im Guten oder Schlimmsten kaum herumkommen". Anläßlich der bekannten Wiener Ankündigungen stellt man aber doch fest, daß sich ganz Europa einig sei in der Verurteilung des Großserbentums, besonders Deutschland, England und Italien.

Über die Serben hinaus sehen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" im ganzen Slawentum den Erzfeind europäischer Kultur. So stellen sie nach einem historischen Überblick in einem Leitartikel vom 1. 7. fest, daß Serbien immer noch „Babarenland" sei. „Und doch greift dieses zu allen Kulturtaten unfähige, innerlich verwahrloste, nur zu einer Art von wildem Kriegertum emporgestachelte Volk weit über die Grenzen und fühlt sich berechtigt, Herr in einem Riesenreich zu werden, daß der Krone der Habsburger mehr als 15 Millionen Untertanen rauben würde. Und weil seit den Tagen von Amselfelde der Meuchelmord die Geschichte der Nation beherrscht, deshalb taucht er auch jetzt finster empor. — Ist nicht auch der Weg des ganzen Slawentums der gleiche? Wohin wir blicken, überall sucht slawische Halbkultur nach barbarischen Mitteln".

„Die großserbische Verschwörung". (2. 7.) — „Weder Unschuldsbeteuerungen der Belgrader Regierung noch auch die von russischer Seite unternommenen Versuche, die wahren Ursachen der Mordtat von Serajewo zu verhüllen, haben es verhindern können, daß das Großserbentum in seiner verbrechrischen Tätigkeit entlarvt wurde. — Und das gesamte serbische Volk ist mitschuldig an diesem Verbrechen, das in seinem Namen verübt wurde".

Dieser Ausschnitt genügt wohl, um die Schärfe der Polemik zu zeigen, wie sie täglich in den Spalten der L. N. N. geübt wurde. Einen Artikel aus Wiener Quelle vom 3. kennzeichnet folgende Schlußfolgerung: „Angesichts dieser verbrecherischen Politik der Belgrader Machthaber, die den politischen Meuchelmord zum System erhoben hat, hat das vergossene Blut des Thronfolgers und seiner Gemahlin den Beweis erbracht, daß es mit diesem Belgrad kein Paktieren gibt und daß es nur gilt, sich so gut und so rasch wie möglich auf den sicher früher oder später unvermeidlichen Entscheidungskampf vorzubereiten. Die südslawische Frage ist die Schicksalsfrage für Österreich". Ein Leitartikel am

4. beschäftigt sich mit der Haltung Rußlands zu dem Attentat. Rußland sei nicht unschuldig an der großserbischen Agitation, und die Möglichkeit einer großen germanisch-slawischen Auseinandersetzung wachse immer mehr.

„Die Folgen eines europäischen diplomatischen Schrittes wie er nach den Feststellungen über den Ursprung der Verschwörung eigentlich unausbleiblich erscheint, sind kaum zu übersehen".

Mit einigen Anzüglichkeiten gegen Österreich versehen ist der interessante Rückblick vom 6. — Die Vernunft siegte allmählich wieder über Entsetzen und Entrüstung, heißt es da. In Österreich sei das bleibende Ergebnis, daß dem Slawentum weiterhin der Weg zum Vordringen geebnet würde. „Bezeichnend für die Stimmung in Wien ist eigentlich, daß man dort, natürlich mit bestimmten Einschränkungen, der Berliner Diplomatie die Schuld an der Bluttat zuschieben will mit der Begründung, daß Deutschland jedesmal den Österreichern in die Arme gefallen sei, so oft sie die Serben in ihre Schranken hätten zurückweisen wollen".

Die Tatsache des Zurückhaltens geben die L. N. N. zu.

„Aber ist das Schielen nach dem großen Bruder im Reich wirklich die einzig mögliche Politik? Warum wagt man es nicht, einmal den ganzen Knoten der Ränke zu durchhauen und die Regimenter marschieren zu lassen?" Wenn Rußland, was sehr zweifelhaft, folgert man weiter, dann eingegriffen hätte, so könne man sich Einlenken oder Krieg immer noch überlegen. Und wenn es zum Krieg komme, so müsse er eben um die Existenz geführt werden. Doch: „Und es ist eigentlich kaum anzunehmen, daß der Zar in Petersburg irgendwelche Unterstützung der serbischen Politik dulden wird, solange es sich um die Sühnung eines Fürstenmordes handelt. Das sollte auch die Belgrader Regierung fühlen und dem entschiedenen Wunsch der Hofburg keinen Widerstand entgegensetzen". — Dieser Artikel ist wohl der interessanteste und am meisten bezeichnende für eine weithin vorhandene Grundstimmung der „öffentlichen Meinung", indem er die Einstellung schon deutlich werden läßt, die nach dem 23. Juli mit ganz geringen Ausnahmen die deutsche Presse sich so unbedingt hinter Österreich stellen läßt: Einmal ist man so fest überzeugt von dem Leitmotiv der Schwäche in der österreichischen Politik, daß man, als dann doch das „Sorgenkind" Österreich plötzlich Zeichen gewaltiger Energie von sich gibt, garnicht anders kann als ihm Beifall zuzurufen. Und des weiteren ist man davon überzeugt, daß jeder Konflikt in Europa, gleich welche Bedeutung ihm an sich zukommt, von vorneherein zu einer Kraftprobe der Großmächte bestimmt ist und daß

diese Kraftprobe ihrem Wesen nach doch einmal zum Krieg führen muß, und daß es darum zwecklos ist, diesem Krieg, obwohl ihn sicherlich niemand „will", allzu ängstlich aus dem Wege zu gehen. Und überdies glaubt man hier im speziellen Fall Serajewo, daß diese Kriegsgefahr selbst bei energischem Auftreten Österreichs noch nicht einmal allzu groß ist, da das moralische Übergewicht Österreichs über die „Fürstenmörder" so überwältigend ist, daß auch Rußland d. h. der Zar — Frankreich und England stehen zu dieser Zeit noch ganz im Hintergrund — schließlich garnicht anders kann, als widerwillig zuzusehen. Allerdings haben gerade die L. N. N. ein scharfes Auge auf Rußland geworfen, und führen die unverschämte Sprache der serbischen Presse auf russische Rückendeckung zurück. Sogar eine Petersburger Meldung von Zurückhalten von Reserven wird damit in Zusammenhang gebracht.

Das Thema österreichische „Schwäche" fehlt auch in einem Wiener Bericht vom 10. nicht: „Dazwischen mischen sich aber friedliche Klänge und es hat leider den Anschein, als sollte die kräftige Bewegung, die durch die Erregung des österreichischen Volkes entstanden ist, durch ein allzuweites Einlenken und Maßhalten allmählich im Sande verlaufen".

Am selben Tage wird als maßgebend für die Auffassung in Berlin ein als offiziös bezeichneter Artikel des „Berliner Lokalanzeigers" angeführt, in dem es heißt, daß in Deutschland energische österreichische Schritte, falls sie genügend begründet seien, als richtig und auch wahrscheinlich angesehen und vollste deutsche Unterstützung finden würden. „Hier müßte sich unsere Nibelungentreue aufs neue bestätigen".

Geradezu einem Wutanfall über die anscheinende neuerliche Zurückhaltung Österreichs verdankt der Aufsatz „Demarche" (12. 7.) seine Entstehung. Er bezeichnet die Wiener Regierung kurzerhand als schlapp. Der ursprüngliche Plan, österreichische Beamte sollten bei der Unterdrückung der Narodna Odbrana mithelfen (also auch dieser später so anstößige Passus im Ultimatum war schon damals durchaus kein Geheimnis mehr) sei aufgegeben zu Gunsten freundschaftlicher Vorstellungen. „Das Verhalten Serbiens und die Lässigkeit der österreichischen Politik, dieses merkwürdige Zusammentreffen von prahlerischer Frechheit und sorglicher Behutsamkeit wächst sich allmählich zu einem europäischen Skandal heraus. Ganz gewiß konnte Österreich nicht unmittelbar nach der Bluttat seine Legionen ausrüsten. — Wohl aber ist es hohe Zeit, daß rücksichtslos alles gegen Serbien sprechende Material veröffentlicht und der Welt gezeigt wird, welch angenehme Physionogmie dieser Schützling Rußlands und Frankreichs in Wirklichkeit besitzt. — Das

Prestige der Doppelmonarchie im Orient ist ohnehin bedenklich entschwunden, — wenn jetzt der Serbe lachend den Doppeladler an den Federn zupfen darf, dann wird sich das Ansehen Österreichs umso weniger heben als schon die bisherige Politik während der Balkankriege, diese Politik der halben Drohungen und der ewigen Unentschlossenheit, nicht den Willen zur Tat bekundet hat, — Und auch die realen Machtverhältnisse sind seit dem unbegreiflichen Rückzug Herrn von Ährenthals aus dem Sandschak gesunken". Gegen den Irredentismus wende man eine fürchterliche Methode des ewigen Kompromisses an. Jetzt endlich wäre Gelegenheit gegeben, mit der Selbstmordpolitik aufzuhören, wo der Mord an Franz Ferdinand zum Himmel schreie und eben dadurch auch Rußland und Frankreich die Hände gebunden seien. „Es ist ja alles schon dagewesen, sagt Ben Akiba, aber das war wohl noch niemals da, daß große Nationen zur ultima ratio greifen und den männermordenden Krieg entfesseln, um ein paar blutbefleckte Halunken und ihre Hintermänner zu schützen".

Ähnlich scharf wie ihre Leipziger Namensvettern legen sich die „Münchener Neuesten Nachrichten" ins Zeug 5. 7. „Der Erzherzog wurde ein Opfer des Fanatismus großserbischer Nationalisten. Die maßlose großserbische Agitation in Bosnien hat die Saat ausgesät, aus dem dieser Mord erwuchs. Die Fäden der Verschwörung gehen nach Belgrad. Und wenn auch die serbische Regierung in der Öffentlichkeit das Recht hat, von den Serajewoer Mördern abzurücken, denn sie sind nicht gedungen worden, so steckt doch ein Stück serbischen politischen Geistes in den Mördern. Ein serbisches Blatt, die „Nowosti" hat die Ermordung des Erzherzogs unverblümt angekündigt, ein anderes, der „Piemont" feiert die Meuchelmörder als Märtyrer. Man sieht, hier waltet derselbe Geist, der die serbischen Königsmörder beseelte. Abgesehen davon, daß der Erzherzog Thronfolger aus dem Wege geräumt wurde, weil dieser zum Herrschen berufene, willensstarke und zielbewußte Mann den loyalen Elementen der Völker Österreich-Ungarns als Verkörperung des österreichisch-ungarischen Staatsgedankens galt und eine mächtige staatserhaltene Ausstrahlung die Persönlichkeit Franz Ferdinands umfloß, war die Absicht der großserbischen Verschwörer vermutlich darauf gerichtet, die internationalen Schwierigkeiten des Augenblicks zu steigern".

Vom selben Tage datiert ein langer Bericht aus Petersburg: „Rußland und die Mordtat von Serajewo". Er bezeichnet eine Auseinandersetzung zwischen dem Zaren, der sich abfällig über Serbien geäußert habe und dem Gesandten Hartwig als bevorstehend. In Petersburg beständen

keine Zweifel, daß die Belgrader Militärpartei den Mord ausgeheckt habe. Zu der Kennzeichnung Franz Ferdinands als Russenfeind in der russischen Presse bemerkt der Berichterstatter: „Nun am Hofe will man es nicht wahr haben, daß der Erzherzog und Gemahlin im Kriege mit Rußland gefallen, vielmehr spricht sehr viel dafür, daß, nicht weil der angebliche Urheber der österreichischen Russenfeindlichkeit gefallen ist, sondern weil die auf der russischen Politik ruhende moralische Last zu schwer geworden ist, Rußland nicht in allen Dingen Serbien den Rücken gegen Österreich steifen wird. Wie die Bluttat im Belgrader Konak fordert auch diese ihre Sühne, und es dürfte der serbischen Regierung der Beweis nicht leicht fallen, daß die Mordtat nicht hätte verhindert werden können".

Zu der Wahrscheinlichkeit, daß Österreich eine Untersuchung fordern werde, äußert man sich, (8. 7.) daß schon ein großes Maß von Übelwollen dazu gehöre, darin eine Verletzung der serbischen Unabhängigkeit zu sehen.

„Italien und der Mord von Serajewo". (Aus Rom vom 10. 7.) Der Berichterstatter lobt den zurückhaltenden Ton der italienischen Presse, obwohl sie die Überzeugung nicht verberge, daß Italien keinen realpolitischen Grund habe, über Franz Ferdinands Tod böse zu sein. Denn er sei als Beschützer aller italienfeindlichen Kreise in Österreich betrachtet worden. In Italien herrsche Sorge um die Entwicklung auf dem Balkan und indirekt begünstige man Serbien aus gleichen Wirtschafts- und Religionsinteressen. „Man würde es in Italien außerordentlich bedauern, wenn es zu einem Konflikt wegen der zweideutigen Rolle des serbischen Elementes in der Katastrophe von Serajewo kommen sollte. Daraus erklärt es sich auch, daß ein so ernstes offiziöses Blatt wie die römische Tribuna die Aufforderung der „Wiener Reichspost" zu einem Kriege gegen Serbien mit rückhaltloser Schärfe zurück wies. Den offiziösen Artikel des „Lokalanzeigers", „Nibelungentreue" (s. o.) geben die M.N.N. ebenfalls wieder.

Nun zu dem konservativen Sprachrohr, der „Kreuzzeitung". Die Angriffe gegen das „lässige slawophile Regiment Potioreks und Bilinskis" überraschen hier natürlich nicht. (4. 7.)

Durchaus optimistisch klingt ein Zitat aus einem Leitartikel vom 6. „Immerhin darf man hoffen, daß die österreichische Volksseele ihre Ruhe wiederfinden wird, wenn von Serbien aus diejenige maß- und taktvolle Zurückhaltung beobachtet wird, die angesichts der Ereignisse von Serajewo ihrer inneren unleugbaren Zusammenhänge eine Selbstverständlichkeit sein sollte". Zu diesen, angesichts der schon offenliegenden serbischen Pressehetze, außerordentlich friedlichen Ausführungen steht ein „Brief aus

Neuserbien" in gewissem Gegensatz. Er ist ganz bezeichnend für die abgrundtiefe Verachtung in der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der „balkanischen Unkultur".

In einer Polemik gegen die russische Presse (8. 7.) findet sich dann auch die ausdrückliche Betonung der europäischen Kulturgemeinschaft gegen die serbische Barbarei, wobei es nur in einem konservativen Blatt möglich ist, daß Rußland überhaupt zu dieser Gemeinschaft gerechnet wird. Ein zusammenfassender Artikel „Die österreichisch-serbische Spannung" fordert Abwarten der Untersuchung und folgert weiter: „Der Dreiverband wird Österreich die Berechtigung, zur gekommenen Zeit energisch einzuschreiten, nicht aberkennen, da Recht und Gerechtigkeit eine gründliche Aufklärung der Tat von Serajewo erheischen". Ein eigener Bericht von dem Wiener Ministerrat am 7. kommt zu dem in den ganzen Rahmen passenden Schluß: „Irgendwelche militärischen Schritte für die nächste Zukunft sind jedoch nicht geplant und daher auch nicht beschlossen worden. „Es wird sich allerdings vorläufig bloß darum handeln, die Mitwirkung der kompetenten serbischen Behörden für die weitere Untersuchung handeln". Die dauernde heftige serbische Aktivität schreckt dann die „Kreuzzeitung" doch ein wenig aus ihrer ruhigen Betrachtung: „Man scheint in Belgrad mit Hochdruck auf eine kritische Wendung in den Beziehungen zur Donaumonarchie hinarbeiten zu wollen". (10. 7.)

Hinter der maßlosen Sprache der serbischen Presse könne nur die Regierung stecken. Den Österreichern gibt man den Rat, vor allem selbst in Bosnien die großserbische Bewegung zu unterdrücken und bestätigt der „Neuen Freien Presse" in Wien, daß das deutsche Volk unbedingt auf Seiten Österreichs stehe, wobei man die Ermahnung nicht vergißt, man möge in Wien auch auf Gegenseitigkeit bedacht sein. (Hinweis auf die Agadirkrise und die Tatsache der Zurückdrängung der Deutschen in der Monarchie).

Wir sahen schon, daß die Zentrumspresse auf den 28. Juni äußerst betroffen reagiert hatte. Auch nach dem ersten Abklingen bleibt der Ton noch deutlich genug. — Die „Germania" schreibt am 3. 7. „Gewiß soll keine Politik der Unbesonnenheit betrieben werden, keine Politik aus dem bloßen Gefühl heraus. Aber die amtlichen Kreise in Serbien werden durch die Tat beweisen müssen, daß es ihnen mit der „Abscheu" vor dem Morde ernst ist, die sie in ihren Beileidskundgebungen ausgesprochen haben. — Ein Wiener Stimmungsbericht (4. 7.) „Immer mehr dringt in Österreich die Meinung durch, daß man gegenüber der großserbischen

Bewegung mit andern Mitteln auftreten müsse als es bisher geschah. Die Politik nachsichtiger Milde könne in Hinkunft nicht mehr fortgesetzt werden".

In der Abendausgabe desselben Tages folgt ein Bericht aus dem feindlichen Lager, aus Belgrad. „Die Stimmung in Belgrad": Aus der Tatsache, daß die Regierungsorgane im Gegensatz zu den hysterischen Ausfällen der anderen Presse sich korrekt ausdrücke, schließt der Schreiber, daß die allgemeine Verurteilung des Verbrechens in der Welt ihren Eindruck in Belgrad doch nicht verfehlt habe. Ein Nachruf auf den toten Erzherzog klingt in ein begeistertes Bekenntnis zur Habsburger Monarchie aus: „Die Hintermänner des Attentates hatten ihr Opfer gut ausgesucht. — Aber sie haben sich vielleicht doch schwer verrechnet. Denn dieses Reich hat innere Kräfte, die in der Stunde, da man ihrer bedarf, immer wieder wie mit Zaubermacht empor getrieben werden und das alte Österreich erhalten. — Dieses Produkt der Völkerwanderung, diese Notwendigkeit für Europa. Wir schließen mit einem Worte Mazarins: „Stets wenn man glaubt, das Haus Österreich stehe vor dem Untergang, zieht es ein Wunder aus der Tasche und ist gerettet".

Täglich macht sich die „Germania" die österreichischen Presseangriffe auf Serbien zu eigen und schließt aus der Angriffslust seiner Presse: „Auch diese ungeheuerlichen Herausforderungen sind ein Beweis dafür, daß dieses kleine Volk der Fürstenmörder an der großen slawischen Macht im Osten einen Rückhalt zu haben glaubt, sonst würden serbische Blätter nicht wagen, eine so unerhörte Sprache zu führen".

Wie stark die „Germania" der Wiener Politik verhaftet ist, zeigt schon die Tatsache an, daß ihr dortiger Vertreter dauernd zu Wort kommt. So auch am 10. „Das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien". Er ist der Ansicht, daß noch keine akute Krise vorhanden sei, aber das Verhältnis dauernd äußerst gespannt. Nach den üblichen Angriffen gegen das Großserbentum richtet er seine Feder gegen die panslawistischen russischen Kreise (Hartwig, Iswolsky, Suchomlinow), die stärker seien als die offizielle russische Politik. „Aber die nationalistischen Kreise sind sehr rührig und sie haben die Aufgabe, die Krise herbei zu führen, den Belgrader Politikern übertragen. Auch bei vorsichtiger Ausdrucksweise muß man sagen: „Die Dinge sind sehr ernst".

Dem Verfasser dieses Alarmartikels war die friedliche Parole der Wiener offiziösen Presse noch nicht bekannt. Sie findet sich aber noch am selben Tage in der Abendausgabe. — Der diplomatische Schritt werde, wie mit Bestimmtheit gesagt werden können, keine Eingriffe in die staatlichen

Hoheitsrechte Serbiens enthalten. Nichts werde der serbischen Regierung zugemutet werden, was als Affront oder Demütigung ausgelegt werden könne. Daher sei zu erwarten, daß sie serbische Regierung den österreichischen Forderungen auf Bestrafung der an der Anstiftung beteiligten Personen und auf Vorkehrungen für Abschaffung jener Übelstände, deren weiteres Bestehen einen korrekten Nachbarverkehr ausschließen würde, voll und ganz Rechnung tragen werde". (Die Ansicht der „Neuen Freien Presse", die die „Germania" in diesem Zusammenhang anführt, geht sogar dahin, daß auch die Tripleentente in Belgrad vorstellig werden würde. — Das waren freilich Friedensglocken, die wohl geeignet erschienen, vorübergehend die Gemüter zu beruhigen, bei manchen Lesern aber nach all diesen Attacken gegen die schrecklichen Serben auch wohl einiges Kopfschütteln über die seltsame Politik in Wien hervorgerufen haben werden).

Auch ein als abschließend gedachter Leitaufsatz: „Die österreichischen Maßnahmen gegen Serbien". (12. 7.) gefällt sich jetzt in ruhigem Ton: „Die Intervention bei der serbischen Regierung wird sich dagegen, wie dies schon sogleich nach dem Attentat ausgesprochen wurde, darauf beschränken, die Mitwirkung der serbischen Justiz bei der Verfolgung der Mörder und ihrer Hintermänner zu verlangen. Da sich eine solche Forderung durchaus im Rahmen des völkerrechtlich üblichen hält — so wird sich die serbische Regierung einem solchen Verlangen nicht entziehen können. Auch wird Österreich-Ungarn darauf hinweisen, daß die großserbische Agitation offenbar aus dem Königreich Serbien genährt wird und man wird daher eine Erklärung der serbischen Regierung verlangen, daß sie diesen Wühlereien fern stehe. Ministerpräsident Pasitsch wird jedenfalls auch diese Forderung erfüllen müssen, da er sonst offen eingestehen müßte, daß Serbien auf Gebiete aspiriert, die zu Österreich-Ungarn gehören. Das wäre natürlich der Kriegsfall. — Trotzdem muß aber leider damit gerechnet werden, daß man in Serbien auch noch fernerhin an dem wahnsinnigen Glauben einer inneren Schwäche Österreich-Ungarns festhält, einem Glauben, der leider von Petersburg aus genährt wird".

Die „Kölnische Volkszeitung" bietet natürlich kein wesentlich anderes Bild wie die „Germania", und so mögen hier einige Zitate genügen. „Nationale Gesinnung und Chauvinismus". (4. 7.) „Wir können nur wünschen, daß Österreich sich ermannt und zum Zuchtmeister des Ostens wird. Man kann den Frieden Europas nicht von dem hysterisch entarteten „Nationalbewußtsein" großmannssüchtiger Volksschaften abhängig machen". — „Provokationspolitik"? Dieser Artikel enthält eine

Darlegung der bisherigen österreichischen Zurückhaltung Serbien gegenüber, und schließt mit der Hoffnung, daß Österreich in Zukunft gegen die Serben eine Politik der Selbstachtung verfolge. So fest wie in den ersten Kommentaren zum 28. Juni legt sich die „Essener Volkszeitung“ auch weiterhin für Österreich ins Zeug. Am 1. 7. etwa heißt es, Deutschland habe die Pflicht, in unbedingter Bundestreue und Solidarität zu Österreich zu stehen, falls sich Folgen in der hohen Politik ergeben sollten. „Es kann eine Auseinandersetzung mit dem rücksichtslosen Nachbarn Serbien nötig werden, und die könnte auch auf Rußland zurückwirken. Angesichts dieser Möglichkeit ist es gut, wenn recht eindringlich bekundet wird, daß Deutschland auf jeden Fall zu Österreich steht“.

Am folgenden Tag reagiert man auf eine Wiener Meldung der Berliner „Nationalzeitung“, wonach eine gründliche Untersuchung vorgesehen, aber keine Änderung der österreichischen Politik beabsichtigt sei, mit der Mahnung an die österreichische Regierung, fest zuzupacken, und mit allen nationalistischen slawischen Bünden aufzuräumen. Gegen Serbien dürfe nicht eher etwas unternommen werden, bis wirkliche Beweise gegen die serbische Regierung vorlägen. Aber jede einmal gestellte Forderung müsse mit aller Energie, auch mit bewaffneter Hand durchgeführt werden“. Die Mahnung, nur ja erst genügend Material gegen die serbische Regierung zu sammeln, bevor man energisch durchgreife, findet sich in den nächsten Tagen regelmäßig. — Wahrscheinlich hatte der verantwortliche Schriftleiter den Friedjungprozeß in unangenehmer Erinnerung.

In der E.V.Z. taucht auch das Gerücht von einer bevorstehenden Union zwischen Serbien und Montenegro nochmal auf und wird als bewußt feindliche Aktion in einer Linie mit Serajewo gesehen, diese Union aber würde für Österreich das Signal zur endgültigen Abrechnung bilden. „Österreich muß demgegenüber mit ruhiger bedächtiger Umsicht vorgehen, aber es muß sich auch erinnern an die Erfahrung aus der Annexionskrise. Das feste, sichere, bis zum äußersten entschlossene Auftreten hat damals die Umtriebe von Iswolsky und Genossen zu Schanden gemacht. Die Rückendeckung durch das solidarische Deutschland fehlte damals so wenig wie heute“.

10. 7. — Aus dem, was von den Beschlüssen der Wiener Ministerkonferenz bekannt gegeben wurde, liest die E.V.Z. sogar einen Verzicht auf jede diplomatische Aktion heraus, wahrscheinlich mit der Rücksicht auf die Börse. Sie tröstet sich aber mit der Hoffnung, daß bei dem Übermut der Serben und ihrer russischen Freunde Österreich doch vielleicht noch gezwungen werde, aus seiner Reserve herauszutreten.

Und nun nach all diesen, nicht grundsätzlich verschiedenen Äußerungen, zur Opposition. Die „Rheinisch Westfälische Zeitung" ist uns ja schon durch ihre nicht gerade freundlichen, keinesfalls tieftraurigen Nachrufe auf Franz Ferdinand aufgefallen[7].

Wenn auch in ihr in den ersten Stellungnahmen am und nach dem 28. Juni der Scheinwerfer auf Österreich, nicht auf Serbien gerichtet wurde, so bedeutete das nun aber nicht den Ausdruck besonderer Sympathien für Serbien. Im Gegenteil, ein Leitartikel am 1. 7. „Serbische Schuldbekenntnisse" drückt sich sehr deutlich aus. — „Die serbische Regierung glaubt, erstaunt sein zu dürfen über das „Schuldig", das die ganze Welt über das serbische Volk gesprochen hat. Der schwächliche Versuch, die erdrückenden Beweise für die Mitschuld Serbiens — auch des amtlichen Serbien — zu entkräften, erfolgt jetzt in demselben Augenblick, wo die Belgrader Presse, in ohnmächtiger Wut der Vorsicht nicht achtend, ein offenes Bekenntnis ihrer geistigen und politischen Verwandtschaft mit den Mördern von Serajewo ablegt. — In Bosnien aber geben die „armen Brüder, denen nun noch größere Leiden drohen", ihrer Verachtung gegen diese Gesinnung und die ihr folgenden Volksgenossen immer neuen Ausdruck". Im gleichen Artikel findet sich die Behauptung, Österreich werde das Ersuchen an Belgrad richten, die gerichtliche Untersuchung in Serbien selbst führen zu dürfen, und die R.W.Z. betrachtet anscheinend diesen nachher so anstößigen Passus als selbstverständlich.

Die Klage (3. 7.) über das herausfordernde Vordringen der Slawen in Österreich nimmt bei dem alldeutschen Blatt kein Wunder, und die Anklage gegen die Schwäche der Wiener Regierung gegen die Umtriebe der Sokoln gehört dazu. Solange nicht der österreichisch-habsburgische Staat zur Debatte steht, sondern das deutsche bzw. slawische Volkstum innerhalb der Monarchie oder das Großserbentum liegt die Stellungnahme der R.W.Z. etwa auf gleicher Ebene mit der der „Leipziger Neuesten Nachrichten". Umso mehr fällt dann der an Schärfe garnicht mehr zu überbietende Ruck in die Opposition auf, sobald es sich um das außenpolitische Auftreten Österreich-Ungarns, des Habsburgerstaates handelt, zumal, wenn man in Betracht zieht, daß gerade das deutsche Element innerhalb der Monarchie das zur Aktivität treibende ist. Daß die R.W.Z. bissigste Kritik an den seltsamen Beerdigungsanordnungen in

---

[6] Man muß ihre Richtung als alldeutsch bezeichnen, obwohl gerade in diesen kritischen Monaten ihr Verlagsleiter Dr. Reismann-Grone mit dem alldeutschen Verband wegen dessen proösterreichischer Stellungnahme zerfiel.

Wien übt, nochmehr als die deutschen Zeitungen sonst, sei als kleines Stimmungscharakteristikum nebenbei bemerkt.

Das Rundschreiben der serbischen Regierung zu ihrer Verteidigung, wird wie folgt kommentiert: (6. 7.) „Es mag der serbischen Regierung sehr unangenehm sein, daß ihr das Verbrechen von Serajewo zur Last gelegt wird, aber sie wird sich von dieser Schuld nicht reinwaschen können". Hinweis auf die Militärpartei — „Diese Kreise, denen ja auch die Königsmörder angehören, haben in Serbien die Macht in der Hand, und ihr Treiben ist den Mitgliedern der Regierung gewiß nicht unbekannt, aber man hat den Mut nicht, dagegen einzuschreiten". Am gleichen Tage beschäftigt man sich nochmals mit Franz Ferdinand. Er wird als das Haupt des Systems bezeichnet, das dem verfallenden Österreich neue Kraft hätte einflößen wollen und phantastische Eroberungspläne gehabt hätte. Mit ihm sei hoffentlich die ganze Bewegung tot. „Dann könnte in uns der Widerwille über das Treiben der heute tonangebenden Wiener Hofgesellschaft überdeckt werden von dem Gefühl der Erleichterung und Genugtuung. Denn Österreich bedeutet für die 12 Millionen Deutsche an der schwarzgelben Donau das Grab und für das deutsche Reich den Krieg mit Rußland". — Unter der Überschrift: „Das Gerassel mit dem deutschen Säbel bringt man (9. 7.) die Zitierung eines Artikels der k. u. k. „Militärischen Rundschau", in dem die zu stark das Bündnis mit Deutschland benutzende Politik der letzten Jahre eine Verurteilung findet. Selbstverständlich pflichtet die R.W.Z. dieser Ansicht völlig bei, gibt sich aber dem gründlichen Irrtum hin, daß nach Franz Ferdinands Tod anscheinend eine Schwenkung der österreichischen Politik zur Beruhigung Europas geplant sei.

Die „Schwarz-Gelben" wirken auch auf den „V o r w ä r t s" aufreizend, freilich aus ganz anderem Gesichtswinkel heraus.

2. 7. „Die ganze Zerfahrenheit der schwarzgelben chauvinistischen Kreise, die schon während der Balkankriege geradezu gefährliche Formen aufwies, zeigt sich auch jetzt in den Versuchen, die Bluttat von Serajewo im nationalistischen Interesse auszunutzen". Die nächste Nummer bringt eine Polemik gegen die Wiener „Versuche, die großserbische Bewegung, ja Serbien selbst für den Mord verantwortlich zu machen". Ein Hinweis auf den F r i e d j u n g p r o z e ß liegt in diesem Zusammenhang ja nahe. „Bleiben aber Verhetzungen, Hinrichtungen und eine Politik der starken Hand die einzige Folge der Schüsse von Serajewo, umso schlimmer für Österreich-Ungarn, denn dann geht der unglückselige Nationalitätenstaat noch schwereren Erschütterungen entgegen als es die Ermordung eines

Thronfolgers ist. Die südslawische Frage schreit nach ihrer Lösung, und sie wird nicht mit Wien gelöst werden".

Der „Vorwärts" sieht mit dem Aufhören des Osmanengefahr die historische Aufgabe für Wien erfüllt. Wenig überzeugend klingt dann die doktringetreue Erklärung des bosnischen Problems, das man als sozial begründet hinstellt, da Österreich nichts für die Bauern getan, sondern sich auf die mohammedanischen Großgrundbesitzer gestützt habe.

Die These ist schon durch die einfache Tatsache hinfällig, daß ja die großserbische Bewegung garkeine bäuerliche Bewegung war, sondern eine typisch intellektuelle und weiterhin militaristische. Ist doch gerade jedes Bauerntum in der Welt seiner Natur nach, die Bescheidung verlangt, Feind imperialistischer Bestrebungen jeder Art. An der weiter angeführten Erklärung zur österreichisch-serbischen Feindschaft, daß nämlich die österreich-ungarischen Agrarier keine exportfähige serbische Landwirtschaft hochkommen lassen wollen, ist insofern sicherlich etwas daran, als der langjährige Wirtschaftskrieg die Spannung zwischen Österreich und Serbien dauernd genährt hätte. Eine Tatsache, auf die nur späterhin in der „Rheinisch Westfälischen Zeitung" nochmal hingewiesen wird, die sonst aber als Erklärung keine Beachtung findet.

Der ganze Leitartikel schließt mit der düsteren Warnung: „Aber es wird mehr fallen als ein Erzherzog, wenn nicht die verblendeten Machthaber, durch die Schüsse von Serajewo gewarnt, in letzter, zwölfter Stunde einlenken". — „Wohin" sie aber einlenken sollen, dazu weiß auch der „Vorwärts" nicht mehr als Allgemeinplätze anzugeben. Im Gegensatz zu der ersten entrüsteten Anklage gegen Österreich, weil es die großserbische Bewegung für den Mord verantwortlich zu machen versuche, gibt ein Wiener Bericht des „Vorwärts" am 4. 7. unter der Überschrift „Die serbische Gefahr" zu, daß zweifellos die serbische Irredenta den Urheber des Attentates darstelle. Es folgt eine sachliche, nicht polemische Darstellung des serbischen Österreichhasses, der in der Tatsache einer österreichischen Herrschaft über Serben begründet liege. Und der Verfasser betont, (man merkt die Wiener Quelle) daß Serbien darum eine Gefahr für den europäischen Frieden darstelle, weil der Panslawismus hinter ihm stehe. Damit ist auch der „Vorwärts" in die einheitliche antiserbische Front der deutschen Presse eingerückt. Der Wiener Berichterstatter erkennt zwar den Serben die Gerechtigkeit ihres Anspruches auf einen großen Nationalstaat zu, aber es sei ein Unsinn zu denken, Österreich gebe sich kampflos auf. „Die Existenz Österreich-Ungarns zwingt noch andere Nationen als bloß die Serben zur Resignation, und

die Erhaltung des Friedens, von dem aller demokratischer Fortschritt abhängt, nimmt es als ethisches Gut mit der Berechtigung des serbischen Expansionsbedürfnisses immer noch auf. Auch wäre zu erwägen, wie stark damit die Stoß- und Siegeskraft des Panslawismus gesteigert würde". Auch Serbien sei neben Österreich in gleichem Maße an der europäischen Kriegsgefahr beteiligt. Nur durch öffentliche Reformen könne eine Änderung herbeigeführt werden. „Aber dadurch erwächst auch wieder der gesamten Internationale die Pflicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie die Erhaltung des Weltfriedens den großserbischen Aspirationen nicht zu opfern gedenkt und die serbische Beunruhigungspolitik ebenso verdammt wie die schwarz-gelbe Unterdrückungspolitik".

Diesen Ausführungen kann man als Leser nach 23 Jahren trotz ihrer marxistischen Terminologie nur zustimmen, da in ihnen, wie sonst nirgends, dem an sich natürlichen und historisch gerechtfertigten serbischen Nationalismus der Weltfriede als ein höherer Wert entgegen gestellt wird. Wir werden auch im weiteren noch öfter die Feststellung machen müssen, daß gerade der „Vorwärts" in der Julikrise sehr oft die gründlichsten und vernünftigsten Gedankengänge zustande bringt, insofern man nämlich Gedankengänge als vernünftig und richtig bezeichnen muß, wenn sie die tatsächliche historische Entwicklung zum Teil sehr genau voraussahen, und deren Zeitkritik der Historiker nachträglich als richtig erkennt. Die Tatsache, daß solche Gedankengänge aus einem für uns undiskutablen grundsätzlichen Pazifismus heraus richtige Feststellungen trafen, kann dies Urteil nicht ändern. Selbstverständlich, Lösungsmöglichkeiten der Krise konnten aus der marxistischen Theorie heraus der anders konstruierten monarchischen oder bürgerlich demokratischen Welt nicht gezeigt werden, und insofern ist auch diese im wesentlichen durchaus richtige Kritik genau so unfruchtbar geblieben, wie das trotz aller oftmaligen Agressivität schließlich hilflose Treibenlassen der konservativen und liberalen bürgerlichen Presse.

Diese Feststellung dürfen wir dem Schlußkapitel vielleicht vorwegnehmen, da die Signatur „unfruchtbar" als einstimmiges und weithin sichtbares historisches Urteil der gesamten Vorkriegspolitik zukommt, wie ihr Ende in der Versailler Katastrophe bewies und es auch ohne diese Arbeit kein Geheimnis ist, daß der Presse eines Zeitabschnittes kein anderes Urteil zukommen kann als ihrer Zeit selbst, deren Ausdruck sie nur ist.

Hartwigs Tod.

Nach dieser Abschweifung zurück zu den Tagen, da die Krise noch nicht sichtbar der Katastrophe zusteuerte, sondern sich im Gegenteil mit großer Wahrscheinlichkeit harmlos aufzulösen schien.

Ungefähr allgemeine Ansicht war also nach dem 10. Juli zunächst, daß Österreich nur Schritte plane, die, aller Voraussicht nach, keine Kriegsgefahr heraufbeschwören könnten. Solche Schritte der Diplomatie erwartete man nach den Ankündigungen der Wiener Presse recht bald. In dieser, ja immer noch als gespannt im Bewußtsein lebenden österreichisch-serbischen Situation regte das plötzliche, unter besonders eindrucksvollen Umständen erfolgte Ableben des russischen Gesandten Hartwig in Belgrad (er erlag bei einem Besuche in der österreichischen Gesandtschaft einem Herzschlag) ausführliche Nachrufe, und dabei Betrachtungen, der durch ihn, wie bekannt, hervorragend vertretenen Balkanpolitik Rußlands besonders an. Sein Tod hat zwar auf den Verlauf der Julikrise keinen erkennbaren Einfluß ausgeübt, aber sein Leben sicherlich seinen Teil zum Entstehen der politischen Atmosphäre getan, in der es zur Julikrise mit tödlichem Ausgang kommen mußte, und darum ist es wohl angebracht, hier den Äußerungen der Presse zu seinem Tod einigen Raum zu geben, in denen ebenfalls die Erkenntnis vertreten ist, daß Hartwig nicht unschuldig ist an der unerträglich gespannten Lage auf dem Balkan.

So charakterisiert der Wiener Vertreter der „K ö l n i s c h e n Z e i t u n g" am 13. Hartwig als den unversöhnlichen Feind Österreichs, der durch seine Forcierung der großserbischen Propaganda mitschuldig sei an dem Mord. Und schon 2 Tage vorher bemerkte die K.Z. „Im Interesse des Friedens ist es zu wünschen, daß in Belgrad als Nachfolger Hartwigs ein Mann erscheint, der minder fanatisch das Feuer schürt und die Welt nicht nur vom panslawistischen und allrussischen Standpunkt sieht. Raum für alle hat die Erde".

Die „K r e u z z e i t u n g" kennzeichnet Hartwig auch als panslawistischen Todfeinds Österreichs. Und verbindet damit einen Angriff auf die „schwankende und ziellose" Balkanpolitik des Verbündeten, die auch in der jetzigen Angelegenheit wieder hervortrete. — „Entweder man hat in Wien genügendes Material zur Hand, um in Belgrad vorstellig werden zu können, dann soll man, was zu tun ist, bald und mit Nachdruck tun, oder aber man besitzt keine entsprechenden. Dann soll man Serbien nicht mit der Ankündigung von diplomatischen Schritten reizen, die mangels eines ernsten Hintergrundes doch unterbleiben müssen. Man ist in Deutsch-

land bereit, der österreichischen Regierung auch in der gegenwärtigen Frage die weitestgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen, aber man darf andererseits erwarten, daß man sich in Wien endlich darüber klar wird, was man eigentlich zu tun gedenkt". (11. 7.)

Die „Frankfurter Zeitung" glaubt, daß von der Wahl des Nachfolgers Hartwigs viel für die Gestaltung der russisch-österreichischen Beziehungen abhängen würde.

Die „Germania" gibt ihrer Würdigung des toten Gesandten die bezeichnende Überschrift „Der großrussische Gedanke". Sie sieht in dieser großrussischen Idee die erschöpfende Erklärung der gesamten russischen Politik, auch der Panslawismus sei nur ein Mittel im Dienste dieser Idee, zu deren Erfüllung Rußland zunächst die Aufrollung des im Wege stehenden Dreibundes vom Balkan her plane.

Das „Berliner Tageblatt" erblickt in Hartwig sogar den eigentlichen Außenminister Serbiens und darum den großen Gegenspieler Franz Ferdinands, und gleichzeitig betrachte es ihn als Gegensatz zu dem friedlichen Sasonow. Er wäre bestrebt gewesen, den österreichischen Fehler der Räumung des Sandschaks durch die Union Serbiens und Montenegros auszunutzen. Durch den Tod Hartwigs, der eigentlichen Seele des Großserbentums, würden die Aussichten vermehrt, daß die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien sich wieder besserten. — In dieser Hoffnung kommt indirekt die Überzeugung zum Ausdruck, daß der österreich-serbische Konflikt sich nicht zuspitzen werde, denn diese Hoffnung setzt ja zu ihrer Erfüllung einen längeren friedlichen Zeitraum beruhigter politischer Atmosphäre voraus und kann darum schon einen kriegerischen Konflikt in nächster Nähe nicht in Rechnung ziehen. — Auch die „Vossische Zeitung" benutzt den Tod des Belgrader Gesandten zu einer ausführlichen Darstellung der russischen Balkanpolitik. Sie bezeichnet Serbien als den „Sturmbock" des Allslawismus. „Davon rühren die Exaltationen des Herrn von Hartwig zu ganz bestimmten politischen Zwecken aufgepulverten Großserbentums her, die zu der jüngsten Verschwörung und zu der Ermordung des Erzherzog geführt haben".

Aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" zitiere ich: „Hartwig gehörte zu jenen russischen Diplomaten, es sind ihrer wenige, sie haben aber starken Rückhalt in einflußreichen russischen Hofkreisen, die Österreich-Ungarns Niederwerfung und Aufteilung als oberste und nächste Aufgabe der Politik Rußlands betrachten und in ihrem Wirken praktisch vorzubereiten suchten. Er trieb wiederholt direkt zu einem Konflikt, und es ist wohl nur der Unentschlossenheit Sasonows und der Friedens-

liebe des Zaren zu verdanken, daß Hartwig den Krieg nicht durchzusetzen vermochte". Hartwigs Stellung sei durch das Attentat, das den Zaren aufs äußerste empört habe, erschüttert worden und seine Abberufung nahe bevorstehend gewesen.

Die „Essener Volkszeitung" stellt fest, daß das Ausscheiden des Erzhetzers Hartwig zwar noch keine Friedensgarantie bedeute, aber — „anderseits darf man sich sagen, daß in Petersburg die heilsame Scheu vor dem Losschlagen, die sich schon mehrfach bewährt hat, gewiß noch fortbesteht".

Vor dem Sturm.

14 Tage nach dem Mord war die Erregung über dieses neueste Unglücksereignis der europäischen Politik in den Spalten der Zeitungen abgeflaut. Neben der reinen Einwirkung der Zeit, der die Presse ja als Tageserzeugnis besonders stark unterliegt, wirkten die beruhigenden Wiener Ankündigungen und die Tatsache, daß noch nichts wesentliches nach dem 28. Juni passiert war. Aber erschöpft war das Thema „Österreich-Serbien" darum noch nicht, dafür sorgte allein schon das Anhalten der österreich-serbischen Pressefehde, die im Reich laufend weiter verfolgt wurde, sodann das Bewußtsein, daß doch noch ein diplomatischer Schritt erfolgen mußte nach der Lage der Dinge, und daß solange die Krise eben noch vorhanden war.

In ausführlichen Leitartikeln nehmen alle Redaktionen, wie sie dabei meist denken, abschließend Stellung zu den Problemen, die der Unglückssonntag aufgewirbelt hatte. — So die „Kölnische Zeitung" vom 14. „Österreich und Serbien". Der offiziöse Charakter kommt deutlich zum Ausdruck. Sie nimmt die österreichische Regierung gegen die Erregung der öffentlichen Meinung ihres Landes in Schutz, die ihr Langsamkeit vorwirft, und spricht ihr volles Vertrauen in die „Ruhe und Einsicht" der österreichischen Diplomaten aus. — Dieses „Vertrauen" kann eben nur in der offiziösen Presse zum Ausdruck kommen, denn im allgemeinen verband sich die „Nibelungentreue" keineswegs in den deutschen Blättern mit sonderlicher Begeisterung für die Herren am Ballhausplatz. — Eine gemäßigt optimistische Betrachtung spricht aus den Zeilen dieses Artikels. Schwierigkeiten in Belgrad seien zwar nicht ausgeschlossen, aber durchaus nicht wahrscheinlich. Von „Krieg" verlautet kein Wort. Serajewo erscheint durchaus auf gleicher Höhe mit den übrigen Balkanwirren und Problemen. Man versäumt aber auch hier nicht auf

die Unerschütterlichkeit des erprobten Bündnisses hinzuweisen. — Ein Wiener Bericht (16. 7.) ist im gleichen Ton gehalten. Auch in Wien sei die Erregung abgeflaut. Einige kräftige Seitenhiebe auf Serbien stören das friedliche Bild allerdings etwas. Nocheinmal am 19. beschäftigt sich ein breit angelegter Leitartikel mit der Marokkokrise und den Balkankriegen verglichen. Die, trotzdem oder deswegen, wie man will, ruhige Beurteilung der Lage stützt sich auf die Anführung der angeblich offiziösen „Westminster Gazette" vom 17. 7., nach der Österreich voll berechtigt sei, sich gegen die serbischen Losreißungspläne zu schützen. (Über die weitergehende politische Bedeutung dieses Artikels — der trotz der obigen Bezeichnung nicht offiziös war — s. Anrich „Die englische Politik im Juli 14, II. Kap. S. 28/29) „Überblickt man vorurteilslos die Gesamtlage, so ergibt sich als berechtigte Meinung, nicht jede Meldung, die der Tag bringt, gleich als ungünstiges Anzeichen zu werten, das den Druck, der ohnehin auf dem Wirtschaftsleben liegt, verstärken müßte, sondern einmal daran zu denken, daß in dem politischen Spiel der Bluff seine große und wichtige Rolle spielt und sodann im Auge zu behalten, woran der englische Schatzkanzler gestern in seiner Rede erinnerte: Die gewaltigen Interessen, die immer wieder zur Glättung der Schwierigkeiten wirken".

Der Londoner Berichterstatter[8] weiß nun freilich von einer anderen Auffassung in England zu melden. Er schreibt von allgemeiner Nervosität, verursacht durch den scharfen Ton der österreichischen Pressepolemik. „Man hat hier für eine Abenteuer- und Prestigepolitik, die etwa das unmögliche Beginnen anstreben würde, außerhalb der Landesgrenzen die großserbische Idee auszustampfen, schlechterdings kein Verständnis, aber wahrscheinlich würden auch Österreich-Ungarns beste Freunde bei uns daheim kaum die Unterstützung einer solchen Politik als innerhalb der Grenzen der Bundespflichten liegend betrachten". — Dieser Satz springt einem förmlich in die Augen, denn dieser Ton ist völlig neu, das klingt nicht nach „Nibelungentreue"! Man spürt die Londoner Atmosphäre. Aber daß diese unverhüllte Warnung irgendeine Wirkung ausgeübt hätte, ist nicht ersichtlich, sie steht auch ganz vereinzelt da, wenigstens in dieser direkten Form. Denn als indirekte Warnung des

[8] Dieser Londoner Korrespondent der K. Z., Dr. Esser, der uns noch öfter durch seine selbständigen Berichte auffallen wird, war durch seine Mitgliedschaft in den besten Londoner Clubs, durch genaue, langjährige Kenntnis der englischen Gesellschaft durchweg hervorragend informiert. Er starb kurz nach Kriegsbeginn in seiner Londoner Wohnung. (Freundliche Mitteilung der „Kölnischen Zeitung").

Londoner Vertreters darf man wohl eine ausführliche und kommentarlose Zusammenstellung englischer Pressestimmen zur europäischen Lage ansehen, die sich alle in Mahnungen an Österreich einig sind, den Bogen nicht zu überspannen. Ein weitgehend zitierter Leitartikel der „Morningpost" sieht im Falle eines österreich-serbischen Krieges die Lage genau so voraus, wie sie dann auch wirklich gekommen ist. Auch der Leitartikel der „Times", der warnend auf das russische Interesse an Serbien hinweist, wird breit zitiert. — Der Wiener Vertreter dagegen „macht in Harmlosigkeit". Er weiß von der allgemeinen Erwartung zu berichten, daß der österreichische Schritt in ruhiger und höflicher Form erfolgen werde und daß keine Frist vorgesehen sei. (22. 7.)

Kurz vor Schluß des ersten Teiles der Krise bricht auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ihr Schweigen (19. 7.) und äußert sich zur Lage[9].

„In den Auslassungen der europäischen Presse zu der in dem Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien obwaltenden Spannung machen sich immer mehr Stimmen geltend, die anerkennen, daß Österreich-Ungarns Verlangen, eine Klärung für seine Beziehungen zu Serbien herbeizuführen, berechtigt ist. Dabei schließen wir uns der an mehr als einer Stelle ausgedrückten Hoffnung an, daß durch rechtzeitiges Einlenken der serbischen Regierung das Entstehen einer ernsten Krisis vermieden werde. Jedenfalls läßt es das solidarische Interesse Europas, das bisher in der langen Balkankrisis und in der Bewahrung des Friedens unter den Großmächten zur Geltung gekommen ist, erwünscht und geboten erscheinen, daß die Auseinandersetzungen, die zwischen Österreich und Serbien entstehen können, lokalisiert bleiben". — Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt noch Wiener Ankündigungen von ungefährlichen Schritten, aber aus dem angeführten letzten Satz spricht die Stimme eines weiter Eingeweihten, eben v. Jagows, der um die große Wahrscheinlichkeit eines österreich-serbischen Krieges Bescheid weiß, und dafür ist jetzt das Stichwort „Lokalisierung" gefallen, das in der nächsten Woche die deutsche Presse in einem Chor von eindringlicher Einheitlichkeit in die dafür leider schwerhörige Welt rufen wird. —

Die „Frankfurter Zeitung" hatte ja den friedlichen Ankündigungen der Wiener offiziösen Blätter schon gleich etwas skeptisch gegenüber

[9] Dieser Artikel hat den Charakter einer amtlichen Erklärung, ist entworfen von Jagow, (s. Anrich S. 132). Er liegt auf gleicher Höhe mit dem inspirierten Artikel der K. Z. vom 19., angeregt vor allem durch den Artikel der „Westminster Gazette" vom 17.

gestanden, und sie behält diese Zweifel bei. So bemerkt sie am 15., daß die Beurlaubung des Kriegsministers Krobatin noch durchaus kein Beweis für die absolute Friedlichkeit Österreichs sei, da ein solcher Urlaub auch zur Verschleierung angetreten werden könne. Alles Fragen sei zwecklos, es bleibe eben nur übrig zu warten, bis Österreich die Schritte tue, die ihm allein überlassen bleiben müßten.

Der Petersburger Korrespondent berichtet am 14., die Haltung der russischen Presse lasse vermuten, daß Rußland Serbien zur Nachgiebigkeit bewegen werde. — Im Gegensatz zu allen andern hier betrachteten bürgerlichen Blättern kommt die Fr. Z. in ihrer Untersuchung der bosnischen Zustände zu der Mahnung an Österreich, nicht den Scharfmachern zu folgen, sondern die Versöhnungspolitik der letzten Jahre unbeirrt weiter zu verfolgen. Ihre Ausführungen über Bosnien, vor allem ihre Kritik gegen die antiserbischen Ausschreitungen unter Duldung der Polizei, ist insofern bemerkenswert, als sie der offiziösen Belgrader „Samouprava" als Kronzeugin für ihren Angriff auf die österreichischen Herrschaftsmethoden in Bosnien dienten. — Ein Gesichtspunkt, der bisher nur so nebenbei in den Betrachtungen der gegenwärtigen Krise auftauchte, steht im Mittelpunkt eines Leitartikels der Fr. Z. am 15. abends. Es heißt darin, als einzig bisher sichere Tatsache von Auswirkungen der österreich-serbischen Spannung stehe die erneute Schädigung der Wirtschaft fest. „Wieder einmal ist die Unfertigkeit, die Unausgeglichenheit der politischen Zustände Europas ein Unglück für die friedliche Arbeit seiner Völker. Nicht genug damit, daß sie schon in friedlichen Zeiten die immer schlimmer werdenden Lasten des Wettrüstens tragen, das der Wirtschaft die Menschen und die Kapitalien entzieht, werden sie nun schon seit Jahren ohne Pausen von einer akuten Beunruhigung in die andere geworfen. Der russisch-japanische Krieg, die Spannung zwischen England und Deutschland, die bosnische Krisis, Marokko, Tripolis und die beiden Balkankriege sind die einzelnen Phasen dieser ununterbrochenen lastenden Sorgen. Gewiß diese Sorgen sind in ihrer äußersten Befürchtung schließlich immer übertrieben, man könnte nachträglich sagen, unnötig gewesen. Das Furchtbarste, ein Krieg unter den europäischen Großmächten, ist uns noch immer (und trotz weit schwererer Belastungsproben als die gegenwärtige ist) erspart geblieben". Aber die Unruhe wirke fast schon so schlimm wie das Ereignis selbst. Der Zustand dauernder Krisis erzeuge ein schleichendes Mißtrauen, allgemeine Mutlosigkeit, Kreditschwierigkeiten usw. Und am schlimmsten stehe es um die österreichische Wirtschaft. „Und es ist sogar eine direkte Gefahr,

daß die führenden Wirtschaftskreise Österreich-Ungarns allmählich in die Stimmung herein kommen, das Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzuziehen, daß sie auf schnelles Losschlagen drängen, bloß um nicht wie in den letzten beiden Jahren, die monatelange Sorge mit ihren verwüstenden Folgen wieder zu tragen. — In den Kabinetten, in denen jetzt wieder soviel von den Lebensbedürfnissen der österreich-ungarischen Monarchie die Rede ist, sollte man auch diesen Gedanken an die Lebensbedürfnisse der um ihren Unterhalt arbeitenden Menschen nicht vergessen". — Entsprechend der Überzeugung der Fr. Z. von der Belanglosigkeit friedlicher Ankündigungen fällt auch ihre Beurteilung der Parlamentsrede Tiszas vom 16. aus, in der nach ziemlich gewundenen, jedenfalls aber durchaus nicht aggressiven Sätzen das bekannte Wort von der „ultima ratio" des Krieges fiel, auf die keine Großmacht von vorneherein verzichten könne. Sie schreibt, die Rede Tiszas habe nichts neues gebracht, da man in ernsten politischen Kreisen von der Entschlossenheit Österreichs immer überzeugt gewesen sei: „Um einen politischen Akt solle es sich handeln, nicht nur um eine Ergänzung des Kriminalprozesses gegen die Mörder des Erzherzogs und seiner Frau mit den nach Serbien hinüberführenden Fäden".

In einer Meldung aus Wien am 18. verlautet, Rußland habe die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die serbische Unabhängigkeit nicht angetastet werde, man zieht daraus den naheliegenden Schluß, daß die Rechnung, Rußland lasse Österreich und Serbien allein, fehlgehe. Es handele sich nun um die Klärung des Begriffes der nationalen Unabhängigkeit Serbiens. — Am 19. teilt der Wiener Vertreter seine Überzeugung mit, daß die unvermeidliche Auseinandersetzung mit dem Großserbentum bevorstehe, sie müßte dann zum Kriege führen, wenn die Regierung in Belgrad ihrem eigenen Nationalismus gegenüber zu schwach wäre oder wenn sie die österreichische Garantieforderungen im Vertrauen auf ausländische Hilfe ablehne. — Doch dann heißt es weiter, als Beruhigung sozusagen auf die vorhergehende gefährliche Aussicht, vor einem Jahr noch hätten die Serben noch überall, auch innerhalb der Donaumonarchie, auf Symphathien rechnen können, heute weit und breit nur noch bei den tschechischen Radikalen. Die Ursache dazu liege aber nicht allein im Fürstenmord begründet. „Es gibt keine wirklichen Proserben in der Welt. Den Umschwung haben die Balkankriege herbeigeführt". Durch ihre greuelvollen Bruderkriege wie durch die Roheit ihrer ganzen Kriegsführung hätten sie alle Sympathien verloren. „Nicht der Wille zur Befreiung der Volksgenossen, die nackte Habsucht und Machtgier leiteten

die serbische Politik und die Waffen der Ausbreitung waren Mord und Brand. Das grub sich in das Bewußtsein und Gedächtnis der Zeitgenossen, und damit hat Serbien das Recht verwirkt, im Namen des nationalen Prinzips Forderungen an die europäische Kulturwelt zu stellen. Hier geht es wirklich um Kultur und Barbarei, und wenn Österreich fordert, daß Serbien darauf verzichtet, die Methoden der Barbarei über die Grenze zu tragen, so wird es die ganze Kulturwelt Europas hinter sich haben. Es handelt sich um nichts anderes, Österreich-Ungarn hat keine Sehnsucht nach Erweiterung der Grenzen, noch viel weniger nach dem Erwerb neuer Staatsbürger, die gewiß kein angenehmer Besitz sein würden. Aber die gesamte Monarchie hat es bis an den Hals satt, von einem überreizten Volk dauernd in Atem gehalten und bedroht zu werden. — Es wird nicht ganz einfach sein, die Garantieforderungen Österreich-Ungarns so zu formulieren, daß sie den Schein der Vergewaltigung des serbischen Volkes vermeiden. Aber es kommt auf diesen Schein jetzt nicht an. Die Unabhängigkeit Serbiens, unter der man bisher in Belgrad verstanden hat, mit allen Feinden der Monarchie gemeinsame Sache zu machen und unter Berufung auf die freien Institutionen des Landes jeder feindseligen Propaganda die Zügel schießen zu lassen, ist mit dem Bestand Österreich-Ungarns und des europäischen Friedens unvereinbar". — So entschieden wie mit diesen überzeugenden Ausführungen hatte sich die Fr. Z. bisher noch nicht hinter Österreich gestellt. Und es ist kein Zufall, daß dieser Artikel gerade von dem Wiener Berichterstatter herrührte. Für die Haltung des Wiener Vertreters der Fr. Z. bezeichnend sei hier eine Aufzeichnung des österreichischen Außenministeriums zitiert. (Österreichische Außenpolitik VIII. Nr. 10038. — 4. 7. Graf Forgach.) „Der als Vertrauensmann der deutschen Botschaft bekannte Korrespondent der „Frankfurter Zeitung", Ganz, hat heute im Pressedepartement des Ministeriums des Äußeren vorgesprochen und mitgeteilt, er sei heute von Herrn von Tschirsky empfangen worden, welcher ihm nachdrücklichst und wiederholt — offenbar mit der Absicht, daß seine Äußerungen im Ministerium des Äußeren wiedergegeben würden — erklärt, Deutschland würde die Monarchie durch dick und dünn unterstützen, was immer dieselbe auch gegen Serbien beschließen sollte. Der kaiserlich deutsche Botschafter fügte dann noch hinzu, je früher Österreich-Ungarn losgehe, umso besser. — Selbst wenn die deutsche Presse, die heute ganz antiserbisch sei, wieder zum Frieden blasen würde, sollte man sich in Wien nicht irre machen lassen. Kaiser und Reich würden unbedingt zu Österreich-Ungarn halten". (An Berchtold, Tisza und Franz

Joseph wurde diese Aufzeichnung weitergegeben). — Man kann überhaupt feststellen, daß die Vertreter der deutschen Zeitungen in der österreichischen Hauptstadt von der dortigen Stimmung ganz gefangen waren. Der Einfluß zum Bsp. des Wiener Mitarbeiters des „Vorwärts" auf die antiserbische Stellungnahme seiner Zeitung ist besonders auffällig. —

Von der ganzen Ungeduld dreiwöchigen Wartens ist nun der Artikel „zur Lage" vom 20. diktiert, und aus ihm spricht in ziemlichem Gegensatz zu allen vorhergehenden Stellungnahmen der Fr. Z., besonders zu dem letzten, oben wiedergegebenen Aufsatz ein gewisser Zweifel an der österreichischen Energie. Der Verfasser stellt zunächst die steigende wirtschaftliche Unruhe fest, erinnert an die Spannungen der Balkankrise, so an die Prohaskaaffäre, die auch wochenlang die Öffentlichkeit in Spannung gesetzt hatte und dann auslief wie das Hornberger Schießen". Aber für eine starke Zumutung an die Öffentlichkeit halten wir es, daß sie sich wochenlang allerlei Andeutungen darüber vorsetzen lassen muß, was für ernste „Demarchen" das Wiener Auswärtige Amt in Belgrad unternehmen werde und wie wenig man diesmal in Belgrad darauf rechnen könne, mit einem blauen Auge davon zu kommen. Das Beunruhigende daran ist, daß man nicht klar sagt, was man eigentlich weiß und was man will. Man gibt zwar überall der Monarchie recht, daß sie sich gegen hochverräterische Umtriebe schützen soll mit aller Energie, aber man hat auch ein Recht, endlich zu wissen, wie weit man gehen will in Wien und was man dort weiß. Solange die Öffentlichkeit darüber nichts weiß, soll man auch nicht fortgesetzt in einem Sinne auf sie einwirken, der das Vorgehen sozusagen durch eine Blankovollmacht in allen Stücken billigt. Die Weisheit der Wiener Politik, der jetzigen wie der früheren, ist nicht so über allen Zweifeln erhaben, daß man gezwungen wäre, ihr blindlings zu folgen. Vielleicht hat sie mit Recht, mit der Veröffentlichung dessen, was sie festgestellt hat und was sie beabsichtigt, noch zu warten, aber es ist falsch, jeden Tag davon reden zu lassen und in allen möglichen Variationen diese oder jene unerfreuliche Möglichkeit zu erörtern. Das hätte höchstens einen Sinn, wenn man beabsichtigte, die politisch interessierten Menschen systematisch aufzuregen und nach und nach auf das Schlimmste vorzubereiten. Aber nach dem bisherigen Gang der Dinge ist man keineswegs gezwungen, die schlimme Eventualität eines Krieges als eine Notwendigkeit oder auch nur überwiegende Wahrscheinlichkeit anzusehen". Zwar ließe der auffallend gehässige Ton der serbischen Presse Rückschlüsse auf die Regierung zu, doch bei der Annexionskrise habe die

Lage noch schlimmer ausgesehen, auch da habe Serbien sich schließlich unterworfen.

Und dann rührt der Schreiber dieser halb wütenden, halb optimistischen Betrachtung ein Problem an, über das, wie schon einmal bemerkt, man dem fehlenden Niederschlag nach zu schließen, sonst auf den Redaktionen erstaunlich wenig nachgedacht hat. „Alsdann wird es nicht leicht sein für die Wiener Regierung, Forderungen zu formulieren, deren Erfüllung ihr eine bessere Garantie gibt gegen neue Feindseligkeiten, als die Unterwerfung von 1909 ihr gegeben hat. Wenigsten kann man sich, wenn man von der militärischen Besetzung des Landes absieht, die ja aus naheliegenden Gründen nicht in Frage kommt, schwer vorstellen, wodurch ein Staat gegen eine Politik, die aus Gesinnungen entspringt, geschützt werden kann. Die Stellung von Geiseln, die in früheren Jahrhunderten üblich war, ist ja heute nicht mehr angängig. Wenn also die serbische Regierung tut, was trotz aller Pressehetzereien das Wahrscheinliche ist, dann ist nicht recht zu erkennen, wie noch eine Handhabe für einen gemeinsamen Konflikt bleiben soll". — Aber dann ist der Schreiber doch wieder nicht so richtig von seiner Schlußfolgerung überzeugt, denn er fährt fort: „Man hört immer nur Allgemeines, hinter dem sich viel und wenig verbergen kann". — Es folgt ein Hinweis auf den heftigen Ton der Wiener Presse. Selbst wenn also wirklich eine Katastrophe in Sicht wäre, so solle man für diesen Tag die Nervenkraft aufsparen und sie nicht vorher fruchtlos verbrauchen. — Dieser Artikel verlohnt es, daß man einen Augenblick bei ihm stehen bleibt, er enthält wohl so ziemlich alles, was sich in der damaligen Situation, wenn man sie nicht durch irgendeine leidenschaftliche Brille sah oder mit besonderer Prophetengabe begabt war, überhaupt sagen ließ. Man möchte nachträglich noch wünschen, daß man in Berlin dem Satz mit der „Blankovollmacht" einige Beachtung geschenkt hätte. In diesen Tagen dachte Jagow wohl so ähnlich.

Die „Frankfurter Zeitung" wertete ganz richtig den Gesamtton der Wiener Presse wesentlich wichtiger als gelegentliche offiziöse vorsichtige Ankündigungen[10]. Am 22. kommt die Wiener Schriftleitung der „Frank-

[10] Hier liegt ja auch ein sehr auffälliger Widerspruch vor zwischen der drohenden und heftigen Sprache der österreichischen Presse in ihrer Gesamtheit, die man in Wien doch offensichtlich gewähren ließ und den offiziös beruhigenden und zur Täuschung der europäischen Öffentlichkeit bestimmten Andeutungen. Zu letzteren weise ich nur auf eine Ankündigung des „Neuen Wiener Tageblattes" übernommen von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 23. hin, als allgemein schon über das bevorstehende Ultimatum ziemliche Klarheit herrschte (s. u.), und die mußte irgendwie ihre Quelle doch auch letzten Endes am Ballhausplatz

furter Zeitung" wieder zu Wort. Sie äußert die Ansicht, die österreichischen Forderungen würden mit großer Wahrscheinlichkeit wohl in Belgrad angenommen werden. Man hat dort inzwischen erkannt, daß die Verschiebung des diplomatischen Schrittes mit Poincarés Petersburger Besuch zusammenhängt. Wieder wird die zweifelnde Frage gestellt, wie die Garantien Serbiens wohl aussehen sollten, um wirkungsvoll zu sein.

Auch der römische Vertreter meldet sich, er führt den als Blatt der Opposition bezeichneten „Corriere della Sera" an und findet es sehr bemerkenswert, daß dort festgestellt wurde, Österreich könne sich wirklich bedroht fühlen, da man aber eine Mitschuld der serbischen Regierung nicht zu beweisen vermöge, müsse man die Forderung nach Mitwirkung österreichischer Beamter fahren lassen und sich mit moralischen Genugtuungen begnügen. Ganz kurz vor Ausbruch des Gewitters, am 23. beschäftigt sich die Fr. Z. nochmal mit der üblichen Rätselfrage. (Auf sie trifft offensichtlich die oben getroffene Feststellung nicht zu, daß das österreich-serbische Problem nach etwa 14 Tagen in den Spalten der Presse in den Hintergrund tritt). Und man kommt zu dem, schließlich doch noch gründlich falschen Schluß — daß der Pessimismus der Börse übertrieben sei, genau wie in den Balkankriegen, die auch nicht zur Katastrophe geführt hätten. Nach der Berücksichtigung aller Faktoren müsse man zu dem Schluß kommen, daß unmotiviertes Draufgängertum auf keinen Fall zu erwarten sei, da die maßgebenden Faktoren, Berchtold und der Kaiser noch dieselben wie im Jahre vorher seien.

Ein Niederschlag von dem, was trotz der Geheimhaltungsbestrebungen in Wien durchsickerte, findet sich in der „Kreuzzeitung" am 14. „In Wiener informierten Kreisen wird die augenblickliche Situation, wie ein privates Telegrafenbüro meldete, als ziemlich kritisch beurteilt. Man ist überzeugt, daß Österreich-Ungarn an Serbien diesmal ernstlich herantreten und alle Frage zu einer endgültigen Lösung bringen wird". Am nächsten Tag folgt aber schon die Beruhigung. In Wien sei man von der Stärke der österreichischen Stellung so überzeugt, daß kein Grund zur Sorge vorhanden.

Zur Unterstützung dieser Ansicht führt die „Kreuzzeitung" ein Zitat aus dem „Neuen Wiener Tageblatt" an: „Dabei läßt sich die österreichische

---

haben, in der also heißt es, der bevorstehende Schritt würde in freundschaftlicher Form gehalten sein und stelle kein Ultimatum dar! Sich mit diesen Widersprüchen zu beschäftigen, würde eine lohnende Aufgabe für eine Untersuchung der Wiener Presse sein.

Regierung von dem Grundgedanken leiten, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und die Existenzinteressen unseres Großstaates gleichhohe Bedeutung haben, daß also die Lösung unter gleicher Berücksichtigung beider Punkte erfolgen müsse". — Mit der Erklärung des Grafen Tisza (ultima ratio) zeigt sich die Kr. Z. durchaus einverstanden, sie setzt allerdings leise Zweifel in die Unabänderlichkeit dieses als entschlossen bezeichneten Standpunktes und führt zur Rückenstärkung des Bundesgenossen· das Interesse Deutschlands an der Klärung der serbischen Krise und seine Bereitschaft an, dabei alle Konsequenzen des Bündnisses zu tragen.

Die Abendausgabe vom 22. weiß von dem bevorstehenden Schritt zu berichten, daß er in Form eines 48stündigen Ultimatums erfolgen würde, und folgert des weiteren: „Für die österreichische Regierung müssen selbstverständlich zwei Gesichtspunkte maßgebend sein, erstens der, zureichende und wirksame Maßregeln Serbiens in dem wiederholt betonten Sinn der Unterdrückung der großserbischen Propaganda zu erlangen, und zweitens der, daß man sich dabei durchaus im Rahmen des Völkerrechts bewege und nichts von Serbien verlange, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob dadurch die Selbständigkeit oder das unabhängige Verfügungsrecht der serbischen Regierung tangiert werden könnte". — Bis zuletzt aber zweifelt die Kr. Z. aber noch an der tatsächlichen Entschlossenheit Österreichs, so kommt sie noch am 23. aus Anlaß eines Wiener Dementis (kein befristetes Ultimatum geplant) und in Anbetracht des Schweigens Tiszas im Budapester Parlament auf eine Appellation zu der Erwägung, daß Österreich doch wahrscheinlich in letzter Stunde aus der Fanfare eine Chamade machen werde, verneint allerdings die Möglichkeit auch einer raschen Entscheidung bis zur „ultima ratio" nicht völlig. — Ein Hinweis auf die „zunehmende Serbenfreundlichkeit" der englischen Presse erfolgt ohne weiteren Kommentar.

Das „Berliner Tageblatt" räumt in seiner politischen Wochenschau (19. 7.) dem österreich-serbischen Konflikt nur eine bescheidene Stelle ein. — „Die Wiener Börse war denn auch einige Tage wie von einer Panik ergriffen. Aber ihre Beruhigung scheint doch zu zeigen, daß auch diese Suppe nicht so heiß gegessen werden soll, wie sie gekocht wurde. Muß man auch auf plötzliche Entschlüsse gefaßt sein, so ist doch die Möglichkeit, daß auf friedlichem Wege eine Beruhigung des Balkans erreicht wird, nicht ausgeschlossen. Für die deutsche Regierung zumindest liegt die Aufgabe, ihre Mittel und ihren Einfluß in der Richtung eines friedlichen Ausgleichs der Gegensätze in die Wagschale zu werfen, klar auf der Hand. Im allgemeinen darf man wohl annehmen, daß wir äuch

im andern Falle bereit sind". — Als weitere Bekräftigung des Glaubens an einen mit größerer Wahrscheinlichkeit friedlichen Ausgang der Krise soll wohl die Belgrader Nachricht von einer offiziösen Erklärung dienen, daß die serbische Regierung auf Ersuchen dieselbe Rechtshilfe leisten werde wie Ungarn Serbien 1868, sobald ein offizielles Ersuchen gestellt werde. (Damals hatte Ungarn serbischen Polizeibeamten die Verfolgung politischer Verbrecher auf seinem Staatsgebiet erlaubt).

Am 21. weiß das „Berliner Tageblatt" von dem allmählich doch durchsickernden Bestimmungen des Ultimatums und daß es eben ein Ultimatum sei, zu berichten. Bis auf die Mitwirkung österreichischer Organe in Serbien trifft es auch im wesentlichen richtig die im Ultimatum enthaltenen Punkte. Man sieht Tage der Spannungen natürlich unter diesen Voraussetzungen als gegeben an, doch der Glaube an eine friedliche Einigung leidet nicht darunter. Denn der letzte Zweck des Ultimatums wird in der Herstellung friedlicher und sogar freundschaftlicher Beziehungen zwischen Serbien und der Doppelmonarchie gesehen.

Ebenso soll die Zitierung einer Rede Lloyd Georges den Glauben an einen ähnlichen Verlauf der Krise bestätigen. (18. 7.) „Einen völlig blauen Himmel gibt es in der Politik niemals, und auch heute sind Wolken vorhanden. Aber nachdem wir im vorigen Jahre soviel größeren Schwierigkeiten entronnen sind, haben wir alle Zuversicht, daß der gute Wille und die Toleranz, die im vorigen Jahre größere Schwierigkeiten und dringlichere Probleme lösen halfen, uns in den Stand setzen werden, die gegenwärtigen Schatten zu überwinden".

Ganz im Gegensatz zu der „Frankfurter Zeitung" sieht die „Vossische Zeitung" in der Bekanntgabe des Urlaubs des österreichischen Kriegsministers einen garnicht mißzuverstehenden Friedensbeweis. Damit zeige Österreich angesichts des bevorstehenden diplomatischen Schrittes, daß es gewillt sei, Serbien goldene Brücken zu bauen.

Bezeichnend nicht so sehr in dem, was er sagt, sondern in dem, was er verschweigt, dürfte ein Artikel des rührigen Petersburger Korrespondenten der „Münchener Neuesten Nachrichten" am 16. sein, über die „Russische Einkreisungspolitik", darin wird die russische Politik als der Friedenstöter überall auf dem Balkan gekennzeichnet, der es vor allem auf die Zersetzung Österreichs abgesehen habe. Doch die besondere Krisenlage, wie sie seit Serajewo besteht, führt der Verfasser mit keinem Wort zur Unterstützung seiner Ausführungen an, weil er dieser Krise keine sonderliche Bedeutung mehr zumißt.

Das, was die Welt wahrscheinlich aus der bekannten, ziemlich orakelhaften Erklärung Tiszas vom 16. herauslesen sollte, liest die Kommentierung der M.N.N. heraus. „Die Worte des Grafen Tisza lassen sich in folgendes zusammenfassen: Es handelt sich nicht um eine Feindseligkeit, nicht einmal um eine entschlossene Absage an Serbien, aber es handelt sich doch um eine diplomatische Kriegserklärung gegen die Propaganda, die in Wort und Tat vom Großserbentum getrieben wird. Die serbische Regierung wird sich binnen kurzem zu entscheiden haben, ob sie den loyalen Wünschen Österreich-Ungarns entsprechen will oder nicht. Ganz abgesehen von den letzten Ereignissen besitzt Österreich-Ungarn eine völkerrechtlich begründete Berechtigung für ganz bestimmte Forderungen (serbische Erklärung vom März 1909). Die von Belgrad aus protegierte Propaganda hat gegen diese Verpflichtung Serbiens einen Faustschlag nach dem anderen geführt und die Resultate haben sich schließlich in Serajewo gezeigt. Man ist nicht mehr gewillt, dies ruhig anzusehen und man wird Bürgschaft dafür verlangen, daß Serbien die im Jahre 1909 gegebenen Versprechungen einhalte. Wenn man sich in Serbien darauf verläßt, daß Österreich-Ungarn schon zweimal 1909 und 1903 mit dem Schwert gerasselt hat, ohne es zu ziehen, und erwartet, daß es wieder so kommen wird, und daß Österreich nochmal hunderte von Millionen unnütz ausgeben wird, so befindet man sich in einem Irrtum. Zwingt man die Monarchie, nochmal die Rüstung anzulegen, so wird man die Folgen deutlicher zu spüren bekommen". (18. 7.) — Trotz dieser deutlichen Warnung erkennen die M.N.N. an, daß die serbische Regierung gegen die maßlose Pressehetze selbst machtlos sei. Zur Kennzeichnung dieser führt man eine Behauptung des Belgrader Revolverblattes „Z w o r n o" an, die tatsächlich wegen ihres beinahe schon komischen Höhepunktes blinder Haßverirrung verdient, hier der Vergessenheit entrissen zu werden. Denn dieses famose Blatt behauptet in allem Ernst, Prinzip sei der uneheliche Sohn der ehemaligen österreichischen Kronprinzessin Stefanie und die Tat also ein habsburgischer Familienracheakt.

In der Wochenübersicht vom 19. räumt man dem österreich-serbischen Problem nur geringen Raum ein. Österreich ist friedlich, kann diesmal auf Garantien nicht verzichten, so lautet der Tenor. Die sonstigen „balkanischen Zustände" bringen das Blatt mehr in Harnisch. — „Daß all diese Zustände die Ruhe Europas unaufhörlich schwer bedrohen, wird heute überall gefühlt, und man hat das drückende Empfinden, daß wir einer Katastrophe entgegen steuern, wenn diejenigen Mächte, die an den orientalischen Händeln am ersten beteiligt sind, nicht endlich einen ehr-

lichen Ausgleich ihrer widerstreitenden Interessen und der Gegensätze ihrer Klienten suchen und finden". — Seine Kenntnisse von dem bevorstehenden Ultimatum faßt das Münchener Blatt dahin zusammen (22. 7.): „Nur über die Grundprinzipien der bevorstehenden Demarchie Österreich-Ungarns läßt sich sagen, daß man einerseits von dem Bestreben geleitet wird, volle Bestrafung der ev. Schuldigen in Belgrad zu erlangen und Bürgschaften für die Einstellung der großserbischen Propaganda zu erzielen. Und daß man anderseits bestrebt sein wird, jeden Eingriff in die staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit sowie in das staatliche Verfügungsrecht Serbiens zu vermeiden, um der serbischen Regierung keine Handhabe zum Ausweichen zu geben. Diese Rücksichtnahme auf die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Serbiens wird auch dadurch diktiert werden, daß man für diese allen andern Staaten eine Handhabe zur Einmengung in den österreich-serbischen Konflikt nehmen wird". — Am 24. (im Vorabendblatt) fassen die M.N.N. ihre Vermutungen in folgende Ausführungen zusammen: „Überall ist man überzeugt, daß Österreich-Ungarn nichts Unbilliges fordern wird, es ist daher auch nicht zu erwarten, daß die serbische Regierung in der Note irgend einen Vorwand finden könnte, die Wünsche Österreich-Ungarns abzulehnen. Eine friedliche Auseinandersetzung ist durchaus möglich, sogar wahrscheinlich. Dennoch bereitet man sich in Österreich-Ungarn selbstverständlich auf die an sich unwahrscheinliche Möglichkeit vor, daß Serbien die Note als Anlaß zu einem Bruch mit dem großen Nachbarn ausnutzt".

Ein ziemliches Aufsehen erregte damals (17. 7.) ein Interview, daß der serbische Ministerpräsident Pasitsch dem Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" Dr. Max Roloff gewährte. Dr. Roloff betont zu Beginn seiner Wiedergabe ausdrücklich, daß er nicht darum nachgesucht habe, sondern daß ihm das Interview angeboten worden sei. Auf die Frage, ob Serbien die albanischen Aufständischen unterstütze, antwortet Pasitsch: „Wir haben unsere Gewehre, Kanonen, Munition und Soldaten selbst nötig. Wer weiß wie bald wir sie brauchen können. Wir werden mit niemand Händel anfangen, aber man soll uns endlich einmal in Ruhe lassen und mit Beschimpfungen aufhören. Jedenfalls stehen wir nicht allein, wenn ein „Großer" über uns herfällt. Es gibt noch mehr „Kleine", die mit diesem Großen abzurechnen haben". — Des weiteren führte Pasitsch aus, daß die Union zwischen Montenegro und Serbien in weiterer Zukunft unvermeidlich sei, Österreich habe durch seine Albanienpolitik die Gelegenheit versäumt, Montenegro zu gewinnen. Das Verhältnis zur Türkei und Bulgarien bessere sich. Zu Serajewo gibt

Pasitsch folgenden entrüsteten Kommentar, der natürlich den eigentlichen Zweck dieses Interviews darstellte. „Wir haben mit den politischen Leidenschaften unseres eigenen Volkes und der Parteien genug zu kämpfen, sodaß wir, die Regierung, keine Zeit haben, jenseits der Grenzen, auch die noch zu überwachen, die sich Serben nennen oder eine Vereinigung mit uns erstreben. — Wir beteiligen uns nicht an Verschwörungen, aber wir wissen, daß die Zeit für uns arbeitet".

Man wird nicht leugnen können, daß die Worte recht geschickt gesetzt sind in dieser biedermännischen Verteidigung, und wirken mußten, solange man eben nicht wissen konnte, welche Rolle die serbische Regierung tatsächlich bei dem Attentat gespielt hat. — Gegenüber einem Dementi Pasitschs, der behauptet mißverstanden zu sein, besonders bezüglich des drohenden Schlußsatzes, hielt Dr. Roloff seinen Bericht in vollem Umfang aufrecht, und wir haben keinen Grund, ihm nicht zu glauben. Dieses Interview mit folgendem Dementi schlug einige Wellen in der deutschen Presse, und es seien als Beleg ein paar Stimmen dazu wiedergegeben. So schreibt die „Kölnische Zeitung" am 20., die wichtigste Stelle des Interviews, wo von den Kleinen die Rede sei, die mit den Großen abzurechnen hätten, sei bemerkenswerterweise nicht dementiert worden. — Dem „Berliner Tageblatt" wird am 18. aus Wien berichtet, dort würden Pasitschs Äußerungen als Beweis dafür angesehen, daß Serbien nicht zu friedlichem Nachgeben bereit sei. Aber diesmal sei dafür Österreich entschlossen, seine Forderungen durchzusetzen. — Die „Kreuzzeitung" zieht (20. 7.) den Schluß aus Roloffs Bericht, daß Serbien wohl auf Rußlands Hilfe hoffe, doch es würde dabei wie in den letzten Krisen sich täuschen. Selbst wenn Rußland ihm beispringen möchte, so doch nicht Frankreich und England. Als Beweis für die letztere Behauptung führt die Kr.Z. die Friedlichkeit des französischen Großkapitals und den (schon oben bei der K. Z. erwähnten) proösterreichischen Artikel der „Westminster Gazette" ins Treffen.

Die L.N.N. sind das Blatt, das den Österreichern am allerwenigsten Energie zutraut und sich des öfteren verpflichtet fühlt, gegen die „geheimrätliche Wiener Regierung" in bester Absicht zu polemisieren. So am 13. Juli. Und am 20. heißt es im „Rückblick": „Das wichtigste Ereignis der letzten Zeit ist dies gewesen, daß Österreich wieder einmal, just wie in den schönen Tagen des Konsuls Prohaska, die äußerste Vorsicht für den besten Teil der Tapferkeit hält und aus den Ereignissen aus Serajewo keine andere Folgerung zieht als die Betonung der Notwendigkeit, alle Dinge zu nehmen, wie der Himmel sie gibt. — Der Wille zur Tat, der

vielleicht in Franz Ferdinand noch einmal verkörpert war, scheint mit diesem Mann nun endgültig ins Grab gesunken zu sein. — Was Österreich wirklich will, weiß niemand; daß es nach alter Weise auch jetzt wieder versucht, uns in den Vordergrund zu drängen, mit dem deutschen Säbel zu rasseln, ist eine Tatsache, die sich am Ballhausplatz allmählich zu einer üblen Gewohnheit auszuwachsen scheint". Kein Wunder sei es darum, daß alle Balkanstaaten Österreich auf der Nase herum tanzen. „Man spürt es hier wie in Belgrad, daß die Sache schließlich versanden und aller höchstens auf eine formale Genugtuung herauslaufen wird. — Niemals war die Gelegenheit günstiger als jetzt, wo der Abscheu der ganzen gebildeten Welt die Nerven Österreichs stärkte, zu jener „Klärung" der Verhältnisse, die auch Graf Tisza in seiner jüngsten Rede für notwendig erklärte. — Wird dann Österreich die Politik des „Justament" fortsetzen, die regelmäßig in einem „Lieber doch nicht" endete? Rußland dagegen bereitet sich zum Äußersten vor". — Dieser Artikel, in dem so ziemlich alles falsch gesehen ist, verglichen etwa mit der sorgenvollen Stirn, die die „Frankfurter Zeitung" oft zur Schau trägt, oder gar mit den Ausfällen des „Vorwärts" gegen die „Schwarz-Gelben", die den Krieg nicht abwarten können, zeigt, was man alles aus dem damals vorliegenden Nachrichtenmaterial, meist aus der österreichischen Presse übernommen, heraus und hinein lesen konnte.

Unmittelbar vor der Überreichung des Ultimatums in Belgrad allerdings klärt sich die Lage allgemein insoweit, daß an der Tatsache eines österreichischen Schrittes in Form eines Ultimatums kaum noch Zweifel mehr bestehen, und daß man also mit einem Versanden der ganzen Krise nirgendwo mehr rechnen kann. So berichten auch die L.N.N. am 21. aus Berlin, die Spannung erhöhe sich durch den bevorstehenden österreichischen Schritt, man hoffe auf Beschränkung der Krise auf Österreich und Serbien, das Stichwort „Lokalisierung" macht sich schon bemerkbar. Und am 23. erfolgt schon der Hinweis darauf, daß von Rußland der Frieden abhängen würde.

Nun ein Blick auf die Zentrumspresse. Diese hatte ja den österreichischen Ankündigungen von ungefährlichen Schritten unbedingt Glauben geschenkt und sie gibt in den folgenden 10 Tagen ihre Besorgnis über die vermeintliche österreichische Schwäche manchmal ironisch, Ausdruck. Die antiserbischen Attacken gehen dabei weiter. So stellt die „Germania" am 15. fest: „Die serbischen Herausforderungen gegenüber Österreich-Ungarn werden immer größer und unerträglicher".

Als Beweis dient neben der üblichen Anführung von gehässigen serbischen Presseäußerungen ein Artikel des serbischen Gesandten in der Türkei, der prophezeit, daß jede österreichische Forderung auf Unterdrückung der großserbischen Bewegung nur Ablehnung erfahren würde. — Für Bosnien verlangt die „Germania“ wiederum im Verein mit ihrer Wiener Kollegin der „Reichspost“, die sie ausführlich zitiert, schärfstes Vorgehen gegen die Serben. — Sie knüpft an eine Meldung (17. 7.), daß Serbien 70 000 Mann gegen Albanien mobilisiere, die resignierte Feststellung: „Die Mobilmachung ist nicht gegen Österreich gerichtet, denn in Belgrad weiß man schon längst, daß in Wien alle Konflikte in Gutmütigkeit erledigt zu werden pflegen. — Es wird wohl nicht mehr lange dauern, bis Österreich-Ungarn zwischen Großitalien und Großserbien eingeklemmt ist und sein weiteres Schicksal nicht mehr abwenden kann“. Ein Aufsatz, von einem Pater (19. 7.): „Die Hauptvölker des Balkans und die Belagerung Adrianopels“ ist gekennzeichnet durch die ausnehmend gehässige Kritik der Serben und Rumänen, ihren Feinden, Bulgaren und Türken, wird dagegen alles Lob zuteil. — Zu den österreichischen Pressestimmen, die am 22. noch der Erwartung Ausdruck geben, daß der zu erwartende diplomatische Schritt höflich und nicht befristet sein werde, bemerkt die „Germania“: „Es wirkt fast komisch, wie geflissentlich hier der Annahme entgegengetreten wird, daß Österreich dem Königsmördervolke etwa zu energisch entgegentreten könnte. Und das sollte der Welt imponieren“! Demgegenüber werden aber auch andere Stimmen zitiert, so führt man etwa aus der „Deutschen Tageszeitung“ an: „Denn ein Zurückweichen Österreichs werde jetzt gleichzeitig eine schwere Niederlage des Dreibundes bedeuten, der vor den Petersburger und Pariser Machthabern die Segel strich. Dazu bemerkt die „Germania“: „Die in dem Schlußsatz ausgedrückte Auffassung dürfte der in Berlin herrschenden Stimmung entsprechen“. Eine weitere Feststellung, daß der Ton der österreich-ungarischen Presse bei der Regierung kein Echo zu finden scheine, versieht sie nur mit einem lakonisch vielsagenden „Leider“.

Über die Haltung Rußlands macht sich die „Germania“ folgende Vorstellung: „In russischen Kreisen verfolgt man, wie die russische „Rundschau“ aus Petersburg meldet, die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien mit Interesse, enthält sich jeder autoritativen Meinungsäußerung. Man bezeichnet es auch als unrichtig, das Rußland in irgendeiner Form zum Konflikt Stellung genommen habe. Hierzu sei kein

Anlaß vorhanden gewesen und die russische Regierung maße sich in keiner Weise die Befugnis an, sich einzumengen".

Die Überschrift vom 23. 7. „Wird endlich mit Serbien Fraktur geredet werden?" drückt die akute Hoffnung nach langem Ärger über den anscheinend allzu geduldigen Bundesgenossen aus. „Nach den Nachrichten, die heute vorliegen, könnte es den Anschein gewinnen, daß die Geduld und Sanftmut, die den Hauptbestandteil der österreichischen Balkanpolitik der letzten Jahre bildeten, Serbien, diesem treulosesten der Balkanvölker gegenüber nunmehr in Wien erschöpft seien und jetzt getan werde, was bald schon nach den Serajewoer Attentaten hätte geschehen müssen". Weiterhin heißt es in einem Wiener Bericht: „Es wäre vollkommen falsch, den schweren Ernst der Situation nicht wahr haben zu wollen. Der Zusammenstoß mit Serbien erscheint, namentlich nach den Ergebnissen der Serajewoer Untersuchung, die im höchsten Grade kompromittierend für das amtliche Serbien sind, fast unvermeidlich. — Ob das große Blutvergießen in ganz Europa einsetzt, hängt lediglich von dem Entschluß eines Menschen, des Zaren Nikolaus ab. — Wir in Österreich, die wir die indirekte Verantwortung zu tragen hätten, wenn ein Weltkrieg ausbrechen sollte, sind uns der Schwere wohl bewußt, aber wir würden die Last tragen in dem Bewußtsein, nicht anders haben handeln zu können, wenn nicht unser Staat auf seine Großmachtstellung verzichten wollte. — Wir haben niemals den Kieg gewollt — keine andere Großmacht hätte sich ähnliches bieten lassen, wie wir im Interesse der Wahrung des Friedens unter den großen Mächten getan haben. — Aber nicht nur indirekt, sondern ganz direkt sind die Belgrader politischen offiziösen Kreise an der Bluttat mitschuldig, sie ist in Belgrad in diesen Kreisen ausgedacht, vorbereitet und eingeleitet worden. — Dieses Großserbentum ist barbarisch durch und durch. — Nun will das Großserbentum in Österreich die gleiche Praxis anwenden — es will vernichtend und zerstörend in unsere Monarchie eindringen und die Belgrader Regierung unterstützt es in seinem Vorhaben, ja regt es dazu an". Die Ausführungen schließen mit der Beteuerung, lieber ein Appell an die Waffen als dauernde Schmach! — Dieser Artikel gehört eigentlich schon zum folgenden Abschnitt, er hätte auch nach offizieller Bekanntgabe des Ultimatums geschrieben werden können, ja sogar nach dem 25. Juli. Er nimmt das Leitmotiv für die nächsten Tage schon voraus, bei dem „Lokalisieren" und der arme hilflose Zar Nikolaus, diese Karikatur eines Autokraten als angeblicher Mittelpunkt des Weltgeschehens, die Hauptrolle spielen.

Sehr friedlich sieht die „Kölnische Volkszeitung" am 15. die Weltlage an, sie glaubt durchaus nicht an einen Krieg wegen Serajewo. Berchtold würde wohl kaum Forderungen stellen, die man in Belgrad ablehnen könnte. Auch selbst Rußland in dem Falle Serbien keine Unterstützung leihen aus Furcht vor den Attentätern im eigenen Lande. Mit diesem Optimismus ist es aber am 21. doch so ziemlich vorbei, wie die Überschrift „Wird es ernst"?, anzeigt. Diese Wendung hat ein energischer Artikel der „Militärischen Rundschau" in Wien herbeigeführt. Auch in der K.V.Z. weist man jetzt schon auf die ausschlaggebende Bedeutung Rußlands in einem etwaigen Konflikt hin. Statt des Fragezeichens folgt dann am folgenden Tag das Ausrufezeichen „Es wird ernst"! Über die voraussichtlichen Punkte stellt man richtige Vermutungen an. „Entspricht Serbien diesen Forderungen, so können die österreich-serbischen Beziehungen wieder besser werden als bisher, lehnt es sie aber ab, so darf es sich nicht beklagen, wenn Österreich-Ungarn mit gewappneter Faust sich ein Recht verschafft".

Schon nicht mehr akut mutet den Leser am 23. eine Verteidigung Österreichs gegen serbische Äußerungen vom österreichischen Imperialismus an. Die großösterreichische Idee sei nach innen gerichtet und verlange nur eine Interessensphäre auf dem westlichen Balkan. — In einem Bericht aus Wien heißt es: „Möchte nur die Regierung alles vermeiden, was Pasitsch und seine Presse uns in der gewohnten Weise als Feigheit auslegen könnten"! Bis zuletzt also noch die Angst, Österreich könnte wieder einen Rückzieher machen. Solchen Ängsten gegenüber mußte allerdings das Ultimatum geradezu wie eine Erlösung wirken!

In einem rückblickenden Leitartikel, in dem die nicht neue Feststellung gemacht wird, daß sich der Balkan mal wieder in höchster Spannung befinde, gibt die „Essener Volkszeitung" der österreichischen Regierung mit dem Ausdruck der Überzeugung, es ginge jetzt endgültig auf Biegen oder Brechen, sozusagen einen kräftigen Rippenstoß. „Die serbischen Bombenwerfer müssen für Österreich-Ungarn unschädlich gemacht werden, und man denkt nicht daran, trotz der russischen und französischen Serbenverteidigung, die immer deutlicher hervortritt, diesem Treiben noch länger mit Gleichmut zuzusehen".

Eine donnernde Philippika am 22. gegen die „unberechtigte Nervenschwäche der Börse" mutet den heutigen Leser in seiner Kenntnis der wirklichen Lage der Dinge seltsam an, ist aber bezeichnend für den Optimismus, dem man sich im Hinblick auf die vielen schon gut verlaufenen Krisen bis zuletzt hingab, trotz eines gewissen unheimlichen Untergefühls,

das mehr zwischen den Zeilen steht, und trotz allmählich zunehmender Kenntnis vom Ernst des österreichischen Unternehmens. Es heißt also da einen Tag vor der Explosion: „Wenn schon bei diesem bißchen österreich-serbischer Spannung die Börse außer Rand und Band gerät, was soll dann erst werden, wenn einmal eine wirklich ernste und große Krise hereinbricht? — Die Angstmeier von der Börse fordern geradezu die Großserben und deren Gönner auf, bleibt hartnäckig, Österreich und Deutschland müssen schon nachgeben! Liegt denn überhaupt ein stichhaltiger Grund vor für die Kriegsangst? Der europäische Friede ist über die verzwickten Wirren der mehrfachen Balkankriege hinweggekommen, sollte er nun an der Halsstarrigkeit der großserbischen Verschwörer stranden? Warum hat denn Rußland mit seinem französischen Freund in den letzten Jahren nicht losgeschlagen? Weil sie sich nicht stark genug fühlten? Sind sie denn jetzt stark genug und „erzbereit"? Wahrscheinlich nicht, wie die jüngsten Kammerverhandlungen in Frankreich und die noch schwebenden Aufgaben der russischen Heeresverwaltung deutlich zeigen. Und nun traut man ihnen zu, daß sie sich zu Ehren der serbischen Blutpraktiker in einen vermessenen Kampf auf Tod und Leben stürzen? Mit Recht wird gesagt, daß Englands Haltung wesentlich zur Rettung des Friedens in den letzten Jahren beigetragen hat. Nun gut, ist denn etwa England jetzt kriegslustiger geworden? Im Gegenteil, die Sprache der englischen Minister und der englischen Presse läßt deutlich erkennen, daß die Realpolitiker an der Themse gar keine Lust haben, den Panslawisten die serbischen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Ohne englische Mitwirkung wagen unsere Gegner keinen Angriff. Eine Spannung ist freilich da, aber sind wir denn an die periodischen Spannungen nicht schon gewöhnt"?

Diese überlegene rhetorische Frage und der Satz von dem unheimlichen Gefühl kommenden Unheils, den wir im „Vorwärts" finden werden, sie sind als die entgegengesetzten Pole vielleicht am kennzeichnendsten für den Gefühlsuntergrund, mit dem man in diesen Tagen in Deutschland dem Kommenden entgegensah. Nehmen wir noch die allgemeine abgründige Verachtung des serbischen „Revolverstaates" und die weitverbreitete ärgerliche Überzeugung von der österreichischen Schlappheit sowie von der ungeheuren moralischen Überlegenheit Österreichs in dieser Krise hinzu, so haben wir wohl einen großen Teil dessen umrissen, was zu dieser Zeit die „öffentliche Meinung" war. — Am 23. polemisiert das Essener Zentrumblatt wiederum gegen die Verbreiter beunruhigender Nachrichten und behauptet, von der Note könne man noch garnichts

Sicheres behaupten, nur das eine könne man sagen, daß ihre Annahme weit wahrscheinlicher als ihre Ablehnung sein werde.

Ein Artikel aus Wiener Quelle schlägt dann aber auch hier andere Töne an. (24. 7. — von dem Ultimatum selbst ist noch nichts bekannt). Gegen die serbische Absicht, wiederum mit bloßen Versprechungen davon zu kommen, könne nur energisches und schnelles Zupacken helfen. „Vielleicht darf sich ein Staat, der dem Frieden Opfer bringen will, zweimal hintergehen lassen. Nach dem dritten Mal wird der Übermut der Schuldigen keine Grenzen mehr kennen. — Gleiten nochmal die Waffen an dem geschmeidigen Gegner ab, und zeigt das Reich noch einmal eine Haltung, als ob es zu unfertig und schwächlich wäre, dann wird man nicht nur allen Feinden eine große Genugtuung und neue Ermunterung gegeben haben, sondern auch die Achtung und das Vertrauen der Freunde erschüttern. Die großserbische Frage ist so in das Zentrum der wichtigsten Entscheidungen getreten". Noch mehr Schlappen als sie in den Balkankriegen erlitten habe, ertrüge die Monarchie nicht mehr. „Deshalb kommt alles darauf an, daß die Schritte, die jetzt in Belgrad unternommen werden, eine wirklich unbedingte Bürgschaft für die Ordnung an unseren Südgrenzen bieten. Hat Serbien sich nicht gescheut, in unsere Grenzen das Verbrechen hinein zu tragen, dann wird man auch nicht kleinliche Rücksichten gegenüber der sogenannten Souveränität des Nachbarn hegen dürfen, wenn es gilt durch ein starkes Auftreten jenseits der Grenzen der Ordnung und dem dauernden Frieden zu dienen. Was in Belgrad unternommen wird, muß restlose Säuberung sein".

Die „Rheinisch Westfälische Zeitung" gibt am 12. eine Sensationsgeschichte des Londoner Wochenblattes „John Bull" wieder, eine phantastische Geschichte von einem angeblich in London aufgedeckten serbischen Geheimbüro, von wo aus die Mörder Franz Ferdinands gedungen worden seien. Bezeichnend für den moralischen Kredit der Serben in Deutschland ist dabei die Tatsache, daß eine Zeitung, die Österreich-Ungarn so wenig wohlwollend gegenüber steht, wie die R.W.Z. die Wahrheit dieser Sensationsmeldung nicht sonderlich in Zweifel zieht, und hinzufügt, dies Land der Königsmörder müsse von der Erde vertilgt werden.

Am 17. erreicht die bei einer Polemik gegen Serbien unvermeidliche vorübergehende Unterstützung Österreichs ihren Höhepunkt mit der Feststellung, Tiszas Rede stelle ein Zeichen erfreulicher Mäßigung dar. Ihr wird dann das Pasitsch Interview der L.N.N. gegenüber gestellt.

Das Wiener Kabinett zeige große Mäßigung. „Will Serbien nicht endlich vernünftig mit sich reden lassen"?

Doch dann am 22. unter dem polemischen Titel „Wiener Prohaskalärm"[11] beginnt jetzt endgültig die scharfe Oppositionshaltung des Essener alldeutschen Blattes in der Julikrise gegen den österreichischen Kurs, den mit Ausnahme der sozialdemokratischen Organe und ganz weniger bürgerlicher Blätter („Post", „Düsseldorfer Nachrichten") die deutsche öffentliche Meinung steuert. Nach einer Schilderung der nervösen Spannung in Österreich heißt es: „Warum läßt man sich durch die törichte Aufregung der Wiener hier anstecken? Wenn Österreich zu weit geht in seinen Forderungen und jetzt die Geschehnisse von 1909 und 1913 zu korrigieren gedenkt, so wird es allein stehen, das darf es nicht vergessen. Die k.u.k. Prohaskapolitik unterstützt kein deutsches Schwert"! In solchen Zusammenhang paßt es natürlich nicht mehr, die serbenfeindliche Entrüstungskampagne weiter mitzumachen, und so gibt man einem Interview, das Pasitsch einer Ausländischen Zeitung gegeben hatte, ausführlich Raum, und unterstreicht, als eigene Stellungnahme, die antiösterreichischen und verteidigenden Stellen darin. — Im klaren ist man sich über die nächste Zukunft bei der R.W.Z. aber durchaus noch nicht, denn man gibt auch Ofenpester und Wiener Meldungen wieder, in denen von einer Note in höflichen Formen die Rede ist, die kein Ultimatum darstellen werde. —

Ein Artikel des „Vorwärts" aus Wiener Quelle am 16. könnte in seinem Anfang genau so gut in einem liberalen bürgerlichen Blatt stehen. Der Verfasser stellt zunächst die „Ruhe der Wiener Regierung im Gegensatz zu den Balkankriegen" fest. (Bei dem Verfasser hatte also das Täuschungsmanöver Berchtolds vollen Erfolg gehabt). Es würde wahrscheinlich auch garnichts Ernstes geschehen, da gar kein „starker Mann" vorhanden sei. Auch Tiszas ruhige Äußerungen werden hervorgehoben. — Und doch trotz dieser optimistischen Betrachtung folgt jetzt ein Satz, der die Beklemmung von Millionen von Gehirnen in Deutschland in diesen Wochen richtig wieder gibt: „Aber das bange Gefühl, daß im Dunklen eine schwere Gefahr lauert, will nicht weichen". Der wahrscheinliche diplomatische Schritt der nächsten Zukunft würde wohl die gerechte Forderung auf Bestrafung der Schuldigen

---

[11] Prohaska war während der Balkankriege österreichischer Konsul in Albanien, wurde vermißt, und das gab der österreichischen Presse Gelegenheit zu antiserbischer Aufregung. Schließlich kam er aber wohlbehalten wieder zum Vorschein.

zum Inhalt haben. Die Gefahr beginne bei der Forderung von Bürgschaften. -- Die großserbische Bewegung wird jetzt auch hier als schwerste Friedensbedrohung bezeichnet. „Es wäre dashalb sehr nützlich, wenn man sich überall entschließen wollte, die großserbischen Ideen mit der nötigen Kühle zu betrachten und Licht und Schatten in der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Österreich und Serbien gleichmäßiger verteilen wollte. Der österreich-ungarischen Hetzpresse steht die Belgreder Schundpresse ganz ebenbürtig zur Seite. Aber welche Bürgschaften kann Österreich verlangen, und welche könnte Serbien geben? Der nationale Drang wird durch diplomatisch abgezirkelte Versicherungen nicht beschworen, und je stärker die großserbische Tendenz in Serbien betont wird, je schreiender sie sich gibt und je offener sie sich zu ihrem Ziele bekennt, desto größer muß in den österreichischen Kreisen die Neigung werden, sich des Feindes, der nie ruhen will, auf einen Schlag zu entledigen. Dies ist auch unzweifelhaft das, worauf sie nicht zum wenigsten darauf rechnen, daß die serbische Überheblichkeit die Spannung bis zur Unerträglichkeit verschärfen wird. Es ist also jedenfalls nicht angemessen, die Überhebung der serbischen Soldateska — durch Betrachtungen zu steigern, in denen die Serben der Welt als das bedrückteste aller Völker vorgeführt und ihre imperialistischen Absichten in höchst kurzsichtiger Weise gerechtfertigt und verherrlicht werden". — Die Friedenskräfte seien zwar in Österreich durch die allgemeine Erregung und durch die Ausschaltung des Parlamentes ziemlich gelähmt -- „aber von einer wirklichen Empörung ist außerhalb der schwarz-gelben Presse so wenig vorhanden und der österreichische Staat ist in jeder Hinsicht so geschwächt, daß die Hoffnung wohl berechtigt ist, der Konflikt werde auch diesmal in einem diplomatischen Aufgebot landen. Aber man muß auch den Serben ins Gewissen reden, denn dieser unruhvolle und unruhstiftende Staat hat wahrlich nicht wenig auf dem Gewissen". — Man hat das Gefühl, daß aus diesem Artikel ein Mann spricht, der schon einige Mühe hat, sein aufwallendes österreichisches Nationalgefühl, manifestiert in der Wut gegen die Serben, hinter seiner korrekten marxistischen Haltung zu verbergen.

Wie sehr aus diesem Artikel der Österreicher spricht, wird schon dadurch deutlich, daß trotz dieser Darlegungen am 21. im „Vorwärts" eine Polemik „Noch einmal Serbenhetze" gegen die K.Z. und Voss.Z. erscheinen kann. Am Tage der Überreichung des Ultimatums erkennt der Leitartikel „Zeichen der Kriegsgefahr" „die kalte Ruhe der österreichischen Regierungsstellen" sehr richtig als gefahrdrohend. Die Forderungen des Ultimatums sind auch dem „Vorwärts" im wesentlichen jetzt bekannt,

die Mitwirkung österreichischer Organe an der Untersuchung in Serbien bezeichnet er als völkerrechtswidrig. — „Es ist aber schon auch möglich, daß die österreichischen Machthaber den Krieg wollen und bei ihrem Kriegsfieber noch von Berlin aus angefeuert werden: dann würden freilich die Forderungen so ausfallen, daß der Krieg, der zweimal verhindert wurde, nun ausbrechen könnte". Eine bloße Mobilmachung würden Österreichs Prestige und seine Finanzen nicht mehr aushalten. — „Denn im Grunde bricht das, was man Kriegsstimmung in Österreich nennen kann, aus einem Gefühl der Verzweiflung heraus. — Ohne Zweifel haben die österreichischen Kriegshetzer an der Überheblichkeit Serbiens — den denkbar besten Verbündeten erlangt. — Es ist daher vollkommen falsch, bei der Abwehr gegen die vielseitige Kriegshetze die serbische Soldateska, die offenbar jedes Augenmaß verloren hat, zu vernachlässigen, wie die Dinge heute liegen, ist die großserbische Idee heute die eigentliche europäische Kriegsgefahr, von ihr droht dem Frieden des zivilisierten Europa die Bedrohung". Die deutsche Regierung wird abschließend aufgefordert, gemeinsame Schritte der Großmächte in Belgrad zu veranlassen. Lokalisierung des Konfliktes würde nur eine Stärkung der österreichischen Kriegslust bedeuten.

Am Rande der Krise.

Bevor wir nun das Bild, das die deutsche „öffentliche Meinung" vor Beginn der großen Katastrophe bietet, kurz zusammenfassen, müssen wir noch einiges zu diesem Bild nachtragen, das nicht in direkter Beziehung zur österreich-serbischen Krise steht, aber in größerem Zusammenhang doch zur Kennzeichnung der „öffentlichen Meinung" in der Julikrise gehört, und das Bild, das wir bisher gewonnen haben, nach der Seite der großmächtlichen Beziehungen hin ergänzt. Da ist vor allem der Poincarébesuch in Rußland, der die Presse zu Betrachtungen über den Zweibund auffordert.

Die „Kölnische Zeitung" begnügt sich damit, ausführlich die Petersburger Pressestimmen zu dem Besuch und zur allgemeinen Lage wiederzugeben, und stellt fest, die liberale Presse sei unter dem Motto zusammen zu fassen: „Aus Liebesheirat wurde Vernunftehe". Dagegen herrsche ein scharfer Ton in der konservativen Presse, die in dem österreich-serbischen Konflikt eine Ehrenangelegenheit für die allslawische Vormacht sähe. Des weiteren führt man den „Temps" an, der ein Loblied auf den Dreiverband singt und schließt: „So zum Kriege bereit können die 3 Länder für den Frieden arbeiten". — Die „Kreuzzeitung" schlußfolgert (22. 7.), durch die frankorussischen Verhandlungen sollte

u. a. auch ein demütigender Rückzug Österreichs in der serbischen Angelegenheit bewirkt werden, nach der Devise: „avilir puis demolir". Dann wirft man einen Blick auf die ungeheuren Zahlenangaben über das russische Heer und tut sie mit der Bemerkung ab, sie ständen wie immer in der Geschichte zu 50% auf dem Papier. Schon am 8. hatte sie an die bevorstehende Reise Poincarés die geringschätzige Bemerkung geknüpft, Frankreichs Politik schwimme völlig im russischen Fahrwasser.

Das „Berliner Tageblatt" holt zu einem weiten geschichtlichen Rückblick aus (21. 7.) und kommentiert die Trinksprüche von Peterhof folgendermaßen: „So stellt sich die Tripleentente der lauschenden Welt gestern in diesem Zeichen dar. Der Zar feierte in der gehaltenen Weise, die ihm eigen ist, Frieden und Gleichgewicht. Präsident Poincaré glüht für Frieden, Gleichgewicht und Waffenbrüderschaft. König Georg endlich prüft seine Flotte und ihre kriegerische Brauchbarkeit. Es ist, wie man sieht, kein ganz einheitliches Bild, und ohne in leidige Zeichendeuterei zu verfallen, darf man daraus doch vielleicht eine Bestätigung des Erfahrungssatzes entnehmen, daß nicht Trinksprüche und Besuche die Politik entscheidend bestimmen, sondern die Lebensbedürfnisse und Interessen der Völker".

Schon einige Tage vor dem Besuch bringt die „Vossische Zeitung" ohne direkte Bezugnahme auf diesen einen Artikel: „Der Zweibund und wir". In Frankreich stelle das Bündnis einen integralen Teil des politischen Lebens dar, in Rußland aber hingegen noch nicht. Es bestände die Hoffnung, daß auch nach der Störung durch die Balkankriege, (auf die gegenwärtige Krise wird kein Bezug genommen!) Rußland im Laufe der Zeit sein altes Verhältnis zu den beiden Kaiserreichen wieder finden werde, trotz aller gelegentlichen Krisen. Aus der Feststellung, daß Frankreich Rußland auf dem Balkan nur mäßig unterstützt habe, zieht das Blatt den etwas merkwürdigen Schluß, daß Rußland vorerst durch den Druck des Zweibundes auf Deutschland von diesem nur einen günstigen Handelsvertrag erreichen wolle.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt (Bericht aus Petersburg vom 23.) eine besondere Herzlichkeit bei Poincarés Besuch sei nicht festzustellen, der Streik beanspruche mehr Aufmerksamkeit. Poincaré beurteile die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien ziemlich ruhig. — Die extrem nationalistischen „Leipziger Neuesten Nachrichten" üben strenge Kritik an der deutschen Zurückhaltung gegenüber den chauvinistischen Hetzern in Frankreich und Rußland, die bei Poincarés Besuch wieder hervorgetreten seien. Sie bezeichnen Poincarés Reise als

Vasallenfahrt, Frankreich hänge ohne Ehrgefühl im Schlepptau Rußlands. — In ihrem oben schon angeführten Artikel „Gegen die Schwarzseher“ (15. 7.) betont die „Kölnische Volkszeitung“, daß Poincarés Besuch in Rußland und die dabei wieder zu Tage tretende Deutschfeindlichkeit, viel schlimmer für den Frieden sich darstellten als Serajewo. — Recht optimistisch äußert sich die „Essener Volkszeitung“ zu dem Petersburger Besuch, sie setzt in die Friedlichkeit der Trinksprüche keinen Zweifel, von der Leidenschaft der Anfangszeit spüre man nicht mehr viel. Sie wertet das französisch-russische Bündnis ohne Polemik als Ausdruck des europäischen Gleichgewichts. Auch der Beitritt Englands habe das Schwergewicht nicht entscheidend verlagert wie man anfangs befürchtet habe, da England sich nicht auf fremde Interessen verpflichten ließe. Solange England nicht für die französischen Wünsche auf Elsaß-Lothringen und für den Panslawismus eintrete, bliebe der Frieden gesichert. Doch dürfe man bei aller Friedlichkeit der offiziellen Politik die friedensfeindlichen Unterströmungen in Frankreich und Rußland nicht übersehen. „Deutschland und seine Verbündeten müssen so stark sein, daß man keinen Angriff wagt, darin liegt die Gewähr des Friedens auch in der gegenwärtigen serbischen Krisis“. — Wohl auch durch den Poincarébesuch angeregt wurde der Aufsatz in der „Rheinisch Westfälischen Zeitung“ am 15. mit dem bezeichnenden Titel „Der einseitige Zweibund“. Er nimmt eine ausgesprochen freundliche Haltung zu Rußland ein und behauptet, eine Verständigung mit Deutschland könne Rußland auf dem Balkan und in Ostasien mehr Nutzen bringen als das gegenwärtige Bündnis, in dem Frankreich nicht einen gleichwertigen Partner, sondern nur einen Hilfesuchenden darstelle. „Gibt es doch kaum eine Frage, die auf friedlichem Wege von Petersburg nach Berlin nicht ihre Lösung finden könnte“.

Man darf aus den hier angeführten Zitaten wohl den Schluß ziehen, daß der Poincarébesuch in Petersburg die deutsche Öffentlichkeit nicht allzusehr aufregte. Der Zweibund war, das bewies auch die Julikrise auf dem Höhepunkt, so fest in dem allgemeinen Bewußtsein registriert, daß man ihn eben meist nur noch als unabänderliche Tatsache sah. Rußland wird eindeutig als der führende Teil gesehen.

Noch ein paar andere Artikel, die sich mit der Situation innerhalb der europäischen Großmächte beschäftigen, seien herausgegriffen. — So setzt sich die R.W.Z. anläßlich der Besprechung eines unwesentlichen französischen Reisebesuches über Deutschland unter der Überschrift „Der Weg zur Verständigung“ mit Frankreich auseinander und stellt zur

elsässischen Frage fest: „Wir stehen auf unserem unerschütterlichen Rechte und haben Frankreich 40 Jahre lang die Hand zum wirtschaftlichen und politischen Frieden geboten. Man hat die Hand stets ausgeschlagen — und wir sind auch ohne Verständigung vorwärts gekommen. Bleiben wir dabei! — Zur Problematik des Dreibundes schreibt der römische Vertreter der R.W.Z. (16.) anläßlich der italienischen Mobilisierung von 140 000 Mann, die er für Albanien bestimmt und als gegen Österreich gerichtet bezeichnet. „Es steht für mich außer jedem Zweifel, daß man von den besonderen Plänen der römischen Regierung in Paris und London mehr weiß als in Berlin und Wien".

Auf den schon im anderen Zusammenhang angeführten Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 16., der Rußland als den eigentlichen europäischen Störenfried darstellt, sei hier nochmal verwiesen.

Erwähnenswert und symptomatisch in seiner Freundlichkeit für die allgemeine Einstellung zu England, wie sie uns auf dem Höhepunkt der Julikrise noch begegnen wird, ist ein Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" (2. 7.) „Unser Verhältnis zu England". Die K.V.Z. erklärt, der Flottenbesuch bedeute zwar keine umwälzende Änderung der politischen Lage, stelle aber doch fraglos ein Symptom der Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen dar, die durch die Zusammenarbeit auf der Londoner Botschafterkonferenz 1913 und durch das Kleinasienabkommen eingeleitet worden sei. Der Anfang zur deutsch-englischen Freundschaft sei gemacht.

Gleichfalls ein Symptom, das auf die weitere Stellungnahme in den kritischen Tagen nach dem Ultimatum hindeutet, bilden die in allen untersuchten Zeitungen gefundenen Kommentare zu den Ausführungen eines französischen Senators Humbert in der Kammer, in der dieser bittere Klage führt über die angebliche Unvollkommenheit des französischen Heeres. (Die K.Z. z. Bsp. widmet ihnen am 16. 7. in der Mittagsausgabe die ganze erste Seite). Diese Ausführungen werden zwar allgemein als übertrieben bezeichnet, aber doch als Zeichen für die französische militärische Unfertigkeit und Unterlegenheit erfreut zur Kenntnis genommen. Hier und da werden auf dem Höhepunkt der Krise diese Ausführungen sogar als Stütze für die Arbeit vom mangelnden französischen Kriegswillen angeführt.

Rückblick.

Ein kurzer Überblick über die Erkenntnisse, die wir aus unserem Streifzug durch ein gutes Dutzend der größten und einflußreichsten deut-

schen Zeitungen von der „öffentlichen Meinung" in den ersten Wochen der Julikrise gewonnen haben, ist jetzt angebracht.

Manche sich besonders aufdrängende Feststellung wurde schon zwischendurch vorweg genommen, so die Erkenntnis von der allgemeinen und für den Gang der Dinge wohl nicht ganz folgenlosen abgrundtiefen Verachtung der Serben, der rückhaltlosen Ablehnung der großserbischen Agitation, auch in den beiden Österreich unfreundlich gegenüber stehenden Blättern, der „Rheinisch Westfälischen Zeitung" und dem „Vorwärts", und schließlich die weitverbreitete Ansicht von einer natürlichen, tief gewurzelten Feindschaft der Deutschen gegen das gesamte Slawentum, dieses vertreten in erster Linie durch Rußland.

Weitere allgemein gültige Erkenntnisse sind unschwer zu gewinnen. Fast alle hier angeführten Artikel rechnen damit, daß Rußland, obwohl seine enge politische Verbindung mit Serbien als slawische Vormacht nicht geleugnet wird, stillhalten werde, falls der österreich-serbische Konflikt nicht so ohne weiteres sich legen lasse, da das moralische Übergewicht Österreichs diesmal zu groß sei und der Zar sich doch unmöglich schützend vor die Mörder eines Fürsten und ihre Hintermänner stellen könne. Gelegentliche Stimmen, die Rußland einer Schürung der serbischen Pressehetze beschuldigen (so die L.N.N. und einige Äußerungen der Fr. Z.) und daraus den naheliegenden Schluß ziehen, daß Rußland im Ernstfalle sich doch nicht so ganz zurückhalten würde, fallen demgegenüber nicht sehr ins Gewicht.

Frankreich und England bleiben in fast allen Betrachtungen ganz im Hintergrund, besonders das erstere. Von England wird eine zugleich für Österreich günstige und dem Frieden förderliche Stellungnahme erwartet. (In erster Linie durch den allgemein zitierten Artikel der „Westminster Gazette" vom 17. 7. herbeigeführt). Die „Kölnische Zeitung" bringt allerdings am 23. auch mahnende englische Pressestimmen an Österreichs Adresse, auf die warnende Stimme ihres Londoner Korrespondenten wies ich schon hin. — Besonders typisch, stimmungsmäßig, für die derzeitige günstige Einschätzung Englands im deutschen Sinne der Artikel aus der „Essener Volkszeitung" vom 23. — Vor allem nun springt die unbedingte Unterstützung in die Augen, die Österreich zuteil wird, auch für den Fall von Weiterungen des Konfliktes. Man stellt sie als Selbstverständlichkeit hin. Ausnahmen machen nur der „Vorwärts" und die „Rheinisch Westfälische Zeitung". Der Tenor dieser Solidaritätsversicherungen weist allerdings

merkliche Unterschiede auf, von der heftigen Betonung der unbedingten Sekundantenstellung in der Zentrumspresse bis zu der kühlen und kritischen Sachlichkeit der meisten Ausführungen in der „Frankfurter Zeitung". Allerdings verbindet sich eigentlich nirgends die Unterstützung Österreichs mit einem besonderen Wohlgefallen an der Außenpolitik des Bundesgenossen.

Bei den innenpolitisch verengten Problemen „Bosnien" und „Südslawen" kommt eine meist scharfe Kritik zum Ausdruck, Kritik an der österreichischen Südslawenpolitik, verbunden mit Forderungen nach scharfem Zupacken gegen die Serben, nur Fr. Z. und „Vorwärts" mahnen zum Gegenteil. Eine tiefgründige Auseinandersetzung aber, über die ganze Problematik des nun einmal gegebenen Gegensatzes zwischen der südslawischen Nationalbewegung und der historisch begründeten Existenz des österreich-ungarischen Nationalitätenstaates mit seinem Lebensanspruch- und recht als europäischer Großmacht, mit Vorschlägen etwa für eine beiden Teilen gerechte Lösung würde man vergebens suchen. So begnügt sich auch zum Beispiel ein auf gründlicher Kenntnis beruhender Artikel der „Kölnischen Zeitung" mit der Darlegung der Verhältnisse und Forderung nach schärferem Zufassen gegen die Serben, der „Vorwärts" macht die allerdings sehr richtige Feststellung, daß der Weltfriede es als ethisches Gut mit dem serbischen Nationalismus immer noch aufnehme, und die „Kreuzzeitung" etwa nennt den Trialismus einen Versuch, den Teufel mit Belzebub auszutreiben.

Auf das psychologische, für die Reaktion auf das Ultimatum wichtige Moment der weitverbreiteten ärgerlichen Überzeugung von der österreichischen „Schlappheit" und allzugroßen Friedfertigkeit wies ich schon früher hin. Dieser Überzeugung entspricht es auch, daß fast alle Blätter sehr leicht geneigt sind, Meldungen und Vermutungen über einen gemäßigten österreichischen Schritt, wie sie sich besonders um den 10. Juli in Wiener offiziösen Blättern äußern, Glauben zu schenken. Einige Tage vor dem Ultimatum bricht sich dann allerdings die Erkenntnis von dem Ernst des ungeduldig erwarteten Schrittes Bahn, die Hauptpunkte des Ultimatums, sowie die Tatsache eines solchen, sind jetzt bekannt, am genauesten unterrichtet zeigt sich die „Germania". Aber anderseits wird auch am Tage vor der Überreichung der Note noch anderen Vermutungen von höflichen Formen und harmlosem Inhalt Raum gegeben. (So noch die „Norddeutsche Zeitung" am 23. in der Wiedergabe eines Artikels des „Wiener Neuen Tageblattes).

Und noch eine Feststellung ergibt sich ohne weiteres aus der bisherigen Untersuchung, nämlich die, daß man sich in der Presse (eine ausdrückliche Ausnahme machen wieder die Fr. Z. und der „Vorwärts") keine Gedanken darüber macht, was denn nun auch ein erfolgreicher diplomatischer Schritt, eine Annahme der österreichischen Garantieforderungen durch Serbien, praktisch an den unerquicklichen und gefahrvollen Zuständen an der österreichischen Südgrenze ändern würde, obwohl die Erkenntnis, daß fanatische Nationalbewegungen nicht durch Dekrete zu bändigen sind, nicht allzu schwer war und ist. Im speziellen Fall lag ja das Beispiel von 1909 vor.

Daß es sich im Falle „Serajewo" nicht so sehr um eine kriminelle Angelegenheit, sondern um eine grundsätzliche politische Klärung handelt, darüber herrscht von Anfang an kaum ein Zweifel, man ist sich in der „öffentlichen Meinung" klar über die Bedeutung der südslawischen Frage als Existenzangelegenheit für die verbündete Monarchie, allerdings nicht der Tatsache bewußt, daß die maßgebenden Männer in Wien entschlossen sind, diese Frage mit Gewalt zu lösen.

Und durchaus keine Klarheit herrscht über die Tatsache auch bei der deutschen Presse, um dasjenige hier schon zu erwähnen, was man als Charakteristikum der deutschen Politik besonders besonders des ersten Teiles der Julikrise ganz allgemein behaupten darf, daß nämlich der Fall „Serajewo" in demselben Augenblick, wo Österreich entreich entschlossen war, auf ihn außenpolitisch energisch und gewaltsam zu reagieren, als politisch-krimineller Fall für sich fast ganz ohne Bedeutung wurde und dem Problemkomplex der seit fast einem Jahrzehnt festgefahrenen europäischen Großmächtekonstellationen gegenüber mit fortschreitender Zeit immer mehr in die Rolle eines bloßen Steinchens herabsank, das die Lawine ins Rollen gebracht hatte. In dem Mosaik weltpolitischer Verflechtungen konnte auch ein ermordeter Erzherzogthronfolger nur ein kleines Einsatzstück bilden. Bezeichnend für dieses fast krampfhafte Festhalten am Ausgangspunkt der Krise, auch dann noch, als er längst unwesentlich geworden war, sind die Appellationen an das monarchische Solidaritätsgefühl des Zaren gegenüber den „Königsmördern" noch in den letzten Julitagen, und der dauernde Hinweis auf die moralische Überlegenheit Österreichs gegenüber der großserbischen Agitation mit ihren barbarischen Methoden und Ergebnissen. Allerdings, nur wenn man „Serajewo" als Ausgangspunkt so fest im Auge behielt, konnte das starre Festhalten an der Lokalisierung des österreich-serbischen Krieges einen Sinn haben, der aber dann dadurch zum Unsinn wurde, daß

die übrige Welt diesen Ausgangspunkt fallen ließ, sobald Österreich auf ihn stärker reagierte, als das sehr empfindliche „europäische Gleichgewicht" eben zur Zeit vertrug.

Alle diese Zusammenfassungen aus dem ersten Abschnitt unseres Streifzuges lagen auf der Hand und ließen sich meist in einem Satz umreißen, sie sind allerdings, weil so kurz zusammengefaßt, „cum grano salis" zu nehmen. Einzelheiten sollen hier nicht nochmal angeführt werden. Sehen wir von den beiden Oppositionsblättern ab, dem „Vorwärts", aus grundsätzlicher, weltanschaulicher Stellung oppositionell gegen so ziemlich alles, was in der monarchischen und bürgerlichen Welt vor sich geht, und der „Rheinisch Westfälischen Zeitung", die in der Habsburgermonarchie den Erzfeind des gesamtdeutschen Volkes sieht, so gewinnt man also aus den übrigen Blättern, die alle einen ganzen Typus vertreten, das Bild einer weitgehenden Übereinstimmung in der Haltung zum österreich-serbischen Konflikt, und diese Haltung läßt sich derart nochmals umreißen: Unbedingte Unterstützung Österreichs auch im Falle weitergehender Konflikte, die durchaus nicht für wahrscheinlich gehalten werden, aber die ganz auch nicht von der Hand gewiesen werden können. Für diesen Moment ist das Stichwort „Lokalisierung" in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auch schon gefallen. — Allzu tragisch nimmt man die neuerliche Krise nicht, die frische Erinnerung an die gut verlaufenen Krisen während der Balkankriege hält davon ab. Lange Zeit glaubt man nicht recht an schwerwiegende österreichische Forderungen, und auch als man diese schließlich weitgehend richtig vermuten kann, hält man es überwiegend für wahrscheinlich, daß Serbien nachgeben muß, weil seine internationale Stellung zu schwach ist, wenn man auch die untergründige Kraft des serbischen Nationalismus nicht übersieht.

Wir dürfen schlußfolgern: Auf einen ev. österreich-serbischen Krieg war die deutsche Öffentlichkeit vor allem stimmungsmäßig, psychologisch in ihrer großen Mehrheit durchaus vorbereitet — auf einen Weltkrieg nicht, d. h. nicht durch die Pressearbeit in den ersten Juliwochen. Daß sie doch auf eine große Bewährungsprobe gefaßt war, aus weiteren Zusammenhängen und tieferen Untergründen heraus, bewies der elementare Ausbruch nationaler Leidenschaft in allen seinen Äußerungen, nicht zuletzt in der Presse, in der letzten Woche dieses schicksalsschweren Monats und in den ersten Tagen seines noch gewaltigeren Nachfolgers. Hier und da deckt ein einzelner Satz diese tiefen Untergründe auch schon vorher auf.

II. Kapitel:
Das Ultimatum.

In diese gewiß nicht friedensselige, aber doch alles in allem noch ruhige Atmosphäre der „öffentlichen Meinung" hinein fährt das schwere Geschütz des österreichischen Ultimatums auf. Seine überdeutliche Schärfe, mehr noch im Ton als im konkreten Inhalt (mit dem sich die Blätter auch wenig beschäftigen), mußte sofort den ganzen Problemkreis der großen europäischen Politik in der Presse aufrollen. Die Forderung der „Lokalisierung" in der deutschen Diplomatie und „öffentlichen Meinung" bestätigt schon eigentlich die Tatsache, daß der österreich-serbische Streit tatsächlich über den Rahmen einer Balkanaffäre hinausgewachsen ist. Er war es in Wirklichkeit von Anbeginn, da auf einem so gewitterschwangeren politischen Schauplatz, erfüllt von einem unübersehbar dichten Netz von Rivalitäten, Spannungen, Abneigungen, Befürchtungen und gegenseitigen Bindungen, jeder irgendwo entspringende Funke die Tendenz hat, sich auf diesem großen Pulverfaß niederzulassen. Und Serajewo war, wie eben noch gesagt, zumindest von dem Augenblick an eine europäische Angelegenheit geworden, da die österreichischen Außenpolitiker gewillt waren, in die großserbischen Hintergründe des Mordes nachdrücklich und energisch hineinzufassen.

Diese Erkenntnis geht nun auch der Presse auf, wo sie vorher nur gelegentlich und andeutungsweise sichtbar geworden war, und gerade das heftige Abstreiten dieser „Europäisierung" der Krise ist nichts anders als eine sozusagen negative Ausdrucksform jener Erkenntnis.

Die möglichen Stellungnahmen.

Denkbar wären jetzt drei Möglichkeiten gewesen, im großen gesehen, auf das Ultimatum in der deutschen (bürgerlichen) Presse zu reagieren. Erstens, in der Erkenntnis der Weltkriegsgefahr oder in der Meinung österreichischen Unrechtes von Österreich abzuschwenken. — Die „Rheinisch Westfälische Zeitung" geht diesen Weg — aber auch nur ein ganz kurzes Stück.

Die zweite Möglichkeit wird in die Tat umgesetzt: „Mit Österreich durch dick und dünn, denn Österreich ist im Recht, und wer Österreich an-

greift, will mit der Vernichtung unseres einzig zuverlässigen Bundesgenossen letztlich uns selbst treffen". — In so überwältigender Geschlossenheit wird dieser Weg beschritten, daß die Frage, ob er der natürliche, der nächstliegende und in den Verhältnissen begründete war, sich von selbst beantwortet.

Und noch eine dritte Möglichkeit ist denkbar, und dem heutigen Betrachter muß sie als die klügste und die beste erscheinen. — „Für Österreichs gerechte Ansprüche, aber mit energischem Recht der Mitbestimmung und letzter Freiheit der Entscheidung". — Ganz zaghaft versucht gelegentlich die „Frankfurter Zeitung" einen ähnlichen Weg zu gehen, und noch zaghafter deutet ihn ein Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 26. an.

Da es die unbedingte Überzeugung des Verfassers ist, daß die Aufgabe des Historikers darin besteht, die Erkenntnis zu suchen und sich nicht in ein scharfsinnige, aber auf jeden Fall billigen und zwecklosen, von bloßen Wünschen geleiteten, nachträglichen Besserwissen zu verlieren, erübrigt sich hier eine theoretische Auseinandersetzung über die Vorzüge und Wirkungen einer solchen möglichen Haltung der damaligen „öffentlichen Meinung". Denn die einfache, aber fundamentale Tatsache, daß diese „öffentliche Meinung" eben anders, extrem und „unvernünftig" reagierte, stellt eben unser Problem dar, in das wir hinein leuchten wollen. Und woher, weshalb, warum diese Haltung, darüber werden uns im Folgenden die angeführten Pressestimmen selbst eindringlich und erschöpfend Auskunft geben.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Wir beginnen wieder mit den offiziösen Stellungnahmen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt statt einer eigenen Hilfeleistung am 25. eine ausführliche Wiedergabe des Begleitkommentars vom „Wiener Fremdenblatt". Dieses stellt fest, daß die Forderungen nicht über das unbedingt nötige Maß hinausgingen, darum könne ein Abhandeln nicht in Betracht gezogen werden. Der serbische Nationalismus bedrohe die Monarchie, auch die wirtschaftlichen Folgen der dauernden Unruhe seien bisher schon verheerend gewesen. Wenn Österreich jetzt nicht endlich gegen diese Bedrohung vorginge, so würde das als Schwäche von denselben Agitatoren ausgelegt werden, die es jetzt als Brutalität auslegten. Auch für Serbien sei es schließlich das Beste, wenn es von dem großserbischen Fanatismus geheilt werde. Die kurze Frist sei gewählt worden, um im Interesse des europäischen Friedens die Krise

in kürzester Zeit zu klären. Wenn Serbien die Forderungen erfüllt habe, stehe einem besseren Verhältnis nichts mehr im Wege. — Diese einfache Übernahme einer Wiener offiziösen Erläuterung bedeutet auf ihre Art auch einen beredten Kommentar.

Kölnische Zeitung.

Der Leitartikel der „Kölnischen Zeitung" vom 24. behauptet zunächst, die Note stelle im eigentlichen Sinn kein Ultimatum dar, da sie als Verhandlungsgrundlage gedacht sei, das Datum drücke nur den Wunsch aus, möglichst schnell zu erfahren, ob Serbien diese Verhandlungsgrundlage annehme[12].

„Es ist ja anzunehmen, daß Serbien den, wie man überall zugestehen muß, billigen Forderungen Österreich-Ungarns Folge geben wird. Österreich verspürt keinerlei Gelüste, sein Völkergemisch noch weiter zu vermehren. Es verlangt von Serbien nichts weiter, als was von jedem zivilisierten Staat verlangt werden kann. — Bis jetzt kann und muß man die Hoffnung hegen, daß die Großmächte die Berechtigung der österreichischen Forderungen anerkennen werden". Rußland werde kaum eingreifen wollen wegen seiner inneren Schwierigkeiten.

Etwas anders klingt schon ein Wiener Bericht in der Abendausgabe. In Wien herrsche kein Optimismus, aber doch der Glaube an die Lokalisierung des Konfliktes und die Überzeugung von der unbedingten Unterstützung Deutschlands. Auch auf Italien zähle man. — Als eigentlich inspiriert und offiziös darf dann ein Artikel der Berliner Schriftleitung bezeichnet werden mit der Überschrift, „Serbiens Unrecht". „Die Note, die gestern in Belgrad überreicht wurde, stellt eine Anklagerede von einer Wucht und einem Ernst dar, wie sie in der neueren Geschichte zwischen Staat und Staat noch nicht gehört worden ist. — Man sieht in einen Abgrund von politischer Entartung und Unkultur, wenn man liest, in welcher Weise das verbrecherische Treiben wahnwitziger Mörder unterstützt und gefördert worden ist. — Aus den Tatsachen der Note ergibt sich, daß die politische Vernunft und elementarste Gerechtigkeit gebieten, in diese Auseinandersetzungen nicht einzugreifen und den möglichen Zusammenstoß örtlich begrenzt zu halten. — Es ist europäische Pflicht geworden, an der Erhaltung des Friedens dadurch mitzuarbeiten, daß man

---

[12] Der Gegensatz zum „Wiener Fremdenblatt" u. N.A.Z. springt in die Augen, es handelt sich hier offenbar um die selbständige Meinungsäußerung des Schriftleiters, vergl. auch weiter den Berliner Artikel der K.Z.

Serbien die Hoffnung auf Unterstützung im Unrecht nimmt“. — Aus diesen Ausführungen spricht die Erkenntnis, daß ein Krieg zwischen Österreich und Serbien kaum noch vermeidbar ist, und der wesentliche Inhalt liegt schon in dem Appell an die Großmächte, nicht mehr in der Mahnung Serbiens.

Wichtig ist der Leitartikel des Abendblattes vom 25. „Die Interessen Deutschlands“ „In der Hoffnung auf eine friedliche Lösung, bereit aber auch, wenn es sein muß, der ultima ratio ins Auge zu sehen, haben wir uns in der kurzen Zeit ernster Erwartung, die uns noch bleibt, zu fragen, warum wir so bereit sind, das Schicksal zu nehmen wie es kommt, gut oder schlecht. Die Antwort kann klar gegeben werden: weil Österreich-Ungarns Lebensinteressen die unsern sind“.

Trotzdem betont aber die K.Z. ausdrücklich, daß es sich im konkreten Fall um eine Sonderangelegenheit Österreichs handele.

Der Satz, „Nichts könne falscher sein, als das Wort Eroberungskrieg“, verbirgt vielleicht auch eine ganz leichte Warnung an Österreichs Adresse. Dann aber heißt es weiter mit Emphase: „Nun und nimmermehr aber können wir dulden, daß die Parteinahme einer Großmacht für Serbien gegen Österreich-Ungarn aufträte und ihrerseits zu einer Schwächung der uns verbündeten Monarchie zu den Waffen griffe. Wir werden Österreich-Ungarn die Nibelungentreue halten einfach deswegen, weil wir es müssen, wollen wir mit einer Schwächung Österreich-Ungarns nicht unsere eigene Stellung in der Welt für immer untergraben“. Es folgt ein direkter Angriff auf Rußland, das jetzt statt der Serben in das Scheinwerferlicht der europäischen Bühne tritt, von Deutschland gesehen, so wie Deutschland für Westeuropa an die Stelle von Österreich-Ungarn. „Es bedarf nur eines Wortes von Rußland, um den serbischen Gernegroß in Schranken zu halten“. Wenn Deutschland fechten müsse, so schließt dieser aufschlußreiche Artikel, so würde es nicht gegen die serbischen Wühlereien fechten, sondern für den Fortbestand eines mächtigen Österreich, und deshalb für die eigene Zukunft und Sicherheit.

Die erste Morgenausgabe des 26. bringt ein Warnungstelegramm des Londoner Korrespondenten, dessen erste Warnung uns schon aufgefallen ist. Er macht sich die Forderung der „Westminster Gazette“ auf Fristverlängerung zu eigen. Der Petersburger Korrespondent berichtet: „So bedenklich die Anzeichen des heutigen Nachmittags sind, so ist es doch notwendig, in Deutschland allen Drohungen gegenüber kaltes Blut zu bewahren“. — Ein Stimmungsbild aus Berlin: Allgemeine Erregung,

aber gleichmäßige Beurteilung und Gefaßtheit auf alle Möglichkeiten. Der scharfe Ton der Petersburger und Pariser Presse deute auf solche Möglichkeiten hin.

Kreuzzeitung.

In der „Kreuzzeitung" vom 24. heißt es: „Die gestern nachmittag in Belgrad überreichte Note hat den Vorzug, zwischen der Donaumonarchie und Serbien eine durchaus klare Situation zu schaffen, und sie entspricht in jedem Punkte den Rücksichten, die Österreich-Ungarn nach dem Attentate vom 28. 6. seiner Würde als Großmacht schuldig ist. — Keine Großmacht der Welt kann ohne Gefahr schwersten Ansehensverlustes sich mehr als ein Jahrzehnt von einem Nachbarn hänseln und herausfordern lassen, von einem Nachbarn, der zwar kleiner und schwächer ist, der aber jederzeit mit dem Säbel einer Großmacht rasseln zu können glaubt". Es sei Österreichs Pflicht, Klarheit zu schaffen. „Gerade der Umstand jedoch, daß Serbien bei all seinen Provokationen auf die Unterstützung Rußlands rechnen zu können glaubt, macht es Österreich gebieterisch zur Pflicht, seinem unruhigen Nachbarn im Süden endlich einmal mit vollem Ernst entgegen zu treten und ihn vor die Frage von Krieg oder Frieden zu stellen". — Das Ultimatum wird im weiteren nur als Zusammenstellung von selbstverständlichen Forderungen bezeichnet. Schließlich gibt man noch der Hoffnung Ausdruck, daß seine inneren Schwierigkeiten Rußland hindern würden, auf bedrohliche Weise für Serbien einzutreten. Auch in Frankreich wolle man keinen Krieg, das Land stünde noch zu sehr unter dem Eindruck der letzten Heeresdebatte[13]. Eine weltgeschichtliche, weltpolitische Entscheidung über Krieg und Frieden von dem Eindruck einer Heeresdebatte in der Kammer abhängig zu glauben, zeugt von einer recht bescheidenen politischen Einsicht!

England sei durch die irischen Komplikationen ebenfalls ganz in Anspruch genommen. Darum könne in Serbien die Hoffnung auf die Tripleentente nur gering sein, und deshalb dürfe man die Hoffnung hegen, daß es die Forderungen annehme. Wenn aber nicht, so werde Deutschland seinen ganzen Einfluß für die Lokalisierung des Krieges in die Wagschale werfen. „Drüber hinaus bleibt für Deutschland der Bündnisvertrag in voller Wirksamkeit, und es ist vielleicht angezeigt, gerade im gegen-

---

[13] Aber nicht nur in der Presse, sondern auch in den deutschen und österreichischen Akten begegnet uns der Senator Humbert gelegentlich als „Friedensindiz"!

wärtigen Augenblick nachdrücklichst zu betonen, daß das deutsche Volk unter allen Umständen bereit und gewillt ist, den aus diesem Bündnis erwachsenden Pflichten im weitesten Maße gerecht zu werden. — So mag man auch in Wien und im Ausland wissen, daß auch in der Stunde der Not das deutsche Volk nicht zögern würde, Schulter an Schulter zu gemeinsamer Abwehr mit dem Bundesgenossen auf den Kampfplatz zu treten". Also auch hier — Nibelungentreue! Der Wiener Vertreter der Kr. Z. berichtet lakonisch: „Wenn Serbien die Note nicht in der gesteckten Frist beantwortet hat, ist der kriegerische Konflikt unvermeidlich". 25. Juli „Zwischen Krieg und Frieden". Zunächst wird Serbien nochmals gemahnt, sich nicht auf die russische Hilfe zu verlassen, die serbische Armee könnte schon verschwunden sein, bevor der große Bruder im Nordosten recht erwacht sei. (Der Schreiber rechnet also mit blitzschnellem Vorgehen der österreichischen Armee, wie übrigens alle seine Kollegen). Dann bringt man den Glauben zum Ausdruck, Deutschland werde Rußland abhalten, das Experiment eines Waffenganges mit Österreich-Ungarn zu wagen. — Eine Meldung aus Belgrad erweckt die Hoffnung auf Annahme des Ultimatums durch Serbien.

Der Tenor des Abendblattes wird bestimmt durch die Entrüstung über die Intervention des russischen Geschäftsträgers in Wien, Fürsten Kudaschew, zwecks Fristverlängerung der Note[14]. Es heißt u. a., nach der Feststellung, daß die Lage sich hierdurch bedeutend verschlechtert habe, und nach dem Ausdruck der Hoffnung, es möge bei dieser einen Einmischung bleiben: „Gerade in dieser unzweifelhaften Bundestreue Deutschlands — die wie wir anzunehmen Grund haben, inzwischen auch von autoritativer Seite versichert sein dürfte, liegt eine Gewähr dafür, daß man in Petersburg die gestern gefaßten Beschlüsse vor ihrer Erweiterung ins militärische Gebiet noch einmal einer eingehenden Revision unterziehen wird. Aber auch in Paris wird man sich inzwischen an maßgebender Stelle von dem Ernst der Haltung Deutschlands überzeugt haben, und wird nicht die Absurdität besitzen, die Bluttat von Serajewo mit ihren Folgen zum casus belli gegen Deutschland stempeln zu wollen". Durch den russischen Schritt sei die Lage wesentlich ernster, doch nicht hoffnungslos geworden.

Weiterhin findet sich eine polemische Auseinandersetzung mit dem „Echo de Paris", das behauptet, Österreich sei durch Deutschland vorgeschickt worden, um die augenblicklichen Schwierigkeiten in der Tripleen-

---

[14] Diese Nachricht bringen alle Blätter in Großaufmachung.

tente auszunutzen, zum Kampf der germanischen Rasse gegen die andern Rassen.

Frankfurter Zeitung.

Die „Frankfurter Zeitung“ am 24. lenkt gleich auf den Kernpunkt hin, auf die Frage, ob ein evtl. Waffengang lokalisiert bleiben könne. „Es mag heute genügen zu sagen, daß die Mehrheit der staatsmännisch und politisch erfahrenen Beurteiler das Gewicht der Gründe allgemein politischer, militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Natur sehr hoch einschätzt, die dafür sprechen, daß Rußland den Konflikt nicht schüren, sondern im Interesse des Friedens auf seine Beilegung wirken werde. So wenig man aber die Gründe unterschätzen darf, die der russischen Regierung Zurückhaltung nahelegen, so hieße es anderseits die u.U. verhängnisvollen Einflüsse nationaler Strömungen, chauvinistischer Verhetzungen verkennen, wenn man nicht auch mit der Möglichkeit rechnen wollte, daß Rußland sich in der Rolle eines Beschützers Serbiens einzumischen versuchte. — Ähnliche Vorgänge in den letzten Jahren sind bekannt, und sie haben dadurch manches von ihrem Schrecken verloren“. —Der Leitartikel der Abendausgabe ist auf einen Ton gestimmt, der von den offiziösen Äußerungen bemerkenswert abweicht. Nach einem Hinweis auf Tiszas verhältnismäßig friedfertigen Ausspruch im Parlament vor einigen Tagen, heißt es, die österreichische Regierung könne nicht bestreiten, daß sie nicht nur sachliche Forderungen gegen die großserbische Agitation erhoben habe, sondern daß es auf eine Demütigung abgesehen sei. Denn nur ein tief gedemütigter Staat könne solche Forderungen annehmen, die in einer Form gestellt seien, daß sie nur nach einem verlorenen Krieg oder zur Vermeidung eines solchen angenommen werden könnten. Die Fr. Z. bestreitet zwar durchaus nicht, daß die serbische Regierung in völkerrechtwidriger Weise Propaganda gegen Österreich-Ungarn geduldet habe, aber die Schuld daran trügen nicht nur Hartwigs Hetzereien, sondern auch Ährentals Politik. Es sei durchaus nicht zuviel verlangt, daß die serbische Regierung strenge Sühne auf sich nehme, doch sei es schlecht denkbar, wie sie diese angesichts der Volksstimmung auf sich nehmen könne. Österreich wolle das Verhältnis zu Serbien dauernd klären, ob aber auf die richtige Art, sei sehr zu bezweifeln. Man müsse zu der Überzeugung kommen, daß Österreich den Krieg von vorneherein beabsichtigte. Trotzdem kommt die Fr. Z., nach der in diesem Zusammenhang etwas merkwürdigen Feststellung, es

handele sich formell nicht um ein Ultimatum, zu der Ansicht, Rußland würde jetzt nicht eingreifen. — „Aber wenn heute ein europäischer Krieg vermieden wird, so ist leider zu befürchten, daß der russische Nationalismus dann in einigen Jahren versuchen wird, seine jetzige Demütigung wieder wett zu machen. Heller wird der europäische Himmel nach Beendigung der serbischen Krise schwerlich werden". —

Auf den ersten Blick unverständlich lautet ein kurzer Berliner Bericht, der besagt, der Konflikt könne schwerlich lokalisiert bleiben, aber es bestünden reale Gründe für die Annahme, daß Rußland sich nicht einmische. Das ist nur so zu verstehen, daß unter Einmischung hier militärische Aktionen gemeint sind. Die Wiener Atmosphäre wird deutlich in einer Schilderung des dortigen Vertreters: Wien atme spürbar auf! Auf die Feststellung, die serbische Souveränität sei tatsächlich angetastet, folgt auch hier der Ausdruck der Hoffnung, daß durch Rußlands Nichteinmischung der Konflikt lokalisiert bleibe. „Wie es sich ja von selbst versteht, ist die Note für Deutschland keine Überraschung[15], und wir können versichern, daß die Übereinstimmung zwischen allen Kanzleien eine vollkommene ist. Danach ist die Weltlage zu beurteilen".

Im Gegensatz zu der offiziös aufrecht erhaltenen Hoffnung auf serbisches Nachgeben betont die Fr. Z. am 25. („Die Auffassung in Berlin"), daß kein Zweifel an einem Konflikt bestehen könne, auch kein Zweifel, daß die Aufregung in Rußland hohe Wellen schlagen werde. Doch wieder folgt die Betonung der „begründeten Hoffnung", daß Rußland die europäische Solidarität für den Frieden im eigenen Interesse nicht durchbrechen würde.

Der Leitartikel des Abendblattes vom 25. ist insofern interessant, als er die Anerkennung des österreichischen Standpunktes enthält, dabei die tieferen Gründe für das Ultimatum richtig andeutet, während in dem ersten Kommentar, wie erinnerlich ein deutlicher Ärger über das schroffe Vorgehen spürbar war. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme einer Beeinflussung von „oben". Zuerst also wird die Möglichkeit einer serbischen Unterwerfung zwar erwogen, aber als durchaus unwahrscheinlich bezeichnet: „Aber käme es wirklich zur bedingungslosen Unterwerfung Serbiens, so wäre es erst recht zweifelhaft, ob für Österreich über den Augenblick hinaus viel gewonnen wäre. Denn man müßte dann als sicher ansehen, daß Serbien auf den Rat Rußlands und natürlich auch gegen dessen bestimmte Versicherungen für die Zukunft den Konflikt mit Öster-

---

[15] Diese Behauptung fällt der offiziellen deutschen Politik in den Rücken!

reich vertagt hat, mit dem unausgesprochenen Vorbehalt, den Prozeß zu einem gelegeneren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Es käme also dann darauf an, den Erfolg des Augenblicks zu einem dauernden zu machen und über die bloße Wahrung des Prestiges hinaus seine reale Stellung im Balkan zu befestigen, daß es sich vor einem späteren Konflikt nicht zu fürchten brauchte. Daß die Aufgabe heute leichter zu lösen sein sollte als nach dem Siege in der bosnischen Annexionskrisis, leuchtet nicht ein". Der Verfasser zweifelt weiter an, ob überhaupt eine serbische Unterwerfung in Heer und Volk als befriedigende Lösung angesehen würde, sehr wahrscheinlich würde statt Freude Enttäuschung vorherrschen. Es handele sich eben um den Selbsterhaltungstrieb eines großen Staates, der dabei nicht nach dem Recht der anderen frage. — Der serbischen Regierung werde auch bei gutem Willen ein Einlenken kaum möglich sein. — Den Schluß und Kernpunkt zitiere ich nun ganz: „Die russische Regierung ist vor zwei und fünf Jahren Herrin der Lage geblieben und hat sich von einem gefährlichen Krieg ferngehalten. Ob sie es jetzt kann, ist nicht so leicht zu sagen. Man kann nicht einmal behaupten, daß es Optimisten sind, die es auch jetzt für wahrscheinlich halten. Denn es ist sehr die Frage, ob eine Vermeidung des Krieges mehr als seine Vertagung ist. Dieselbe Frage, die durch zahlreiche Fehler der europäischen Politik, durch den Eigensinn und die phantastischen Expansionsbestrebungen der serbischen Politik und durch die unvermeidliche Intrigenpolitik Rußlands ihre gefährliche Zuspitzung erhalten hat, ist nach gerade der Haken geworden, an dem der europäische Frieden aufgehängt ist. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Deutschland seinem Bundesgenossen, der sich im weiteren Sinne im Stande der Notwehr befindet, an die Seite zu treten hat aus Gründen der Bundesgenossenschaft und der europäischen Politik. *Wir haben nicht den Eindruck, daß es von allem Anfang an keine Wege gegeben hätte, um das jetzt angestrebte Ziel anders als durch einen Krieg zu erreichen, aber so wie es nun einmal gekommen ist, bleibt nichts übrig, als sich mit den Tatsachen abzufinden und nur darauf hinzuarbeiten, daß das Unglück auf einen möglichst engen Raum begrenzt werde*".

Der römische Korrespondent setzt sich mit den italienischen Blätterstimmen auseinander, die Besorgnis vor einer österreichischen Machterweiterung äußern. Er bemerkt dazu, es sei kein Grund vorhanden, daran zu zweifeln, daß die österreichische Behauptung, keinen Landgewinn zu erstreben, zutreffe. Die Note sei darum Italien vorher nicht mitgeteilt worden, um

das Interne des Konfliktes zu betonen. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß Italiens Interessen beim Dreibund am besten aufgehoben seien.

Der Pariser Vertreter führt französische Pressestimmen an, die gleichzeitig Serbien zum Nachgeben mahnen und Deutschland der Provokation beschuldigen. — Und der Petersburger teilt nur die nicht überraschende Wahrnehmung mit, daß man dort allgemein in ernster Sorgenstimmung sich befinde.

Berliner Tageblatt.

Das „Berliner Tageblatt" (24.) trifft die für ein linksliberales Blatt einigermaßen merkwürdige Feststellung: „In ruhigem und ernsten Ton, der nichts Verletzendes für die serbische Regierung an sich haben kann, stellt die österreichische Regierung ihre Forderung auf, und überall wo man das Ergebnis der Untersuchung von Serajewo und das Wühlen der serbischen Propaganda in Österreich ohne Voreingenommenheit betrachtet, dürfen die Forderungen Österreich-Ungarns der uneingeschränkten Billigung sicher sein: Noch ist es Sitte im internationalen Verkehr, daß die Völker politische Ziele wenigstens nicht mit Dolch und Revolver und der Zerstörung der innern Struktur eines Reiches zu verfolgen haben. Die Forderungen, die Österreich-Ungarn stellt, lassen keinen Raum zu diplomatischen Verhandlungen. — Die serbische Regierung wird entweder bis Sonnabend 6 Uhr unbedingt die an sie gestellten Forderungen erfüllt haben müssen oder die Monarchie wird — ohne jede weitere diplomatische Bemühung zu andern Mitteln greifen, ohne Rücksicht auf die Folgen, die eine solche Aktion für die Monarchie haben kann. So sehr jeder fühlende und sittliche Mensch die Erhaltung des Friedens wünschen muß, wird man doch anerkennen müssen, daß Österreich-Ungarn nicht anders handeln konnte. Und zumindest bei seinen Verbündeten wird es auf die vollste moralische und tatkräftige Unterstützung der jetzt eingeleiteten Aktion rechnen dürfen".

Aus Belgrad erfolgt die Mitteilung der herausfordernden Haltung des serbischen Pressebüros, das alle Forderungen als absurd bezeichnet, nur eine Forderung nach Rechtshilfe könne angenommen werden.

Der Leitartikel am Abend unterscheidet sich im Tone nicht im geringsten von der ersten Stellungnahme. Österreich wird alles Lob zuteil, da es sich endlich nach so langen und verlustreichen Jahren der Schwäche aufgerafft und den Schritt so sorgfältig vorbereitet habe. — „Niemand, der

ohne Vorurteile an die Prüfung der Tatsachen herangeht, wird auch nur einen Augenblick bestreiten können, daß Österreich-Ungarn zu seinen Beschwerden vollauf berechtigt und ebenso, daß es seiner Würde, seiner ganzen Existenz ein solches Hervortreten schuldig war. — Ob die österreichischen Forderungen, wenn sie in ihrer Gesamtheit angenommen, und noch mehr, wenn sie selbst loyal durchgeführt werden sollten, zu einer dauernden Entspannung zwischen Österreich und Serbien führen würden, darüber wird man verschieden urteilen können. Doch darüber hat letzten Endes die österreichische Regierung selbst zu befinden. So viel ist gewiß, daß Serbien zunächst einmal seinen guten Willen offenbaren und der österreichischen Regierung gegenüber unbedingte Nachgiebigkeit zeigen muß". — Diese Lösung werde nicht die wahrscheinliche sein, doch würde in dem Falle die Genugtuung völlig ausreichen. — „Denn es ist nicht im mindesten daran zu denken, daß Österreich mit seiner Note irgendwelche weiteren Ansprüche verbindet. Nicht auf eine Vernichtung, auch nicht auf eine territoriale Verkleinerung Serbiens ist es bei diesem Schritt abgesehen, sondern einzig und allein auf die Herbeiführung ruhiger und geordneter Zustände in den serbischen Gebieten Österreichs, die jetzt durch die großserbische Agitation ständig in Verwirrung gehalten werden". — Auf keinen Fall könne Österreich zurück, da es sich schon zuweit engagiert habe. Das Berl. Tgbl. (Verfasser der Leitartikel meist Th. Wolff) glaubt, daß ein Überspringen des Funkens vermieden werden könne und der Dreiverband genau wie der Dreibund den Zuschauer spielen werde, da auch die Mächte des Dreiverbandes sich kaum zu Schützern antidynastischer Unruhen hergeben würden.

Auch am 25. heißt es, in „Berliner Kreisen" schätze man die Aussicht auf Annahme des Ultimatums gering, höher dagegen die auf Lokalisierung des Konfliktes.

Aus Wien verlautet dann, ziemlich überraschend wohl, bei halbwegs günstiger Antwort ließe sich die österreichische Regierung auf eine Erörterung schwieriger Punkte ein. Doch andererseits bestünde die Gefahr, daß die serbische Regierung bei Nachgiebigkeit von der Armee weggefegt würde.

Das Fazit der römischen Berichterstattung lautet: „Die italienische öffentliche Meinung findet die österreichischen Forderungen gerecht".

Laut „Tribuna" habe Rom schon in Belgrad zur Nachgiebigkeit geraten. — Und der Londoner Vertreter hebt die „Pall Mall Gazette" hervor, darin Serbien ermahnt wird, die Forderungen anzunehmen.

A b e n d b l a t t: Der bisherige maßvolle Optimismus ist so ziemlich verschwunden, Schuld daran in erster Linie wohl die Meldung von dem

Schritt des russischen Geschäftsträgers in Wien, der hier wie überall beträchtliches Aufsehen erregt. Man glaubt jetzt, Belgrad wolle offenbar das Ultimatum ganz unbeantwortet lassen, worauf Österreich sofort in Serbien einmarschieren würde. In Rußland fasse man anscheinend schwere und zur Katastrophe führende Entschlüsse. — Die österreich-feindlichen Pariser Kommentare werden österreich-freundlichen englischen Stimmen betont gegenüber gestellt.

Vossische Zeitung.

Die „Vossische Zeitung" schlägt in ihrem ersten Kommentar vom 24. ungefähr dieselben Töne an wie die Fr. Z. — Nicht zu friedlicher Verständigung diene diese Note, sondern genau zum Gegenteil. „Mit einer rückhaltlosen Offenheit, die im diplomatischen Verkehr zu den größten Seltenheiten gehört, beschuldigt Österreich-Ungarn die serbische Regierung nicht bloß der Vorschubleistung der Verbrechen, die von der Seite des Großserbentums innerhalb der Habsburgischen Monarchie begangen wurden. Die kriminelle Seite tritt gegenüber der politischen ganz in den Hintergrund. Es ist nicht zu leugnen, daß fast jeder Punkt der aufgestellten Liste einen Eingriff in die Hoheitsrechte des serbischen Staates bedeutet. — Jede Rücksicht gegenüber Serbien fällt, da es Österreich-Ungarns Pflicht ist, sich selbst zu schützen. Wir halten es für unwahrscheinlich, daß die serbische Regierung auf die Bedingungen Österreich-Ungarns eingehen wird. Selbst wenn sie es wollte, was jedoch nicht der Fall ist, könnte sie es im Hinblick auf die eigenen Untertanen nicht tun".

Abendblatt: „Österreichs Entschlossenheit" — „Österreich hat den Bogen straff gespannt. Soll man mit ihm deswegen rechten? Nein, denn eine Großmacht, die sich nicht Respekt zu verschaffen weiß, hätte als Großmacht ausgespielt. — Österreich hat viel dadurch gesündigt, daß es sich den Anschein gab, kraftlos und zaghaft zu sein. — Jetzt ist die Stunde gekommen, wo es zu zeigen hat, wie es in Wirklichkeit mit ihm bestellt ist. Entweder Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiederaufrichtung eines imponierenden Staatsbaues oder Zertrümmerung und Zerfall. — Deutschland habe nur den dringenden Wunsch, Zeuge des Duells bleiben zu dürfen. In Rußland liege der Schlüssel zur Lokalisierung oder zum allgemeinen Zusammenstoß, an diese Adresse richtet die Voss.Z. ihren Appell.

„Österreich geht auf keine Eroberungen aus, es will sich nur Ruhe verschaffen, indem es das Großserbentum in seine Schranken verweist. Greifen aber andere Mächte in den Konflikt ein, so könnte sich just wie vor hundert Jahren, eine säkulare Umgestaltung der europäischen Karte ergeben. — Was Österreich tut, das zu tun ist es durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen, wer aber ohne Not sich einmengen wollte, der würde den größten Frevel begehen an seinem eigenen und an allen Völkern Europas".

Der Pariser Vertreter berichtet als seinen Eindruck, dort sei man sich bewußt, daß der Dreibund hinter Österreich stehe, was aber der Dreiverband tun werde, stehe noch nicht fest.

Weiter bringt die Voss.Z. ein Interview mit „einem Balkandiplomaten". Dieser also drückt seine Überzeugung aus, daß Serbien das Ultimatum annehmen werde, ohne daß sich aber damit die Spannung mildern würde.

— Ein anderer Balkandiplomat gibt der genau gegenteiligen Meinung Ausdruck, Serbien könne das Ultimatum unmöglich annehmen. „Darüber aber, daß bei einem ev. Krieg dieser lokalisiert bleiben würde, scheinen sich alle Befragten einig".

25. Juli: „Der Bündnisfall". — Es seien nur noch geringe Hoffnungen auf ein Nachgeben Serbiens gegenüber den Großmächten vorhanden, schreibt man einleitend, und erinnert an die großmächtliche Solidarität gegen Serbien 1903 und rechtfertigt gleichzeitig mit dem damaligen Königsmord die Forderung auf Mitwirkung österreichischer Beamter an der Untersuchung, eine Forderung, die den liberalen Zeitungsmännern doch nicht so recht geheuer ist. — „In Belgrad hat man bisher auf die Unterstützung Rußlands gehofft, sei es, daß man sich auf vermeindliche Zusagen stützte, sei es, daß man darauf rechnete, die Ereignisse würden gemeine Ansicht, daß Rußland nicht indifferent bleiben könne, es gingen das Zarenreich zwingen, schützend seine Hand über Serbien zu halten. Indessen mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen Serbien und der Habsburgischen Monarchie hat man sich allgemach einigermaßen abgefunden".

Erwähnenswert ist weiter noch die Auslegung, die die Voss.Z. dem Bündnisvertrag von 1879 in einem bald akut werdenden Punkte gibt. Sie schreibt nämlich, Deutschland sei noch nicht zum Eingreifen verpflichtet, wenn bei einem österreichischen Angriff auf Serbien Rußland Truppen an der österreichischen Grenze zusammen zöge. — „In jedem

Falle ist es Rußland leicht, entweder Serbien von kriegerischem Vorgehen abzuhalten oder wenigstens den Streit auf die beiden beteiligten Staaten zu beschränken. — Von erheblicher Tragweite wird es auch sein, wie England auf die Mitteilung, insonderheit auf die Bemerkung über den Königsmord als Waffe im politischen Kampf antwortet. Nach seinem Vorgehen anläßlich der Ermordung des Königs Alexander zu schließen kann die britische Regierung der österreichischen in der Hauptsache nur beistimmen".

Auf die russische Forderung nach Fristverlängerung reagiert das Blatt folgendermaßen: „Die Errichtung einer diplomatischen Schutzmauer, damit Serbien sich dahinter verstecken könne, ist gerade das, was Österreich für unzulässig hält. Die Grundlagen des Konfliktes, die Richtung, die Österreich ihm gab, beginnen sich daher zu verschieben. Nachdem, was bisher geschehen ist, kann sich Österreich weder mit der Aufforderung selbst noch mit ihrem Zweck befreunden. — Die 6. Nachmittagsstunde des 25. Juli wird so zu einer wahren Schicksalsstunde für die Völker unseres Weltteiles".

Abendausgabe: Als geringer Aktivposten wird jetzt die Tatsache gewertet, daß Rußland bisher vorsichtig aufgetreten sei, da ihm anscheinend der Konflikt zu früh komme. „Wirklich und wahrhaftig kann man Rußland glauben, daß ihm die Bluttat von Serajewo nicht bloß aus allgemein menschlichen und aus dynastischen, sondern auch aus politischen Gründen höchst ungelegen gekommen ist. Plötzlich wie damals (1877 u. 1912) wird der ganze Komplex der österreich-russischen Konflikte aufgerollt und Rußland vor die Entscheidung gestellt, entweder passiver Zuschauer zu bleiben oder schon jetzt Aufgaben zu übernehmen, an deren Lösung es erst später heranzutreten beabsichtigte". — Das serbische Attentat habe genau das Gegenteil von dem erreicht, was es sollte, es stelle eine „haarsträubende Ungeschicklichkeit" dar. — „Was Rußland den Serben zum Vorwurf macht, werfen die Serben ihrerseits den Mördern von Serajewo vor. — Auf der ganzen Linie stört das Verbrechen von Serajewo jahrelang emsige Arbeit. Der große und der kleine Bruder, Panslawismus und Serbentum stehen vor einem Haus, das sie in Flammen gesetzt haben, nur ist es nicht das fremde, sondern das eigene".

Im weiteren sind noch zwei Meldungen bemerkenswert: Aus Mailand erfolgt eine Zitierung des „Corriere della Sera", wonach für Italien wegen zu scharfer Forderungen Österreichs der Bündnisfall nicht gegeben

sei[16]. Ein Petersburger Bericht sieht die Revolutionsgefahr infolge des Streikes ziemlich nahe.

Münchner Neueste Nachrichten.

Genau wie das „Berliner Tageblatt" sehen die „Münchener Neuesten Nachrichten" in dem österreichischen Ultimatum kein übermäßig scharfes Instrument. So erklären sie am 24., der österreichische Schritt erfolge in einer Form, die Serbien ein Einlenken bei gutem Willen möglich mache und sie vermerken als besonders erfreuliches Zeichen, daß die russische Presse trotz des Poincarébesuches eine ruhige Haltung an den Tag lege. — „Wir hoffen, daß sich auch während der jetzt beginnenden Auseinandersetzung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien an dieser anerkennenswerten Haltung der russischen Presse nichts ändern möge". — Die serbische Taktik werde wohl im Hinauszögern bestehen, so daß man mit einer längeren Spannung der Nerven und der Börse rechnen müsse.

„Wir glauben an einen friedlichen Ausgang der Krise. Wir glauben aber auch, daß nichts so sehr geeignet ist, die unumgängliche Auseinandersetzung auf die unmittelbar beteiligten beiden Staaten zu beschränken und Europa vor verhängnisvollen Ereignissen zu behüten als ein Blick auf die Stellung Deutschlands. Es ist zu hoffen, daß die Auseinandersetzung schon darum auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleibt, weil es auf der Hand liegt, daß die Einmischung auch nur eines einzigen Dritten Folgen nach sich ziehen könnte, die kein in Wahrheit verantwortlicher Staatsmann heraufbeschwören wird. Gerade diese Erwägung läßt uns, trotz allem, was in den nächsten Tagen an aufsehenerregenden Meldungen kommen mag, mit Zuversicht an die Bewahrung des Friedens glauben".

Der Leitartikel vom 25. billigt noch einmal vorbehaltlos die österreichische Note. Österreich habe nach 5 Jahren des Wartens und nach Serajewo das Recht und die Pflicht so energisch vorzugehen. Serbien könne sich nicht darauf berufen, seine Souveränität werde angetastet, da sie an sich nicht angetastet sei. Der gereizte und gefährdete Nachbar verlange nur, daß die serbische Regierung den 1909 übernommenen Verpflichtungen nachkomme. Der Ton der Note verrate den unbedingten Willen, auf alle Fälle mit den serbischen Streitigkeiten aufzuräumen, und darum käme eine Änderung der Note garnicht in Frage.

[16] Im folgenden werden solche meist auf diese Presse gestützten italienischen Berichte regelmäßig gebracht, da redaktionelle Stellungnahmen zu dem Problem „Italien" sehr selten sind.

„Wir in Deutschland wünschen gewiß die Erhaltung des Friedens. Aber wir haben so gut wie ein eigenes Interesse daran, daß unserem Verbündeten Sicherheit und Ruhe seines Hauses verbürgt wird. Österreich-Ungarn kann sicher sein, daß seine gewichtigen, durch die Ereignisse gerechtfertigten Forderungen von deutscher Seite gebilligt und anerkannt werden, und daß, wenn es jemand gelüsten sollte, in die Auseinandersetzung zwischen Wien und Belgrad dreinzureden, das deutsche Reich in jeder aus solcher Störung entstandenen Verwicklung unverzüglich an die Seite des Verbündeten treten würde".

Die Berliner Redaktion schreibt: Deutschland und Italien seien in voller Übereinstimmung tätig, damit sich die Krise nicht verschärfe, und es bestünden alle Aussichten auf einen Erfolg ihrer Bemühungen. Ein hervorragender Diplomat habe sich dahingehend geäußert, Rußland werde Serbien raten, die Note anzunehmen.

26. 7. (Vorabendblatt) Aus Petersburg: Es herrsche dort die allgemeine Ansicht, daß Rußland nicht indifferent bleiben könne, es gingen Gerüchte von einer Mobilmachung. „Trotz des noch kommenden Kriegsgeschreis braucht man aber den Krieg noch nicht als unvermeidlich zu betrachten". — Bedenklich sei allerdings die russische Anregung einer Vermittlungsaktion der europäischen Diplomatie, denn darauf könne Österreich auf keinen Fall eingehen.

Der Wiener Korrespondent weiß zu berichten: „Wir können heute auf Grund unbedingt authentischer Information versichern, daß die feste Entschlossenheit des Wiener Kabinetts auch an der allermaßgeblichsten Stelle des Reiches geteilt und gebilligt wird und daß etwaige Spekulationen auf die bewährte Friedensliebe des greisen Monarchen durchaus verfehlt gewesen wären. So entschlossen die Note Österreichs klang, so entschlossen wird auch das weitere Vorgehen der Monarchie sein. Man wird sich durch nichts beirren lassen". – Rußland werde sich schwerlich ernstlich für Serbien engagieren, obwohl man ein gewisses Interesse seinerseits an der weiteren Entwicklung anerkennen müsse.

Von Paris her wird nur die absolut österreichfeindliche Haltung der französischen Presse verzeichnet. — Aus London dagegen verlautet, die englische liberale Presse stehe auf Seiten Österreichs.

Leipziger Neueste Nachrichten.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" (25.) müssen die „ungeheure Schärfe" des Ultimatums zwar feststellen, halten es aber

für durchaus unanfechtbar und durch Sachlichkeit gedeckt. Nochmals findet sich hier der Hinweis auf den Königsmord von 1903.

— „Dieses Schuldig durchhallt schon jetzt die Welt, und wird auch hinüber nach Petersburg dröhnen. Und wird hier der Enkel des Zarbefreiers, der Enkel des Mannes, dessen zerfetzter Leib einst die Straße am Katherinenkanal mit seinem Blute färbte, sich als der Retter und Beschützer jener Mordbuben und ihrer Helfer erheben, die einen andern Mann aus erlauchtem Hause auf der Straße niederknallten? — Gewiß, die Forderungen Österreich-Ungarns sind hart. Sie tragen nicht mehr den Charakter einer Sprache, die zwischen Mächten von gleichem Rang üblich ist, sie bekunden deutlich die Überzeugung, daß in serbischen Landen das Recht keinen Schutz mehr findet, daß serbische Versprechungen, wie sie vor fünf Jahren feierlich abgelegt wurden, keinen Wert mehr besitzen. — Das Weltteils Schicksalsstunde naht, schon dröhnen die ersten Schläge der Uhr".

Der „Berliner Lokalanzeiger" meint, die österreichische Anklageschrift müsse auch Serbiens Freunde überzeugen. „Es muß auch darin ein Gefühl von Gerechtigkeit und staatlicher und monarchischer Solidarität bestehen, wenn anders nicht der Glaube an den Fortbestand des monarchischen Gedankens in Frage gestellt werden soll. Und darum glauben wir, Serbien wird die österreichischen Forderungen erfüllen oder es wird daran zu Grunde gehen".

Dieses „Entweder-oder" drückt auch ein Zitat der „Täglichen Rundschau" vom 24. aus.

„Wenn man hört, daß die Belgrader Verantwortlichen die Wiener Note mit demselben guten Willen für Sachlichkeit, Klarheit und Willigkeit gelesen haben, wie man sie in Wien schrieb, so wird Europa einen angenehmen Sonntag feiern. Sollte man aber, es fällt schwer, den verantwortlichen Staatsmännern soviel Mangel an billigem Sinn zuzutrauen, in Belgrad glauben, es gebe zwischen dem, was man zugestehen will und dem, was verlangt wird, noch einen Spielraum für Winkelzüge, so dürfte durch diesen Sonntag schon die Kriegstrompete klingen".

Die Zentrumspresse.

Auf die Zentrumspresse mußte das Ultimatum nach der Angst, Österreich könne sich doch wieder vor der Welt blamieren, wirklich wie eine Erlösung wirken, und entsprechend ist auch die Reaktion.

Die „Germania" druckt zu dem Text des Ultimatums den offiziösen Kommentar des „Wiener Fremdenblattes" ab und bemerkt noch selbst dazu: „Man wird, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, behaupten dürfen, im ganzen zivilisierten, soweit es noch Gefühl für Recht und Ehre hat, werden sowohl die österreichische Note wie die vorstehenden Darlegungen des Fremdenblattes wie die Befreiung von einem schweren Alp wirken". — (Diese Darlegungen unterscheiden sich in Ton und Inhalt nicht von den deutschen Leitartikeln außerhalb der Opposition. Wir können deshalb wohl auf eine Wiedergabe verzichten).

Der Ausdruck der Hoffnung, Serbien möge sein „herostratisches Verhalten" im letzten Augenblick noch aufgeben, fehlt auch in der „Germania" nicht, aber die Drohung mit den Kanonen erfolgt hier noch schärfer als sonstwo[17]. Die „Germania" hebt besonders die zustimmenden englischen Pressestimmen hervor, (am 25.) wie „Westminster Gazette, Pall Mall Gazette" u. a.

Die französische Presse wird angegriffen. — „Es bleibt nur abzuwarten, ob die französische Regierung in ihrer Haltung dem österreich-serbischen Konflikt gegenüber sich von dieser Art Presse den Weg weisen lassen wird. Das könnte sehr verhängnisvoll werden und würde jedenfalls einen seltsamen Kommentar zu dem Bilde liefern, das der Senator Humbert kürzlich von der französischen Kriegsbereitschaft entworfen hat".

Mit besonderer Betonung äußert die „Germania" auch, Italien werde genau wie Deutschland auf Österreichs Seite treten, falls der Konflikt nicht neutralisiert bliebe.

Die „Kölnische Volkszeitung" (24.) gibt ihrer Genugtuung über die Schärfe des österreichischen Vorgehens lebhaften Ausdruck. Serbien könne garnicht hart genug angefaßt werden, nachdem was es an Schuld alles auf sich geladen habe. — „Nicht nur die Gefährdung der Großmachtstellung Österreich-Ungarns, sondern auch schon die Untergrabung des Respektes vor ihm bildet eine ernste Gefahr für das deutsche Reich, sein Ansehen und seine Sicherheit. Wir werden dafür im eigenen Interesse, wie im Bewußtsein unserer Pflicht unserem Bundesgeossen treu zur Seite stehen, komme was wolle".

Am schärfsten legt sich wieder die „Essener Volkszeitung" ins Zeug, man darf sie wohl als Beispiel der ganzen Zentrumsprovinzpresse hinstellen.

---

[17] Nebenbei sei hier bemerkt, daß die „Germania" wie alle untersuchten Blätter eine Abdankung Pasitschs für wahrscheinlich hält auf Grund von Meldungen über seine Abwesenheit von Belgrad.

Mit größter Genugtuung stellt sie am 25. fest, daß endlich Schluß sei mit der österreichischen „Selbstverleugnung". Raum für diplomatische Verhandlungen könne auf keinen Fall gewährt werden angesichts der „kulturellen Unfähigkeit Serbiens".

Die E.V.Z. hebt besonders hervor, wie sehr der scharfe Ton der österreichischen Volksstimmung entspräche, wie sehr man dort wochenlang in der Angst vor einem neuen Kompromiß gelebt habe. Auch die Wirtschaft hätte keine weiteren Kompromisse ertragen. — „Das deutsche Volk wird erleichtert aufatmen über die entschiedene Haltung Österreich-Ungarns, einer Haltung, der man nicht nur deutlich ansieht, daß es sich um eine gerechte Sache handelt, sondern die auch die Beruhigung ausstrahlt, daß sich Österreich-Ungarn der großserbischen Verschwörung, die ja leider nur zu weit um sich zu greifen vermochte, gewachsen fühlt". Auf gar keinen Fall ließe sich Wien diesmal aufhalten, auch nicht wenn Serbien in Petersburg und Paris Hilfe erhielt.

„Jeder religiös und sittlich fühlende Mensch wünscht Frieden, aber: es kann der beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Österreich konnte nicht anders handeln, wenn es seine Ehre nicht aufs Spiel setzen wollte. Wir wünschen, daß der österreich-serbische Konflikt lokalisiert bleiben möge. Österreich wird, wenn es sein muß, mit unserer Sympathie in den Krieg ziehen. Sollte aber die Lokalisierung infolge der allslawischen Propaganda nicht inne gehalten werden, so wissen wir Deutschen, was die Bündnispflicht von uns erheischt und wir werden es an der Bewährung unserer Treue nicht fehlenlassen".

Die E.V.Z. druckt den Artikel eines „hervorragenden österreichischen Diplomaten" ab, geschrieben vor Veröffentlichung der Note, aber mit genauer Kenntnis ihrer Bedingungen. Daraus ein kennzeichnendes Zitat: „Hinter dem gefährlichen Großserbentum hat sich die große Macht des russischen Panslawismus drohend angepflanzt, die ihren Schirm über es hält. Der Panslawismus begnügt sich nicht mit der Vernichtung von Österreich, er will ganz Europa unter seiner schweren Faust halten, er will die ihm verhaßte europäische Kultur vernichten und jede Freiheit in unserm Erdteil wie in Asien töten".

Zur weiteren Verdeutlichung der fanatisch Österreich verbundenen Haltung der Zentrumspresse noch ein Zitat aus der „Augsburger Postzeitung": „Der eiserne Schritt Österreichs ist eine befreiende Tat, unbeschadet dessen, was er für ganz Europa im Gefolge haben kann. Wir waren nahe daran, uns aus Angst vor der scharfen Medizin einem langsamen Siechtum zu überantworten. Jetzt geschieht der Menschheit

zum Heile, was ein pflichtbewußter Arzt tun muß: entweder wir erhalten die Gewißheit, daß der Krankheitsherd seinen Schrecken einbüßt, oder es wird zur Operation geschritten".

Hier kommt besonders klar eine auch sonst spürbare Einstellung zum Ausdruck, in der die jahrelange Gewöhnung an nationalen Ärger wie an europäische Krisen dazugeführt hat, daß die „ultima ratio" mit einer unverkennbaren Leichtfertigkeit ins Auge gefaßt wird.

Alle diese Pressestimmen haben zumindest die eine mit mehr oder weniger Nachdruck und Leidenschaft vertretene Grundauffassung gemeinsam: Deutschland muß auf jeden Fall seine Bundespflicht gegen Österreich erfüllen, schon aus eigenem Interesse. —

Die Opposition der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.

Aber jetzt, wenn wir uns die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" auf der äußersten Rechten und den ihr sonst so fernen „Vorwärts" anschauen, kommen uns grundsätzlich und extrem andere, polemisch zugespitzte Formulierungen und Stellungnahmen zum Ultimatum zu Gesicht.

Der R.W.Z. leisten Gefolgschaft die ebenfalls alldeutsche „Post", demselben Verleger, Dr. Reismann-Grone, gehörend, und die „Düsseldorfer Nachrichten". So wie der „Vorwärts" schrieb natürlich die ganze sozialdemokratische Parteipresse.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung" (24. 7.)

Der erste Kommentar klingt allerdings kaum anders als in den meisten bürgerlichen Blättern. —

„Die bisher von der österreichischen Regierung getroffene Feststellung der Zusammenhänge in den Serajewoer Attentaten hat die österreichisch-ungarische Regierung veranlaßt. Der Ton des Ultimatums ist scharf und Punkt für Punkt ein Eingriff in die serbischen Hoheitsrechte. Wenn aber die Feststellungen der österreichischen Regierung völlig einwandfrei sind, was hoffentlich zu erwarten ist, dann sind die Forderungen nicht größer als die Schuld, die man in Serbien trägt. Man mag in Serbien dann zur Einsicht kommen, die Forderungen bewilligen, die Schuldigen rücksichtslos bestrafen und einen gesunden Boden für die künftige Entwicklung des Landes schaffen".

In der Abendausgabe aber erfolgt die Offensive mit äußerster Heftigkeit. — Diesen Leitartikel mit der aggressiven Überschrift gebe ich hier recht ausführlich wieder, gerade weil er in dem gleichbestimmten Chor der bürgerlichen Presse eine solche Ausnahmestellung einnimmt.

„Die Habsburgischen Forderungen gegen Serbien sind sehr scharf. Man könnte sie als berechtigt erklären, wenn der Vordersatz bewiesen wäre. — Gedächtnis ist oft eine üble Sache, aber wir können nicht umhin, in diesem Augenblick es lebhaft zu gebrauchen. Wir erinnern uns, daß solche wuchtigen Beschuldigungen wie jetzt, von Wien aus mehrmals geschleudert worden sind". (Es folgt eine polemische Erinnerung an die Friedjungprozesse und an die Affäre des angeblich verschwundenen Konsuls Prohaska). — „Wenn wir uns all dessen heute erinnern, so stellen wir zugleich fest, daß von den ungeheuerlichen Beschuldigungen — bis auf den heutigen Tag nicht eine einzige Tatsache bewiesen ist. — Es ist bisher garnichts bewiesen, als daß zwei österreichische Untertanen — Attentate auf Franz Ferdinand verübt haben und — fügen wir gleich hinzu — sie konnten dies wegen einer nicht nur zentrifugalen, deutschfeindlichen, sondern geradezu leichtfertigen Politik, welche Habsburg in Bosnien betrieben hat. — Die großserbische Propaganda in Bosnien braucht nicht durch Serben angezettelt zu werden, sie ist unter dem Beifall der österreichischen Slawen und der katholisch-großösterreichischen Führer von der Habsburgischen Dynastie selbst großgezogen.

Wir gehen nicht soweit, etwa wie die serbische und russische Presse zu unterstellen, daß der Mord des Franz Ferdinand durch österreichische Legitimisten veranlaßt sei. Aber eins ist sicher: der Tod dieses sonderbaren, große Pläne wägenden, aber nicht klugen und starrsinnigen Mannes ist von der Partei der Legitimisten zweifellos als eine Erlösung aus furchtbarer Gefahr aufgefaßt. — Es ist also eine Heuchelei, wenn die Männer von heute in Wien und Budapest sich anstellen, als wenn sie ein Mandat hätten, — den toten Thronfolger zu rächen.

Das österreich-ungarische Ultimatum ist nichts als ein Kriegsvorwand, aber diesmal ein gefährlicher. Wie es scheint, stehen wir dicht vor einem österreich-serbischen Kriege. — Seit Jahren haben wir achtsam auf die Absicht Österreich-Ungarns hingewiesen und dargelegt, daß die leitenden Personen eine große katholische Donau- und Mittelmeermonarchie erstreben. Ihr Feldgeschrei ist der Katholizismus, ihre Losung das Heer, aber nicht das österreich-ungarische, sondern das deutsche Reichsheer. — Es ist sehr möglich, daß osteuropäische Brände wir mit Gewehr löschen müssen aus Verträgen oder aus dem Zwang des Tages, aber es ist ein Skandal, wenn die Reichsregierung nicht in Wien verlangt hätte, daß solche Endgebote ihr vorher vorgelegt werden. Heute bleibt nur eines übrig zu erklären: für Kriege der habsburgischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet.

Man muß alle Sinne vergessen haben, um zu hoffen, daß wir bei einem solchen Kriege etwas zu erwarten haben für das deutsche Reich. — Was könnten wir erwarten in einem Kriege gegen Rußland? sollten wir etwa die Tage des alten Südpreußen erneuern und uns 20 Millionen Polen aufladen?

Was aber das deutsche Volk in Österreich gewinnen soll, wenn ein siegreiches Österreich sich mit neuen slawischen Massen volladet, das ist ein Geheimnis von einzelnen Männern in Wien, die über dem großösterreichischen Taumel vergessen haben, daß sie als Deutsche geboren sind. — Sicher ist das eine, Österreich will das Deutsche Reich in einen Eroberungskrieg hineinreißen".

Als unmittelbaren Beweis für diese massiven Beschuldigungen führt die R.W.Z. eine lange Reihe von Zitaten aus der Zeitschrift „Großösterreich" an, die nach eigener Angabe das Sprachrohr des toten Thronfolgers war. Wenigstens eines sei hier zur Kennzeichnung auch gebracht: (Aus der Ausgabe vom 19. 7.). — „Weil wir wissen, daß erst aus einem Kriege das neue und große Österreich, das glückliche, seine Völker befriedigende Großösterreich geboren werden kann, darum wollen wir den Krieg".

Der Leitartikel in der Abendausgabe der R.W.Z. spricht von einer „beispiellosen Verlogenheit der österreichischen Offiziösen". — Da Rücksichtslosigkeit immer verblüffe, habe die Bestimmtheit der österreichischen Forderungen Deutschland blind gemacht. Trotz allem kommt aber auch dieses alldeutsche Oppositionsblatt um folgende schmerzliche Erkenntnis nicht herum, und verzichtet damit auf die letzte Konsequenz ihrer antihabsburgischen Angriffe. — „Darüber kann leider kein Zweifel sein: Wenn die Russen Österreich-Ungarn angreifen, sind wir zur Unterstützung verpflichtet. Sonderbar aber ist und bleibt es, wenn Zeitungen, die, als unsere Lebensinteressen in Südafrika und Marokko auf dem Spiel standen, vor Angst zitterten, tapfer und mutig reden, da es sich darum handelt, Serbien dem habsburgischen Reich einzuverleiben. Denn allein **hierum** dreht es sich"[18/19].

---

[18] Diese schroffe antiösterreichische Stellung entsprang der persönlichen Überzeugung des damaligen Herausgebers der R.W.Z. Dr. Reismann-Grone. Wie wenig diese Haltung der „öffentlichen Meinung" entsprach, sei durch ein paar Zitate aus Dr. R. eigener Schilderung in seiner polemischen Schrift „Der Erdenkrieg und die Alldeutschen" (1919) belegt.
— „In der riesigen Menschenmenge, die sich allabendlich vor dem Hause der R.W.Z. versammelte, — ertönten leidenschaftliche Stimmen gegen unsere Haltung, gute alte Bekannte rückten ostentativ ab, sogar in der Gesellschaft. — Als der neue Hauptschriftleiter im September nach Essen

Der Vorwärts.

Der „Vorwärts" gibt seine Stellungnahme zu der neuen Situation erst am 25. mit der Frage „Krieg"? — Er stellt fest, Österreich wolle den Krieg, um nach so viel Blamagen Europa seine Kraft zu beweisen.

---

kam, war er sehr erschrocken über das Maß von Haß, daß in allen Kreisen der R.W.Z. wegen ihrer Haltung gegen den Krieg entgegengebracht wurde. Der erste Vertreter der R.W.Z. in Berlin wurde zum Auswärtigen Amt gerufen und ihm eröffnet, daß das Blatt verboten würde, falls es seine Haltung gegen Habsburg beibehalte. Dasselbe wurde der „Post" angedroht in einer Unterhaltung des sehr überheblichen Gesandten von Mumm mit Dr. Pohl".

19 Wegen ihrer Interessantheit teilweise angeführt zu werden verdient eine Berichtserie des Sonderberichterstatters der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" in Belgrad Dr. Reppmann, die in einer den üblichen Darstellungen ganz entgegen gesetzten Weise sachlich und unparteiisch sich bemüht, Serbien und das österreich-serbische Verhältnis zu durchleuchten. Sie beginnt am 25. und setzt sich bis in die ersten Augusttage fort. Weil also bald eigentlich in unserer Schau unakut, rechtfertigt sie nicht ihr Erscheinen im allgemeinen Zusammenhang.
Aus Belgrad. (Vor dem Ultimatum) — Ein vorlautes Häufchen nationaler Schreihälse habe die Regierung in schwerste Verlegenheit gebracht, sie seien für sie gefährlicher als für Österreich. „Nur wer sich in Belgrad aufhält, weiß, was der König und was Pasitsch leidet". — (Am 23.) „Keine Kriegsbegeisterung in Serbien". Wie in Deutschland die Jungens für Räubergeschichten schwärmten, so in Serbien für „Politik". Solcher Art seien auch die Attentäter. — „Der Türke war der Jahrhunderte alte Feind, mit dem man um die Existenz gerungen hat. Der Österreicher aber ist nur der Feind der Politikaster, der Schüler und dummen Jungen. — Für die breite Masse des Volkes aber ist der Österreicher der gesuchte, besser gesagt der wieder verloren gegangene Abnehmer von Produkten, die man schwer los wird. Einen Kunden schlägt man aber nicht tot, sondern nähert sich ihm, um ihn zu gewinnen". — Die serbische Hetzpresse gebe die wahre Volksstimmung nicht im geringsten wieder. (In Belgrad am 25.) „Serbischer Katzenjammer".
In Belgrad herrsche völlige Verzweiflung. „Belgrad ein einziges Tollhaus". — Der Vertreter der R.W.Z. gibt ein farbiges Gemälde von dem schwarzen Samstag, Telegramme aus Rußland, zum Teil öffentlich verlesen, hätten den Umschwung aus der Verzweiflung gebracht und den Kriegshetzern die Oberhand gegeben. Pasisch und der Kronprinz seien ursprünglich zum völligen Nachgeben bereit gewesen, es sei im Konak zu wüsten Szenen gekommen. Um 3 Uhr nachmittags habe ein Petersburger Telegramm den Umschwung gebracht. (Bericht vom 26.).
Ich glaube allerdings, daß sich Serbien vorher löblich unterwerfen wird. Die Revolution kann nicht ausbleiben". — In Nisch prügelten sich Offiziere und Minister im Streit um angeblich gefälschte Telegramme aus Petersburg.
(28. aus Nisch) „Die Skuptschina im Nischer Nachtasyl" Dr. Reppmann hat den Eindruck, man glaube noch nicht an den vollen Ernst Österreichs. Es herrsche aber jetzt eine imponierende Kriegsbegeisterung. In Nisch setze man noch größere Hoffnungen auf eine Entzweiung zwischen Österreich und Italien als auf die russische Hilfe. Viele Abgeordnete seien zu weiterem Nachgeben bereit, aber die Furcht, vor den Offizieren, die faktisch die Diktatur ausübten, mache sie machtlos.

„Weil das Blut Franz Ferdinands unter den Schüssen eines irren Fanatikers geflossen ist, soll das Blut Tausender von Arbeitern und Bauern fließen, ein wahnwitziges Verbrechen soll von einem wahnwitzigeren Verbrechen übergipfelt werden. — Aber sprechen einmal die Kanonen, so ist die Hoffnung auf die Lokalisierung des Konfliktes außerhalb der Redaktionstuben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sehr schwach". — Griechenland und Montenegro, vor allem aber Rußland würden nicht still sitzen bleiben. — „Das österreichische Ultimatum an Serbien kann der Fidibus sein, mit dem Europa an allen vier Ecken in Brand gesteckt wird. Denn dieses Ultimatum ist in seiner Fassung derart unverschämt, daß eine serbische Regierung, die demütig vor dieser Note zurückwiche, mit der Möglichkeit rechnen muß, zwischen Diner und Dessert davongejagt zu werden".

Der „Vorwärts" betont nochmal, daß er trotz des „historischen Rechtes" der serbischen Nationalbewegung gegenüber der „organisierten Verwesung" Österreichs die großserbische Agitation keineswegs billige, die Forderung nach Bestrafung der Schuldigen hält auch er für durchaus gerechtfertigt. Aber er fordert aus Mißtrauen gegen die österreichische Justiz öffentliche Verhandlung gegen die Attentäter. — „Aber sie wollen ja, wie betont, den Krieg, die fanatischen Kriegstreiber der schwarzgelben Kriegspartei. Und es geht für sie garnicht um Rechts- sondern um Machtfragen. Das Attentat von Serajewo war nur ein beiläufiger Anlaß, und es handelt sich hier lediglich um ein Stück jener tolldreisten imperialistischen Balkanpolitik Österreich-Ungarns, die nach soviel Niederlagen endlich einmal einen Erfolg buchen will, entweder soll der verhaßte Serbe sich bis in den Staub demütigen oder aber in einem glorreichen Kriege zerschmettert werden".

Auch der „Vorwärts" zweifelt nicht an der Rückendeckung durch Deutschland. — „Aber in Berlin spielt man dabei ein genau so gefährliches Spiel wie in Wien. Denn bei einer Abenteurerpolitik weiß man nur, wo sie anfängt, nicht aber wo sie aufhört, und wenn es dabei zu einem europäischen Zusammenstoß kommt, könnten höchst unerwünschterweise Dinge dabei in die Binsen gehen, die auch in Deutschland zu den heiligen Gütern gezählt werden".

Man glaubt hier, daß Deutschland das Ultimatum nicht vorher gekannt habe und sieht eine gewisse Entschuldigung darin. „Die Unterlassungssünde könnte dadurch wieder gut gemacht werden, daß Deutschland seinen wahren Bundespflichten entsprechend handelte. Die aber be-

stehen nicht darin, in schimmernder Wehr den Schwarzgelben an die Seite zu treten, sondern alles zu tun, was menschenmöglich ist, um sie von ihrem wahnwitzigen Beginnen abzuhalten, und sie zu nötigen, selbst auf die Gefahr hin, von den Schreiern und Hetzern der Schwäche beschuldigt zu werden, den Rückzug anzutreten".

Aus der Extraausgabe gegen den „österreichischen Imperialismus" vom 25. sei noch ein Zitat angeführt:

„Und wir teilen keineswegs die Auffassung, die den Dingen fatalistisch gegenüber steht. Wir erwarten vielmehr, daß Europa interveniert, und daß vor allen Dingen die deutsche Regierung Österreich nachdrücklich zur Ordnung ruft. — Deutschland ist doch nicht der Vasall Österreichs".

Zusammenfassung.

Wenn wir nun im großen zusammenfassen, was dieser Ausschnitt aus der Presse an Erkenntnissen über die Aufnahme des Ultimatums in der deutschen öffentlichen Meinung ergeben hat, so springt eines unbedingt in die Augen, bleibt auch der beherrschende Eindruck. — Die Unbedingtheit, mit der Österreich die deutsche Unterstützung in der überwältigenden Mehrzahl der Zeitungen zugesichert wird, eine Mehrzahl, die in unserer Auswahl noch kaum genügend zum Ausdruck kommt.

Diese Unbedingtheit der deutschen Unterstützung ist zwar durchaus nicht neu, sie beherrscht mit geringen Ausnahmen schon die Stellungnahmen in den ersten Wochen der österreich-serbischen Spannung, doch sie muß von neuem festgestellt werden jetzt, da aus der österreich-serbischen Spannung die österreich-russische Krise, und damit nicht mehr zu übersehen die europäische wird, eine Erkenntnis, in der sich alle Stimmen ja auch durchaus einig sind. Als Charakteristikum dieser Europäisierung findet allgemein die Meldung von dem Schritt des russischen Geschäftsträgers in Wien zwecks Fristverlängerung der Note stärkste Beachtung, verknüpft natürlich mit aggressiver Tendenz gegen Rußland. Mit dieser Meldung ist das Signal zur Pressekampagne, man kann noch nicht direkt sagen, gegen Rußland aber in der Richtung auf Rußland gegeben. Bei dem Komplex Rußland sucht man aber noch oft zwischen Panslawismus und dem Zaren zu unterscheiden, gründet auf den letzteren seine Hoffnung.

Daß das Ultimatum über den im üblichen diplomatischen Verkehr angebrachten Ton weit hinausgehe und daß seine Annahme für Serbien eine schwere Demütigung bedeuten würde, darüber ist man sich einig. Eine

Ausnahme macht etwa das „Berliner Tageblatt", eine für ein links-liberales Blatt ziemlich befremdliche Einstellung.

Nirgendwo setzt man sich mit den einzelnen österreichischen Forderungen auseinander, man läßt sie für sich sprechen. Wesentlich Neues erfuhr die Öffentlichkeit durch die Bekanntgabe der Note nicht mehr, sogar der anstößige Punkt über die Mitwirkung österreichischer Beamter bei der Unterdrückung der „subversiven Bewegung" war ja hier und da schon sehr früh angedeutet worden. Ton und Gesamtcharakter der Note stehen mehr im Blickfeld als die einzelnen Forderungen.

Der Tenor aller Auslassungen gegen Serbien, den trotz der Richtung des Scheinwerfers auf Rußland zunächst noch im Vordergrund stehenden Staat, bleibt genau derselbe wie er bisher schon genügend gekennzeichnet wurde.

Eine Ausnahme macht nur die Artikelserie in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung" von Dr. Reppmann.

Als wichtigster, die Situation umfassend darlegender Artikel ist die offiziöse Stellungnahme der „Kölnischen Zeitung vom 24. abends anzusehen. Ihn zitieren alle bürgerlichen Blätter. „Deutschland muß Österreich unterstützen aus eigener Lebensnotwendigkeit heraus", dieser eine, ungefähr dort so lautende Satz dürfte die knappste Formulierung für das sein, was die öffentliche Meinung außerhalb der kleinen Oppositionsgruppe zu dem Ultimatum, zu seinen möglichen weltpolitischen Folgen zu sagen hat. Daß solche realpolitische Erkenntnis — ob sie richtig oder falsch ist, geht uns im Augenblick nichts an — sich meistens in starker Gefühlswallung- und betonung kundgibt, ist nur natürlich, nicht nur in Deutschland, wie wir in überspitzter Selbstkritik oft anzunehmen geneigt sind. Wobei freilich noch hinzuzufügen ist, daß gerade Österreich gegenüber, aus dem Gefühl großdeutscher Schicksalsverbundenheit, die Gefühlsbetonung als „Nibelungentreue" sich noch mehr in den Vordergrund drängt, als sie es einem ganz fremdvölkischen Bundesgenossen gegenüber hätte tun können.

Festgehalten zu werden verdient ferner, daß man sich hier und da darüber klar in kritischer Aufwallung ist, daß das Ultimatum in direkter Kriegsabsicht gestellt wurde. (So die Fr.Z., auch die Voss.Z.).

Der bisher vorwaltende ruhige Optimismus in der Betrachtung der krisenhaften Spannung hat mit dem Ultimatum selbstverständlich einen starken Stoß bekommen, ohne daß er aber darum gleich in vollendete Schwarzseherei umschlägt. Hier ist das Bild der

Presse nicht so übersichtlich, doch darf man es wohl im großen und ganzen auf die Formel bringen: Wenig Hoffnung auf Vermeidung eines österreich-serbischen Krieges — stark überwiegende Zuversicht auf Lokalisierung des Konfliktes — wenn nicht im ganzen (s. dazu Aufnahme des russischen Schrittes in Wien vom 24.) so doch des Krieges, da einerseits das moralische Übergewicht Österreichs über die Serben in diesem Fall zu drückend ist; weiter gegründet auf die beträchtlich überschätzte dynastische und kulturelle Solidarität Europas, auf die „Unfertigkeit" Rußlands, auch Frankreichs, zu der „großen Auseinandersetzung", auf das Interesse Englands am Frieden, und schließlich gegründet auf die Überlegung „es hat schon so oft gut gegangen, warum nicht auch jetzt". — Wobei man sich freilich als nachträglicher Leser all dieser Ansichten nicht des Gedankens erwehren kann, daß das andere Gefühl, „von dem Unheil, daß doch einmal kommen muß" zwischen den Zeilen irgendwie herum geistert, und daß alle guten Gründe mehr dem Verstande als tiefer Überzeugung entspringen. — Im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Zahl steht die Heftigkeit der kleinen Oppositionsgruppe, von der wir hier den „Vorwärts" und, ziemlich einsam auf weiter Flur, von der nationalen Presse die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" angeführt haben. Bei der R.W.Z. kommt man aber um die Feststellung nicht herum, so sehr man im Wissen um das gekommene Unheil geneigt ist, jeder Opposition kräftig zuzustimmen, daß ihre Haltung sich objektiv selbst aufhebt. Denn der große „Anti-Habsburgartikel" vom 24. beginnt mit dem Satz, daß man dem Ultimatum zustimmen könnte, wenn die darin ausgesprochenen Beschuldigungen den Tatsachen entsprächen. Wir wissen aber heute, daß diese nicht nur stimmten, sondern sogar dem wirklichen Maß der serbischen Schuld gegenüber noch viel zu vorsichtig waren.

Trotz seiner Heftigkeit bleibt auch dieser Widerspruch insofern theoretisch, als auch die R.W.Z. (wie Die „Post") den Bündnisfall bei weiter umsichgreifendem Konflikt nicht verneinen können. Nationales Bewußtsein muß dann über Habsburgfeindlichkeit siegen, sobald der Komplex Serajewo-Ultimatum unwesentlich wird angesichts der Weiterungen, die sich im Rahmen des europäischen Großmächtesystems aus ihm ergeben. Konsequent in seiner Ablehnung kann der von solchen Motiven unbeschwerte „Vorwärts" bleiben. Für ihn liegt doktrin getreu und in subjektiver realpolitischer Einsicht das Heilmittel in der Internationalisierung des Streitfalles.

III. Kapitel:

Zwischen Krieg und Frieden.

Der diplomatische Verlauf vom 24. bis 28. Juli.

„Zwischen Kriegen und Frieden" — so kann man den Eindruck zusammenfassen, den die deutsche Presse in den nächsten drei, vier Tagen hinterläßt, in denen die Lage noch jeder Entwicklung Raum zu lassen scheint, bis dann mit dem Bekanntwerden der russischen Teilmobilmachung der zur Entscheidung drängende Höhepunkt in diesen Tagen voll geballter Spannung erreicht wird, der in der Kriegserklärung an Rußland gipfelt.

Als Einleitung diene ein Umriß der hervorstechendsten Ereignisse in der großen Politik zwischen 24. und 28. Juli.

Gleich der erste Tag brachte das entscheidende Ereignis, den Beschluß in Petersburg, in den österreich-serbischen Konflikt, zunächst diplomatisch, einzugreifen. Damit hörte die Krise auf, eine Balkanangelegenheit zu sein, und dem deutschen unaufhörlichen Beschwörungsruf „Lokalisierung" war damit der Boden von vorneherein entzogen. Die Ministerratssitzungen vom 24. und 25. beschlossen diplomatisches Eingreifen zugunsten einer Europäisierung des Streitfalles und zum Zweck einer diplomatischen Niederlage des österreichischen Konkurrenten, fundiert durch den Einsatz der „Kriegsvorbereitungsperiode" und die Ermächtigung des Kriegsministers, den Zaren, sobald notwendig zur Teilmobilmachung zu veranlassen. Dies letztere wurde von Sasonow gegen den Willen der Militärs durchgesetzt, da eine Teilmobilmachung im russischen Aufmarschplan garnicht vorgesehen, also ohne Chaos auch nicht durchzuführen war. Die Generale gaben aber nach, da sie auf die Tatsache bauten, daß einmal in Gang gesetzte militärische Maßnahmen bald das ganze Gesetz des Handelns an sich zu reißen pflegen.

Der französische Botschafter Paléologue wiederholte die Zusicherung Poincarés auf unbedingte französische Unterstützung in allen möglichen Fällen.

Am 24. sprach der russische Geschäftsträger bei Graf Berchtold in Wien vor und legte eine Fristverlängerung für das Ultimatum nahe. Berchtold kleidete seine Ablehnung in freundliche Form und gab die Zusicherung des „territorialen Desinteressements".

Am selben Tage erfolgt der zweite Vermittlungsvorschlag Greys. — Vermittlung der restlichen vier Großmächte zwischen Rußland und Österreich, sobald ihr Konflikt akut geworden sei. Deutschland erklärte seine Zustimmung, auf der Gegenseite blieb er aber schon bei dem russischen bzw. französischen Botschafter in London hängen.

Der Abbruch der Beziehungen zwischen Wien und Belgrad am 25. abends überraschte nirgends. Es hatten allerdings angesichts der so nahe drohenden österreichischen Übermacht vorübergehend in Belgrad Tendenzen bestanden, alles anzunehmen. Telegramme aus Petersburg, zumindest Nachrichten vom serbischen Gesandten Spalaikowitsch über die russischen Ministerratsbeschlüsse, führten die Ablehnung herbei[20].

Diese wurde aber in so geschickte, äußerlich nachgiebige Form gekleidet, daß sie fast überall in der Welt, sogar vom deutschen Kaiser, einer Annahme für gleich geachtet wurde. Ein Umstand, der auf den weiteren Verlauf der Krise von erheblichem Einfluß sein mußte. Die russische Regierung hatte offiziell zu weitem Nachgeben, natürlich nicht zu bedingungsloser Annahme geraten.

Am 26. erfolgte der bekannteste Vermittlungsschritt des englischen Außenamtes, der eine Botschafterkonferenz der nicht direkt beteiligten Großmächte in London vorsah, zwecks Vermittlung zwischen Belgrad und Wien. Er fand Ablehnung in Deutschland, da bei der Lage der Dinge die Annahme einer Vermittlung zwischen Österreich und Serbien einer schweren diplomatischen Niederlage der Mittelmächte gleich kam. In Berlin milderte man die Ablehnung mit dem Hinweis auf den Vorzug direkter Unterhaltungen zwischen Wien und Petersburg. Auf Initiative des deutschen Botschafters Pourtales kamen diese auch am 26. in Gang, zwischen dem österreichischen Botschafter Szapary und Sasonow. Nach hier Erfolg versprechendem Beginn (auf der Basis etwa: Nachgeben Österreichs in der Form, Einwirken Rußlands zugunsten Österreichs in in der Sache) blieben sie in Wien dann stecken, da Berchtold eben zu keinerlei Nachgeben bereit war.

Um weiteren Interventionsversuchen den Weg abzuschneiden, erfolgte am 28. die Kriegserklärung an Serbien, obwohl man in Österreich nicht

---

[20] Die Einzelheiten über die Vorgänge dieser entscheidenden Stunden sind immer noch nicht ganz bekannt. Die oben wiedergegebenen Berichte des Belgrader Berichterstatters der N.W.Z. sind geeignet, das Bild, das man sich in Deutschland über diese Vorgänge macht, zu stützen, wenn sie auch als journalistische Beobachtungen natürlich keine dokumentarische Beweiskraft haben.

an eine sofortige Offensive gegen Serbien dachte, sehr entgegen den allgemeinen Erwartungen.

Am 26. war schon an die englische Flotte der Befehl ergangen, in der Kriegsbereitschaft, in der sich die Geschwader wegen der Manöver gerade befanden, zu bleiben. Um das gleich zu erwähnen, dieser Befehl erregte in der deutschen Presse kein Aufsehen, er wurde nur als in einer solchen Krisenzeit ziemlich selbstverständlich verzeichnet. Damit sind wir also wieder bei unseren Zeitungen angelangt.

Die Presse am 26. Juli.

Die Ablehnung des österreichischen Ultimatums erregt wie in der großen Politik, so auch bei ihnen keine Überraschung. Die serbische Antwort kommt im Wortlaut erst am 28. und 29. zur allgemeinen Kenntnis, als der engere österreich-serbische Streitfall schon merklich in den Hintergrund getreten ist. Nennenswerte eigene Kommentare bringen die Blätter dann auch nicht mehr dazu.

Es ist allerdings durchaus wahrscheinlich, daß bei sofortiger Veröffentlichung der serbischen Antwort etwa die liberalen Blätter durch ihre Versöhnlichkeit ähnlich stark beeinflußt worden wären wie z. B. ja auch der Kaiser. In allgemeinerer Form wird allerdings schon vorher bekannt, daß die Note einen versöhnlichen Charakter trage, durch Anführung französischer Pressestimmen.

Naturgemäß steht nun die europäische Krise vor der Balkanangelegenheit weit im Vordergrund, obwohl man andererseits in dem Ruf nach „Lokalisierung" bestrebt sein muß, die Krise wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückzuweisen.

Es findet sich auch noch überreiches Nachrichtenmaterial über die Entwicklung des lokalen Konfliktes, auch Artikel etwa über die beiderseitigen militärischen Verhältnisse, in denen allgemein vor Unterschätzung der Serben gewarnt wird, doch für unsere Betrachtung tritt nun dieser ganze Problemkreis weit in den Hintergrund.

Das 2. Morgenblatt der „Kölnischen Zeitung" vom 26. stellt den Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Serbien fest und richtet sodann seine Beschwörung an Rußlands Adresse, von dem allein „Ausbruch oder Vermeidung des europäischen Brandes" abhänge, denn die Entscheidung aller übrigen Großmächte hinge von der seinen ab. „Lokalisierung ist die nächste und vornehmste Pflicht aller, denen am europäischen Frieden gelegen ist. — Österreich will keine Gebietsver-

größerung auf Kosten Serbiens, sondern es will Sühne für die Mordtat von Serajewo".

Der Verfasser dieses Artikels hat die Hoffnung auf Wiederaufnahme der Verhandlungen noch nicht aufgegeben, gründet sie auf die Zurücknahme der serbischen Truppen ins Innere des Landes. („Halt in Belgrad", dieser letzte und vernünftigste englisch-deutsche Vorschlag des 28./29. deutet sich hier schon leicht an).

Ganz energische Töne schlägt die Sonderausgabe an, unter dem Stichwort „Hände weg"! — Niemand wolle den Krieg, aber das ganze Volk sei sich darin einig, daß Deutschland aus Selbsterhaltungstrieb Österreich unterstützen müsse im Kampf gegen die Slawenflut.

„Die Weltpolitik schrumpft zusammen vor der gradlinigen Entschlossenheit Österreich-Ungarns, sich die Genugtuung, die man ihm verweigert, komme was da wolle, zu holen, vor der selbstlosen Bereitschaft Deutschlands und Italiens, ihm in der Stunde der Tot die Treue zu halten, vor der zwingenden logischen Kraft aller Gutgesinnten, die in England und Frankreich und Rußland ihre Stimmen erheben und rufen, daß es eine Schande für unser Jahrhundert wäre, wenn die Menschheit sich zerfleischen wollte, weil Serbien sein Schild vor die Mordbuben hält, die den Erzherzog und seine Gemahlin ermordet haben. — Es sind persönliche Händel, welche die Österreicher mit den Serben auszumachen haben, man lasse sie gewähren, bis der Mord von Serajewo gesühnt ist. Sollte Österreich-Ungarn gegen seine europäische Pflicht nicht nur, sondern auch gegen die Gebote der Klugheit verstoßen und versuchen, aus der Sühnaktion politische Vorteile zu ziehen — eine Möglichkeit, die wir jetzt schon von der Hand weisen, dann mag man berechtigte Ansprüche zur Geltung bringen. Das deutsche Volk und sicherlich auch die deutsche Regierung wird dann darüber mit derselben Ehrlichkeit befinden, mit der es heute zur Wahrung seiner selbst und seiner nationalen Interessen dem Bundesgenossen, und gehe es hart auf hart, den Rücken deckt. Bis dahin aber Hands off — Hände weg"! — Entsprechend der Tatsache, daß man wie eine Selbstverständlichkeit Italien in einem Zuge mit Deutschland nennt, spricht ein italienischer Bericht von der angeblichen Zustimmung in Volk und Regierung zu dem österreichischen Vorgehen.

Die Betonung, es handele sich nur um eine Sühneaktion ohne politische Vorteile für Österreich, und in Verbindung damit eine milde, aber doch vorhandene Warnung an Österreich, solche nicht zu suchen, steht in merklichem, aber aus der neuen Situation natürlich zu erklärendem

Widerspruch zu der früheren Stellungnahme des offiziösen Blattes, und nicht nur des offiziösen. Da hatte man immer ausdrücklich betont, es handele sich um eine grundlegende Klärung des österreich-serbischen Verhältnisses, also damit doch wohl um mehr als eine bloße „Sühneaktion". — Ein „mehr", das auch in diesem Artikel sich noch in dem Aufruf gegen die „Slawenflut" andeutet. —

Bemerkt muß ferner werden, daß die deutsche Regierung ein solches Angebot, wie hier, doch wohl offiziös, angedeutet wird, nämlich den österreich-serbischen Konflikt doch internationalisieren zu lassen, sobald die Sühne auf militärischem Wege erreicht sei, in dieser eindeutigen, uns sehr vernünftig erscheinenden Form, nie gemacht hat. Der „Halt in Belgrad" Vorschlag des Kaisers beruhte auf einer anderen Voraussetzung, daß nämlich die serbische Note einer Unterwerfung gleich komme und sich darum ein eigentlich militärisches Vorgehen erübrige.

„Kreuzzeitung" 26. 7. „Die Stunde der Abrechnung".

„Was Serbien zu seiner ablehnenden Haltung veranlaßt hat, ist unschwer zu erraten, aber wir glauben, daß es ein böser Dämon gewesen ist, der das Königreich in dieser Schicksalsstunde beraten hat. Die Hoffnung auf Rußland ist eine unsichere und gewagte Spekulation, bei der nicht allzuviele Chancen dem horrenden Einsatz gegenüberstehen. — Die Augen ganz Europas richten sich auf Petersburg, wo die Entscheidung darüber liegt, ob der Waffengang zwischen der Donaumonarchie und Serbien lokalisiert bleiben, oder ob der lang prophezeite und erwartete europäische Krieg Ereignis werden soll. — Niemand bei uns wünscht den Krieg, aber jeder Angriff auf Österreich wird unverzüglich und unweigerlich auf seiner Seite finden".

Der Pariser Korrespondent verzeichnet das offiziöse Dementi der Havasagentur gegen das „Echo de Paris", über dessen polemische Auslassungen bezüglich des deutschen Schrittes am Quai d'Orsay. (Alle anderen hier untersuchten Blätter berichten natürlich auch über diese Angelegenheit).

Die Kr. Z. hält schon eine Gesamtmobilmachung Österreichs für notwendig, allerdings ohne dabei direkt auf Rußland Bezug zu nehmen, sie hält vielmehr ein militärisches Eingreifen Rußlands vorerst zumindest unwahrscheinlich, fordert gerade darum schnelles österreichisches Vorgehen mit allen Mitteln.

Die „Frankfurter Zeiung" überschreibt ihre erste Stellungnahme zu der neuen, wenn auch nicht unerwarteten Lage: „Die Gefahren des Augenblicks", und erkennt richtig, daß Serbien sich mit der teil-

weisen Annahme der Note nur zum Schein einverstanden erklärt habe, um die Sympathien Europas zu gewinnen. Dagegen glaubt die Fr.Z., die öffentliche Meinung Europas sei immer noch überwiegend für Österreich gestimmt, da Serbien sich durch seine Methoden von der europäischen Kulturgemeinschaft ausschließe.

„Und auch das wird man von Österreichs Standpunkt durchaus begreiflich finden, daß es sich gegen die ewige Beunruhigung seiner Südostgrenze durch drastische und gewaltsame Mittel zu schützen sucht".

In Bezug auf den derzeitigen Brennpunkt der Situation, Rußland, wagt die Fr.Z. weder optimistisch noch pessimistisch zu sein, sondern stellt lediglich der Aktivität des Panslawismus die Gärung im Innern, schlechte Finanzen und ein nicht vollständiges Heer gegenüber als wahrscheinliche Hemmnisse. Sie gibt der starken Hoffnung Ausdruck, daß gerade die unheimliche Größe der möglichen Katastrophe, die Rußlands Eingreifen herbeirufen würde, die verantwortlichen Männer zurückschrecke. — „Kein nationales Prestige ist groß genug, um das Furchtbare aufzuwiegen, das ein solcher Krieg mit sich brächte".

Zwar verhehlt man sich nicht, daß auch ohne katastrophale Wendungen die Situation unerfreulich genug bleibe, doch man verweist auf analoge Zusammenhänge während der Balkankriege, die glimpflich abgelaufen sind.

Der Petersburger Korrespondent (Telegramm vom 25.) schildert Rußlands Einstellung als noch völlig unklar.

Der Berliner Aufsatz geht unter der die ganze Lage kennzeichnenden Signatur „Deutschlands Bündnispflicht". Deutschland habe des Verbündeten völlig selbständiges Vorgehen als berechtigt anerkannt. Eine unbedingte Erfüllung der Bundespflicht liege in Deutschlands eigenstem Interesse. Der Dreibund brauche einen Ausbruch des großen Krieges nicht mehr zu fürchten wie die andere Gruppe.

Das „Berliner Tageblatt" stellt eingangs fest, es habe offenbar in Belgrad eine Auseinandersetzung zwischen der Kriegs- und der Friedenspartei gegeben.

„Gewannen diese Kampfeslustigen die Oberhand, weil sie auf bestimmte Zusicherungen, bindende Versprechungen Rußlands hinweisen konnten? Die Absichten der russischen Regierung sind selbst den am besten informierten Kreisen nicht ganz klar, aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß zum mindesten mit vorbereitenden militärischen Maßnahmen Rußlands gerechnet werden muß. Es fehlt in Rußland indessen auch nicht

an Stimmen, die von einer kriegerischen Einmischung abraten, und es ist anzunehmen und zu hoffen, daß die ruhigen und vernünftigen Elemente in England und Frankreich dahin wirken werden, daß aus der österreich-serbischen Angelegenheit sich nicht der Weltkrieg entwickele".

Der Petersburger Vertreter weist mit dem Finger auf den Zaren, auf den alles ankomme, ob er den unzweifelhaft zum Kriege treibenden Kreisen gegenüber fest bleibe.

Das römische Telegramm verzeichnet die Artikel vom „Corriere della Sera" und „Giornale d'Italia", wonach Italien keine Verpflichtungen im österreich-serbischen Konflikt habe. Auf keinen Fall aber könne Italien weitere Teile der Adria in österreichischen Händen dulden.

Aus der „Politischen Wochenschau" des Berl. Tgbl. zitiere ich: „Es wird eine spätere Sorge sein, die österreichischen Forderungen an Serbien im einzelnen nachzuprüfen. Wenn die österreichischen Bedingungen härter erscheinen, als sonst zwischen Kulturstaaten üblich ist, so darf nicht übersehen werden, daß Serbien, dessen Lebenskraft wir nicht verkennen und dessen Bevölkerung sich als lebensfähig erwiesen hat, doch in seinen staatlichen Zuständen nicht ohne weiteres mit europäischem Maße gemessen werden darf". — Österreich hätte mit gefalteten Händen seiner Aufteilung zusehen müssen, wenn es sich nicht endlich aufgerafft hätte.

England scheine auf dem deutschen Standpunkt der Lokalisierung zu stehen. — Wenn russische Maßnahmen den schon lange in der Luft schwebenden österreich-russischen Krieg auslösen würden, würde Deutschland ohne Frage auf der Seite Österreichs stehen. — Dieselbe Haltung setzt man ohne weiteres von Frankreich gegenüber den Russen voraus. — Auch hier findet sich die Hoffnung ausgedrückt, daß gerade das Ausmaß der möglichen Katastrophe diese verhindern werde. — „Aber wenn Frankreich und Rußland nichts anderes als das Gleichgewicht im Orient wollen, dann haben sie eigentlich keinen Grund, sich über das österreichische Vorgehen aufzuregen. Denn das Gleichgewicht wird nicht berührt, wenn Serbien genötigt wird, seine auf Störung der österreichischen Monarchie gerichteten Ziele aufzugeben. Es wäre zum mindesten etwas eigenartig, wenn gerade Rußland mit seinem starren Autoritätsbegriff sich zum Schützer der antidynastischen Treibereien aufwerfen wollte". — Auf jeden Fall aber könne, so schließt die Wochenschau, Deutschland mit der Ruhe des Kraftbewußtseins den Ereignissen entgegenschauen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" (26. Morgenblatt) haben ihre erste Stellungnahme bezeichnenderweise von ihrer Berliner Redaktion schreiben lassen.

Hier stehen die üblichen Sätze, von der deutschen Aufgabe, für die Lokalisierung zu sorgen, und von der deutschen Unterstützung Österreichs im anderen Falle.

„Indessen ist die Hoffnung keineswegs ausgeschlossen, daß schnelle Erfolge der österreichischen Truppen Serbien doch noch zu baldigem Einlenken bewegen werden. Von ganzem Herzen muß man daher den Waffen Österreich-Ungarns einen baldigen Sieg wünschen, um das Umsichgreifen des Konfliktes zu verhindern“.

Der Belgrader Berichterstatter faßt seine Eindrücke dahingehend zusammen, daß Offizierkorpsentschließungen und russische Telegramme den Entschluß der Regierung veranlaßt hätten.

Der Korrespondent in Petersburg zieht das Fazit aus der russischen Presse und muß feststellen, daß nur der liberale „Rjetsch“ sich im Sinne der Lokalisierung ausdrücke.

Von der „Times“ übernehmen die M.N.N. die Meldung von einem russischen Kriegsrat, dessen Ergebnis der Entschluß sei, die Herausforderung Serbiens nicht zu dulden, da Rußland jetzt stark genug sei.

Nun ein Blick auf die temperamentvollen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ am 26.

„Allerdings im letzten Sinne tragen nicht die Männer von Belgrad die Entscheidung in den Falten ihrer Toga, sondern die Berater des Zaren, der einst mit seinem Manifest den Frieden der Welt wie rocher de bronze stabilisieren wollte“. — Schon durch die Stärkung der serbischen Abenteurer in der Erklärung der Interessiertheit habe er schwerste Verantwortung übernommen.

„Kein innerer Zwang, keine Notwendigkeit der Selbsterhaltung treibt Rußland auf die Bühne“.

Dann wird die französische Presse in Angriff genommen. Ihre Sprache deute darauf hin, daß die französische Revanche auch den Umweg über Serajewo nicht scheue.

Volles Lob wird aber nun England zuteil, das mit sachlicher Ruhe prüfe und Österreich Gerechtigkeit widerfahren lasse. — Doch auch in Rußland und Frankreich sei es nur eine kleine chauvinistische Schicht, die zum Kriege hetze. — „Nichts zwingt Frankreich jetzt, gegen die Lokalisierung des Krieges Stellung zu nehmen, nirgends ist seine Ehre verletzt, sein reales Interesse in Frage gestellt. — Nur mag ein Blick nach England hinüber das heiße Blut zu rechten Zeit doch noch zu kühlen. Kein Wort der Ermutigung ist von dort zu vernehmen. Kühl bis ans Herz hinan folgt man in London dem Lauf der Dinge, zweifellos gewillt, die Rolle zu

spielen, die im Balkankrieg Rumänien spielte, sich nach eigenem Willen seine Gesetze zu schaffen".

Jede Stunde könne für Deutschland den Bündnisfall bringen, heißt es weiter. — „Nicht nur um unserer Bündnispflicht zu genügen, sondern auch in der klaren Erkenntnis, daß die Erhaltung des Kaiserstaates eine Grundbedingung für unsere eigene Zukunft bildet".

Die „Germania" beginnt ihren Leitartikel mit der Überschrift: „Unsere Bündnispflicht gegen Österreich-Ungarn" und einer Zitierung der Dreibundverträge. Natürlich fehlt auch hier die Betonung der Schlüsselstellung Rußlands nicht.

„Auch der jetzige Augenblick wird die Bundestreue Deutschlands und Italiens unerschütterlich finden. Das darf man sich überall im Ausland gesagt sein lassen, wenn auch unser Wunsch ist und bleibt, daß es Österreich gelingen werde, — seine Sache allein zu einem befriedigenden Ende zu führen, was man umsomehr auf der ganzen Welt verstehen, als die Donaumonarchie keinerlei Expansionsgelüste leiten, sondern lediglich die Wahrung seines unwandelbaren Rechtes auf Gerechtigkeit. Es ist durchaus angezeigt, darauf hinzuweisen, daß Rußland, wenn es auch zugunsten Serbiens eingreifen wollte, gegenwärtig kaum dazu im Stande ist. Es kann von der Erörterung, ob seine Rüstung so vervollständigt ist, abgesehen werden. Die schweren Arbeiterunruhen, von denen es eben erschüttert wird, müssen es in seinen Maßnahmen außerordentlich behindern".

„Kölnische Volkszeitung". (26. 7.)
„Die Waffen entscheiden". — Man beginnt mit einer Polemik gegen die Opposition der R.W.Z. (In allen bürgerlichen Blättern wird in diesen Tagen auf die Haltung von R.W.Z. und „Post" mißbilligend Bezug genommen). Es heißt da, der „Temps" beute diese Opposition mit Behagen aus. Auf keinen Fall dürfe man der deutschen Bundestreue in den Rücken fallen.

„Der Weltfriede kann nicht durch Anzeichen von Schwächlichkeit und Treulosigkeit erhalten werden. Nur eine feste und aufrichtige Politik ist vielleicht noch imstande dazu, kann aber auch sie den Brand nicht mehr fernhalten, dann ist es umso notwendiger, daß die mitteleuropäischen Reiche und ihre Völker fest zusammenstehen".

Die „Essener Volkszeitung" gibt sich keine Mühe, ihre Freude über den Abbruch der österreichisch-serbischen Beziehungen zu verbergen. Motto: „Eine Großmacht, die sich nicht Respekt zu verschaffen weiß, hat als Großmacht ausgespielt". — Österreich mache jetzt endlich

die Sünden der Vergangenheit, in der es schwach und kraftlos schien, wieder gut und lasse es auf eine Probe seiner Lebensfähigkeit ankommen.

„Das Ultimatum ist mit einer Schneidigkeit abgefaßt, als ob in die sonst so gemütliche Regierung ein Bismarckscher Geist gefahren wäre. — Österreich handelt offenbar zweckmäßig, indem es so aufs Ganze geht, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß Serbien keine Ruhe gibt, solange es nicht zu fühlen bekommt, daß der Nachbar die Übermacht hat“. — Man brauche keine Furcht vor einem Eingreifen Rußlands und Frankreichs zu haben, meint die E.V.Z., da beide seit 1909 nicht soviel stärker geworden seien, und England sei jetzt noch weniger aktionsbereit als damals. Diesmal fielen ja auch, was selten in der Politik, sogar bei Rußland moralische Gründe in die Wagschale. — „Bange machen gilt nicht. Deutschland muß zu Österreich halten, nicht bloß seines eigenen hochpolitischen Interesses halber, sondern auch in der Erkenntnis, daß Österreich Recht hat, und gut daran tut, wenn es sein Recht gerade jetzt entschieden verficht. Denn wollte Österreich jetzt schwach bleiben, so würde Serbien erst recht unerträglich und unverträglich werden und dann hätten wir bald einen noch schlimmeren Konflikt unter vielleicht noch ungünstigeren Umständen. Also durch“!

Der Wiener Vertreter äußert die Ansicht, der Konflikt werde lokalisiert bleiben, da England auf Österreichs Seite stehe.

Nun erklingen andere Töne. — Allerdings, die Opposition der „Rheinisch Westfälischen Zeitung“ hat an Schärfe schon eingebüßt, am 26., gegenüber dem großen Antihabsburgartikel vom 24.

Ein Artikel „Zur Stimmung“ geht den Wurzeln der allgemeinen Kriegsbegeisterung nach, und er findet sie zunächst in dem begründeten Haß gegen die Serben. Weiter heißt es dann: „Wir sagten schon, daß die überrumpelte Presse glatt alle österreichischen Behauptungen für erwiesen hält. Wären sie zur Hälfte richtig, so wäre Österreich-Ungarn zu begreifen. Wir glauben bis heute kein Wort davon“. Weiterhin sieht der Verfasser die Wurzeln der allgemeinen Begeisterung für Österreich in dem Gefühl, in Österreich kämpften deutsche Volksgenossen. — Dagegen aber Österreich mache sich durch die Einverleibung Serbiens selbst zum Vollstrecker der großserbischen Idee.

„Statt der Karageorgewitsch die Habsburger, das ist der ganze Unterschied“. Das alles werde nur auf Kosten des deutschen Volkes gehen. — „Darum bleiben wir dabei, das deutsche Volk der Erde hat kein Interesse an diesem Krieg“.

Doch jetzt rückt schon die vorgeschrittene Europäisierung ins Bewußtsein, und damit kommt zwangsläufig der Bruch in die Oppositionshaltung. — Im Falle, daß es also doch zum großen europäischen Krieg komme, hält die NWZ. den Sieg des Dreibundes für sicher, und sie wirft schon die Frage nach dem Siegespreis auf. — „Darauf antworte sich jeder im Stillen. Die Staatslenker sollen Kriege mit harter Faust führen, aber mit ruhigem Herzen und kaltem Kopf. Es ist groß, wenn einzelne sich opfern, es ist Verbrechen, wenn Völker sich opfern für andere".

Der Londoner Vertreter gibt den Timesbericht wieder über die hochgradige Erregung in Petersburg, der Fettdruck bildet den Kommentar.

Nichts an Schärfe verloren hat die grundsätzliche Opposition des „Vorwärts" am 26.

„Der Auftakt zum Weltkrieg" — „In welche Verwicklungen Deutschland durch die skandalöse Überrumpelung durch Österreich geraten wird — denn das österreichische Ultimatum auf eigene Verantwortung und ohne Hinzuziehung der deutschen Regierung wurde, ist ja inzwischen — von den deutschen Offiziösen selbst zugestanden worden — steht völlig dahin". Deuschland solle jetzt konsequent sein und Österreich in der Klemme stecken lassen, in die es sich ohne seine Mitwirkung gebracht habe.

Schwere Vorwürfe richtet der „Vorwärts" gegen die deutsche Regierung, daß sie nicht rechtzeitig eingeschritten sei, obwohl sie doch in großen Zügen Kenntnis von dem österreichischen Vorgehen gehabt haben müsse, das von vorneherein den Krieg bezweckte. — „Als ob durch so einen Gewaltakt die aus Österreichs nationalen Verlegenheiten naturnotwendig herauswachsenden Zerwürfnisse beseitigt werden könnten. Selbst den günstigsten Fall angenommen, den Fall nämlich, daß es Österreich gelingen würde, Serbien für den Augenblick und für die nächsten paar Jahre völlig zu Paaren zu treiben, so würde damit den slawischen Bestrebungen noch lange nicht der Boden abgebrochen sein. Wohl aber würde zu erwarten sein, daß das gewaltsame Vorgehen Österreichs nicht nur unter allen slawischen Elementen des Balkans, sondern auch bei allen Mächten Europas einen solchen Grad der Empörung und Beunruhigung hervorrufen würde, daß der Rückschlag gegen den vermeindlichen Erfolg kaum einige Jahre auf sich warten lassen würde".

Zusammenfassung.

In wenigen Stichworten lassen sich die vorherrschenden Eindrücke von diesem Tagesausschnitt der öffentlichen Meinung geben, da alles

beherrscht wird von der neuen, allerdings nicht überraschenden Zuspitzung der Krisenlage. — Deutschland muß Österreich zur Seite stehen, ganz und gar, weil es sein eigenes Interesse erheischt, und weil der Bundesgenosse so überwältigend im Recht ist — dieses Thema bildet ja nur eine direkte Weiterführung der bisherigen Stellungnahmen, die uns immer wieder begegneten, die mit dogmatischer Festigkeit im Bewußtsein verankert sind, so sehr wie etwa bei der Opposition das Thema von der frivolen „habsburgischen Angriffslust".

Im Vordergrund der Probleme steht Rußland als der Entscheidungsplatz über Krieg und Frieden, — wie weit man an diesen glaubt und wie weit man mit dem Kommen des Krieges rechnet, darüber läßt sich als Gesamteindruck nur feststellen, daß keine Seite ganz offensichtlich überwiegt. —

Das „territoriale Desinteressement" Österreichs wird mit Betonung verwandt, in den beiden Oppositionsblättern dagegen wie selbstverständlich als Ziel des österreichischen Vorgehens die Einverleibung Serbiens bezeichnet.

Die Betonung des österreichischen „territorialen Desinteressements", ohne daß sich im Nachrichtenteil dafür eigentliche Belege finden, läßt den Schluß auf einheitliche Inspirierung zu.

Die Walze „Lokalisierung" — „angerollt" in dem Leitartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 19., läuft nun gleichmäßig ab, sie wird nicht eher zum Stillstand kommen, bis sie endlich durch die vollendeten Tatsachen erledigt ist.

Mit England und Frankreich beschäftigen sich außerhalb des Nachrichtenteils nennenswert nur die L.N.N. Typisch dabei die ausgesprochene freundliche und günstige Einschätzung Englands. Sie wird uns bald allenthalben begegnen in der, trotz sachlicher Ablehnung, stimmungsmäßig günstigen Aufnahme des Greyschen Konferenzvorschlages.

Die Presse am 27. Juli.

Deutliche Unterschiede in Ton und Haltung der Zeitungen zwischen 26. und 27. sind nicht festzustellen. „Rußland" und „Lokalisierung", diese beiden zusammenhängenden Komplexe stehen im Vordergrund. Es mehren sich Nachrichten von russischen Mobilmachungsvorbereitungen. Man verzeichnet sie durchweg kommentarlos, betrachtet sie also wohl als in solchen Momenten nicht weiter auffällig. Es sei schon gleich hier

festgehalten, daß doch die letztlich schon entscheidende russische Teilmobilmachung am 30. zunächst ohne Sensationsbeigeschmack, manchmal sogar nur „am Rande" verzeichnet wird, so sehr hatte man sich offenbar auf den Redaktionen an den Tatbestand russischer Kriegsvorbereitungen „gewöhnt".

Der Leitartikel der „Kölnischen Zeitung" vom 27. „Die Entscheidung mit den Waffen" bezeichnet Rußland auch als verantwortlich für den österreichisch-serbischen Krieg, da es die durch die österreichische Energie zuerst betäubten Serben ermutigt habe. — Mit hoher Freude macht die K. Z. die Wahrnehmung, daß mit Ausnahme geringer tschechischer und südslawischer Minderheiten die ganze öffentliche Meinung Österreich-Ungarns die Maßnahmen der Regierung mit Begeisterung unterstütze. Ausführlich und mit besonderer Befriedigung verzeichnet sie allgemeine Begeisterung in Österreich für den deutschen Bundesgenossen.

Eine zahllose Menge von Stimmungsbildern über die österreichische Kriegsbegeisterung hier wie in den anderen Blättern hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die hohe Erregung im deutschen Volk zu mäßigen, eine Erregung, die außerhalb der „ersten Seite" jetzt schon den Zeitungen das Gesicht gibt, während sich allerdings die Schriftleitungen des öfteren bemühen, beruhigend einzuwirken.

Das Abendblatt erscheint unter dem Stichwort: „Bessere Aussichten". —Man stellt sich zunächst die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen eines allgemeinen Krieges vor Augen, die abschreckend wirkten, und verweist auf die Ruhe der Wiener und Berliner offiziösen Kreise und zitiert dazu die Stimme eines französischen Abgeordneten, der die Hoffnung ausgesprochen habe, die europäischen Diplomaten möchten sich für Österreich entscheiden.

Die „Kreuzzeitung" vom 27. sucht mit den Titel: „Die Strafexpedition Österreich-Ungarns" den internen balkanischen Charakter des Zusammenstoßes schon in der Überschrift der Welt zu verdeutlichen. Sie setzt sich mit französischen und russischen Pressestimmen auseinander, in denen Deutschland dieselbe Rolle spielt, wie in den deutschen Rußland, (so etwa: — „ein Wort des Kaisers genügt, daß Österreich seine Verbalnote zurücknimmt" — aus „Nowoje Wremja").

Doch einfach ausgeschlossen sei es, antwortet die „Kreuzzeitung", Österreich im Stich zu lassen, wiederholt aber im gleichen Atemzug dabei die alte Formel, es handele sich allein um eine österreichische Angeleghneit, doch gibt sie zu, daß Deutschland nicht überrascht worden sei. — „Wir haben selbstverständlich Österreich-Ungarn nicht gedrängt und nicht zu-

rückgehalten und können es noch viel weniger veranlassen wollen, auch nur den kleinsten Schritt zurück zu tun. Wir können das umso weniger, als wir nach ehrlicher Prüfung der Sachlage nicht zu dem Ergebnis kommen können, daß Österreich zu weit gegangen sei. Aber wie gesagt, diese Auffassung ist nicht entscheidend, weil uns das Bundesverhältnis nicht das Recht gibt, Österreich-Ungarn in s e i n e Angelegenheiten hereinzureden" —[21].

Weiter verzeichnet man eine Meldung des Wollfffschen Telegraphenbüros: „Die Mobilisation der russischen Armee wird jeden Augenblick erwartet". — Die Möglichkeit eines Bluffes wird aber in einer Bemerkung der Kr.Z. dazu nicht in Abrede gestellt. — „Wenn in Rußland auch nur Teilmobilisierungen vorgenommen werden, so wird die Mobilmachung des Dreibundes die Antwort darauf sein müssen".

Der Londoner Bericht spricht von „vorsichtiger Zurückhaltung Englands". Mit Genugtuung wird der „Observer" zitiert, der sich energisch für Österreich einsetzt.

Über die Lage in Petersburg übernimmt die Kr. Z. eine Meldung des Wollfffschen Telegraphenbüros. — Die Lage sei weiter kritisch trotz des günstigen Eindrucks der letzten Unterredung zwischen Sasonow und Szapary. (Die „direkten Unterredungen" vom 26.).

Eine Londoner Meldung, Reuterbüro, läßt verlauten, die Verzögerung der österreichischen militärischen Aktionen bedeute für Serbien noch eine Frist zur Unterwerfung.

Die Abendausgabe meldet schon Greys Konferenzvorschlag — Diese Nachricht stellt in der publizistischen Begleitung der Julikrise sozusagen den Gegenstoß auf die erregende Meldung vom 25. über den russischen Schritt in Wien dar, weil sie stimmungsmäßig weitgehend eine kurze Periode eines verhältnismäßig großen Optimismus mit sich bringt. Diese wird verursacht auch wohl durch den trotz aller meist krassen sachlichen Unterschiede doch in der Betonung der Friedensbereilschaft gleichgestimmten Chor der europäischen Presse, weiter vielleicht auch

---

[21] Das ist ein extremer Ausdruck der damaligen Haltung von deutscher „öffentlichen Meinung" und Regierung, und man kann auch als „wissenschaftlicher" Leser solch zugespitzter Formulierung ein Erstaunen über diese Selbstentäußerung nicht unterdrücken. — Wenn ich einem Freund meinen Säbel so unbedingt zur Verfügung stelle, in zunächst doch seinem Interesse einen Riesenkampf auf Leben und Tod zu wagen bereit bin, so habe ich doch damit selbstverständlich das Recht erworben, in diesen seinen Angelegenheiten ein Wort mitzureden! — sollte man meinen. Wie einsam mußte man sich in der Welt vorkommen, um sich dem letzten Freund mit solcher Emphase an den Hals werfen zu können!

schließlich noch durch eine friedliche russische Regierungserklärung gegen antiösterreichische Demonstrationen. (s. u.).

Die Kr.Z. also vom 27. spricht von einer gesteigerten diplomatischen Aktivität Londons zur Bannung der Kriegsgefahr. Österreich habe die englische Demarche zugunsten einer Botschafterkonferenz verhältnismäßig günstig aufgenommen. — Ferner schreibt der Londoner Vertreter, für die Geneigtheit Englands, sich nicht militärisch einzumischen, spreche auch der Umstand, daß keinerlei Vorbereitungen getroffen würden. Die Zurückbehaltung der Heimatflotte in kriegsmäßigem Zustand wird dabei ausdrücklich als unwesentlich bezeichnet.

Nun der Leitartikel: „Nichteinmischung, die Forderung des Tages". — „Angesichts dieser Tatsachen mutet es uns seltsam an, wenn die französische und russische Presse neuerdings mit dem Verlangen hervortritt, Deutschland möge seinem Verbündeten bei einem Akt der Selbsthilfe in den Arm fallen, um dadurch einen Krieg zwischen Zweibund und Dreibund zu vermeiden. Diese Zumutung muß nachdrücklich mit dem Hinweis abgelehnt werden, daß wir nicht den Vormund unserer hohen Verbündeten zu spielen pflegen". — Noch habe Serbien durch die Verzögerung von Österreichs militärischem Vorgehen ein paar Tage Zeit zum Überlegen. Sollte es aber doch zum Kriege kommen, so ist der Verfasser fest von der Überlegenheit des Dreibundes über den Zweibund (also ohne England) überzeugt. Schließlich weist er auch noch die französischen Meldungen zurück, nach denen der Kaiser sich für eine Intervention in Wien verwende. — „Es ist zwar nicht von der Hand zu weisen, daß die deutsche Regierung, auf Anweisung des Kaisers in Paris und Petersburg nochmals im Sinne einer Lokalisierung des Krieges vorstellig geworden ist, keinesfalls wird sie jedoch von einer Basis ausgegangen sein, die die Möglichkeit einer Intervention in Wien eröffnet".

Die „Frankfurter Zeitung" (27.) ist von den Ausbrüchen nationaler Leidenschaft in Deutschland und Österreich peinlich berührt, erklärt sie aber entschuldigend aus der jahrelangen Spannung. Das Nachdenken über die furchtbaren Folgen eines Krieges verschwinde unter Urinstinkten. Bei längerer Dauer eines österreichisch-serbischen Krieges hält sie einen daraus entstehenden Weltkrieg für möglich. — Noch schwanke augenscheinlich Rußland zwischen Vernunft und panslawistischer Leidenschaft. Unbedingt betont auch die Fr. Z. jetzt die Solidarität mit Wien. Deutschland könne ebenfalls keine russische Vormachtstellung auf dem Balkan anerkennen.

Dann aber stellt die Fr. Z. doch in einem Rückfall in vergangene kritikfreudigere Tage die sehr richtige Frage, ob Deutschland recht gehandelt habe, Österreich in einer Frage, die beide Staaten angehe, soweit freie Hand zu lassen. Sie findet eine Entschuldigung im Hinweis auf Frankreich, das Rußland gegenüber genau so handele.

Auch hier wieder der ewige Kehrreim von Rußlands alleiniger Verantwortung.

Die Bundestreue Frankreichs auf der einen und Italiens auf der anderen Seite wird vorausgesetzt für den Fall einer Katastrophe. Zweifelhaft sei, ob England dann seine Neutralität bis zum Schlusse aufrechterhalten könnte. (Also rechnet hier die Fr.Z., der man keinen oberflächlichen Optimismus nachsagen kann, nicht mit sofortigem Eingreifen Englands). — Von einer durchaus richtigen Einschätzung der zeitgenössischen Staatsmänner zeugt der beschwörende Satz, daß doch wohl keiner den Mut haben werde, die Weltkatastrophe herbeizuführen. — Nein, das Mephistoformat hatten sie sicher alle nicht, wohl aber diejenige, mittlere Höhe, der die Ereignisse über den Kopf zu wachsen pflegen! —

„Es gab sicher Mittel und Wege genug, um eine solche entsetzliche Zuspitzung zu vermeiden", — damit leitet man den liberalen Schrei nach dem Haager Schiedsgericht ein. — Es müsse endlich eine Exekutivgewalt bekommen, um die Frevler am Völkerrecht zur Verantwortung ziehen zu können, wie ordentliche Gerichte in den Einzelstaaten. Endlich müsse doch die Zeit der wahren Kultur kommen statt des engen Nationalismus von heute. „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, wohl aber sind es die großen und ewigen Menschheitsideale. Für diese und um diese laßt uns ringen". —

Verhallender Schmerzensruf eines ehrlichen liberalen Idealisten inmitten von Katastrophentagen, die den Zusammenbruch dieser bei aller schließlichen Unfruchtbarkeit doch einmal großartigen Ideologie einleiteten. Denn was fünf Jahre später davon zur Scheinblüte erweckt wird, ist von Haß und kurzsichtigem Hochmut auch zugleich mit dem Todeskeim behaftet. —

Der Petersburger Korrespondent meldet „ungewisse Haltung Rußlands", sowie die Hoffnung dort auf den deutschen Kaiser und auf die Unterredungen zwischen Sasonow und Szapary.

Der römische glaubt, Italien werde sich für Österreich erklären.

Am wichtigsten der Londoner Bericht: „Die Neigung in England, in eine große europäische Verwicklung einzugreifen, ist sehr gering, Sympathien für Serbien und Rußland sind noch geringer. — Ganz anders

muß die Stimmung aber in dem Augenblick werden, wo Frankreich in die Schranken treten sollte. Bei allem, was in den letzten Jahren über die Natur der Entente und über Englands Platz darin klar geworden ist, läßt sich nicht verkennen, daß die britische Politik die Erhaltung der französischen Machtstellung als ein Axiom betrachtet. Sie wird jedoch alles aufbieten, um ein unwiderrufliches Wählen sich zu ersparen. Somit wird man England augenblicklich wohl als die am dringendsten am Frieden interessierte Macht ansehen können".

Der Pariser Vertreter stellt eine vollendete Überraschung und Bestürzung in Frankreich fest über die Entwicklung der Lage.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit der gesamten europäischen Situation von höherer Warte als die meisten journalistischen Erzeugnisse dieser Tage enthält die Abendausgabe.

Die Fr.Z. teilt die jetzt auf die Probe gestellte Behauptung, die europäische Mächtegruppierung stelle ein Friedensinstrument dar, durchaus nicht, und tritt für die breite Basis eines rechtlich geordneten Völkervereins ein. Die entscheidende Frage, ob Rußland sich mit diplomatischen Schritten begnügen werde, vermag sie auch nur zu stellen. Sie erinnert an den Krimkrieg, da England und Frankreich sich den historischen Balkanansprüchen Rußlands in den Weg stellten, jetzt seien sie beide durch das Bündnissystem nur noch wenig Herr ihres freien Willens.

Der Verfasser dieses Leitartikels ist so kühn, in Abrede zu stellen, daß juristisch der Dreibund durch ein russisches Eingreifen in Kraft trete, bestreitet aber den faktischen Zwang nicht. — Frankreichs unbedingte Bindung an Rußland wird als Tatsache ohne weitere Diskussion hingenommen. Intensiv beschäftigt man sich aber mit der möglichen Bindung Englands. Als Aktivum für den Dreibund wird die historische Gegnerschaft Englands gegen die russischen Mittelmeeraspirationen angeführt, weiter die irische Frage, doch klar dagegengehalten, wie sehr England an der Erhaltung der französischen Großmachtstellung gegenüber Deutschland interessiert sei.

Doch gerade weil England von widerstreitenden Interessen bewegt sei, sei eine Friedenspolitik absolut ehrlich, sie könnte sich durch Zurückhaltung Rußlands die größten Verdienste erwerben.

Verhältnismäßig kühl nimmt die „Frankfurter Zeitung die erste Meldung von dem englischen Konferenzvorschlag auf: „Daß die englische Regierung einen solchen Vorschlag macht, ist möglich und gewiß dankenswert, man kann sich aber nicht vorstellen, daß Österreich-Ungarn noch jetzt auf diesen Vorschlag eingehe".

Die Reutermeldung, Österreichs Zögern solle Sernoch Zeit zum Einlenken geben, sticht in Fettdruck in die Augen.

Wie sehr in der allgemeinen Erwartung ein schnelles militärisches Vorgehen Österreichs als natürliche Fortsetzung des plötzlichen Energieaufwandes angesehen wird, schon vor der offiziellen Kriegserklärung, zeigt das „Berliner Tageblatt" vom 27. am deutlichsten. Es drückt sein Erstaunen darüber aus, daß Belgrad noch nicht gefallen ist. — Ein Krieg könnte jetzt nur noch vermieden werden durch serbisches Nachgeben noch über die bisherigen Bedingungen hinaus. — Diese erscheinen dem Berl. Tag. nun noch nicht scharf genug.

Im Augenblick scheine Rußland noch friedlich zu sein, heißt es weiter. Angeblichen englischen und französischen Vermittlungsversuchen wird Dank gezollt. — Aus dem ganzen Artikel spricht eine ausgesprochen günstige Beurteilung der Lage.

Aus Paris: „Mit großer Betonung muß gesagt werden, daß Frankreich den Frieden wünscht und daß nicht die geringste chauvinistische Verhetzung zu bemerken ist. Wie in der englischen so auch in der französischen Presse läßt sich die allgemeine Hoffnung auf Eingreifen des deutschen Kaisers feststellen".

Das Abendblatt wendet sich gegen die allgemeine Volksbegeisterung. — „Die äußere Politik verträgt nur innere Begeisterung". — Bei den vernünftigen Leuten herrsche keine Kriegsbegeisterung. „Sie stellen sich ohne kritisches Dreinreden heute hinter Österreich, weil ihnen die Bekundung festen und entschiedenen Zusammenhaltens als absolut notwendig zur Bewahrung des Weltfriedens erscheine. Die österreichische Note mag eine Stümperei oder ein Meisterwerk sein — über all das zu reden hat jetzt nicht den mindesten Zweck. In dem Augenblick, wo man vor einer fertigen Situation steht, muß man wohl oder übel die Konsequenz daraus ziehen. Könnte der irrige Eindruck entstehen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland zu Rußland halte, so würde der Einmischungswunsch Rußlands gewaltig verstärkt. Dann würde sehr bald die Stunde kommen, wo wir genötigt wären, unsere Bündnispflicht zu erfüllen. Gewiß diese Stunde kann ganz unabhängig davon kommen, wie sich die öffentliche Meinung bei uns benimmt. Aber die Schwäche kann nur Nachteil bringen, die Stärke vielleicht Vorteil".

Diese Sätze verdienen festgehalten zu werden, da sie wohl richtig die tieferen Gründe gewiß vieler „Vernünftigen" im Lande beleuchten, die durch-

aus nicht in Begeisterung für den Habsburgerstaat glühen, auch verhältnismäßig immun sind gegen die mächtige Ansteckungskraft explodierender, tief menschlicher Kriegsbegeisterung, die aber doch zu derselben Haltung kommen, wie diese große Mehrzahl. Man kann auch aus der historischen Kenntnis der Weiterentwicklung nicht behaupten, daß ihre Logik so unbedingt falsch gewesen sei, zumindest ergab sie sich ohne gedankliche Fehlleitung aus der Anschauung der Lage. Der entscheidende Ansatz zur Katastrophe liegt ja wesentlich früher. Damals schon, am 27. Juli mußte es tatsächlich wohl so scheinen in der Öffentlichkeit, als wenn eine Opposition die Lage nur verschlimmern könnte. Denn die konsequente Schlußfolgerung solcher Opposition, Österreich preiszugeben, die kam ja ernstlich noch nicht einmal der R.W.Z. in den Sinn trotz ihrer radikalen Habsburgfeindschaft, so sehr war eben das österreichische Bündnis als Axiom der deutschen Außenpolitik im allgemeinen Bewußtsein verankert.

Weiterhin heißt es also in diesem Leitartikel des Berl. Tgbl., wer Österreich schon die Existenzberechtigung zugestehe, der müsse ihm auch das Notwehrrecht zubilligen. — Der Augenblick sei günstig gewählt, da sich Frankreich, England und Rumänien zurückhielten. Auch Petersburg stelle sich nicht absolut kriegslustig an. — „Wer Österreich zur Umkehr zwingen wollte, der zwänge Deutschland zur Einlösung seiner Bundespflicht".

Aus Rom verlautet: Amtlich sei bekannt geworden, London habe sich dem russischen Botschafter gegenüber als desinteressiert gezeigt und Italien habe offiziell seine Bündnistreue versichern lassen.

Der Berichterstatter in Paris legt den größten Wert auf den Appell der französischen Presse an den deutschen Kaiser. — Man sehe es in französischen Kreisen als zweckmäßig an, daß Österreich in Belgrad einmarschiere, dann habe das ganze den Charakter einer Strafexpedition und Österreich seine Genugtuung. („Halt in Belgrad"! — Erst am 28. und 29. bei Grey und Wilhelm II. formuliert. Er lag aber anscheinend in der Luft. Woher sonst diese Pariser Meldung. Auch in der deutschen Presse werden wir gleich noch mehr solcher Art hören).

Die „V o s s i s c h e Z e i t u n g" am 27. beschäftigt sich post festum noch einmal mit dem gesamten österreich-serbischen Problem. — „Und deshalb kann man es verstehen, daß die Habsburgische Monarchie sich mehr der Deutlichkeit als der Höflichkeit befleißigt, und man wird zugeben, daß sie, wenn sie zur Selbsthilfe ihre Zuflucht nimmt, um sich endlich Ruhe zu verschaffen, sich nur des letztes Rechtes der Notwehr bedient, um nicht selbst der Vernichtung anheim zu fallen. — Nein, nach allen menschlichen Gefühlen muß die Sympathie der unbefangenen Zu-

schauer unbedingt auf Seiten Österreichs sein, — daß jeder Mann würdigen muß, wie es sich in die Zwangslage versetzt glaubt im Interesse der Selbsterhaltung, der öffentlichen Moral und seiner Großmachtstellung zum Schwert zu greifen. — Der Zar insbesondere, der nur zu oft von Mördern bedroht wird, könnte am ehesten für die energische Haltung der Habsburger-Monarchie Verständnis haben. Und wenn er einer Änderung des Gleichgewichts am Balkan nicht uninteressiert zuschauen kann, so wird sicherlich bei der endgültigen Ordnung der Dinge die Stimme des Zaren umso eher gehört werden, mehr er bei dem Kampf zwischen Österreich und Serbien strengste Neutralität beobachtet hat. Deutschland will den Frieden, aber es scheut nicht davor zurück, den Fehdehandschuh, wenn er ihm zugeworfen wird, aufzunehmen".

In diesen recht naiven Ausführungen haben wir ein besonders klares Beispiel der Bemühung, die längst europäisierte Krise auf ihren internen und kriminellen Ausgangspunkt zurückzuführen. — Man hat dabei als nachträglicher Leser das Bedürfnis, dem Verfasser einiges vorhalten zu dürfen, wie, daß die Zuschauer ja eben nicht „unbefangen" sind, daß es geradezu einen Kernpunkt des politischen Lebens bedeutet, daß es sich zwischen befangenen Partnern abspielt. — Auch in der schulmeisterlichen Forderung nach „strengster" Neutralität der slawischen Vormacht spricht ein Mangel an elementarem politischen Gefühl mit, wie er zum Glück selten zu finden ist bei den führenden deutschen Zeitungen.

Der Wiener Vertreter meldet: „Der italienische Botschafter gab die feierliche Versicherung der italienischen Bundestreue ab". — Die Anführung scharf österreichfeindlicher italienischer Pressestimmen bildet freilich keinen glänzenden Kommentar zu dieser Botschaft.

Im Abendblatt wird die Möglichkeit eines bloßen russischen Bluffes erwogen und eine unbeirrt starke Haltung Deutschlands als Mittel zur Klärung der europäischen Situation empfohlen und erwartet. — Wiederum ziemlich naiv mutet der Ausdruck der Hoffnung an, Frankreich möchte, — in solcher Situation! — einsehen, daß ein gutes Verhältnis zu Deutschland ihm am besten bekäme.

Volle Verständigung in der gegenwärtigen Lage erwartet die Voss.Z. mit England.

„Wir glauben keinesfalls, daß durch ein solches energisches Auftreten Deutschlands der Friede gestört wird, sondern wir erhoffen im Gegenteil davon seine Erhaltung. Das aber ist nur möglich, wenn man Deutschlands Vorschläge nicht für bare Redereien nimmt, sondern fürchten muß, daß Deutschland im äußersten Notfall und gezwungen die letzte Kon-

sequenz zieht, die erst jeder politischen Aktion den gehörigen Nachdruck verleiht".

Paris meldet: Die dortigen maßgebenden Kreise seien von der deutschen Friedensliebe überzeugt, doch müsse Deutschland unbedingt seine Autorität in Wien einsetzen. Das Volk in Paris verhalte sich auffallend ruhig.

Der Artikel „Die Situation" glaubt, daß die Spannung unter den Großmächten nachgelassen habe, trotz der festen Absicht Österreichs, sich durchzusetzen. Doch habe seine Erklärung andererseits, kein serbisches Gebiet erwerben zu wollen, zur Beruhigung beigetragen.

Aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" (27.) zitiere ich: „Noch bleibt die Hoffnung bestehen, daß Serbien, wenn es sich isoliert sieht, den Weg des Nachgebens beschreitet. Vor allem andern kommt es auf die Haltung Rußlands an. Wir glauben noch eines, daß man in Petersburg die Unvernunft nicht soweit treiben wird, wegen verurteilenswerter, unleidlicher serbischer Umtriebe Europa in einen allgemeinen Krieg zu stürzen. — Leider lassen bis zur Stunde alle Meldungen auf den unbedingten Willen Rußlands schließen, Serbien nicht im Stich zu lassen. — Andererseits versucht die englische und auch die französische Diplomatie in Petersburg beruhigend einzuwirken.

Aus Wien: Der italienische Botschafter — erschien heute im auswärtigen Amt und versicherte nachdrücklichst, daß Österreich-Ungarn der Bundestreue Italiens unter allen Umständen gewiß sein kann".

Der Londoner Vertreter äußert als seine Ansicht, daß England, aber auch Italien in einem europäischen Krieg neutral bleiben würden.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" decken uns den wohl bestimmenden Grund der über das übliche Maß auch gefühlsbetonter Bundestreue hinausgehenden begeisterten Solidaritätsbeteuerungen für Österreich in der deutschen Öffentlichkeit und in den Tiefen der Volksseele auf.

Man schreibt also: Die Stimmung sei wie 1870, obwohl bis jetzt nur der Bundesgenosse betroffen. — „Aber der Bundesgenosse ist deutschen Stammes und deutschen Blutes und gerade das reißt auch unser Volk mit zu der Begeisterung, die in diesen Tagen wohl in allen großen Städten des Reiches in so mächtigem Impuls sich geltend macht. — Auch die Bündnistreue ist ein Faktor, der hier mitspricht, die Bündnistreue, der bis zu den äußersten Konsequenzen nachzukommen wir bereit sind".

Die L.N.N. sehen ein vorläufig völliges Gleichgewicht zwischen Krieg und Frieden als gegeben an. — „Hier hat nun Rußland das entscheidende Wort zu sprechen“.

Wahrscheinlich, so schätzt man weiter, werde Rußland passiv bleiben, die innere Unordnung und die Furcht vor Deutschland wirkten dahin. — Man erkennt ohne weiteres an, daß Frankreich sich in derselben Situation wie Deutschland befinde. — „Die französische Regierung will und wünscht den Krieg kaum. Denn Frankreich kann in einem solchen Krieg kaum viel gewinnen, steht aber in Gefahr zuviel aufs Spiel zu setzen“. — England sei völlig unbeteiligt.

Von der Zentrumspresse dürfen wir ohne weiteres eine Fortsetzung ihrer bisherigen energischen Haltung erwarten.

„Bloß noch Konflikt oder schon Kriegszustand“? — unter dieser Überschrift erscheint die „Germania“ am 27. 7. Sie gibt ebenfalls der allgemeinen Hoffnung Ausdruck, daß österreichische Truppen in den allernächsten Tagen in Belgrad einrücken würden.

Eine Zitate kennzeichnen ihre Anschauung von der Lage:

„In England herrscht fortwährend die ruhige Überlegung und infolgedessen die Sympathie für Österreich-Ungarn“.

„Der Dreibund steht einmütig und geschlossen. — Die italienische Regierung ließ der österreichischen die Klärung zukommen, daß sie in einem ev. bewaffneten Konflikt zwischen Österreich und Serbien eine freundschaftliche und den Bundesverhältnissen entsprechende Haltung einnehmen werde“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ zitiert unter der Überschrift: „Abwiegelnde Stimmen aus der Dreiverband“ englische Zeitungen und kommentiert: „Man muß sich natürlich hüten, diesen vorerst noch schwachen Hoffnungsschimmer einer sei es von England oder auch von anderen Stellen kommenden friedlichen Wendung optimistisch zu vergrößern, denn das darf nicht vergessen werden, eine Vermittlungsaktion, die Österreich-Ungarn auch nur im geringsten als eine Einmischung in seine eigensten Angelegenheiten, als einen Versuch, die volle Genugtuung, auf die es gerechten Anspruch hat, ihm irgendwie zu beeinträchtigen auffassen müßte, eine solche Aktion könnte die Dinge nur verschlimmern statt zu verbessern. Jede Einwirkung von unbeteiligter Seite kann nur einen Weg nehmen, dessen Ziel nur das sein kann, Serbien zur Vernunft zu bringen und zu diesem Zweck ihm die Hoffnung, Rußland werde ihm mit Waffengewalt beistehen, endgültig zu benehmen. Daß Österreich sich seinerseits streng im Rahmen des Notwendigen zum Schutze seines

Rechtes hält, beweist die rasche Haftentlassung des von der Geheimpolizei im ersten Eifer festgenommenen serbischen Generalstabschefs".

Der Berliner Artikel polemisiert mit der französischen und russischen Presse, und kommt zu dem Schluß, das Zarentum als Beschützer von Königsmördern spiele eine unmögliche Rolle. – Die europäische Lage ändere sich nicht, solange der Konflikt lokalisiert bleibe, da Österreich keinen territorialen Gewinn und keine Demütigung Serbiens erstrebe. — Die Lage sei nicht hoffnungslos. Auch die Mobilisierung einer Großmacht würde noch nicht den Krieg bedeuten.

Auch dieser Artikel stellt einen typischen Versuch da, die europäisierte Krise durch Zurückführung auf den kriminellen und „Notwehrrechtsursprung" zu bremsen.

Die „Essener Volkszeitung" hat von ihrem Temperament noch nichts eingebüßt und sieht weiterhin die Politik durch die Brille tiefer Entrüstung.

„Die Stunde der Abrechnung ist gekommen". — Serbien wage es, Widerstand zu leisten in der Überzeugung, daß die allslawische Lawine durch dieses Steinchen ins Rollen gebracht werde. — Doch hofft die E.V.Z., daß schon die Betonung der deutschen Bundesgenossenschaft abschreckend wirke. Sie hält die offizielle Linie der deutschen Politik nicht inne, wenn sie schreibt, die ganze Orientfrage sei wieder ins Rollen gekommen und Bulgarien rüste sich zum Einfall nach Serbien.

„In Essen ist die Bevölkerung bündnistreu und österreichfreundlich bis auf die Knochen. — Die Meinung des Fürsten Bismarck, das bißchen Herzegowina sei nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert, ist längst von den veränderten Tatsachen überholt worden. Deutschland ist mit Leib und Seele an den Geschicken des Orients beteiligt".

Wir bemerkten schon am 26., daß die Opposition der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aus ihrer nationalistischen Haltung heraus an Heftigkeit bedeutend nachließ, eben weil die Europäisierung der serbischen Angelegenheit schon eine Tatsache geworden war. So entwickelt sich ihre Stellungnahme am 27. ganz folgerichtig weiter. — Nicht unwesentlich wird allerdings bei dieser „Bekehrung" auch die Verbotsdrohung des Auswärtigen Amtes gewesen sein, (siehe darüber oben, Seite 112a).

Bemerkenswert aus dem Morgenblatt die Pariser Meldung: „Die französische Presse ist friedlich, fast ängstlich". Der Leitartikel der Abendausgabe steht unter der Überschrift: „Einige Entspannung". — Er verzeichnet resigniert die allgemeine Kriegsbegeisterung und betont, daß die R.W.Z. allein die Frage interessiere, was die Deutschen in der Habs-

burgermonarchie zu erwarten hätten. — Besonders hervorgehoben werden die offiziösen Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“, die den Verdacht des österreichischen Imperialismus zurückweisen und gegebenenfalls die Aufgabe Deutschlands in der Rolle eines ehrlichen Maklers sehen. Daraus zieht die N.W.Z. hoffnungsvoll den Schluß, daß die deutsche Regierung offenbar nicht gewillt sei, Österreich in einem Eroberungskrieg zu unterstützen. Sie nagelt auch die österreichische Erklärung, keine Annexionen zu wollen, besonders fest und sieht darin eine Richtlinie für die Einigung unter den Mächten. — Weiter heißt es, nachdem nun einmal Deutschland offiziell erklärt habe, bei weiteren Verwicklungen trete der Bündnisfall ein, müsse die Kritik daran schweigen. Doch wenn Deutschland auf diese Weise in den Krieg gedrängt werde, so handele es sich nicht mehr um Serbien, sondern um eine Generalabrechnung.

Die N.W.Z. führt englische Pressestimmen aller Richtungen ausführlich und kommentarlos an.

Der Pariser Korrespondent schildert den „Katzenjammer in Frankreich und die Börsenkatastrophe. — „Es handelt sich hier nur darum zu zeigen, ein wie großes Interesse Frankreich und alle verständigen Leute dort an der Erhaltung des Friedens haben“.

„Immer wieder gegen den Krieg“! — polemisiert der „Vorwärts“ auch am 27.

„Man braucht der deutschen Regierung wirklich kein Übermaß von Klugheit und Gewissensverfeinerung zuzutrauen, um ihr die aufrichtige Absicht zuzugestehen, daß sie ehrlich die Erhaltung des Friedens wünscht. Und man kann den Regierungen der anderen europäischen Länder ohne weiteres die gleichen Wünsche zutrauen. Denn die Leutschen müssen ja fühlen, daß ihnen der Boden unter den Füßen wankt, daß sich bei einer Kriegskatastrophe der Boden unter ihnen öffnen kann, um sie zu verschlingen. Die Chancen eines Sieges sind nirgends sicher gegeben — sicher ist allen Staaten nur unsägliches Blutvergießen, wirtschaftlicher Ruin und die innere Gefahr. Schon haben einflußreiche italienische Stimmen erklärt, daß Italien nicht daran denke, sich durch Österreichs serbisches Abenteuer als 3. Macht des Dreibundes in einen Krieg verwickeln zu lassen. Und da sollte Deutschland in blind täppischer Nibelungentreue allein für Österreichs irrsinnige Desperadepolitik in die Bresche springen auch auf die Gefahr eines Weltkrieges hin“?

Es erübrigt sich aus den Artikeln dieses Tages die augenfälligsten Merkmale herauszuholen, denn es hat sich nichts geändert — zwischen Krieg und Frieden. Die Chancen erscheinen im Gesamteindruck als gleich.

Im übrigen: Bundestreue — Lokalisierung — Rußlands alleinige Verantwortung — freundliche Haltung zu England mit Betonung seiner Friedensinteressiertheit — verhältnismäßig ebenfalls freundliche und zurückhaltende Einstellung zu Frankreich. Mit diesen Stichworten können wir uns begnügen.

Die Presse am 28. Juli.

Die Zeitungen am 28. stehen vorwiegend unter dem Eindruck von Greys Vermittlungsvorschlag.

Das 1. Morgenblatt der „Kölnischen Zeitung" trägt die beruhigende Kennzeichnung „Vermittelnde Einflüsse".

Der Londoner Berichterstatter teilt die Vorschläge der englischen Regierung mit, und sein Stimmungsbild geht unter dem Titel „Verhältnismäßig wenig Aufregung".

Aus dem offiziösen Berliner Artikel zitiere ich, zu dem englischen Schritt: — „Was die vermutliche Haltung Deutschlands zu diesem vermittelnden Schritt betrifft, so wird man im Auge zu behalten haben, daß die Erwartung, die man an solche vermittelnden Schritte und an die Haltung Deutschlands dabei knüpfen darf, im wesentlichen davon wird abhängen müssen, die etwaigen, näher begründeten Vorschläge dieser Art in Wien zuteil wird.

Der Petersburger Korrespondent schreibt: „Ruhigere Auffassung in Petersburg". — „Die Erklärung des deutschen Botschafters durch die Petersburger Agentur, daß die deutsche Regierung die österreichische Note nicht vorher gekannt habe, aber die berechtigten Forderungen Österreichs unterstütze, scheint gern als Handhabe genommen zu werden, um Rußland das Einlenken zu ermöglichen. Heute ist eine merkliche Beruhigung eingetreten". — Gegenüber der chauvinistischen russischen Presse betont der Berichterstatter aber, die Botschaftererklärung bedeute durchaus kein Abrücken von Österreich, sondern sie widerlege nur die Behauptung, die Note sei in Berlin hergestellt.

Aus dem Leitaufsatz des Mittagblattes: „Nicht Österreich-Ungarn in den Arm fallen ist jetzt der Beruf Europas, sondern Serbien zu veranlassen, die schwere, aber verdiente Züchtigung, die es sich durch sein allenthalben, auch in Frankreich verurteiltes Verhalten zugezogen hat, auf sich zu nehmen. — Diese Ausführungen richten sich gegen heftige Ausfälle französischer Blätter.

Weiterhin enthält diese Ausgabe den Text der serbischen Antwort, mit der amtlichen österreichischen Stellungnahme, ohne eigene Äußerung.

Aus dem Abendblatt zitiere ich die Berliner Redaktion: „Zur Vermittlungsfrage". — „Der Wunsch der Westmächte durch rechtzeitige vermittelnde Einwirkung das Übergreifen des österreich-serbischen Streitfalles auf das Verhältnis zwischen den Großmächten zu verhüten, wird von der deutschen Regierung nicht nur in platonischer Weise mitgehegt, sondern das Berliner Kabinett ist bereits in mehr als einer Hauptstadt für die Zwecke einer den Frieden sichernden Vermittlung tätig gewesen". — Dann werden auch hier die Zweifel der deutschen Regierung an der Zweckmäßigkeit einer Botschafterkonferenz zum Ausdruck gebracht, sie bevorzuge die Verhandlungen zwischen den Hauptstädten.

Unfruchtbar im Sinne unserer Arbeit ist auch jetzt noch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung".

Sie gibt getreulich alles Nachrichtenmaterial wieder, aber ohne Stellungnahme. D. h., dieses Stillschweigen spricht ja auch seine deutliche Sprache. Es unterstreicht die offizielle deutsche Haltung der „Uninteressiertheit" und der Betonung der österreichischen „Selbständigkeit". Es wäre ja gewiß interessant, ein farbiges Bild dieses Nachrichtengewirrs zu geben, aber das würde den Rahmen dieser Arbeit völlig sprengen.

Vom 28. sei aber immerhin eine Reutermeldung wiedergegeben über die russische Meinung. — Rußland sei bereit, Österreich weitgehende Genugtuung zu verschaffen durch Vermittlung in Serbien. Die jetzigen österreichischen Forderungen schienen jedoch weit mehr als die Klärung noch ausstehender Fragen zu beabsichtigen. Rußland hoffe noch auf Beilegung des Streites. — Dann noch eine Zitierung der „Nowoje Wremja", die Deutschland der Anstiftung Österreichs bezichtigt, und dazu der Kommentar des Wolffschen Telegraphenbüros: dieser Artikel übersehe völlig den Ausgangspunkt der Krise.

„Kreuzzeitung" vom 28.

„Sicher ist jedenfalls das eine, daß sich die Wiener Regierung neuerdings bereit erklärt hat, einen Vermittlungsvorschlag Englands und Italiens entgegen zu nehmen und ihn einer „wohlwollenden Prüfung" zu unterziehen".

Die Kr.Z. ist der Ansicht, ein Erfolg solcher Vermittlung wäre nur durch ein verschleiertes Zurückweichen Österreichs zu erreichen. Durch die Drohungen Rußlands werde Österreich ein Nachgeben besonders erschwert. Allerdings scheine jetzt auch in Wien eine friedliche Stimmung zu herrschen. Im Laufe des Tages dürfe man eine weitere Klärung der Lage erwarten.

Aus London: „Der Wunsch, die europäische Konflagration zu verhindern, ist heute in England nicht minder lebhaft als während der großen Krisis von 1912. Man würde sich eine vollständig falsche Vorstellung von der englischen Politik machen, wenn man annähme, daß England gegenwärtig eine russische Politik oder eine Politik der Tripleentente verfolge, die der österreichischen Politik als einer Politik des Dreibundes entgegengesetzt wäre". — Die Gerüchte von einer englisch-russischen Marinekonvention seien falsch, heißt es weiter, — „und man darf noch hinzufügen, daß, soweit England in Frage kommt, eine identische Politik der Tripleentente garnicht besteht. In maßgebenden politischen Kreisen spricht niemand anläßlich der jetzigen Krisis von einem Gegensatz zwischen Dreibund und Tripleentente, dagegen lebt der Gedanke eines europäischen Konzerts wieder auf, und in dem Teile der verantwortlichen Presse, der der Regierung besonders nahe steht, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß England sich mit den übrigen Mächten vereinigen möchte, um einen schweren internationalen Konflikt zu verhindern".

Am Abend nimmt man „die Aussichten des englischen Vermittlungsvorschlages" unter die Lupe und stellt zunächst die skeptische Aufnahme bei der deutschen Regierung fest. — Doch selbstverständlich sympathisiere Deutschland mit allen Vermittlungsschritten, um einen Konflikt zwischen Österreich und Rußland zu vermeiden. — „Aber es wird nichts tun oder beschließen, was den Bundesgenossen in seinem Vorgehen gegen Serbien irgendwie behindern könne. Rußland wird wissen, was es in einem Krieg mit Deutschland und Österreich aufs Spiel setzt und wahrscheinlich froh sein, aus der jetzigen Lage ehrenvoll heraus zu kommen".

Daß der englische Vermittlungsschritt die „Frankfurter Zeitung" ziemlich beeindruckt, trotz ihrer bekannt vorsichtigen Ausdrucksweise, kann nicht wunder nehmen. Sie schreibt am 28.: Seit gestern scheint es, als seien die Aussichten nicht nur auf Erhaltung des Friedens in Europa, sondern auch auf Schlichtung des österreich-serbischen Streites um ein weniges günstiger geworden".

Man verweist auf den Schritt Englands.

Und dann erfolgt sogar, post festum, eine bei der Entwicklung der Dinge ziemlich überraschende Kritik an Österreich. — „Dennoch versteht derjenige, der über die Entstehung und den wirklichen Sinn der Note nichts Authentisches weiß, nicht recht, warum bei dem weitgehenden Entgegenkommen, das Serbien doch offenbar in seiner Antwort gezeigt hat, nicht doch eine Einigung möglich gewesen sein sollte". Die Fr. Z. fordert in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung der serbischen Antwort.

(Ihre bisherige Kenntnis davon hat sie durch eine Belgrader Information des „Temps“).

„Wir möchten uns auch nicht auf den Standpunkt stellen, daß die von England eingeleitete Vermittlungsaktion wertlos sei, und selbst in Österreich scheint sie ja, nach einem Telegramm unseres römischen Korrespondenten wenigstens für erwähnenswert gehalten zu werden. In allen Hauptstädten Europas, das geht aus den Berichten der Presse hervor, schreckt man vor einem Kriege zurück, Warum sollte man also glauben, daß eine Vermittlung aussichtslos sein müßte? Gerade Deutschland, das schon bei früheren Anlässen sich als Friedensstifter bewährt hat, wird, so kann man wohl erwarten, sich einer solchen ehrlichen Vermittlungsaktion nicht entziehen dürfen, auch wenn es treu und redlich darauf bedacht sein wird, die Interessen seines Bundesgenossen zu wahren“.

Sehr aufschlußreich und sehr gut informiert ist der Londoner Bericht. Nach der Mitteilung, Grey halte die serbische Antwort als geeignet für eine Verhandlungsbasis, heißt es da: „Sodann bemerkte Grey, daß in dem Augenblick, wo Rußland in den Konflikt eingreifen würde, dieser mit der größten Katastrophe endigen müsse, die jemals plötzlich über Europa hereingebrochen ist, und daß die direkten und indirekten Wirkungen unberechenbar sein würden. Wahrscheinlich soll dies nicht nur eine den Umständen angemessene Redewendung sein, sondern eine Andeutung dessen, daß man sich auf Englands Neutralität unter jeglichen Umständen nicht allzu sehr verlassen möge“. (Dieser Bericht entspricht weitgehend der sogenannten 1. Warnung Greys an den deutschen Botschafter vom 27.).

„Der deutsche Standpunkt“ (Von Berlin). Man stellt zunächst den Eindruck einer gewissen Entspannung fest, und vermerkt als besonders erfreulich das Fehlen einer chauvinistischen Hetze in Paris. Doch Illusionen dürfe man sich nicht hingeben, da Österreich ein Einlenken kaum noch möglich sei. Deutschlands Rolle sei vorgezeichnet. „Es wünscht die Erhaltung des Friedens, aber es muß seiner Bundespflicht genügen, wenn Österreich von einer anderen Großmacht angegriffen wird, und wer im Interesse des Friedens vermitteln will, der muß mit seinen Bemühungen in Petersburg einsetzen. Rußland hätte es in der Hand gehabt, Serbien zu einer Nachgiebigkeit zu bewegen, zu der dieses ohne weiteres bereit gewesen wäre, und Rußland hat es jetzt noch in der Hand, den Krieg zu lokalisieren. — Dabei ist garnicht verlangt, daß Rußland sich von Serbien lossage oder ihm seine Freundschaft entziehe. Diese zu betätigen, würde sich

in den weiteren Stadien und bei der schließlichen Ordnung der Dinge Gelegenheit genug bieten und wahrscheinlich mehr Gelegenheit, als wenn erst ein Krieg unter den Großmächten vorausgegangen wäre. Es wäre sehr erfreulich, wenn sich die Meldung bestätigte, daß Frankreich bemüht ist, auf den Bundesgenossen im friedlichen Sinne einzuwirken. — Eine Sicherheit dafür, wie sich die Dinge in den nächsten Wochen entwickeln werden, gibt es nicht. Die könnte es nur geben, wenn der Zar und seine Regierung unumwunden sich für die Erhaltung des Friedens einsetzten".

Ein gewisser Gegensatz zu dem mit Kritik an Österreich durchsetzten Leitartikel ist unverkennbar, auch hier wieder beeinflußt der Standort den Schreiber. Auffällig ist die Gleichartigkeit der Zusage an Rußland, nach Beendigung des Waffenganges es hinzu zu ziehen mit dem mahnenden Vorschlag in der K.Z. vom 26. Dabei ist, wie schon oben erwähnt, ein solch ausgesprochener Versuch, sich auf dieser Basis mit Rußland zu einigen, von Deutschland nicht unternommen worden.

Aus dem Petersburger Telegramm ein Satz, kennzeichnend für die kurze Pause des vorherrschenden Optimismus. — „Hier beginnt die ruhigere Überlegung, daß eine Lokalisierung durchaus möglich sei. Eine weitere Erleichterung würde zweifellos eintreten, wenn Rußland die Überzeugung erhielte, daß Österreich den Territorialbestand des Balkans nicht anzutasten gedenkt"[22].

Der Leitaufsatz der Abendausgabe gibt eine sachliche und wie wir nachträglich bestätigen können, richtige Darstellung der Lage. Symptomatisch für die Stellung zu England die Bemerkung zum Konferenzvorschlag: „Das Vorgehen des britischen Ministers, mit dessen Politik wir nicht immer einverstanden waren, berührt außerordentlich sympathisch, und wer sich die ganzen furchtbaren Folgen eines Weltkrieges vergegenwärtigt, wird wünschen müssen, daß die Vermittlung Greys ihren Zweck, einen allgemeinen Krieg zu verhüten, erreiche". — „Österreich wird sich in seinem Lauf nicht aufhalten lassen wollen, aber uns scheint, daß trotzdem es eine durchaus bona fiede angebotene Vermittlung, an der Rußland nicht betei-

---

[22] Hier wird ein Problem gestreift, das sonst keine Beachtung findet, nämlich die Möglichkeit, daß Österreich ohne direkten Eigengewinn Serbien durch Abtretungen an andere Balkanstaaten schwächen könne. Nur die „Essener Volkszeitung" spricht einmal davon, daß Bulgarien sich rüste, um in Serbien Eroberungen zu machen.

ligt ist, nicht ablehnen sollte, und Deutschlands Aufgabe kann es nicht sein, sich passiv mit dem genügen zu lassen, was man am Ballhausplätz für gut hält". (aus diesem Satz geht hervor, daß die Fr.Z. in dem englischen Vorschlag die Vermittlung zwischen Wien und Belgrad für das wesentliche hält, im Gegensatz zu der offiziellen deutschen Auffassung). — „Es ist Österreich nach der Form der Note nicht gut möglich, materielle Konzessionen zu machen. Das ist zu bedauern, aber man wird sich damit abfinden müssen. Nicht einzusehen aber wäre, weshalb schon das bloße Eingehen auf einen Vermittlungsvorschlag, das ja garnicht bindet, unmöglich sein sollte". — Dann aber hält der Verfasser Rußland vor, daß seine Lebensinteressen nicht berührt würden und mahnt auch Grey, sich zuerst an Petersburg zu wenden. — „Aber Voraussetzung dafür ist, daß man auch in Wien und Berlin es nicht an höflichen Redensarten bewenden läßt, sondern den englischen Bemühungen um den Frieden gern und willig Gehör schenkt. Auch vom Standpunkt der Realpolitik scheint uns dieses Eingehen auf die Intentionen Englands für Deutschland vorteilhaft und nützlich zu sein".

Wien meldet den lapidaren und schwerwiegenden Satz: „Österreich besteht jetzt auf Krieg". — Aus Berlin: „Die Meldungen stimmen darüber überein, daß Rußland militärische Vorbereitungen trifft".

Der römische Vertreter schließt aus dem „Corriere della Sera" und aus einer Entschließung des „Nationalvereins" auf Italiens Bundestreue.

Das „Berliner Tageblatt" ist sich über die Haltung Rußlands völlig im unklaren und betont, daß sich Österreich auch durch England nicht vom militärischen Vorgehen abhalten lassen werde. — Doch heißt es einschränkend, der Eindruck des österreichischen Vorgehens könnte durch Beschränkung auf die Besetzung strategischer Punkte gemildert werden. (Also wieder etwa: „Halt in Belgrad", bevor noch der Gedanke Einzug in die hohe Diplomatie hält).

Besonderen Wert legt das Berl. Tgbl. auf die österreichische Erklärung, keinen Landerwerb zu erstreben, kann allerdings auch darin noch keine alle Großmächte zufriedenstellende Lösung erblicken. — „Heute gilt es, die Gefahr zu mindern, die in der Stunde nach Österreichs Einmarsch droht. Man kann das Unvermeidliche, die fast schon vollzogene Tatsache bedauern, aber man kann nicht dagegen anrennen, und muß seine Kombination, statt auf Voraussetzungen, die nicht zutreffen, auf die Basis des wirklichen und möglichen bauen. — Sir Edward Grey ist ein Staatsmann, dessen Erfahrung wir alle hoch bewerten und dessen aufrichtig

friedliches Streben in diesem Augenblick — obgleich nach seiner Rede die Neutralität Englands zumindest fraglich bleibt — keinem Zweifel unterliegt. Es wäre wünschenswert, daß er seine Bemühungen den realen Verhältnissen der gegenwärtigen Stunde anpaßte, und daß er den Weg fände, auch in der militärischen Lage das Erreichbare in den Vordergrund zu stellen".

Bemerkenswert ist, daß eine „Times"meldung aus Petersburg über die Mobilisierung von 14 russischen Korps ohne Äußerung wiedergegeben wird.

Aus London verlautet: „Günstigere Stimmung in England". Hervorgehoben wird ein Artikel des „Standard", der eine Strafexpedition für berechtigt hält und Österreich kein Hintergedanken zugeschrieben wissen will.

Das Abendblatt bezeichnet es als besonders wichtig, daß einer Erläuterung zufolge Grey nur an eine Vermittlung zwischen Wien und Petersburg denke, eine andere sei ja auch aussichtslos, meint das Berl. Tabl. Es kritisiert den Plan einer Konferenz nicht, plädiert nur dafür, daß Österreich seine militärischen Operationen nicht einzustellen brauche.

Aus Petersburg wird nur eine „gewisse Spannung" gemeldet, das hindert aber nicht die Wiedergabe eines Gerüchtes, laut dem die westlichen Korps schon mobilisiert würden. Der Pariser Korrespondent verzeichnet sogar einen ausgesprochenen Optimismus. Die Besuche Schöns am Quai d'Orsay würden als Zeichen der Entspannung angesehen.

Die „Vossische Zeitung" vom 28. bringt den Konferenzvorschlag in Großaufmachung, hat aber wenig dazu zu sagen. Sie fordert eine energische Aufforderung an Rußland, die militärischen Maßnahmen einzustellen. Ihr Londoner Redaktionsmitglied sieht die dortige Stimmung als ruhig an, hält sie aber für überwiegend serbenfreundlich.

Nun die kennzeichnendsten Sätze aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 28. (Vorabendblatt). „Durch die bestimmten Erklärungen der deutschen und italienischen Diplomatie steht fest, daß der Dreibund in ruhiger Entschlossenheit treu zusammensteht und den Austrag der österreich-serbischen Angelegenheit von keinem Dritten stören lassen wird. Die russische Diplomatie weiß genau, daß eine feindselige Einmischung in den Konflikt für den Dreibund den Bündnisfall bedeutet. — In England besonders, aber auch in Frankreich will man Serbiens wegen keinen europäischen Krieg entfachen und bemüht sich, Rußland zu beschwichtigen und es zu veranlassen, einer Lokalisierung des Konfliktes zuzustimmen. Eine eifrige diplomatische Arbeit im Interesse

des Weltfriedens hat eingesetzt und man darf hoffen, daß sie von Erfolg gekrönt sein wird".

Aus der Tatsache, daß Österreich den Krieg noch nicht erklärt hat, schöpft man die Hoffnung, Serbien werde seine Antwort vielleicht noch revidieren.

„Vielleicht, so sagt man in Paris, wäre es gut, die Österreicher in Serbien einrücken zu lassen. Da das serbische Heer sich zurückgezogen hat, dürfte es zu keinem Zusammenstoß kommen. Dann nähme das österreichische Vorgehen den Charakter einer Strafexpedition an und dann könnten die nicht beteiligten Mächte das Kabinett von Wien darauf aufmerksam machen, daß Österreich eine volle und genügende moralische Satisfaktion erhalten habe". (Wieder also „Halt in Belgrad").

Als großes Ereignis werden die M.N.N. die Unterredung Sasonows und Szaparys (vom 26.). Da liege vielleicht die Entscheidung zum Frieden.

Der Petersburger Bericht enthält eine als halbamtlich bezeichnete Verlautbarung der „Börsenzeitung": Rußland könne keine slawische Macht im Stich lassen, es sei aber bereit, alle gerechten Forderungen Österreichs zu unterstützen. — Die gemäßigten Kreise in Rußland rechneten mit einem Nachgeben Wiens. Eigentliche Kriegsstimmung herrsche in der Bevölkerung nicht.

Anknüpfend an einen Artikel des „Matin" schreiben die M.N.N.: „Es heißt aber die Situation vollkommen verkennen, wenn man glaubt, Deutschland werde irgendeinen Druck auf Österreich-Ungarn ausüben.

Wichtig für unsere Betrachtung im Morgenblatt die Äußerung, die Mobilisierung einer Großmacht bedeute noch nicht unbedingt den Krieg.

Das „Vorabendblatt" des 29. dürfen wir noch zum vorhergehenden Tag rechnen.

„In diplomatischen Kreisen wird die weltpolitische Lage augenblicklich etwas günstiger gesehen.

Aus London: „Die Situation gilt heute hier für hoffnungsvoller dank der Wiederaufnahme der direkten Besprechungen zwischen Petersburg und Wien und dank Greys Vermittlungsvorschlag, den Frankreich bereits angenommen hat und den die hiesige öffentliche Meinung einmütig unterstützt. Wenn Serbien von den Forderungen Österreichs acht annahm und die übrigen zwei nicht formell ablehnte, so sieht man darin Rußlands Werk und einen positiven Beweis dafür, daß Rußland keinen europäischen Krieg wünscht. Die serbische Antwort hat hier ohne Zweifel eine gewisse Reaktion zu Serbiens Gunsten ausgelöst und die Ansicht ist allgemein,

daß sie wenigstens eine Grundlage für eine freundschaftliche Diskussion der neutralen Mächte liefert". (Entspricht genau Greys Ansicht und Vorschlag am 27.). — „Petersburger Depeschen sprechen anerkennend von Deutschlands Friedenstätigkeit. Die „Times" meint, der Friede sei gesichert, wenn Deutschland wirklich bereit sei, mindestens so guten Rat in Wien zu geben als Frankreich in Petersburg es möge".

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" unterstreichen nochmal die österreichische Erklärung, keine Annexionsabsichten zu haben. Österreich wolle das Heer der Südslawen nicht noch mehr vermehren, sondern nur den Brandherd austreten und der Legende vom Zerfall Österreichs ein Ende machen.

Und nun folgt auch hier eine Vorwegnahme des letzten einigermaßen aussichtsreichen Vermittlungsvorschlages der deutschen und englischen Diplomatie, — der „Halt in Belgrad". — „Möglich darum und möglich auch aus anderen Gründen, daß mit der Besetzung von Stadt und Festung Belgrad, mit dieser Demonstration, der eine tiefe moralische nicht fehlen kann, dem Sturm Einhalt getan wird". — „wie ja auch jetzt schon in Wut aus der Rechnung gestrichen ist, an was sich die russische und französische Phantasie so gläubig hielt: Englands nicht nur reservierte, sondern eiskalte Haltung. Diese Politik, die so manches Luftschloß zerstört, legt sich wie ein Alpdruck auf alles nationalistisches Hochgefühl im Osten und Westen". — Weiter heißt es in diesem Artikel, auch die Geschlossenheit des Dreibundes wirke abkühlend, für den der Fall des Bundesgenossen geradezu eine Herzensangelegenheit bedeute, da eine Vernichtung der Donaumonarchie gegen seine eigenen realsten Interessen verstoße. — Ausdrücklich wird dabei auch Italien einbezogen. (Dieser Optimismus wohl in erster Linie durch den schon angeführten Leitartikel des „Corriere della Sera" herbeigeführt).

Deutschlands gewaltige Stärke und Englands Zurückhaltung seien am wertvollsten für den Frieden.

„Wir wollen, daß — eine Kette von Verbrechen ihre Sühne finde. Was aber wollen Rußland und Frankreich, wenn anders man hier den Tempel des Janus öffnet? Hier will man auf die Gefahr einer allgemeinen Explosion des Weltkrieges hin Deutschland und den Dreibund auf die Knie zwingen". — „An der Newa hat die Regierung jedenfalls keinen Zweifel daran gelassen, daß einer förmlichen Mobilisierung der russischen Armee sofort die Mobilisierung des deutschen Heeres folgen werde".

„Momente der Beruhigung" —. Hierunter wird vor allem die Rückkehr des Kaisers begriffen. Weiter: die Mobilisierungsmaßnahmen der rus-

sischen Armee müßten zwar beunruhigend wirken, doch seien sie nicht gefährlich, wenigstens direkt nicht, da sie ja nicht das erste Mal getroffen würden.

Die L.N.N. hoffen auch noch auf die „moralischen Gründe, die Rußland wahrscheinlich zwängen, dem österreichischen Vorgehen zuzuschauen.

An Wien ergeht die Mahnung, schnell zu handeln und auch den kleinsten Mißerfolg zu vermeiden, da ein solcher katastrophale Folgen haben könnte.

Auch die „Germania" glaubt sich am 28. eine „Ruhigere Betrachtung der Lage" gestatten zu können. — „Als das Ultimatum an Serbien bekannt geworden war, suchten französische wie russische Blätter den Eindruck zu erwecken, als ob der französisch-russisch-englische Dreiverband dieselbe Auffassung von der Lage teile. Das war ein ganz grober Täuschungsversuch, dem alsbald von England aus so wirksam entgegengetreten wurde, daß er nicht verfangen konnte. Alle englischen Stimmen, die seit der Überreichung des Ultimatums in Belgrad bekannt geworden sind, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß England nicht im entferntesten daran denkt, sich in den Konflikt in dem Maße einzumischen, wie die Kriegslustigen in Paris und Petersburg es wünschen. Die englische öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse bis jetzt zum Ausdruck gekommen ist, steht überwiegend auf der Seite Österreichs und hat verflucht wenig für die serbische Mordgesellschaft übrig". — Man wird zugeben müssen, daß alle die hier vorgeführten Argumente nicht geeignet sind, diejenigen zu ermuntern, die auf die Erweiterung des österreich-serbischen Konfliktes zu einem europäischen Krieg hinarbeiten möchten".

Direkt auf Rußland zielt der Leitartikel am Abend: „Panslawistische Träume". Er setzt diesem „russischen Größenwahn" das Vertrauen auf die Friedensliebe von Kaiser und Zar gegenüber sowie die Entschlossenheit des Dreibundes. — „Es besteht nur die Besorgnis, daß der Zar dem stürmischen Andrängen der Panslawisten auf Krieg auf die Dauer nicht widerstehen kann". — Der Panslawismus wird als der Erzfeind der europäischen Kultur gebrandmarkt. — „Die gewaltige Macht Deutschlands ist der starke Wall, an dem bisher alle panslawistischen Träume sich brachen, daher will der Panslawismus als erstes Werk im Bunde mit Frankreich und, wie er aber vergeblich hofft, mit England nicht nur Österreich, sondern auch Deutschland niederwerfen".

„Auch die „Germania" hebt den „erfreulichen Hintergrund" und die „gute Absicht" des englischen Konferenzvorschlages hervor, doch ist sie

mit dem sachlichen Inhalt natürlich nicht einverstanden. Österreichs Strafexpedition sei nicht aufzuhalten. — „Das ist, es kann nicht oft genug hervorgehoben werden, nicht nur die Auffassung Österreichs sondern auch Deutschlands und Italiens, und sie werden nicht dulden, daß eine andere Macht in diese Exekution sich einmische. — Das erste Erfordernis zur Sicherung des Friedens ist jetzt, daß Rußland jeden Gedanken an ein Einschreiten zugunsten Serbiens aufgibt, solange letzteres nicht seinen Verpflichtungen gegen Österreich in dem von diesem geforderten Maße nachgekommen ist".

Der Pariser Vertreter berichtet „über einige Beruhigung in Frankreich", und er teilt einen Artikel des „Figaro" mit, der ebenfalls einen Vorschlag im Sinne des „Halt in Belgrad" macht.

Auf einen ähnlichen Ton ist natürlich die westdeutsche Parteigenossin, die „Kölnische Volkszeitung" gestimmt.

„Man hat keinen Grund, in die Aufrichtigkeit der englischen Friedensabsichten einen Zweifel zu setzen". — Österreich dürfe sich aber auf keinen Fall in einen faulen Frieden einlassen. — „Wir wiederholen, die Vermittlung muß vor allem den Weg über Petersburg nach Kragujewatz in Serbien gehen. Dann wird man in Wien auch auf guten Willen stoßen".

Mit „Nibelungentreue" wendet sich die K.V.Z. gegen mögliche falsche Auslegungen des deutschen Schrittes in Paris (Deutschland habe die Note vorher nicht gekannt) als Abrücken von Österreich. „Deutschland hat sich nicht zurückgezogen, es billigt die österreichische Note ohne Rückhalt, es hält am casus forderis fest und will sein Ansehen vor Europa und seine Bundestreue nicht um das kleinste Titelchen kompromitiert wissen".

Die Berliner Schriftleitung teilt die freundliche Aufnahme des englischen Vorschlages in Berlin mit, soweit es sich um die Vermittlung zwischen Petersburg und Wien handele. Auch Wien werde einen solchen Vorschlag nicht ohne weiteres abweisen. — Aber dann heißt es wieder in der alten Formel, die den nachträglichen Leser allmählich zu reizen vermag: „Jeder Druck auf Wien ist in diesem Augenblick ein feindlicher Akt".

Dem Verfasser dieses Berichtes scheinen sogar schon die allgemeinen Beteuerungen der deutschen Friedensliebe zu viel zu sein, denn er glaubt mahnen zu müssen, diese nicht als Zeichen der Schwäche auszulegen und warnt besorgt vor jeder „Flaumacherei".

„Man kann demnach die Auffassung über die derzeitige Lage zusammenfassen, daß die Hoffnung, den Konflikt unter den Großmächten

zu verhindern, auch heute noch berechtigt ist und Aussichten hat, daß aber im übrigen die Situation nach wie vor ernst ist. — Bis jetzt liegt die Gefahr des Weltkrieges und die Verantwortung dafür allein in Petersburg, denn in Deutschland ist noch kein Regiment mobilisiert worden".

Die im allgemeinen doch bereits abgespielte Platte von der „menschlichen Sympathie" und den „Königsmördern" legt die „Essener Volkszeitung" am 28. nochmal auf.

Dann sucht man hier, ganz wie auch sonst, so in der K.Z. und der F.Z. Rußland gewissermaßen auf eine Art Internationalisierung des Konfliktes nach Beendigung der militärischen Maßnahmen zu trösten. — „Und wenn er (der Zar) einer Änderung des Gleichgewichtes auf dem Balkan nicht indifferent zuschauen kann, so wird sicherlich bei der endgültigen Ordnung der Dinge die Stimme Rußlands umso eher gehört werden, je mehr es bei dem Kampf zwischen Österreich und Serbien strengste Neutralität beobachtet".

Und nun ein Fanfarenstoß! „Es geht los!" — „Nur ein österreichserbischer Krieg oder schon der Weltkrieg? Wir hoffen noch, daß der Weltkrieg vermieden wird, aber es muß festgestellt werden, daß die Volksstimmung auch vor dieser Möglichkeit nicht zittert. Wenn es zur Kraftprobe unter den Mächten kommen muß, ist der Zeitpunkt so günstig, daß wir keinen Anlaß zu feigem Betteln um Verzögerung haben. Das Eisen ist heiß, jetzt muß es geschmiedet werden".

Die „Rheinisch Westfälische Zeitung" hat nun, am 28., ihre Habsburgfeindschaft ganz beiseite gestellt, was ihr besonders durch die österreichische Erklärung des territorialen Desinteressements erleichtert wurde, und sieht jetzt als nationalistisches Blatt nur noch auf die europäische Gesamtsituation, mit bevorzugtem Blick nach Frankreich.

Ein Berliner Artikel ist, kennzeichnend für die Wandlung, überschrieben: „Unser Selbstvertrauen". — Der Verfasser sieht in dem französischen Zweifel an der militärischen Schlagfertigkeit einen der wesentlichsten Friedensfaktoren. Er glaubt, daß in Paris die Gefährlichkeit der engen Bindung an Rußland aufdämmere. Die Gesamtsituation sei für den Dreiverband ungünstig. — „Im übrigen muß zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Deutschland nochmals betont werden, daß wir gerade vom militärischen Standpunkt aus allen Grund haben, jede Sorge weit von uns zu weisen".

Noch deutlicher, nur erklärlich aus einem sicheren Gefühl für die aussichtslos festgefahrene europäische Staatengesellschaft ist der Umschwung im Abendblatt.

Man stellt die Aussichtslosigkeit des Greyschen Planes fest. Österreich-Ungarn könne jetzt nicht mehr zurück, es ginge jetzt auf Biegen und Brechen. Die Erhaltung des Weltfriedens liege in der Hand des Zaren.

Selbstverständlich ist es, daß der „Vorwärts“ den englischen Konferenzplan begeistert aufnimmt.

„Das ist ein für alle Teile billiger Vorschlag. Jede berechtigte Beschwerde Österreichs darf unter diesen Umständen auf Befriedigung rechnen. Darauf darf es bei Deutschlands und Italiens Mitwirkung zuversichtlich bauen“. – Eine Verschleppung sei unter diesen Umständen auch nicht zu befürchten, da alle Großmächte ehrliches Interesse an der Konsolidierung der Verhältnisse hätten. Einen außerordentlichen Leichtsinn stelle es dar, trotz der dortigen revolutionären Bewegung, auf die russische Nichteinmischung zu bauen. — „Nicht der Zarismus ist im Augenblick die schlimmste Kriegsgefahr, sondern das übelberatene Österreich, das in der wahnwitzigen Illusion lebt, es brauche nur das Signal zu geben, damit ganz Europa Generalmarsch blase und die Blüte seiner Jugend als Sühneopfer für die Ermordung seines Thronfolgers darbringe“.

Nach einer abschreckenden Schilderung des modernen Krieges in den schwärzesten Farben, die aber dem, was dann wirklich kam, auch in dieser pazifistischen Zweckphantasie noch nicht entsprechen, folgt der pathetische Protestruf: „Wofür? Für ein noch so geringes Interesse des deutschen Volkes? Bewahre! Weil die k. u. k. Machthaber in Wien sich durch eine halb brutale, halb läppische Politik innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen eine Serbengefahr großgezüchtet haben, mit der sie leicht anders als durch blinde Gewalt fertig zu werden vermöchten, deshalb sollen die Leiber von Deutschlands bester Jugend fremdem Acker zum Dung dienen?“.

Und wenn dann der „Vorwärts“ das „kapitalistische Wirtschafts- und Staatensystem“ für die ganze verfahrene Situation verantwortlich macht, so müssen wir ihm zum guten Teil recht geben, wenn auch nicht vom moralisch-doktrinären, sondern vom historischen Standpunkt aus.

Zusammenfassung.

Trotz natürlich zahlreicher Besonderheiten im einzelnen bieten auch am 28. unsere Zeitungen, außer dem „Vorwärts“, ein im großen einheitliches Bild. Eine Hinneigung zu günstiger Auffassung der Lage ist allgemein nicht zu übersehen und drückt sich schon in den Überschriften

aus. Wir dürfen diese stimmungsmäßige Hebung wohl als echt ansehen, da sie sich allenthalben, auch in der hohen Politik findet. Die in dem Konferenzvorschlag sinnfällig gewordene, für den Frieden natürlich als hoch bedeutsam eingeschätzte englische Vermittlungstätigkeit (trotz sachlicher Ablehnung), die überwiegend eine Beruhigung verzeichnende Pariser, Petersburger und Londoner Berichterstattung, sind in erster Linie dafür die Ursache. Sodann spielt wohl auch die jetzt als sicher verzeichnete italienische Bundestreue — basierend auf einer optimistisch übertreibenden (offiziösen, da überall der Wortlaut gleich) Auslegung einer italienischen Botschaftererklärung in Wien und auf willkürlich herausgegriffene Presseäußerungen — und vielleicht auch einfach die Tatsache eine Rolle, daß die Krise immerhin schon einige Tage alt ist, ohne daß die Katastrophe bis jetzt erfolgte.

Ausgesprochen auffällig ist die günstige Einschätzung Englands, die Überschätzung seiner grundsätzlichen Friedensbereitschaft, am deutlichsten in der „Germania" und den L. N. N. Demgegenüber fällt die Londoner Warnung der Fr. Z. im Gesamteindruck wenig auf.

Frankreich und Rußland werden durchweg als eine außenpolitische Einheit gesehen, man gibt sich da keinen Illusionen hin.

Im übrigen hat sich in den Betrachtungen der deutschen Presse an der Annahme einer „ausschlaggebenden Schlüsselstellung Rußlands" nichts geändert, so wenig wie in ihrer völlig Österreich verpflichteten Haltung, dabei heben sich Fr. Z. und N.W.Z. durch ihren kühleren Ton vor den anderen heraus, bei denen die Solidaritätskundgebungen für Österreich sich manchmal sozusagen in einem Rauschzustand der Treueversicherung kundtun.

Im Nachrichtenteil fallen die vielen Zitierungen ausländischer Pressestimmen auf (nur zum kleinsten Teil von uns angeführt), die an „die bekannte Friedensliebe des deutschen Kaisers" appellieren[23].

Erwähnt zu werden verdient auch noch die augenfällige Tatsache, daß sehr oft innenpolitische Schwierigkeiten der möglichen Gegner (irische Frage, besonders russischer Streik) als Indiz für die Erhaltung des Friedens verwandt werden.

Man hat allgemein keinen Blick dafür, — in solcher Situation nicht verwunderlich — wie schnell in einer aufflammenden nationalen Er-

[23] Vielleicht gibt gerade diese damalige verbreitete Einschätzung des Kaisers einen Fingerzeig, warum gerade, nämlich mit aus der „Enttäuschung", sein Bild dann später in der ausländischen Presse so maßlos verzerrt wird als das des skrupellosen Weltbrandstifters.

regung solche geringeren inneren Schwierigkeiten untergehen, obwohl doch gerade das österreichische Beispiel zeigte, daß sogar riesengroße innenpolitische Probleme wenigstens zeitweise in einer Welle der Kriegsbegeisterung verschwinden können.

Die Presse am 29. Juli.

Der 29. bringt mit der Bekanntgabe der österreichischen Kriegserklärung einen Abschnitt der Krise zum Abschluß, in dem eine Vermittlung zwischen Österreich und Serbien wenigstens denkbar war, wenn auch die hier untersuchten Blätter sie rundweg ablehnten, außer „Vorwärts" und Fr. Z., als für Österreich nicht tragbar.

Im verhängnisvollen Ablauf der Julikrise kommt der österreichischen Kriegserklärung ein sichtbarer Platz zu — schauen wir, wie unsere Blätter am 29. auf die veränderte Lage reagieren oder wie weit sie ihnen überhaupt als verändert zu Bewußtsein kommt.

Die erste Ausgabe der „Kölnischen Zeitung" bringt die Kriegserklärung zunächst ohne Bemerkung.

Ungünstig lautet das Petersbürger Telegramm, das von einer Kriegsstimmung und von einer Hetze gegen alles Deutsche spricht.

„Die Haltung Italiens" — „Der „Corriere della Sera" erklärt in offener klarer Weise, Italien werde die Pflichten als Dreibundmacht gegenüber den Verbündeten in vollstem Maße erfüllen".

Int Fettdruck wird die Erklärung der „Westminster Gazette" angeführt, laut der auch nach der österreichischen Kriegserklärung noch eine Isolierung möglich sei, wenn Österreich nochmal sofort erkläre, kein serbisches Gebiet zu beanspruchen und die serbische Souveränität nicht anzutasten.

Der Wiener Vertreter verzeichnet eine günstige Aufnahme der Rede Greys (Offenbar die Unterhauserklärung vom 27. — Sachliche Darlegung der Dinge ohne Anklage, Hinweis auf das Entgegenkommen der serbischen Antwort und die Möglichkeit, sie als Verhandlungsgrundlage zu nehmen). Es sei vorläufig kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß die Lokalisierung nicht gelingen werde.

Das 2. Morgenblatt hebt als wichtigstes Symptom die Regierungserklärung in den russischen Blättern hervor, deren wichtigster Satz lautet: „Die Regierung hofft, daß die patriotischen Kundgebungen des Volkes nicht eine Färbung des Übelwollens gegenüber den Mächten annehmen,

mit denen sich Rußland in Frieden befindet und weiter zu befinden wünscht".

Mittags: Aus Wien: „Allgemeine Kriegsbegeisterung".

„Wer das sieht und hört, weiß, das ist Volkesstimme, Volkeswille. Da gibt es kein Halten mehr, diesem Sturm muß sein Lauf gelassen werden".

Der Leitartikel bemüht sich nochmal auf den Ausgangspunkt zurück: „Österreich-Ungarns Recht" — Die serbische Note wird mit ärgerlicher Anerkennung „ein Meisterstück balkanischer Diplomatie genannt" und der österreichischen Antwort darauf volles Recht gegeben. Dem Eindruck, daß die serbische Antwort auf den ersten Augenblick frappierend wirke, kann sich die K.Z. auch nicht entziehen, sie bezeichnet aber die kriegerische Antwort darauf als äußerste Notwehr. Auch der Leitaufsatz des Abendblattes beschäftigt sich wieder mit dem engeren österreich-serbischen Streitfall, anscheinend will man dadurch die Notwendigkeit der Kriegserklärung der Öffentlichkeit besonders sinnfällig machen, als Gegengewicht auch wohl gegen den nicht wegzuleugnenden Eindruck des weiten Nachgebens der serbischen Note, die ja jetzt im Wortlaut allgemein bekannt ist. — Es werden die uns ja zur Genüge bekannten serbischen Sünden alle nochmal aufgezählt.

Merklich von diesem Rahmen absticht der wichtige Bericht des Korrespondenten aus London: „England zur Tagesfrage". Einleitend gibt er einen Abriß der serbischen Geschichte, unpolemisch, voll Verständnis für die schwierige Lage eines solchen Kleinstaates zwischen den Großmächten, kommt aber auch nicht an dem Ergebnis vorbei: „Serbien ist seine jetzige Lage selbst schuld". — Er läßt eine ausführliche Wiedergabe der „Westminster Gazette" folgen, in der ja, nicht ganz mit Recht, die K. Z. die engere englische Kollegin erblickt. — Dieser Aufsatz also zeigt Verständnis für die gefahrvolle Lage Österreichs. — Aber, so fügt der Deutsche hinzu: „Für den leidenschaftslosen Ausländer scheint es unglaublich, daß Österreich das unermeßliche Wagnis eines weitausgedehnten Krieges auf sich nehmen sollte, um Serbien zu züchtigen". Österreich müsse zumindest erneut an Petersburg die Erklärung der Unverletztlichkeit von Serbiens Gebiet und Souveränität abgeben[24].

Aus Paris wird eine Beruhigung der französischen Presse gemeldet.

Die „Kreuzzeitung" vom 29. unterstützt den neuen österreichischen Entschluß durch einen energischen Begleitartikel: „Auf Biegen

---

[24] Vgl. die Warnung desselben Korrespondenten am 19. 7. (S. 44).

und Brechen" — „Mehr und mehr drohte durch Einmischung des gänzlich unbeteiligten Rußland die politische Fragestellung dahin abgeändert zu werden, ob Österreich-Ungarn das Recht habe, nach eigenem Ermessen und nach Maßgabe der Notwendigkeiten eine von aller Welt als richtig erkannte Rechnung mit einem Nachbarland in Ordnung zu bringen. Auf diese im Konferenzvorschlag Sir Edward Greys zum Ausdruck gekommene Frage hat die österreich-ungarische Regierung nunmehr die einzig gegebene und würdige Antwort gefunden, indem sie Serbien ex officio den Krieg erklärte und damit ein fait accompli geschaffen hat, an dem nicht mehr zu rütteln ist. In Petersburg liegt die Entscheidung über den Frieden Europas, und alle Bemühungen um die Lokalisierung des Krieges müssen sich deshalb an die russische Adresse, nicht an diejenige Österreichs oder Serbiens wenden".

„Die äußere Politik der Woche". Diese Übersicht beginnt mit einer Polemik gegen „das anmaßende russische Schiedsrichteramt" Doch: die russisch-französische Verschwörung habe das Spiel zu früh begonnen, da sie ja erst 1916 mit ihren Vorbereitungen fertig sein würde. Darum handele es sich wahrscheinlich nur um Einschüchterungsversuche ohne letzten kriegerischen Einsatz.

Dieser optimistische Satz leuchtet einmal in einen besonderen gedanklichen Hintergrund hinein, in das Spiel mit dem Bluff, von dem man weiß, daß man es selber weitgehend betreibt, indem man kräftig mit dem Säbel rasselt, in der, manchmal auch ausgesprochenen, Hoffnung, ihn gerade darum nicht ziehen zu brauchen, und von dem man deshalb auch ohne weiteres annehmen darf, daß die anderen es genau so machen. — Dieses schöne Spiel, die ganze Politik der Vorkriegszeit ist besonders typisch dafür, geht sehr lange gut, bis dann eines Tages in diesem wechselseitigen Hin und Her doch soviel Spannung erzeugt worden ist, daß der richtige Donnerschlag schon erfolgt ist, während sich die Zuschauer noch damit zu beruhigen suchen, es sei ja wiederum bloß Theaterdonner! Wenn der Historiker nicht eine solche berechtigte Scheu vor angeblich präzisen Formeln hätte, so könnte man vielleicht sogar den ganzen Juli 1914 auf diese Formel bringen.

Das Abendblatt zeigt den Beginn des Telegrammwechsels zwischen Kaiser und Zar an. — Weiterhin kommt ein General zu Wort zu einer militärischen Betrachtung über die russische Mobilmachung. Er bezeichnet die offensichtlichen russischen Vorbereitungen schon als Mobilmachung und fordert von der deutschen Regierung, ihre Einstellung zu verlangen. —

Aus Paris kommt beruhigende Kunde: „Frankreich nicht kriegslustig". — Niemand in Frankreich glaube, daß die Gelegenheit zur Abrechnung mit Deutschland gekommen sei.

Die „Frankfurter Zeitung" sieht durch die österreichische Kriegserklärung die Situation als nicht wesentlich verändert an, was einigermaßen auffällig ist, da sie sonst sehr leicht geneigt ist, auf energisches Auftreten mit erschrecktem Zusammenzucken zu reagieren. — Sie fordert als Ausweg, Rußland müsse über das Schicksal Serbiens nach dem Kriege wirkungsvoll beruhigt werden, auf dieser Basis sei eine Vermittlung in Petersburg nicht aussichtslos.

Aus Petersburg wird immer noch „Schwankende Stimmung Rußlands" gemeldet.

Die Berliner Schriftleitung untersucht „Die Möglichkeiten einer Vermittlung" und kommt zu dem Ergebnis, sie zwischen Österreich und Serbien als endgültig gescheitert anzusehen. Sie setzt nun ihre noch verbliebene Hoffnung auf direkte Besprechungen zwischen Wien und Petersburg. Auch hier wird Rußland zu beruhigen versucht durch eine Art Garantiezusicherung aller Neutralen für den Bestand Serbiens nach vollzogener Bestrafung. Der Verfasser beruft sich dabei auf den uns schon bekannten Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 26., der ja eine deutsche Mitwirkung dabei ausdrücklich zusagt.

Sehr aufschlußreich nun der Begleitaufsatz der 3. Morgenausgabe. „Der Krieg und die Mächte". — Natürlich beherrscht auch hier Rußland das Bild. Das Wichtigste für uns: Militärische Maßnahmen Rußlands werden als tatsächlich getroffen und als verständlich vorausgesetzt. Bei der Langsamkeit der russischen Mobilmachung sei es natürlich, daß man dort früher beginne. Doch stünden die russischen Vorbereitungen den diplomatischen Aktionen noch nicht im Wege.

Hier wird am klarsten die Feststellung unterstrichen, die wir oben schon einmal vorwegnahmen — mit wieviel verhältnismäßiger Ruhe die deutsche Öffentlichkeit weithin trotz ihres unverhohlenen Antagonismus gegen den ihr so unsympathischen Riesenkomplex jenseits der Weichsel, die Tatsache russischer Kriegsvorbereitungen zur Kenntnis nahm, sie beinahe, wie hier in der Fr. Z. ausgesprochen, als selbstverständlich voraussetzte. — Dieselben Mobilisierungsmaßnahmen, die wir heute als das wichtigste vorwärtstreibende Element dieser Katastrophentage erkannt haben! — Dies wurde wohl herbeigeführt in erster Linie durch die frische Erinnerung an ähnliche und harmlos abgelaufene Vorgänge während der Balkankriege. Es fehlte auch das klare Wissen um die katastrophale, un-

vermeidliche Tendenz solcher militärischen Vorbereitungen, von Tag zu Tag mehr das Gesetz auch des politischen Handelns an sich zu reißen.

Ich zitiere weiter aus diesem Leitartikel: „Die Lokalisierung ist jetzt die Aufgabe des Tages, und ihre Aussichten sind im Grunde nicht schlechter geworden. — Wie stark alle Großstaaten (Man muß jetzt wohl sagen, mit Ausnahme Österreichs) das Bedürfnis nach Frieden haben, hat gerade gestern die allgemeine spontane Überschätzung der Aussichten des Greyschen Vorschlages gezeigt. — In Berlin, in Petersburg, in Rom, Paris und London, überall ist der Wille zum Frieden das vorherrschende Motiv. Wo aber ein Wille ist, da sollte auch ein Weg sein".

Und nun, in dieser Deutlichkeit zunächst einsam auf weiter Flur, eine weitere Warnung des englischen Korrespondenten. — „Sollte aber der Friede zwischen den anderen Großmächten nicht bestehen bleiben und Frankreich in den großen Konflikt verwickelt werden, so möge man sich in Deutschland keinen Illusionen über Englands Stellung hingeben. England wird kaum tertius gaudens bleiben, sondern zur Wahrung des europäischen Gleichgewichts mit Frankreich eingreifen".

Das Abendblatt hebt sich durch seine erneute Kritik an Österreich aus dem gleichgestimmten Chor hervor, ohne aber, und das ist ausschlaggebend für die Gesamthaltung, im Punkte Rußland von der allgemeinen Tendenz abzuweichen, von der ja sogar der „Vorwärts" nicht völlig abweicht.

— „Österreich sucht doch offenbar Sicherungen gegen die großserbischen Aspirationen. Wie es diese erlangen will, weiß die Öffentlichkeit bisher nicht. Davon, ob Rußland die Ausführung dieser Absichten für erträglich hält, wird es ankommen, ob es ruhiger Zuschauer bleibt".

Aus Paris: „Friedliche Stimmung in Frankreich".

Für das „Berliner Tageblatt" (29.) bedeutet die österreichische Erklärung keine Überraschung.

Weiter heißt es, die Börse biete keine Anzeichen dafür, daß die Krise in Petersburg akut sei.

Eine große Bedeutung mißt das liberale Blatt dem Manifest der russischen Regierung gegen die chauvinistischen Kundgebungen bei, und hebt natürlich den Satz hervor, der von den Mächten spricht, mit denen Rußland weiterhin in Frieden leben möchte. — „Diese abwartende Ruhe kann natürlich so gedeutet werden, daß Rußland Zeit gewinnen will, um seine militärischen Maßregeln zu vervollständigen. Man kann ebenso gut auch annehmen, daß Rußland erst sehen will, wie weit Österreich in

seinen kriegerischen Aktionen zu gehen gedenkt, und was es schließlich bei der Regelung der serbischen Angelegenheit fordern wird". — Nichts sei bisher geschehen, was dazu berechtige, die Hoffnung aufzugeben. Alles komme darauf an, daß die ersten Kriegstage ohne überraschendes und katastrophales russisches Eingreifen vorüber gingen.

Aus dem Pariser Bericht ein Zitat: „Eine Pariser politische Persönlichkeit, die ich heute nach dem Eindruck von der deutschen Ablehnung (von Greys Vorschlag) fragte, antwortete mir: Der Eindruck ist schlecht. Wieder einmal verstehen wir Deutschland nicht. Deutschland hat den Schlüssel der Situation in Händen, aber es handelt nicht".

Der Petersburger Korrespondent teilt mit: Die Möglichkeit einer Lokalisierung durch bindende Erklärung Rußlands scheide aus. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liege nun in London und Berlin.

Aus London verlautet nichts Erfreuliches. Es wird die „Pall Mall Gazette" angeführt, die sich deutlich für eine unbedingte Unterstützung Frankreichs ausdrückt.

„Die Situation" (abends) — Man suche allgemein nach einer Verhandlungsbasis. Weder zu Pessimismus noch zu Optimismus sei Grund vorhanden. — Als besonders bemerkenswert wird die Nachricht aus Pariser Quelle angeführt, Sasonow würde die Besetzung Belgrads nicht als Kriegsgrund ansehen.

Mit einiger Besorgnis werden nun doch, neben der Deroute an der Börse, die russischen Rüstungsmaßnahmen betrachtet.

Die „Vossische Zeitung" (29.) erfährt aus London: Die österreichische Kriegserklärung habe starken Eindruck hinterlassen, die Stimmung sei entsprechend ernster geworden, die englische Flotte unterliege intensiven Vorbereitungen.

Eine Stimme aus der ursprünglichen öffentlichen Meinung verdient wohl eine Anführung, eine Zuschrift aus dem Leserkreis, obwohl sie nur in die uns schon zur Genüge bekannte Kerbe haut, oder vielmehr deswegen besonders.

Also: Deutschland könne Österreich nicht zurückhalten, allein auf Rußland müsse sich die Aufmerksamkeit richten. Auch die Ursache dieser Krise liege letzten Endes im französisch-russischen Bündnis. — Doch wie Frankreich und England sich geeinigt hätten, so könnten sich doch auch Zweibund und Dreibund verständigen. (Fürwahr in diesem Augenblick das Ei des Kolumbus!).

Die Nachricht von dem ernsten Eindruck der österreichischen Kriegserklärung in England hat die Voss. Z. nicht sonderlich beeindruckt, sie steht auf dem Standpunkt, die Lage habe sich dadurch nicht verändert. —

Mit Genugtuung wird auf die englische Presse verwiesen, da sie erklärte, die deutsche Ablehnung der Botschafterkonferenz bedeute kein Ende der Vermittlung. — Und dann wieder die alte Formel — die Entscheidung liegt beim Zaren.

Die Feststellung auch ohne Bündnis müßte Deutschland zu Österreich stehen, verdient Beachtung, da sie klar den realpolitischen Hintergrund der gefühlsbetonten Nibelungentreue zu erkennen gibt. — „Mit der Zertrümmerung Österreich-Ungarns würde das europäische Gleichgewicht vernichtet und die Macht des Zarentums derart gesteigert, daß Deutschland sich einem späteren Krieg unvermeidlich ausgesetzt sähe unter den denkbar ungünstigsten Umständen. Es ist, wie schon Bismarck erklärte, ein Lebensinteresse Deutschlands, daß Österreich-Ungarn als ungeschwächte Großmacht erhalten bleibt. Welches Interesse aber hätte England daran, Rußland zu einer Machtstellung zu verhelfen, die im letzten Ende gerade England zum schwersten Schaden gereichen müßte, nicht nur im nahen Osten, wo es überall auf die russischen Eroberungsgelüste stößt, sondern auch in Asien, wo die russische Politik Schritt für Schritt gegen Indien gerichtet ist"? — Die ganze Hoffnung der Voss.Z. richtet sich auf das „noch freie England", Frankreich sei ja leider völlig in sein Bündnis verstrickt.

Recht beruhigend klingt ein Telegramm aus Paris: Es herrsche dort wieder mehr Ruhe, da auch Petersburg sich der ruhigen Haltung der andern Großmächte anpassen müsse. Frankreich treffe noch keine militärischen Maßnahmen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" (29.) halten es für selbstverständlich, daß nach der österreichischen Kriegserklärung sofort eine energische Offensive beginne und erwarten, daß Serbien sich unter dem Druck der Opposition zum Nachgeben bereit erkläre, und sie geben endlich der Forderung Ausdruck, Rußland müsse sich nun bald zu einer klaren Stellungnahme entschließen.

Die Berliner Redaktion wendet sich mit den üblichen Mahnungen an Rußland: — „Daß Österreich-Ungarn bei der jetzt gegenwärtig nicht zur Eroberung serbischen Gebietes — denn an serbischer Bevölkerung besitzt Österreich über seinen Bedarf — sondern zur Sühne unerhörter Drohungen und Verbrechen unternommenen Feldzug nach Ablehnung des Ultimatums durch die Serben eine Vermittlung nicht mehr annehmen wird, damit muß man rechnen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der, wie Sir Ed. Grey selbst zugibt, von ihm selbst in größter Eile unternommene, an sich sehr anerkennenswerte Vermittlungsversuch an dem

Bedenken leidet, daß er Österreich eine vorläufige Einstellung seiner Unternehmung zumutet. Darauf geht Österreich berechtigterweise nicht ein, und damit ist auch dieser Teil des Greyschen Vorschlags erledigt".

Auch das Vorabendblatt beschäftigt sich noch eingehend mit dem englischen Vorschlag: — „Österreich konnte nicht darauf eingehen, daß in dem Augenblick, wo seine Weltgeltung auf dem Spiele steht, ein Viermächtekollegium über Österreich-Ungarns Interessen bindend verhandele. Eine Großmacht, die gezwungen ist, zum Schwert zu greifen, um die Ruhe und Sicherheit im eigenen Hause gegen einen offenen Feind zu sichern, würde gegen ihr eigenes Staatsinteresse und gegen jedes natürliche Gefühl ihrer den Staat schützenden Völker handeln, wollte sie sich dem Urteil einer Diplomatenkonferenz fügen. Mit der Ablehnung des Greyschen Vorschlages durch Wien ergab sich für Deutschland und Italien von selbst die Stellung, die sie einzunehmen haben. Die Basis des Vorschlages muß geändert werden, wenn auf Erfolg gehofft werden soll. Darauf hat besonders Deutschland in freundschaftlicher, die gute Absicht Greys dankbar anerkennender Weise hingewiesen und sich bereit erklärt, von Kabinett zu Kabinett über die Möglichkeit einer Beilegung, mindestens aber einer Lokalisierung der Krise zu verhandeln". — Bei dem herzlichen Einvernehmen zwischen Rußland und England könne Grey unbesorgt den Russen zum Nachgeben raten.

Aus dem Londoner Telegramm: Englische Abgeordnete plädierten dafür, daß England auch im Falle des großen Krieges neutral bleibe, sofern nicht die belgische oder holländische Neutralität verletzt würden.

Damit ist ein bedeutungsschweres Wort in die Debatte geworfen — Belgien, oder vielmehr eben nicht in die Debatte. Denn bis in die letzten beiden Tage der Krise existiert dieser Begriff einer belgischen Frage in der Presse garnicht, und auch dann nur in einigen Blättern. Eine sehr natürliche Tatsache ist das allerdings, daß man dieses äußerst heiße Eisen schon aus den einfachsten außenpolitischen Erwägungen nicht anfaßt — sofern man von der Existenz einer Art belgischer Frage überhaupt Kenntnis hat, die über eine gewisse vage Ahnung hinausgeht.

Etwas frühzeitige Freudenfanfaren stimmen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" an. —

„Es hat sich gezeigt, wie unvergleichlich im Bewußtsein des deutschen Volkes das Bündnis mit Österreich-Ungarn verankert ist. Einmütig hat sich das deutsche Volk für den Freund an der Donau erklärt, es ist entschlossen, sein Bestes herzugeben, obwohl ihm realpolitischer Gewinn an Land und Leuten nirgends winkt. Und ebenso haben die Italiener ge-

zeigt, daß sie in ernster Stunde sich nicht auf eine Extratour legen, sondern trotz Innsbruck und Rovereto, trotz Triest und Fiume und trotz der Rivalität an der albanischen Küste ihren Platz dort nehmen, wohin die Pflicht sie führt". — Umgekehrt aber herrsche in Rußland die gewaltige Enttäuschung über England. — „Will Rußland englischen Plänen dienen, nimmt man diese Dienste bereitwillig an, soll aber England sich für die Russen schlagen, dann läßt man sich weder halb noch ganz verlocken, sondern bleibt, wie es jetzt geschieht, kühl bis ans Herz hinan. Und statt der Leidenschaft der beiden Freunde an der Seine und der Newa zu dienen, prüft man höchst gelassen die Möglichkeiten einer Vermittlung, schon aus dem sicheren Gefühl heraus, daß bisher die diplomatische Lage Englands so günstig wie möglich war und daß man bemüht sein muß, diese Lage zu erhalten". — Höhnisch hält man den Franzosen vor, wie lange sie schon auf eine eigene Großmachtpolitik verzichtet hätten.

Die „Germania" lebt auch in der Vorstellung, wie ja alle, daß Österreich beabsichtige, mit voller Macht blitzschnell und sofort Serbien niederzuwerfen, eine Meinung, die sich aus dem bisherigen diplomatischen Vorgehen des Verbündeten zwangsläufig herleitete. — „Die Lage der Donaumonarchie erheischt einen schnellen entscheidenden Erfolg, denn jedes Hinziehen und Verzögern kann nur den Serben zugute kommen, deren ganze Hoffnung auf dem Eingreifen ihrer slawischen Brüder und Beschützer beruht".

In der „Germania" bekommt die serbische Note einen eigenen Kommentar nachgeschickt, aus dem die ärgerliche Anerkennung ihrer diplomatischen Vollkommenheit spricht. Sie wird als Muster der Unehrlichkeit und Hinterlist bezeichnet, einem Eingehen Österreichs wäre einem Selbstmord gleichgekommen.

Ohne Unruhe blickt man auf Frankreich: „Inzwischen ist man in Paris eifrig an der Arbeit, einen friedlichen Ausweg zu finden".

Mit spürbarer Genugtuung nimmt die „Kölnische Volkszeitung" vom 29. die österreichische Kriegserklärung auf.

„Österreichs Kriegserklärung, kein Zurück mehr".

Die üblichen Ausführungen über das „allein verantwortliche Rußland" und über die europäische Notwendigkeit der Lokalisierung seien der Vollständigkeit halber verzeichnet.

Interessanter für uns ist jetzt eine Auseinandersetzung der K.V.Z. mit der „Westminster Gazette", über deren Artikel, der von Österreich nochmal die Erklärung der Unverletzlichkeit Serbiens verlangt. Die K.V.Z.

verweist demgegenüber darauf, daß Österreich diese Zusicherung doch schon gegeben habe und daß man ihm deshalb nicht zumuten könne, sie nochmal zu geben. — (Eine typische Art, die Weltpolitik aus der Sicht eines Schmollwinkels zu betrachten!)

Als gutes Zeichen vermerkt auch das Kölner Zentrumsblatt die russische Regierungserklärung gegen österreichfeindliche Kundgebungen.

Die Abendausgabe muß sich mit der Feststellung begnügen, daß noch alles auf des Messers Schneide stehe. Die Berliner Schriftleitung verzeichnet: — kein Zeichen der Entspannung — kritische Lage — allgemeine Unsicherheit.

Nicht vergessen werden soll in diesem Zusammenhang ein Aufsatz des Abgeordneten Erzberger im „Tag" am 28. (entnommen der Kr.Z. vom 29.). Er stellt den Dreibund zwischen der russischen Autokratie, den serbischen Königsmördern und den Republikanern den „richtigen Dreibund" gegenüber, dem sich die ganze Kulturwelt, besonders England in seinem Kampf gegen die serbische Barbarei ostentativ anschließe. Der Artikel schließt mit der Aufforderung, die „vaterlandslosen Gesellen, die defaitistischen sozialdemokratischen Journalisten" einzusperren. — So sieht also der Mann der Friedensresolution von 1917 im Juli 1914 aus! —

Die „Rheinisch Westfälische Zeitung" nimmt die Kriegserklärung zum Anlaß einer Art Erklärung ihres Umschwungs seit der temperamentvollen Opposition vom 24. — „Mag der Anlaß zum Kriege sein wie er will, wir haben seit Jahren erdulden müssen in stiller Friedfertigkeit, wie sich die andern Nationen auf dem Erdball mehr und mehr breit machten. Wir haben die Welt in offener und stiller Feindschaft gegen uns gesehen, wenn wir auch endlich mal etwas für uns haben wollten. Die Tage sind vergangen, aber wir haben nicht vergessen und wenn der Appell an die Waffen zu uns erschallt, dann wissen wir, daß wir für unsere Weltgeltung, für unsere Selbsterhaltung, für die Ehre des deutschen Namens und für die Sicherheit unserer Familien unter den Fahnen stehen, dann wollen wir mit starker Hand zupacken, was uns Neid und Mißgunst solange vorenthalten hat".

Der Pariser Vertreter schreibt einen plötzlichen Stimmungsumschwung der Hetzarbeit Iswolskys zu.

Der Berliner Artikel am Abend schildert die Auffassung der Lage in den „maßgebenden Kreisen": In Petersburg werde das allgemeine Bemühen um den Frieden fortgesetzt. Österreich lasse sich auf keinen Fall in Serbien dreinreden. Es liefen Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett.

Der „Vorwärts“ vom 29. spinnt immer noch an der englischen Vermittlungsanregung. „Die Intervention der Mächte ist jetzt die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung des Friedens. Deutschland und Italien, die Verbündeten Österreichs sollen ja neben England und Frankreich schiedsrichterlichen Einfluß üben. Günstigere Bedingungen kann Österreich doch garnicht erwarten. Wenn es trotzdem Obstruktion treibt und über Serbien herfallen will, so hat die deutsche Regierung es eben zur Raison zu bringen“.

Rückblick.

Nach der Feststellung, daß das bekannte Thema von Rußlands alleiniger Verantwortung — von der Lokalisierung — und von der unbedingten deutsch-österreichischen Solidarität auch am 29. weiter verfolgt wird, fassen wir darüber hinaus die augenfälligsten gemeinsamen Linien zusammen, die durch unsern Ausschnitt aus der Tagespublizistik dieser vier Krisentage gehen.

Ganz Allgemeingut ist die Überzeugung von der Gewißheit und Notwendigkeit eines raschen militärischen Vorgehens Österreichs gegen Serbien. Daher erregt auch die Kriegserklärung wenig Aufsehen.

Militärische Vorbereitungen Rußlands werden als nicht überraschende Tatsache zur Kenntnis genommen, ohne daß man in ihnen schon den unvermeidlichen Weg zur Katastrophe erblickt. (Typisch dafür die Fr.Z.). Allerdings ist man auch nicht gewillt, sie nicht zu beachten. (Typisch dafür die Kr.Z.).

Stimmungsmäßig nimmt man eine ausgesprochen freundliche Haltung zu England ein und überschätzt weitgehend seine Friedensbemühungen im Sinne einer Neutralitätsbereitschaft. (Besonders deutlich „Germania“ und L.N.N. — ausgesprochen das Gegenteil der Londoner Korrespondent der Fr.Z.).

Überwiegend ruhig und zurückhaltend, trotz Auseinandersetzungen mit französischen Zeitungen bietet sich auch die Haltung zu Frankreich dar. Man ist von seinem Friedenswillen überzeugt, verhehlt sich aber nirgends, daß seine Entschließungen ausschließlich von seinem russischen Bündnis bestimmt werden.

Nach anfänglich widersprechenden Nachrichten gibt man am 28./29. allgemein der festen Überzeugung von der Bundestreue Italiens Ausdruck. Ein gewisser Widerspruch ist unverkennbar zwischen der Tatsache, daß man sich einerseits der durch den österreich-serbischen Streitfall nur

aufgewühlten weltpolitischen Verstrickung bewußt ist (das beste Beispiel dafür der Wandel der R.W.Z. von schroffer Opposition in die allgemeine Linie von deutscher Politik und Presse) — während man trotzdem, zwangsläufig, den lokalen Streitfall in der immer wiederkehrenden Betonung des österreichischen Rechtes in den Vordergrund schieben muß, wenn man ihn eben „lokalisiert" haben will.

Starke Betonung findet die Erklärung des „territorialen Desinteressements" Österreichs, sowie im Zusammenhang damit der Hinweis auf den Charakter des österreichischen Vorgehens als bloßer „Strafexpedition", von einem „Aufräumen" mit den Serben ist nicht mehr die Rede.

In den letzten Tagen findet auch die russische Forderung nicht nur nach serbischer Gebiets- sondern auch Souveränitätsgarantie durch Österreich ihren Niederschlag in der deutschen Presse, ohne daß sich aber Kommentare daran knüpfen, die diese schwerwiegende und schließlich ja entscheidende Erweiterung der Garantieforderung herausstreichen.

Den Russen wird eine Art Internationalisierung des Konfliktes nach seiner militärischen Beendigung durch Österreich, d. h. nachdem Österreich sich seine Genugtuung mit den Waffen geholt habe, in Aussicht gestellt. (Das maßgebende Beispiel hierfür die K.Z. vom 26.). — In diesen ungefähren Zusammenhang gehören auch die häufigen Andeutungen im Sinne des sogenannten „Halt in Belgrad".

Ob man mehr an den Frieden glaubt oder den Krieg für wahrscheinlicher hält, das läßt sich in einem Satz kaum sagen. Doch wie immer in solchen Fällen darf man die Wahrheit in der Mitte sehen. Was die Verfasser all dieser Artikel wirklich glauben, das dürfte ja auch nicht immer in den Zeilen stehen, gehört es doch in solchen Krisenzeiten für ein Blatt, das nicht der ausgesprochenen Opposition angehört, sozusagen zum guten Ton, möglichst lange von Frieden zu reden. Wer am meisten vom Krieg redet, nimmt leicht das Odium auf sich, ihm nicht allzu entsetzt gegenüber zu stehen. — Diesen letzteren Eindruck gewinnt man allerdings trotzdem jetzt schon, nicht erst in den Tagen der wildesten Erregung, nämlich daß man ziemlich allgemein der ultima ratio mit gewissem Leichtsinn ins Auge schaut.

Nicht zu verkennen und auch nicht verwunderlich ist endlich die starke offiziöse Beeinflussung. Als deutliches Zeichen dafür dürfen wir verbuchen, daß die Leitartikel der K.Z. überall in den bürgerlichen Blättern zitiert, hervorgehoben und unterstrichen werden. — In der Grundhaltung sind sich alle hier untersuchten Blätter dieser vier Tage einig, außer dem „Vorwärts" natürlich, im Sinne der offiziellen deutschen Politik, trotz

aller Unterschiede etwa im Ton der Wärme gegen Österreich zwischen Fr.Z. und R.W.Z. und den Zentrumsblättern oder den L.N.N., oder im Gehalt ihrer Formulierungen und Stellungnahmen.

IV. Kapitel.

Die Entscheidung.

Der diplomatische Verlauf vom 29. Juli bis 1. August.

Die Entscheidung — sie fällt in dem Augenblick, da am 29. Juli die russischen Militärs als Antwort auf die österreichische Kriegserklärung an Serbien die Mobilmachung durchsetzen — daß sie formell noch für einen Tag, (tatsächlich war es ja garnicht möglich wegen des Gesamtplanes des russischen Aufmarsches) in eine Teilmobilmachung umgebogen wird, verzögert das Bewußtwerden der Entscheidung in den Kabinetten und der Öffentlichkeit. Eine russische Teilmobilmachung hatte die deutsche Regierung als noch erträglich schon in Rechnung gestellt, eine merkliche Zuspitzung der Lage bedeutete sie aber natürlich doch. — Die unverkennbare Verschärfung der Gesamtlage, der günstige Eindruck der Antwortnote, der warnende Bericht Lichnowskys aus London, bringen das Auswärtige Amt jetzt dazu (beginnend schon am 28. 7.), einigen Druck auf Österreich auszuüben. Eine gemeinsame Demarche mit Wien über die russischen Rüstungen in Petersburg wird abgelehnt.

Noch vor der österreichischen Kriegserklärung, am 28. morgens, hatte der deutsche Kaiser den Vorschlag des „Halt in Belgrad" in die Debatte gebracht. (Er besagt kurz: Österreich besetzt zur Wahrung seiner Waffenehre Belgrad und hält es als Faustpfand, bis Serbien volle Genugtuung gegeben hat, die Vermittlung zwischen Wien und Petersburg geht dabei weiter). Am folgenden Tag wird ein ganz ähnlicher Vorschlag, unabhängig davon, von Grey in einer Unterredung zu Lichnowsky gemacht. Dieser Plan, scheint uns heute, hätte die letzte Rettung vor der Lawine bedeuten können. — Er versandet, trotz dringender deutscher Mahnungen lehnt ihn Wien durch Nichtbeantworten ab. Berchtold erklärt sich nur bereit, die Erklärung des territorialen Desinteressements nochmal zu wiederholen.

In den frühen Morgenstunden des 29. ergeht das erste Telegramm des Kaisers an den Zaren, kreuzt sich mit dessen Depesche — ein letzter Ausläufer preußisch-russischer Monarchenfreundschaft!

In der Nacht zwischen 29. und 30. erfolgt die unglückselige Neutralitätsanfrage Bethmanns an Grey – deutsche Schonung des französischen Territorialbestandes für den Fall englischer Neutralität in einem französisch-deutschen Kriege. Natürlich wird in London ein Eingehen darauf empört abgelehnt. Am 30. kommt noch einmal ein englischer Vermittlungsvorschlag zustande, bestehend aus neuer Hervorhebung des „Halt in Belgrad" und einer Abänderung der sogenannten 1. Sasonowschen Formel, die den Eingriff in das österreichische Ultimatum, der dort gefordert wird, beseitigt, aber die Erklärung des internationalen Charakters der Streitfrage bestehen läßt. Es ist das letzte wirkliche englische Eingreifen. Dieser Vorschlag bleibt stecken wie alle anderen. Österreich steht starr auf seinem Rechtsstandpunkt, Rußland weicht nicht von seiner Absicht, die Krise mit einer diplomatischen Niederlage Deutschlands und Österreichs enden zu lassen, und England, d. h. Grey, Nicolson, Crowe, Churchill, sind trotz aller aufrichtigen Friedensabsichten nicht in der Lage, gegen ihre Ententegenossen wirklich energisch vorzugehen, zumal die Starrheit der österreichischen Politik ihnen nicht entgegenkommt. Auch Bethmann-Hollweg wagt nicht den Einsatz der ganzen deutschen Autorität in Wien, trotz einiger Warnungstelegramme, aus demselben Grund, der Frankreich in der Julikrise zu einem einfachen Anhängsel Rußlands werden läßt.

Am 30. Juli 6 Uhr abends ergeht endgültig der Befehl zur allgemeinen russischen Mobilmachung. Die diplomatische Situation hatte sich seit dem Tage vorher nicht verschlechtert, noch liefen alle diplomatischen Beschwörungsversuche, von denen wir die wichtigsten eben skizzierten. Aber der verhängnisvolle Mechanismus der militärischen Vorbereitungen und Rücksichten setzte sich durch, das Bestreben, in dem kommenden wahrscheinlichen, wenn auch noch nirgends „beschlossenen" Krieg im Anfang sofort die Oberhand zu haben durch den schnelleren Einsatz.

Das Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilmachung beantwortet Deutschland mit der Einleitung seiner Mobilisierung durch die Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr", mit einem Ultimatum an Rußland zwecks Einstellung seiner Mobilmachung, der die Kriegserklärung nachgeschickt wird. Gleichzeitig ergeht an Frankreich die ultimative Anfrage nach seinem Verhalten im deutsch-russischen Krieg. Unabhängig von der russischen Gesamtmobilmachung beginnt Österreich am 31. seine restlichen Korps auf Kriegsfuß zu setzen.

In London unternimmt Cambon schon am 30. seine Attakierungen Greys, um die feste Zusage der englischen Unterstützung zu bekommen.

Doch vorerst sträubt sich dieser noch, durch solch schwerwiegende Erklärung das Scheitern aller Vermittlungsversuche einzugestehen. Am 31. richtet England die Anfrage an Deutschland und Frankreich bezüglich der belgischen Neutralität. — Als letzter englischer Appell geht in der Nacht zum 1. 8. ein Brief des englischen Königs an den Zaren mit der Bitte um Einstellung der Mobilmachung. (Vom Botschafter Buchanan erst nach der deutschen Kriegserklärung abgegeben).

Aber mit der Entscheidung in Rußland sind die Würfel gefallen, verschiedene verzweifelte Versuche, das Unheil doch noch aufzuhalten, so von Poutalés in Petersburg (2. Sason. Formel), sowie die anscheinende österreichische Bereitschaft, endlich in Verhandlungen einzutreten[25], alles ist von vorneherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt, es fehlt einfach die Zeit zur Auswirkung.

Am 1. August erfolgt die deutsche Kriegserklärung an Rußland. Gleichzeitig beantwortet Frankreich die deutsche Anfrage ausweichend, d. h. negativ. Es macht zugleich mit Deutschland am 1. nachmittags mobil. Einzig London bleibt als diplomatischer Kampfplatz übrig. Hier kommt es am 1. zu dem merkwürdigen „Mißverständnis“, das in Berlin für einige Stunden Verwirrung hervorruft. Lichnowsky hört aus einer Anfrage Greys dessen vermeindliche Bereitschaft zur englischen Neutralität heraus. Deutschland hat inzwischen auf die Anfrage wegen der Achtung der belgischen Neutralität negativ antworten müssen. Weiter kommt es zu einer dramatischen Unterredung Grey-Cambon, in der Grey nochmal eine formelle Zusage der militärischen Unterstützung zunächst ablehnt, er verschiebt das Schwergewicht auf die belgische Frage, die ja jetzt akut wird.

Nach diesem kurzen Überblick zurück zu unseren Zeitungen vom 30. 7.

Die Presse am 30. Juli.

Aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die sich weiterhin auf bloße Registrierung beschränkt, greife ich die Hervorhebung der uns schon bekannten russischen Presseerklärung vom 28. heraus. Das offiziöse Blatt fügt an, daß die deutsche Regierung denselben Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens hege, und mahnt die Bevölkerung zur Ruhe, eine Mahnung übrigens, die auch in den andern Blättern zu

25 Anrich glaubt an eine Wendung in Wien, Fay verneint sie.

finden ist, und die seltsam absticht von dem Bild der äußersten Unruhe, das die Zeitungen selbst darbieten.

Das 1. Morgenblatt der „Kölnischen Zeitung“ bringt eine Reutermeldung über russische Teilmobilisierungen. Aufschlußreich ein Artikel des bekannten jüdischen Hapagdirektors und zeitweiligen inoffiziellen diplomatischen Vermittlers Albert Ballin. — Er traut Frankreich noch eine gewisse selbständige Politik zu, nämlich die, in Petersburg für den Frieden zu sorgen. — „England darf ausgeschaltet werden, wenn man von Parteien spricht, die geneigt seien, ihre militärische Kraft für die eine oder andere Partei in die Wagschale zu werfen“. (!)

Als ein kurzes Schlaglicht auf die an sich unwesentlichen Polemiken und kleinen Sensationsmeldungen sei eine scharfe Zurückweisung verzeichnet, die der französischen Meldung zuteil wird, lautet der Kaiser Wilhelm auf die Kenntnis der serbischen Note hin an Kaiser Franz Joseph telegraphiert habe: „Das ist genug“. — Wobei immerhin bemerkenswert ist, daß der Kaiser zwar kein solches Telegramm nach Wien gerichtet hat, daß aber seine Auffassung von der serbischen Note tatsächlich dem Inhalt dieser französischen Pressesensation entsprach.

Das 2. Morgenblatt bringt die allgemein kursierende Falschmeldung von der Einnahme Belgrads.

Alarmsignale kommen aus Petersburg. — Die österreichische Kriegserklärung habe ungeheuren Eindruck hinterlassen, es komme zu wilden Kundgebungen gegen das Deutschtum. Doch noch immer rate die Regierung der Presse zur Mäßigung. Als einzige Zeitung befolge der liberale „Rjetsch“ diese Mahnung, er sähe in der Kriegserklärung keine Katastrophe, sondern hoffe auf baldige Verhandlungsbereitschaft Wiens auf der Grundlage der Pfandbesetzung Serbiens.

Aus Paris: „Es gehört wirklich viel Geduld dazu, stets von neuem die Haltung der französischen Blätter festzustellen, deren erstes Ziel in den gefährlichen Verwicklungen der Stunde darin zu bestehen scheint, die öffentliche Meinung in Frankreich gegen Deutschland aufzuhetzen“. Trotzdem herrsche in Paris keine Kriegsstimmung.

Der Leitartikel am Mittag bringt keinerlei neue Gesichtspunkte, — nochmalige Unterstreichung des „territorialen Desinteressements“. Englands Vermittlung habe ein vortreffliches Ziel: „Rußland klarzumachen, daß es sich umsonst ereifere. Die Keime der europäischen Beunruhigung liegen nur in Petersburg. Möge sie England dort abtöten“.

Das Abendblatt gibt die offizielle Parole des Tages. „Ruhig Blut" Hurra und Straßenumzüge seien nicht mehr am Platz. Alle Deutschen seien davon überzeugt, daß ihr Land den Krieg nicht wolle. — Gegenüber der scharfen und hier angeprangerten Sprache der französischen Presse verweist man darauf, daß sie in Paris nicht maßgebend sei. Nach zuverlässigen Nachrichten hätten dort die maßgebenden Stellen noch nicht den Kopf verloren. Noch sei es Zeit, die rollenden Würfel aufzuhalten, Kaiser und Regierung täten das Menschenmögliche für den Frieden. — „Freilich hat auch das Menschenmögliche seine Grenzen. Wo sie für Deutschland gezogen sind, weiß jeder Urteilsfähige in der Welt. Sie geht nicht hinaus über seine Bundespflicht, über seine politischen Lebensinteressen und seine Ehre. Das ist bisher mit den Interessen der anderen, der Russen, Franzosen, der Briten zu vereinbaren gewesen, es würde auch weiter mit ihnen zu vereinbaren sein, wenn auf der anderen Seite der gute Wille ist, auch den Einsatz zu respektieren". — Wenn aber alles versage, so werde sich der furor teutonicus erheben wie 1870.— „Aber es hat noch Zeit bis dahin, darum ruhig Blut". — Mobilmachungsgerüchte werden dementiert.

Dieser offiziöse Artikel fordert einen kurzen Halt, zeigt er doch ziemlich unvermittelt eine wesentlich verschärfte Lage ins Bewußtsein der Öffentlichkeit treten. Er atmet nicht mehr bloße Krisenluft, sondern zeigt schon eine gewisse Kriegsstimmung lebendig, auch außerhalb der Sensations-, Straßen- und Bierbankpolitik. Die russische Teilmobilmachung wird nicht der einzige Grund für diese Stimmungsverschärfung sein, sonst würde sie in dem offiziösen Blatt greller in den Vordergrund gestellt werden. Es ist wohl mindestens ebensoviel das allgemeine Gefühl, in einer Sackgasse zu stecken, denn trotz aller Friedensbeteuerungen — nirgends wird ein Nachgeben sichtbar.

Der Pariser Korrespondent spricht von Unruhe und Ängstlichkeit in der Bevölkerung. Hervorgehoben wird dann ein als von Iswolsky inspiriert bezeichneter Aufsatz des „Petit Parisien": — Rußland habe zwar Österreichs Grantie der territorialen Unverletzlichkeit Serbiens erhalten, doch nicht die der politischen, und die sei Rußland noch wichtiger. — Doch der „Petit Parisien" schließt, noch sei nichts verloren, solange die Besprechungen zwischen Wien und Petersburg noch andauerten, und die K.Z. versäumt es nicht, sich dieser Hoffnung anzuschließen.

Der Londoner Mitarbeiter schreibt: „Das düsterste Bild seit Ausbruch der Krise".

Mehr Aufsehen, aber immer noch keine Sensation erregt die Reutermeldung aus Rußland in der „Kreuzzeitung“ (30.) „Bei der guten und zuverlässigen Information, auf die sich das Reutersche Büro zu stützen pflegt, liegt kein Anlaß vor, die Richtigkeit der Meldung zu bezweifeln. — Wir können bis zur Klärung dieser Frage (ob Bluff oder ernster Wille in Rußland) nach wie vor nur den Standpunkt vertreten, daß wir eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Rußland äußerst ungern sehen würden, daß wir aber vertraglichen Verpflichtungen gegenüberstehen, die wir nicht ignorieren können und denen wir uns niemals entziehen werden“.

Eine Pariser Meldung spricht von bedrohlichen militärischen Maßnahmen Frankreichs, von Truppenverschiebungen an die Ostgrenze.

Und nun greift die Kr.Z. tief in ihre Vergangenheit — die monarchische Solidarität wird noch einmal beschworen in ihrer endgültigen Todesstunde.

— „Die Sünde am monarchischen Prinzip“. — „Die Regierung des Zaren begeht den ärgsten Verstoß gegen das monarchische Prinzip, der seit Jahrzehnten begangen ist. — Wir verstehen den Zaren nicht, wie er sich zu Mördern gesellen mag, die vor keiner viehischen Gemeinheit zurückschrecken“.

Noch recht optimistisch klingt der englische Bericht. Die Haltung der deutschen Regierung habe in politischen Kreisen eine gute Aufnahme gefunden. Im Ziel sei man sich einig, nur die Mittel seien verschieden. — „Der Gedanke, daß England verpflichtet sei, in einen europäischen Krieg einzugreifen, wird nirgends ernst genommen. Nach hiesiger Auffassung müßten Deutschland und England wie 1912 einen festen Block zur Aufrechterhaltung des Friedens bilden“.

Düstere Töne schlägt aber schon das Abendblatt an, man spürt in und zwischen den Zeilen, wie den Leuten auf den Redaktionsstuben die Lage anfängt, unheimlich zu werden. Sie spüren, daß die Krisenspannung ihren Höhepunkt erreicht hat.

Es wird die Besorgnis geäußert, Rußland wolle durch die Verhandlungen nur Zeit gewinnen, um durch verschleierte Mobilisierung ihre Langsamkeit wett zu machen.

Der römische Vertreter meldet erneut Italiens Bundestreue. Aus Paris und London: Plötzlicher Stimmungsumschwung in Pessimismus. —

Aus Brüssel werden Vorsichtsmaßnahmen berichtet, aber gleich dazu bemerkt, es herrschten nirgends ernste Befürchtungen.

Typisch ein Stimmungsbild eines aus Frankreich zurückkehrenden Privatmannes, so ähnlich findet es sich auch anderswo. Es wird da von düstererRuhe und Angst in Frankreich erzählt, nirgends herrsche Begeisterung für den Krieg, doch alle glaubten an ihn wie an eine unvermeidliche Tatsache.

Man kann wirklich nicht sagen, daß solche Erzählungen zu einer Stimmungsmache und Aufpeitschung gegen Frankreich dienen konnten, sie werden ja auch nirgends versucht, wie wir schon bemerkten. Noch hat der schließlich doch erfolgende Ausbruch neuer, alter Feindschaft nicht das Bewußtsein erstickt, daß Deutschland und Frankreich in dieser Krise sozusagen Leidensgenossen sind.

Die „Frankfurter Zeitung" am 30. meldet die Tatsache der formellen Teilmobilmachung ohne jede Betonung, setzt sich allerdings mit den russischen Rüstungsmaßnahmen im allgemeinen auseinander, in ihrem Berliner Artikel. Sie sieht die Gefahr dabei in dem Umstand, daß Österreich und Deutschland dadurch zu Gegenmaßnahmen gezwungen werden könnten und daß dann eben der ganze militärische Mechanismus ins Laufen gerate. Trotzdem bedient sich die Berliner Schriftleitung keiner düsteren Farben, sondern sieht die Lage noch als verhältnismäßig günstig an, da überall Friedenswille vorhanden sei.

Doch charakteristisch für diesen Tag, in der Abendausgabe ein plötzlicher Umschwung. Der Leitartikel schlägt schärfste Töne an. Über diesen Höhepunkt der Krise hinaus gebe es nur noch den Krieg. Deutschland könne jetzt nicht mehr lange mit seinen militärischen Maßnahmen warten. „So wie sich die Dinge gestaltet haben, handelt Deutschland unter einem furchtbaren Zwang, aber es muß nun, was zur Verteidigung seiner Grenzen und seiner Bevölkerung notwendig ist, mit aller Entschiedenheit und auch rasch und sicher tun". — Die Zeit der Kritik sei nun vorbei, es handele sich um den Kampf der Kultur gegen den moskowitischen Despotismus.

Aus Rom: „Über Italiens Haltung läßt sich nur sagen, daß es den von Interessen und Pflichten vorgezeichneten Weg immer klarer einschlägt"!

Mit Nervosität nimmt das „Berliner Tageblatt" die Teilmobilmachung auf. „Wenn Rußland versichert, daß es mit Deutschland in Frieden zu leben wünscht und den Krieg gegen das uns verbündete Österreich vorbereitet, so ist mit den friedlichen Versicherungen nicht viel erreicht. — „Von den Völkern und Regierungen, die ihres Bündnisverhältnisses wegen in diese ungeheuerliche Lage hineingleiten, will keines

und keine den Krieg. Das Volk ist absolut friedlich, wünscht mit aller Kraft seiner Seele, das Unheil ferngehalten zu sehen, und wir sind überzeugt, daß in Frankreich, in England, in Italien das gleiche Friedensbedürfnis herrscht. Auch die deutsche Regierung ist nicht kriegslüstern, so wenig wie irgend eine andere der beteiligten Regierungen es ist. Noch niemals ist ein Krieg ausgebrochen, den diejenigen, die ihn auskämpfen sollen, so wenig herbeirufen, und doch ist gegen den Willen der Nationen und ihrer leitenden Persönlichkeiten, die Weltkatastrophe nahe gerückt. — Aber die Frage muß aufgeworfen werden, ob es kein Mittel mehr gibt, auch noch in der ernstesten Stunde die Gefahr zu bannen, und ob es nicht ein befreiendes Wort wäre und von ganz Europa so aufgenommen würde, wenn man heute öffentlich, nicht in der Heimlichkeit der Kabinette erklärte, daß das kriegerische Unternehmen Österreichs in Serbien seine örtliche Begrenzung haben, daß es zunächst bis zur diplomatischen Entscheidung über die weitere Gestaltung des serbischen Problems sich auf die Besetzung bestimmter strategischer Punkte beschränken und daß es den Charakter einer Strafexpedition behalten werde. Der Vermittlungsvorschlag S. E. Greys war unausführbar. Europa wartet auf den Fürsten oder Staatsmann, der nach einer Verständigung mit dem kriegführenden Österreich mit einem wirksamen Vorschlag zwischen die gefährdeten Völker tritt. Es kann wirklich staatsmännischen Persönlichkeiten nicht unmöglich sein, die Form und den Weg zu einem solchen Versuch zu finden. — Es ist sehr gut möglich, daß auch dieser Vorschlag nicht glückt. Aber vor der Welt und der Geschichte würde derjenige seine Stellung gewiß nicht verschlechtert haben, der ihn unternimmt".

Hier taucht in letzter Stunde also wieder eine Art von „Halt in Belgrad" Vorschlag auf, der in der öffentlichen Meinung der letzten Tage, nicht nur in Deutschland, in Verbindung mit dem „territorialen Desinteressement" und der „Strafexpedition" eine merkliche Rolle spielte als Rettungsanker. Dabei dringt der Lauf gleicher Vorschläge in der hohen Politik nicht in die Presse, wenigstens nicht in der für uns faßbaren Form einer Meldung. Solche Lösungsmöglichkeit hing also anscheinend in der Luft. Man kann sich nachträglich einiger Verwunderung nicht erwehren, daß dieser einzig sinnvolle Versuch, vielleicht aus dem allseitigen Dilemma doch noch einmal herauszukommen, vor allem in Deutschland mit so wenig Nachdruck und staatsmännischer Fähigkeit unternommen wurde, wo man unschwer aus der Presse entnehmen konnte, aus der deutschen, französischen und englischen, welchen Anklang er in der Öffentlichkeit finden würde. Freilich da liegt ja der Kern der ganzen Krise überhaupt,

fast kann man sagen, sogar die Existenz der Krise — in der mäßigen Durchschnittlichkeit der agierenden Diplomaten, die keine Staatsmänner sind, darum ist sie eben von Anfang an das schreckliche Dilemma, das sich mit eiserner Folgerichtigkeit in den Weltkrieg abrollt. —

Aus Paris: Immer noch Ruhe in den politischen Kreisen, aber zunehmende Beunruhigung im Volk.

Der Londoner Vertreter hebt die „Pall Mall Gazette" hervor, in der als einziges Rettungsmittel ebenfalls der „Halt in Belgrad genannt wird.

Echt liberal in ihrem mangelnden Realismus klingt die Frage im Abendblatt — nach der Berechtigung des russischen Eingreifens. Natürlich wird diese Berechtigung abgelehnt und aus der lediglich „angemaßten" Stellung als panslawistischer Vormacht hergeleitet. Der Anspruch einer Macht, alle Sprachgenossen zu vertreten, sei ein Unding in der Politik. — „Der ganze Gedanke des Politischen Panslawismus ist so ungeheuerlich, daß man nur nötig hat, einmal die Konsequenzen auch für andere Völker zu ziehen, und ihn ad absurdum zu führen. — Der Panslawismus ist und bleibt nichts anderes als eine Theorie, geeignet zur Agitation, staatsrechtlich ein Ding der Unmöglichkeit. Letzten Endes wehrt sich Österreich-Ungarn, das Reich, das nächst Rußland die stärkste slawische Bevölkerung hat, in Serbien gegen die panslawistische Idee, die hier in der Teilerscheinung des Großserbentums auftritt, gegen die Idee, die ein Reich mit zur Hälfte slawischer Bevölkerung zerstören muß. — Ob der Weg, den es mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung eingeschlagen hat, zu dem gewünschten Ziel führt, ist eine Frage für sich. Auch wer auf dem Standpunkt steht, daß der anarchische völkerrechtliche Weg der Selbsthilfe im Zeitalter der internationalen Gerichtsbarkeit nicht der richtige ist, wird bei ruhiger Überlegung den russischen Anspruch zur Wahrung seines panslawistischen Prestiges für ungerechtfertigt erklären".

Aus Rom: „Heute morgen sprach ich mit verschiedenen italienischen Politikern und fand nicht einen, der nicht der Überzeugung Ausdruck gegeben hätte, daß die nationale Ehre Italiens verlange, Italien an der Seite der Verbündeten zu sehen. Italien würde alles Prestige und alle Achtung in der Welt einbüßen, wenn es sich über seine Unterschrift im Dreibundvertrag hinweg setzen würde".

Aus dem Pariser Bericht: „Entschlossene Stimmung in Frankreich". — „Bei Beginn der Krise konnte man im Publikum oft die Meinung hören, daß es sinnlos und verbrecherisch sei, wegen Serbien den Krieg zu entfesseln. Solche Worte sind jetzt verstummt. In den fünf Tagen der Aufregung und der Sorge hat das französische Volk sich an die

Gefahr gewöhnt. Eine Art von stummer Entschlossenheit herrscht vor, und es ist sicher, daß im Ernstfall jeder gewissenhaft und sogar freudig seine Pflicht tun wird. Man denkt jetzt nicht mehr an Serbien, man redet sich ein, daß Deutschland an der Katastrophe schuld sei und daß Frankreich deshalb auf jeden Fall seine Bündnispflicht erfüllen müsse, komme es nun wie es wolle".

„Allgemeiner Friedenswille" und das „allein verantwortliche Rußland", auf diese Schlagworte läßt sich der Leitartikel der „Vossischen Zeitung" am 30. bringen.

Dieses Blatt, das uns bisher noch nicht durch besonders tiefschürfende Erkenntnis aufgefallen ist, sieht aber nun richtig, daß die Teilmobilmachung nur der Anfang der verschleierten vollen Mobilmachung bilde. Sie weist mit edlem, aber unpolitischen Pathos auf die deutsche Haltung 1904 hin und fordert Dank. — Auch hier, um das nochmals zu erwähnen, findet sich die Falschmeldung von der Einnahme Belgrads.

Auch bei der Voss. Z. ist die bemerkenswerte Verschärfung im Ton im Laufe des Tages nicht zu übersehen.

Am Abend drückt sie die Überzeugung aus, nur ein Wunder könne den Frieden noch retten. — „Es unterliegt keinem Zweifel, daß Deutschland bereit ist, zur Erhaltung des Friedens die Hand zu bieten, aber daß es ebenso entschlossen ist, den Fehdehandschuh aufzunehmen, und wie es seine Bundespflicht und sein Interesse gebietet, den ihm aufgezwungenen Kampf auszufechten, wenn Rußland bei dem Vorsatz beharrt, aus der Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien einen blutigen Weltkrieg hervorgehen zu lassen. — Für Frankreich würde der Zar nicht einen Finger rühren, nicht einen Kosacken marschieren lassen, aber Frankreich muß in den Kampf ziehen oder glaubt ziehen zu müssen, weil Rußland seine Herrschaft über den Südosten Europas ausbreiten und darum zuerst Österreich-Ungarn zerstören will".

Ein paar Zitierungen aus den „Münchener Neuesten Nachrichten" (30. — Morgenblatt).

„In West- und Mitteleuropa ist man sich überall der furchtbaren Verantwortung bewußt, die in diesen Tagen und der reifenden Entscheidung liegt. Von Rußland weiß man leider nicht das gleiche. Das Verhalten dieses Staates ist leider immer noch zögernd und zwiespältig und die Nachrichten von den starken Rüstungen und den umfassenden militärischen Vorbereitungen der russischen Heeresleitung disharmonieren stark mit den auch ziemlich lauen und unverbindlichen Versicherungen der Friedensliebe".

Der Berliner Bericht nennt noch als sehr wichtige und erfreuliche Erscheinung die ruhige Aufnahme der deutschen Ablehnung von Greys Konferenzplan in der englischen Öffentlichkeit[26]. Als weiteres günstiges Zeichen wird der Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zar gewertet.

Aber dann warnt der Verfasser die deutsche Regierung vor den Künsten der russischen Diplomatie, denn die russischen Rüstungen bewiesen, daß der Zar beabsichtige, vielleicht nicht jetzt, aber später sein Schwert in die Wagschale zu werfen.

Das folgende Zitat fällt aus dem allgemeinen Rahmen, den wir bis jetzt umrissen, ziemlich heraus, denn hier richtet sich die Spitze der Feder einmal direkt gegen Frankreich. — „Die Gefahren und die Verantwortung der ungeheuerlichen Folgen, die sich aus dem weiteren Vordringen Rußlands auf der Bahn der Kriegsvorbereitungen ergeben könnten, sind gegenwärtig zu einem nicht geringen Teil in Paris zu suchen. Würde Frankreich in einem durch russische Rüstungen oder russische Forderungen heraufbeschworenen Konflikt neutral bleiben, so glauben wir, daß auch England in den Konflikt nicht eingreifen würde. Das Bild würde sich aber unseres Erachtens sofort ändern, sobald Frankreich mit in den Konflikt hinein gezogen würde, denn wenn es Deutschland gelänge, Frankreich schwere Schläge zu versetzen, dann, wenn nicht früher, wäre unseres Erachtens dies der letzte Zeitpunkt, an dem England seinerseits eingreifen würde". — Trotzdem wird auch hier Englands Friedenspolitik nicht im geringsten in Zweifel gezogen.

Diese Durchdenkung des Faktors England, statt der bisherigen vorherrschenden oberflächlichen Freundlichkeit, zeigt uns auch, wie ziemlich plötzlich die Lage aus dem eigentlichen Krisenstadium schon ungefähr ins Kriegsstadium gerückt erscheint. — Freilich noch ist die überkommene Vorstellung vom englischen „Schiedsrichter" wirksam.

Das Vorabendblatt fordert eine energische Anfrage an Rußland.

London: „Von russischer und französischer Seite ist dem britischen Kabinett nahe gelegt worden, daß es durch ein festes Versprechen, im Kriegsfalle den Zweibund zu unterstützen, den Frieden retten würde".

Ein Pariser Bericht beschäftigt sich noch mit französischen Vorschlägen im Sinne des „Halt in Belgrad".

Bei den „Leipziger Neuesten Nachrichten" wirkt immer noch der englische Konferenzvorschlag nach. Und hier gelangt man nach-

---

[26] Diese ruhige Aufnahme in der englischen Öffentlichkeit entspricht den Tatsachen, ist nicht etwa eine deutsche Selbsttäuschung. (S. hierzu W. Zimmermann: „Die englische Presse bei Ausbruch des Weltkrieges").

träglich zu dem Ergebnis, der Plan stelle eine versteckte Unfreundlichkeit gegen Österreich dar. Österreich dürfe auf keinen Fall durch Nachgiebigkeit das inzwischen gewonnene neue Ansehen preisgeben.

Und dann wieder der Scheinwerfer auf Rußland: „Es ist nur die Extravaganz der Gedanken, daß das Zarenreich auf Grund einer eingeschriebenen Monroedoktrin ein Anrecht auf allen slawischen Boden besitzt, daß jeder selbst in der Defensive geführte Schlag gegen einen slawischen Stamm die eigene Ehre trifft — es ist nur dieser absurde Gedanke, der Rußland auf den Schauplatz treibt. Will denn Österreich serbischen Boden erobern? Nein, sich nur gegen die serbischen Komitatschis schützen".

Deutschland lehne es korrekterweise ab, Österreich den Dolch in den Rücken zu stoßen und es mit gebundenen Händen einer Konferenz auszuliefern. — Vielleicht fordere auch, so geht es weiter, die Großfürstenpartei den Krieg um des Krieges willen. — „Man muß den Dingen ins Auge sehen. Österreich hat hart und kalt jeden Eingriff in seine Auseinandersetzung mit Serbien zurückgewiesen, — und das einzige Mittel gewählt, seine Stellung als Großmacht zu behaupten. Es hat aber auch deutlich erklärt, daß es über ein gewisses Maß nicht hinausgehen, nicht neue Länder erobern will. Da schwindet jeder Anspruch darauf, dieses Volk unter die Zufälligkeiten einer Konferenz zu bringen".

Man sollte erwarten, daß die L. N. N. bei ihrer sonstigen leichten Erregbarkeit aus der russischen Teilmobilisierung eine Sensation machen würden. Doch es heißt nur, trotz der russischen Teilmobilmachung herrsche noch völlige Ungewißheit über Rußlands endgültige Entschließung. Die Haltung Frankreichs ließe bisher den Willen zum Frieden erkennen, aber auch die Bereitschaft aus dem russischen Bündnis die Konsequenzen zu ziehen.

Weniger klar im Sinne plötzlich zunehmender Verdüsterung ist das Bild unserer Zentrumsblätter am 30.

Die „G e r m a n i a gibt sich sogar ausgesprochen ruhig. Sie bringt die schwerwiegende Reutermeldung aus Rußland ohne Stellungnahme.

Ganz übernommen wird von ihr ein Artikel der klerikalen Wiener „Reichspost", der besagt, daß Österreich nicht an eine Vernichtung, sondern nur an eine „Desinfizierung" Serbiens denke. Darum dürfe man noch auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens rechnen.

Zu einem Telegramm des internationalen Friedensbüros gibt die „Germania" nur den lakonischen Kommentar, ihr Dogma sozusagen: „In

seine Abrechnung mit Serbien kann Österreich keinen Dritten hineinreden lassen".

Triumphierende Töne schlägt der Wiener Bericht am Abend an „Österreich erhebt sich" — „Was alle Kenner dieses Landes von jeher wußten, jetzt wird es herrliche greifbare Tatsache, das alte starke, kraftvolle Österreich lebt. — Und nun hatte Österreich, was ihm solange gefehlt, eine Tat, einen Willen, kraftvolles Selbstbewußtsein. Und da ist der österreichische Gedanke auch sogleich stark und machtvoll. Der Gedanke, der nie vergessen tief im Herzen aller Völker dieses Reiches lebte: Der Gedanke der Notwendigkeit des alten Österreich".

„Rüsten Rußland und Frankreich oder nicht"? —

„Die Situation ist angesichts der Unsicherheit über die Absichten der Zweibundmächte recht unbehaglich. — Aber man braucht diese vorläufigen französischen Rüstungen vielleicht doch nicht so tragisch aufzufassen. Hier macht sich der Widerstand der Interessen, an denen Frankreich infolge seines Bündnisses mit Rußland leidet, bemerkbar: an sich will man den Krieg in Frankreich nicht, ja man fürchtet ihn, die ungeheure Mehrheit des Volkes will vom Krieg nichts wissen — aber die Verpflichtung gegenüber Rußland, die ganz unverständliche Hingabe an den nur mit Hilfe der französischen Finanzen rüstenden Moskowiterstaat nötigt die Republik, ersterem zu Willen zu sein. Nun bedeuten aber diese Rüstungen, wenn sie wirklich im Werke sind, noch keineswegs einen Krieg zwischen den am österreich-serbischen Konflikt nicht beteiligten Großmächten. Die Erinnerung an gewisse Vorgänge während der Balkankriege vermag hier beruhigend zu wirken. — Die Ähnlichkeit der Situation von 1912/13 und heute vermag beruhigend zu wirken und läßt jedenfalls der Hoffnung Raum, daß, wenn man auch in Rußland und Frankreich rüstet, es bei diesen Rüstungen bleiben werde. Es steht zuviel auf dem Spiel, als daß diese beiden Mächte um der Serben willen einen Weltbrand entzünden sollten, von dem zumindest zweifelhaft wäre, ob sie sich daran wärmen könnten".

Aus Rom: „Italien hält am Dreibund fest" (aus „Tribuna").

Aus London: „In England arbeitet man fortgesetzt auf Lokalisierung des Konfliktes hin".

Nicht ganz so gemütlich sieht die „Kölnische Volkszeitung" die Weltlage an. Sie bezeichnet den Depeschenwechsel zwischen Kaiser und Zar als das einzige Zeichen leichter Entspannung. — Die formelle russische Teilmobilmachung erregt keinerlei Sensation, man glaubt vielmehr wie selbstverständlich auch an russische Rüstungen an der Westgrenze.

„Weder Österreich noch Deutschland haben irgendwie die Absicht, wegen des serbisch-österreichischen Konfliktes auch nur einen Mann gegen Rußland zu schicken. Davon ist Rußland unzweideutig und frühzeitig genug unterrichtet worden. Wenn Rußland trotzdem in dieser Zeit, wie es geschieht, Kriegsvorbereitungen trifft, deren Umfang auch in England bereits Verwunderung zu erregen beginnt, so können Österreich und Deutschland diese Kriegsvorbereitungen im Widerspruch zu den Friedensversicherungen der russischen Diplomatie nur als eine Drohung auffassen".

Dann erfolgt ziemlich unvermittelt eine Wendung gegen England. — „Die Verwicklung in Europa nimmt zu durch die Haltung Frankreichs und Englands".

Die Angriffe richten sich gegen die militärischen Vorbereitungen der beiden Länder. Die K.V.Z. nimmt gegen die Auffassung Ballins im „Hamburger Korrespondenten" Stellung, die zum Ausdruck brachte, die englische Flotte sei nur durch die Manöver zusammen und die Möglichkeit weit von sich wies, England könne militärisch Partei ergreifen. — Auch die französischen angeblichen Maßnahmen, vor allem Truppentransporte, werden scharf hervorgehoben.

Das Abendblatt glaubt die deutsche Mobilmachung bevorstehend.

Der Leitartikel nimmt nochmal zu dem Problem Deutschland-Österreich Stellung, und er endet nach einem sehr gefühlsbetonten Glaubensbekenntnis in einer Kriegsfanfare: „Einmütig ist die Überzeugung des deutschen Volkes: Im österreich-serbischen Streit handelt es sich im letzten Grunde um unsere eigene Sache, wenn wir Österreich decken, verteidigen wir unsere eigene Existenz. — Wenn noch irgendetwas geeignet war, die Lawine, die jetzt im Rollen zu sein scheint, aufzuhalten, dann war es diese rasche, entschlußkräftige und opferfreudige Kundgebung der Gesinnung des deutschen Volkes. Seine Überzeugung ist diese: Es gibt keinen Kampf gegen Österreich allein, es gibt nur noch einen Kampf gegen die fest verbundenen Brudervölker von Deutschland und Österreich. — Wollten wir Österreich fallen lassen, so würden wir uns selbst aufgeben. Österreich selbst kämpft aber nicht nur um seine nationale Ehre, es kämpft offenbar um seine Existenz". — Wenn schon der Krieg kommen solle, dann besser jetzt als in drei Jahren, auch schon im Hinblick auf Frankreich, da Deutschlands Artillerie der französischen jetzt noch genau so überlegen wie 1870. (Hinweis auf die bekannten Ausführungen des Senators Humbert). — Wieder diese kleinen Gesichtspunkte bei größten Entscheidungen!).

Gegenüber Rußland setzt die K.V.Z. ihre Hoffnungen auf Revolution. — „Was nicht mehr zu ändern ist, ziemt sich mit männlicher Festigkeit und Würde zu tragen. Die Parole wird sein: Deutschland und Österreich immerdar!". — Dieser Artikel ist vielleicht der kennzeichnendste Ausdruck jener „Hurrahaltung" der Zentrumspresse in der Julikrise, für die Österreich nicht nur zu einem politischen Axiom, sondern darüber hinaus zu einer Art von fanatischem Glaubensbekenntnis geworden war.

Aus der „Essener Volkszeitung" (30), die nachrichtenmäßig meist einen Tag zurück hängt, nur ein paar Zitate zur Verdeutlichung der Stimmung in der Zentrumsprovinzpresse. — „Das umfangreiche Dossier über die großserbische Propaganda liest sich wie ein Roman, wie ein blutiger Schauerroman. — Gegenüber diesem Dossier kann es unter Menschen, welche das Verbrechen verabscheuen, und nicht das gesamte Sittengesetz umstoßen wollen, kein verschiedenes Urteil geben. — Die österreichische Monarchie tritt in diesem Krieg nicht als der erzürnte Nachbar gegen Serbien auf, sondern als der strenge Richter, der das Schwert des Rechtes gegen die Untäter kehrt, die sich an den heiligen Gütern der Menschheit vergangen haben".

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" vom 30. nimmt die russische Teilmobilmachung zunächst gelassen hin, falls sie nur gegen Österreich gerichtet sei, sei kein Grund vorhanden, darüber zu verzweifeln. Mittags aber schon drückt sie sich energischer aus:

„Drohungen hämmern auch fest". — Deutschland müsse volle Beruhigung verlangen in Rußland, fordert sie sonst sofort Gegenmaßregeln treffen, um seiner Bundespflicht genügen zu können. — „Wir haben schon erklärt, daß, wenn wir zum Kriege gerufen werden, es sich nicht mehr um Serbien handelt, sondern um das in bitteren Jahrzehnten vollgelaufene Staubecken des nationalen Grolles über so manche Zurücksetzung, Beschimpfung, über die dreisten Verhöhnungen unserer Ehre, ihre Angriffe auf die Ruhe im eigenen Hause, vor allem in der elsaßlothringischen Stube, die dreisten Werbungen für die Fremdenlegion, den schnöden Betrug, der im Marokkohandel an uns verübt worden ist, kurz all dieser Jahrzehnte lang zusammengeflossene Groll, der wird dann mit einem Male abgelassen und wie ein Frühlingshochwasser über alles Eis brechen".

Auch jetzt also nimmt die R.W.Z. eine Sonderstellung in der bürgerlichen Presse ein, denn statt auf Rußland richtet sie Feder mit ausgesprochener Erbitterung auf Frankreich. Die Stimmung der Marokkokrise hat sich hier anscheinend am Leben erhalten.

Der „Vorwärts" sieht Europa unmittelbar vor der Katastrophe. Er richtet erneut Angriffe auf Österreich, zwar in seiner gewohnten Schärfe, aber doch nicht unsachlich-hetzerisch. Er knüpft an Österreichs Erklärung an, keine Eroberungen, sondern nur eine Strafexpedition zu wollen. — „Wir fragen ganz realpolitisch: Hat Österreich es denn überhaupt in der Hand, seine kriegerischen Aktionen, wenn sie erst im Gang sind, wie auf dem Manöverfeld abzuschließen? Wie wenn die serbische Verzweiflung sich in wildem Widerstand entlädt, wenn die Österreicher im blutigen Kriege zu dem fürstlichen Opfer noch zehntausende weiterer Opfer getürmt sehen?! Wird und kann Österreich, dessen Prestige dann doch erst recht auf dem Spiele steht, einfach zum Waffenstillstand blasen und nunmehr das weitere der Intervention der Mächte überlassen? Und wie, wenn der Zarismus sein „Prestige" durch die unbarmherzige Niederkartätschung seiner serbischen Schützlinge gefährdet sieht und seine ganze Balkanpolitik vernichtet und seine längst mobilisierten Armeekorps gegen Österreich marschieren läßt!".

Scharf richtet sich die Feder jetzt auch gegen die eigene Regierung, die bisher ziemlich ungeschoren blieb, weil sie den englischen Konferenzvorschlag abgelehnt hat.

— „Und England hat Recht, so wie die Dinge liegen, fällt von Wilhelm II. die Entscheidung". — „Alle Verantwortung fällt auf die Machthaber von heute. Für sie handelt es sich um Sein oder Nichtsein! Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!".

Zusammenfassung.

Das wesentliche Charakteristikum der Presse an diesem Tage drängt sich sofort auf in der Rückschau: Plötzliche und im Laufe des Tages rasch zunehmende, bzw. erst entstehende Unruhe und Verdüsterung, nach mehreren Tagen ggleichbleibender, schwankender, am 28. sogar zuversichtlicherer Stimmung. Das Wort „Pessimismus" würde diese Stimmung nicht richtig treffen, denken wir nur an den Fanfarenstoß in der K.V.Z. oder die grimmigen Sätze in der N.W.Z. Weithin ist schon am Abend dieses Tages der Begriff „Krieg" an die Stelle des Begriffes „Krise" getreten. Es ist im Gesamten nicht festzustellen, einen wie großen Anteil an dieser Zuspitzung die Nachricht von der russischen Teilmobilmachung hat, aber den ausschlaggebenden Anteil wird sie doch mit ziemlicher Sicherheit meist gehabt haben, obwohl festzuhalten bleibt, daß

sie nirgends als Sensation dasteht. Dafür hatte man wohl die bisherigen Nachrichten über russische Rüstungen zu selbstverständlich hingenommen.

Nicht zu vergessen ist für diesen Tag gerade die offiziöse Beeinflussung die bestimmt ihren Teil gehabt an dem Aufkommen einer ausgesprochenen Kriegsstimmung, da sie das wohl auch schon so vorhandene allgemeine Gefühl nur vermehren konnte, daß Europa sich immer tiefer in eine ausweglose Sackgasse verrannt hatte.

Das Gesamtbild der Haltung zu England und Frankreich hat sich grundlegend noch nicht verändert, wenn auch jetzt die Auffassung von der großen Unwahrscheinlichkeit der englischen Neutralität bei den M.N.N., der K.V.Z. und der Fr.Z. sowie die agressiven Sätze gegen Frankreich in der N.W.Z. ins Auge fallen.

Die italienische Bundestreue scheint nunmehr auf den Redaktionen ganz festzustehen.

Die Presse am 31. Juli.

Die Entscheidung, die nun in den Nachmittagstunden des 31. Juli ins Bewußtsein rückt, findet also keinen, selbstverständlich auch nur relativ, unvorbereiteten Boden.

Der Berliner Artikel der „Kölnischen Zeitung", morgens, meldet äußerste Unruhe in der Hauptstadt, dementiert aber offiziös das Gerücht von einer deutschen Anfrage in Petersburg. — „Trotzdem hat, um an ihrer Friedensliebe nicht den leisesten Zweifel zu lassen, die deutsche Regierung eine förmliche Anfrage, einen förmlichen diplomatischen Schritt in Petersburg nicht unternommen". Es folgt eine Mahnung zur Ruhe, man dürfe nicht allen Gerüchten glauben. — Die baldige deutsche Mobilmachung sei zwar wahrscheinlich, aber durchaus noch nicht sicher.

Das Mittagsblatt glaubt noch einen „Hoffnungsschimmer" erblicken zu können. — Rußlands Balkaninteressen erkennt die K.Z. nochmal ausdrücklich an, verweist aber wieder auf den Charakter des österreichischen Vorgehens als Strafexpedition. Darum treffe Rußland die alleinige Verantwortung für die katastrophale Situation. — Man erkennt an, daß das amtliche Frankreich sich genau so besonnen verhalte wie das amtliche Deutschland, macht aber energisch Front gegen die Hetze der französischen Presse.

„Die Russen wollen den Krieg!" — diese schicksalsschwere Schlagzeile springt dem Leser des Abendblattes in die Augen. Es enthält die Mel-

dung von der Gesamtmobilmachung in Rußland und die Verkündung des Zustandes drohender Kriegsgefahr in Deutschland.

Der Leitartikel nimmt auf die neue Situation noch keinen Bezug, er besteht aus dem Brief eines deutschen Richters, schon einige Tage alt, der mit der typischen Frage beginnt: „Haben wir eine europäische Kulturgemeinschaft?". Er enthält die üblichen Ausführungen über Serbien, den Panslawismus und Rußland und schließt: „Kaiser Nikolaus ist der Mann, der in Europa über Krieg und Frieden zu entscheiden hat. Ein Wort von ihm, und der europäische Frieden ist gesichert". — Auf die Tatsache des unvermeidlichen Krieges bezieht sich die beruhigende und selbstbewußte Erklärung, die deutsche Lebensmittelversorgung sei unter allen Umständen gesichert. — „Selbst beim Krieg aller gegen alle würde der deutsche Handel noch Gelegenheit finden, das Notwendige an Getreide ins Land zu bringen".

Die „Kreuzzeitung" (31.) erwartet die österreichische Mobilmachung, glaubt aber doch an Weiterführung der Verhandlungen.

Der wichtige Londoner Bericht: „Eine Londoner Meldung, der wir ganz besondere Beachtung empfehlen, weiß von einem Schritt der englischen Regierung in Wien zu berichten: — Die englische Regierung hat der deutschen mitgeteilt, sie erwarte, daß die deutsche Art und Weise bekannt gebe, in welcher Form eine Intervention bei den kriegführenden Mächten möglich sei. Die Antwort Berlins steht noch aus, doch wird sie für heute abend erwartet. — Wir haben Grund zu der Annahme, daß dieser Nachricht eine erhebliche, leider wenig erfreuliche Bedeutung zuzumessen ist. — Sowohl von russischer wie von französischer Seite ist dem englischen Kabinett nahegelegt worden, daß es durch ein festes Versprechen, im Kriegsfalle den Zweibund zu unterstützen, den Frieden retten würde".

Die Abendausgabe zur russischen Mobilmachung: „Wenn der russische Nachbar die Verantwortung für einen europäischen Krieg tragen will, wohlan, so mag er deutsches Eisen zu spüren bekommen". — „Einfacher, durchsichtiger und klarer ist in weltgeschichtlich entscheidenden Situationen wohl selten etwas gewesen als die Haltung, die die deutsche Regierung in diesen Tagen einnimmt. Regierung und Volk wollen den Krieg nicht. — Aber sie sind fest entschlossen, Österreich die Vertragstreue zu halten, in dem Bewußtsein, daß Deutschland auch ohne Vertrag Österreichs Großmachtstellung nicht vernichten lassen dürfte".

Deutschland werde, so heißt es weiter, seine Weltmachtstellung verteidigen wie Österreich seine Großmachtstellung.

„Ist der furor teutonicus einmal in alter Kraft erwacht, weil es gilt den Feind von den Landesgrenzen fernzuhalten, — so wird es ihm auf einige Zähne zum Einschlagen mehr oder weniger auch nicht ankommen, und er wird nicht erlahmen, bis er hinter seinen Grenzen Verhältnisse geschaffen hat, die es dem Deutschen wieder einmal auf einige Generationen ermöglichen, in Ruhe und Frieden seiner Arbeit für Wohlfahrt und Gesittung zu leben und sich seines Volkstums zu freuen".

Etwas milder drückt sich unser liberales Trio aus. — Die Berliner Schriftleitung der „Frankfurter Zeitung" schreibt von kaum noch erträglicher Spannung. Noch bestünden geringe Hoffnungen, darum habe Deutschland auch noch nicht mobil gemacht.

Aus London verlautet: „England hat kein direktes Interesse, ist aber bereit".
Das Abendblatt: „Die Lage". Die Fr.Z. hofft immer noch, es handele sich nur um einen russischen Bluff, oder gibt sich wenigstens den Anschein. — Selbstverständlich, daß nun nochmals alles schwere Geschütz gegen Rußland angefahren wird — ohne Rußland wäre auch die französische Revanchepolitik längst ausgestorben. — Auf die englische Neutralität dürfe man nur geringe Hoffnung hegen, doch auch vor England brauche ein Deutschland, das um seine Existenz kämpfe, keine Furcht zu haben. — Den Pariser Korrespondenten hat noch keine Kriegspsychose erfaßt, er schreibt von der „vorbildlich ruhigen Haltung der Pariser Bevölkerung".

Das „Berliner Tageblatt" (31.) klammert sich an einen Hoffnungsstrohhalm — die Verhandlungen dauerten immer noch an. Es richtet ein Dementi gegen die Gerüchte, die von einem Ultimatum an Rußland sprechen. — „Obgleich die russische (Teil) Mobilmachung die Lage so sehr verschärft hat, stehen die leitenden Kreise Deutschlands auf dem Standpunkt, daß angesichts der Stärke der deutschen Wehrmacht mit umfassenden Maßregeln gewartet werden kann, bis das Resultat der noch schwebenden Verhandlungen erkennbar sein wird". — Die ausdrückliche Hervorhebung eines Artikels der „Westminster Gazette", der als einen der Gründe der englischen Friedenssorge die Besorgtheit für Indien und die Dominien hervorhebt, soll in diesem Zusammenhang wohl eine Stärkung der Hoffnungen auf die englische Neutralität bewirken.

Zur russischen Gesamtmobilmachung äußert sich das Berl. Tgbl. folgendermaßen: Die österreich-russischen Verhandlungen seien aus dem Grunde ergebnislos verlaufen, weil Rußland die Unantastbarkeit nicht

nur des serbischen Gebietes, sondern auch der serbischen Souveränität gefordert habe. Darauf aber könne Österreich nicht eingehen, da dann die serbische Unternehmung völlig ergebnislos bleiben müsse. — Deutschland sei fest entschlossen, auch jetzt vor Rußland und seinen Verbündeten nicht zurückzuweichen.

Aus Rom: „Die italienische Presse in ihrer großen Mehrheit fährt fort, die Notwendigkeit für Italien zu betonen, treu zum Dreibund zu halten".

Der Aufsatz des Berl. Tgbl., den ich jetzt anführe, ist zwar durch die Weiterentwicklung schon überholt, aber er interessiert vor allem durch seinen später so bekannt gewordenen jüdischen Verfasser und wegen seiner überdurchschnittlichen realpolitischen Einsicht. — „Ein Wort zur Lage" (von Walter Rathenau) — „Man mag über den panslawistischen Anspruch denken wie man will, Rußland ist von Serbien bisher als slawische Vormacht anerkannt worden, es verliert diese Stellung, wenn es seinen Schützling in der Gefahr aufgibt. Das österreichische Interesse besteht, der Krieg hat begonnen. Ob ein Krieg die Kraft hat, chauvinistische Agitation im besiegten Land verstummen zu lassen, kann nach unseren Erfahrungen mit Frankreich bezweifelt werden, aber diese Frage steht nicht mehr zur Diskussion. Zwischen Rußland und Österreich bestehen Verhandlungen, von denen der Weltfriede heute abhängt. Österreich hat durchblicken lassen, daß der Landbesitz Serbiens nicht versehrt werden soll. Will man die politische Unabhängigkeit des Landes vernichten? Dann wird Rußlands tatsächliche Machtsphäre verringert, und der Krieg wäre schwer vermeidbar. Der Fortbestand der Verhandlungen läßt vermuten, daß Österreichs Absicht soweit nicht geht. Es scheint sich um Forderungen zu handeln, die der Gedankenreihe des Ultimatums entsprechen. Die Reichsregierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie unerschütterlich ihrer alten Bundestreue folgt. Ohne den Schutz dieser Treue konnte Österreich seinen Schritt nicht wagen. Deutschlands Regierung und Volk haben den Anspruch zu wissen, welche Wünsche Rußland ausspricht, die Österreich ablehnt. Eine Frage, wie etwa die, ob österreichische Kommissare bei den serbischen Umtriebsermittlungen mitzuwirken haben, ist kein Anlaß für einen Volkskrieg. Die Politik Metternichs, in allen erreichbaren Staaten Überwachungskommissionen unter österreichischer Führung gegen Umtriebsgefahr einzusetzen, gehört der Vergangenheit an und kann auch in der Monarchie nicht mehr belebt werden. — Verlangt dagegen Rußland das Arbitrium über die Beschlüsse einer Dreibundsmacht, sich bei benachbarten Nationen ihr Recht zu holen,

so ist ein politisch unerträglicher Weltzustand geschaffen, der uns das Recht und die Pflicht gibt, an Österreichs Seite für ein würdiges Ziel zu fechten".

Diese Ausführungen dürfen wir wohl als typisch für die Auffassung weiter linksliberaler Kreise ansehen, deren Sympathien an sich für Österreich gering sind, durchaus nicht von der Nibelungentreue bestimmt — denen aber ein entscheidendes Übergewicht des russischen Zarentums die Weltgefahr bedeutet.

„Vossische Zeitung" vom 31. 7. — „Befreundete Mächte hüben und drüben versuchen noch in 12. Stunde einen Ausgleich herbei zu führen. Der Schwerpunkt ihrer dankenswerten Bemühungen liegt in Petersburg, denn jedermann weiß, daß es für Berlin eine Unmöglichkeit ist, die Richtlinien zu verlassen, die die eigenen Interessen nicht minder wie die Bundespflicht des deutschen Reiches weisen, während Rußland, dessen reale Interessen weniger berührt werden und das durch keine bestimmten Verpflichtungen an Österreichs serbischen Gegener geknüpft ist, bei einigem guten Willen leichter nachgeben könnte. — Nur wenn Rußland in 12. Stunde sich besinnt, ob der Einsatz des furchtbaren Spieles wert ist — ist das Verhängnis aufzuhalten, das uns alle bedroht, die wir in Europa wohnen".

Aus Brüssel: „Ernste Stimmung in Belgien. — Alle Brücken nach Frankreich sind unterminiert".

Das Abendblatt der Voss.Z. enthält die Katastrophenmeldung aus Rußland noch nicht, und so findet in ihr der hochinteressante Leitartikel „Die Haltung Englands" Platz, der kühn die belgische Frage an- oder vielmehr abschneidet. — „Aber ein Satz in der Rede des Premiers Asquith läßt der Erwartung Raum, daß England sich nicht schlechterdings Rußland und Frankreich anschließen werde, und zwar der Satz: für England ständen bei der gegenwärtigen Verwicklung keine eigenen Interessen direkt auf dem Spiel". — Es werden als Charakteristiken der verschiedenen Richtungen in England die neutralitätsfreundliche „Westminster Gazette" und die der Entente ergebene „Morning Post" zitiert. Die „Morning Post" bezeichnet dagegen dieser Tage die Verletzung der belgischen Neutralität als Kriegsfall für England, zumal da England diese Neutralität vertragsmäßig verbürgt habe. — Indessen braucht man sich mit diesem h y p o t e t i s c h e n u n d g a n z u n d g a r u n w a h r s c h e i n l i c h e n F a l l nicht eingehend zu beschäftigen. — Ein Sieg Rußlands wäre das Schlimmste, was England passieren könnte. Und würde überdies durch die Teilnahme am Krieg England geschwächt und eines bedeutenden Teiles

seiner Flotte beraubt, so hätte es selbst einen Sieg über die deutsche Seemacht zu teuer bezahlt. Denn das ganze Gefüge des Weltreiches käme ins Wanken und neben Rußland würden sich Amerika und Japan als Erben melden. Bei strenger Neutralität winkt ihm großer Zuwachs an politischer und wirtschaftlicher Macht und ein weitgehender Einfluß bei dem späteren Friedenschluß in der Rolle des Vermittlers zwischen beiden Lagern".

Ein breit angelegter Aufsatz hält Rückschau über die ganze Krise und kommt zu dem Schluß: „Aber Serbiens Verhalten gegen Österreich gehört zu einem ganzen System, das planvoll nicht nur auf Zerstörung der Donaumonarchie, sondern auf Aufrollung des Dreibundes von der österreichischen Seite her, in unmittelbarer Folge auf die Demütigung und Niederringung Deutschlands ging".

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 31. stimmen ein überzeugtes Loblied auf die Friedensliebe und Bescheidenheit Deutschlands in der internationalen Politik an. — „Sollte das eherne Gesetz der Selbsterhaltung uns zwingen, zu den Waffen zu greifen, so wissen wir dieses: Nie ist mit reinerem Gewissen eine Nation in den Krieg gezogen"!

Aus Budapest wird den M.N.N. ein Interview mit Tisza[27] mitgeteilt, das über die österreichischen Friedensbedingungen folgendes aussagt: Annahme des Ultimatums — Handelsvertrag — Abrüstung — Erlaubnis für die österreichische Orientbahn — Entschädigung — Besetzung — Verzicht auf die Union mit Montenegro. — Mit jeder längeren Kriegsdauer härtere Bedingungen. Dem Vorabendblatt (1. 8.) ist die russische Mobilmachung noch nicht bekannt. Aber sehr kennzeichnend für den Ernst der Lage, wie er empfunden wird, die schärfere und illusionslose Beleuchtung der englischen Politik, durch den Londoner Korrespondenten. Er zitiert den „Manchester Guardian" (Für die Neutralität) — „Trotz dieser Äußerungen des großen liberalen, der Regierung in den Fragen der inneren Politik nahestehenden Blattes, überwiegt in diplomatischen Kreisen nunmehr die Ansicht, daß sich England im Kriegsfalle sofort auf die Seite des Zweibundes stellen wird". — Aber ausdrücklich stellt der Verfasser das Fehlen einer antideutschen Stimmung fest. — Wurde ein Tag zuvor an derselben Stelle das englische Eingreifen erst im weiteren Verlauf des Krieges als wahrscheinlich hingestellt, so wird jetzt schon scho-

[27] So viel ich weiß, noch in keiner Darstellung verwandt!

nungslos die Erkenntnis der wirklichen englischen Haltung eingestanden.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen am 31. die zu diesem Zeitpunkt noch falsche Meldung, Deutschland habe an Rußland ein Ultimatum gestellt, da Rußland auch an seiner Westgrenze rüste. — Es folgen die üblichen temperamentvollen Angriffe auf Rußland in der uns schon bekannten bilderreichen Sprache. — „Seit Jahr und Tag treibt Rußland dem wilden Ziel entgegen mit dem Mute und der Gewissenlosigkeit eines Desperados, und selbst die Mordtat an dem Sohne Habsburgs ist ihm willkommen als Anlaß, die Faust gegen den Nachbarn zu erheben. — Hat dieses Riesenreich aus Gründen der inneren Notwehr das Bedürfnis seine Macht noch zu erweitern, sich auszudehnen? Wenn jemals die Welt frivol in eine schwere Krisis, in die engste Nähe der Katastrophe gedrängt worden ist, so jetzt, und hart und schwerwiegend wird dereinst das Urteil der Geschichte auf dem Manne ruhen, der durch sein Wort allein die Windsbraut beschwören konnte. — England schwört auf seine Uninteressiertheit, auf seine Sanftmut und reißt seine Schiffe zusammen und besetzt sie mit voller Mannschaft und versieht sie mit Proviant und Kohlen. — Man kreist uns wie vorher diplomatisch, so jetzt militärisch ein".

Man vergleiche, wie noch am 29. die L.N.N. die englische „kühle Zurückhaltung" überschwenglich priesen! —

Als Beleuchtung der herrschenden begeisterten Stimmung verdient das Feuilleton „Wien nach der Kriegserklärung" skizziert zu werden, auch für den psychologischen Hintergrund von Österreichs starrer Politik in der Julikrise. — Die Schilderung beginnt also mit der Feststellung, Wien zeige jetzt endlich sein männliches Gesicht. Das jahrzehntelang geknechtete Selbstvertrauen erwache. — „Oft wird es in ungelenken, unsichern Worten ausgedrückt, aber die Empfindung ist stets die gleiche, glüht stark auf: Wir mußten uns schämen und nun müssen wir uns nicht mehr schämen. Die Tat steht vor uns. — Wie immer die Lose fallen, wie ungeheuer vielleicht das Schicksal über diesem Planeten niederschmettern wird, nie wird man die Entdeckung der Stunde vergessen können, in der sich Wien, dieses angezweifelte, belächelte und geringgeschätzte Österreich plötzlich fand".

Die „Germania" widmet ihren Leitartikel der Abwehr gegen antideutsche Pressestimmen, vor allem gegen die Behauptung, Deutschland habe Österreich aufgehetzt. „Gut daß wir Deutsche ruhig Blut zu bewahren wissen, weil wir wissen, daß die verantwortlichen Stellen aller Auslandsstaaten eine bessere Überzeugung von Deutschlands Haltung und

Friedensliebe haben. — Was tuts also, wenns heuer nicht anders geht! Wir weisen die gröbsten Verdächtigungen unserer Freunde zurück und gehen im übrigen unsern Weg der Pflicht, ohne rechts oder links zu schauen, den Weg, der uns im wahren Interesse des Vaterlands, nach Wissen und Gewissen der rechte zu sein scheint, daneben den Nachbarn und seine Sphäre achtend, soweit in unsern Kräften, so weit in unserm stets guten Willen liegt".

Erst jetzt reagiert die „Germania" auf die russische, schwerwiegende Nachricht von der Teilmobilmachung. Sie erwartet ohne weiteres als nächstes die allgemeine. — „Krieg oder Frieden stehen nun wirklich auf des Messers Schneide, und vom russischen Zaren hängt es ab, was nun über Europa kommen wird".

Mit Wohlwollen nimmt die „Germania" das Dementi der Havasagentur über angebliche französische Mobilisierungen zur Kenntnis und leitet die entgegenstehenden Gerüchte aus Börsenmanövern her. — „Also ruhig Blut und kalten Kopf".

Wir können feststellen, daß die „Germania" immer noch verhältnismäßig ruhig bleibt, erklärlich aus ihrer Gesamthaltung, da sie sich noch mehr als etwa die liberalen Blätter von vorneherein auf jedes Risiko festgelegt hatte und darum also beim Eintreten des Risikofalles nicht so sehr bestürzt sein kann. —

Die „Kölnische Volkszeitung" hat noch, wie die Überschrift „Noch alles in der Schwebe" anzeigt, einen Hoffnungsfaden. Sie ist sich allerdings klar, daß die österreich-russischen Verhandlungen auf dem toten Punkt sind, und fordert die deutsche Mobilmachung, sie glaubt aber noch nicht unbedingt einen Krieg damit verbunden. „Das deutsche Reich hat die patriotische Pflicht, sich vor Überraschungen zu schützen, das bedeutet noch lange nicht Krieg". Weiterhin fordert sie eine formelle Anfrage an Rußland. Ganz im Gegensatz zu der Mehrzahl seiner Kollegen glaubt der Pariser Korrespondent der K.V.Z. von einer sich anbahnenden Entspannung in Frankreich berichten zu können. — Den üblichen Rußlandartikel brauchen wir wohl nicht mehr zu skizzieren. Nur den Schluß: „Noch in letzter Stunde soll man aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß all diesen Leuten die Staatsräson einen dicken Strich durch die Rechnung macht, obgleich die äußerst bedrohliche Teilmobilmachung in Rußland nur noch wenig Raum zu solcher Hoffnung gibt". — „Frankreichs Haltung" — Militärische Maßnahmen Frankreichs werden sachlich festgestellt. In Paris herrsche noch keine Klarheit, wie weit Rußland gehen wolle. Eine allgemeine Kriegsangst sei nicht zu übersehen.

Am Abend: Aus Berlin: „Nur die Zurücknahme oder wesentliche Einschränkung der Mobilmachung könnte Rußlands ehrliche Absichten glaubhaft machen. — Deutschland steht unmittelbar vor ernsten Ereignissen.

Die „Essener Volkszeitung" gibt noch eigentlich die Auffassung vom 30. wieder. — „Auf Rußland ruht Europas Blick". — „Wenn die ehrliche Scheu vor einem europäischen Kriege, die berechtigte Sorge vor den unübersehbaren Folgen eines solchen, der gute Wille, zu seiner Verhinderung beizutragen, kurz die sehr gewünschten Erwägungen und Gefühle, die man als Friedensliebe zu bezeichnen pflegt, allein genügten, um die gegenwärtig äußerst ernste und gespannte Situation zu überwinden, dann brauchte man um den Frieden Europas nicht besorgt zu sein, wie man es an allen urteilfähigen Stellen tatsächlich ist. Der deutsche Kaiser und die Reichsregierung wollen keinen Krieg. England will ihn sicher nicht, und ohne dem Elan der Franzosen zu nahe zu treten, kann man ohne weiteres behaupten, sie würden herzlich froh sein, wenn der Kelch jetzt an ihnen vorüber ginge. — Nur Rußlands Absichten sind unklar. In Petersburg ringen panslawistische militärische Strömungen mit mehr staatsmännischen um den entscheidenden Einfluß".

Hoffnungen setzt das Essener Zentrumsblatt auch auf die Unruhen in Rußland, ferner auf den Depeschenwechsel zwischen Zar und Kaiser, auch auf die besonders große Kompromißbereitschaft in England, und man verzeichnet als besonders erfreulich, daß in der englischen Öffentlichkeit über die deutsche Haltung keine Vestrimmung herrsche. — „Wir wollen frei sein und unsere Kultur schützen gegen asiatische Unkultur".

Der „Rheinisch Westfälischen Zeitung" wird am 31. aus Berlin gemeldet: Noch bestünden geringe Hoffnungen, in den nächsten 24 Stunden werde in Rußland Aufklärung verlangt werden. — In den englischen Flottenmaßnahmen erblickt auch das alldeutsche Blatt keine Drohung.

Mittagblatt: „Noch immer ist die Stunde furchtbar ernst. Es liegt an Rußland, sich in das Unvermeidliche zu fügen, um noch Furchtbareres zu verhüten. Das deutsche Volk ist ruhig und gefaßt". — Die R.W.Z. warnt vor Halbheiten, wenn Rußland nicht bald seinen Friedenswillen beweise, müsse Deutschland mobil machen.

Am Abend meldet sie dann auch neben der russischen allgemeinen Mobilmachung fälschlich die deutsche.

„Von der Schlei bis zum Vesuv, von den Karpathen bis zu den Vogesen erhebt sich heute nacht der Dreibund. Er hat seine Belastungsprobe glän-

zend bestanden und die Befürchtung, daß etwa einer der Bundesgenossen in böser Stunde abfallen könnte, ist verflogen. Wie das deutsche Volk seit 8 Tagen fest wie ein Mann steht, so steht heute der Dreibund geschlossen. — Die Entscheidung ist wie zu erwarten war, in Petersburg gefallen und sie ist gleichbedeutend mit der Notwendigkeit des Aufmarsches der Heere Europas".

Alle Hoffnungen auf die englische Neutralität scheint man bei der N.W.Z. noch nicht aufgegeben zu haben, denn in einer anschließenden Bevölkerungsaufstellung setzt man dem Dreibund nur den Zweibund ohne England gegenüber. — Im übrigen werden wie bisher englische Zeitungen beider Richtungen kommentarlos zitiert.

Der „Vorwärts" malt in den dunkelsten Farben die kommende Katastrophe und sieht richtig ein endloses Ringen gleich starker Gruppen voraus, das alle derzeitigen Machthaber aufs schwerste gefährden werde. — Zu der russischen Frage schreibt das sozialdemokratische Führungsblatt, man könne ihm zwar gewiß keine Sympathien für den Zarismus nachsagen, doch Realpolitiker hätten ohne weiteres das russische Eingreifen voraussehen müssen. — „Aber die deutsche und österreichische Regierung müssen doch begreifen, daß das zaristische Rußland von seinem Standpunkt aus seinen serbischen Schützling garnicht bedingungslos preisgeben kann". — „Daß es freilich bedingungslos auf Gnade und Ungnade Serbien der österreichischen „Strafexpedition" ausliefern würde, erscheint total ausgeschlossen. Österreich hat feierlichst versichert, daß es keine territoriale Eroberung beabsichtige. Rußland verlangt dagegen auch Garantierung der politischen Unabhängigkeit Serbiens. Und das ist in der Tat des Pudels Kern. — Hier ist der Punkt, wo Österreich offen Antwort geben müßte. — Und die Brücke zur Verständigung wäre so leicht zu schlagen, wenn nur nicht engstirnige Verranntheit zur Katastrophe drängte.

Der „Vorwärts" glaubt, daß einmal der allgemeine Friedenswille ehrlich sei, denn keinem sei wohl in seiner Haut. — „Und da sollte Österreich die unfaßbare Gewissenlosigkeit haben, sich gegen jede Mahnung zur Mäßigkeit faul zu stellen? Und Deutschland sollte entschlossen sein, mit einem solchen Bundgenossen durch dick und dünn zu gehen? — Wir warnen Rußland, durch seine Mobilmachung einen Zustand zu schaffen, der den blutigen Völkermord heraufbeschwört, aber auch das Ende des Zarismus bringen kann. Wir beschwören Frankreich, seinen ganzen Einfluß auf Rußland auszuüben, damit es nicht durch seine

plumpe Kosackenpolitik auch Frankreich in die unabsehbaren Schrecknisse eines europäischen Krieges hineinreißt. Aber wir warnen auch die deutsche Regierung noch einmal, den Bogen zu überspannen".

Aus London: Der englischen Presse wird volles Lob zuteil, da sie sich durch die wahren, nicht bloß diplomatischen Interessen des Landes leiten lasse. Mit besonderer Genugtuung werden die russenfeindlichen Stimmen herausgesucht. Aus Rom: „Von einer Stimmungsmache der Bürgerlichen für die Einmischung Italiens ist hier nichts zu merken". (Man vergleiche dazu, mit welcher, wenigstens anscheinenden Sicherheit die bürgerlichen Blätter in Deutschland die italienische Bundesgenossenschaft in Rechnung stellen).

Zusammenfassung.

Das Fazit dieses Tages für unsere Erkenntnis der deutschen öffentlichen Meinung: Unverkennbare Kriegsstimmung beherrscht das Bild, auch schon vor Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung. Man hat den Eindruck, daß die Hoffnungen, die noch hier und da auf Verhandlungen gesetzt werden, „eine Hand hoch über dem Herzen" kommen. Die Nachricht der russischen Mobilmachung trifft auf völlig bereiteten Boden. Sie wird in den ersten Stellungnahmen mit einem Selbstbewußtsein, einem guten Gewissen und mit einer tiefen Feindschaft aufgenommen, die alle echt sind, nach den vielen Rußlandartikeln der letzten Tage ja auch eine Selbstverständlichkeit. Auffallend, aber nicht schwer zu erklären, das verbreitete Gerücht, schon am 31. morgens von einem Ultimatum an Rußland in Meldungen und Dementis. — Eine Stimmungsänderung in großem Umfange zu den beiden Westmächten hat sich immer noch nicht vollzogen, alles Gewicht liegt noch auf Rußland. Freilich die englischen Illusionen sind inzwischen geschwunden, allerdings sind sie so völlig auch noch nicht von der Überzeugung abgelöst, daß England sofort für Frankreich — nicht etwa primär aus Feindschaft gegen Deutschland — in den Krieg eintreten werde. — Die italienische Bundestreue wird als sicherste Tatsache hingestellt.

Die Presse am 1. August.

Mit dem 1. August nimmt die eigentliche Julikrise, nicht nur wörtlich, ein Ende, auch im Bewußtsein der öffentlichen Meinung. Der Krieg

ist da, und mit ihm die Kriegsstimmung. Wenn auch noch letzte Hoffnungen geäußert werden, so merkt man ihnen ihre Künstelei an. An politischen Krisenproblemen bleibt nur die Frage nach der Haltung Englands übrig, alles andere ist jetzt klar oder erscheint wenigstens in der Presse so. (Bsp. — die Stellung Italiens). Wir können unsere Zitierungen jetzt kürzer fassen, zumal uns der Mittelpunkt aller Leitartikel, Rußland schon genügend zur Kenntnis gebracht wurde und wir die Argumente der deutschen Redaktionen gegen diesen ihren Erzfeind noch im Gedächtnis haben.

Bemerkenswerter für uns als die selbstverständlich heftige und anklagende Reaktion auf das russische Vorgehen in der „Kölnischen Zeitung" vom 1. 8. ist ein „Stimmungsbild aus Paris" im Feuilleton. Es wirkt auf den heutigen Leser, bei seinem völligen Mangel an Feindseligkeit zwei Tage vor dem neuen und furchtbarsten Zusammenprall zwischen Deutschland und Frankreich, geradezu erschütternd. Der Verfasser stellt das Fehlen jeglicher Art von Kriegsbegeisterung und Revanchestimmung fest und eine allgemeine ungeheure Beklemmung. Er gibt ein Gespräch wieder: „Deutschland ist uns mehr als Rußland, warum haben wir mit ihm kein Bündnis, dann wäre die Welt gerettet. Nirgendwo würde der Kaiser begeisterter aufgenommen als in Paris". — „Mein lieber Herr, glauben Sie mir, hier will niemand den Krieg. Wir sind friedliebend von Grund unseres Herzens. Wir wollen nicht einmal die Revanche fürs Elsaß, obwohl uns die armen Leute leid tun, die unter den Preußen zu leiden haben. Aber glauben Sie lieber Herr, daß man darum den Krieg will? — Auch der Londoner Berichterstatter stellt in seinem sonst wenig erfreulichen Bild das Fehlen einer Deutschfeindlichkeit fest.

Jetzt nachdem die Würfel gefallen sind, tritt auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das offizielle Regierungsblatt, aus ihrer Zurückhaltung heraus, in einer Sonderausgabe vom 1. 8., einem Rechenschaftsbericht, der vom österreich-serbischen Streit und Gegensatz aus an die ganze Krise nochmal abrollen läßt. — „Die österreich-ungarische Monarchie entschloß sich, diesem gegen ihren Bestand als Großmacht gerichteten Treiben ein Ende zu machen. Es mußte sich dabei ergeben, ob Rußland tatsächlich seine Rolle als Beschützer der Südslawen bei ihrer auf Zertrümmerung des Bestandes der österreich-ungarischen Monarchie gerichteten Bestrebungen durchzuführen willens war. In diesem Falle kam ein Lebensinteresse Deutschlands in Frage, der unge-

schwächte Bestand der uns verbündeten Monarchie, dessen wir zur Erhaltung unserer eigenen Großmachtstellung inmitten der Gegner von Ost und West bedürfen". — Es wird noch einmal die Erklärung des „territorialen Desinteressements" hervorgehoben. — Während Deutschland noch in Wien vermittelte, habe Rußland durch seine Mobilmachung allen Verhandlungen ein gewaltsames Ende gemacht. — Hier wie in allen Blättern wird mit tiefster Entrüstung darauf verwiesen, daß Rußland schon während des kaiserlichen Depeschenwechsels den endgültigen Schritt getan habe.

„Kreuzzeitung" vom 1. 8. — „Die eherne Sprache der Waffen beginnt". — Deutschland müsse jetzt den Krieg ausfechten, um die Ergebnisse von 1870 zu verteidigen. Man warnt vor den Illusionen eines leichten Erfolges. Deutschland müsse vielleicht auch gegen einen Gegner fechten, der auf seinem eigensten Gebiet ihm überlegen sei.

Aus Brüssel: „In aller Stille konzentriert Frankreich Truppen an der belgischen Grenze".

Einen kleinen Wandel in der Auffassung zeigt das Abendblatt, das sich die Zurückhaltung der deutschen Mobilmachung mit einer ev. befriedigenden Antwort Rußlands zu erklären sucht.

Bezeichnend für die ganze Kriegspsychose sind Tartarennachrichten über Frankreich, von Revolutionen in Paris und Ermordung Poincarés.

Der römische Korrespondent meldet nochmals „Entschiedene Stellungnahme Italiens zugunsten Österreichs". Zwar seien die bisherigen amtlichen und halbamtlichen Solidaritätserklärungen für den Dreibund in Italien selbst unbekannt, doch es erheben sich keine Stimmen gegen Österreich. Selbst im extremsten Fall sei wenigstens die Neutralität Italiens gesichert. In Italien hoffe man aber immer noch auf Frieden, da man die französische und russische Armee noch für zu schwach halte. — Der Vatikan stehe ganz hinter Österreich.

Und nun stößt das konservative Organ in seine Kriegstrompete — „Heil Kaiser Dir". — Es beginnt mit der Anklage gegen das undankbare Rußland, dem man zweimal den Rücken gedeckt habe. Der Zar wird aber noch in Schutz genommen — die Panslawisten hätten ihn zum Krieg gezwungen. Das deutsche Volk kämpft jetzt gegen die slawischen Königsmörder, für den Schutz der deutschen Fürsten, für die Existenz des Deutschtums überhaupt. — Die Zustände des russischen Heeres bezeichnet dieser Artikel als katastrophal.

Auch den letzten Rest ihrer, trotz Einhaltung des Regierungskurses, immer noch kritischen Haltung hat die „Frankfurter Zeitung"

am 1. August aufgegeben. „Deutschland wehr Dich"! — Deutschland sei bis zur Grenze des Möglichen gegangen, heißt es hier, um in Wien einzuwirken. Die russische Mobilmachung habe die letzte Möglichkeit, Österreich noch zum ehrenvollen Rückzug zu bewegen, zunichte gemacht. Jetzt räche sich die einseitige Panslawistenhetze gegen Deutschland, das nun kämpfen müsse für die europäische Kultur gegen die Barbarei des Ostens.

Das wichtigste für uns am Abend sind, neben den erneuten Angriffen auf Rußland, die rein sachliche Feststellung der französischen Solidarität mit Rußland und der Ausdruck einer, allerdings geringen Hoffnung auf die englische Neutralität. — „Italien steht loyal zu solchen Bundesgenossen". —

„Berliner Tageblatt": „Es ist kaum zu hoffen, daß die russische Regierung binnen 12 Stunden die geforderte Erklärung abgeben wird, und es muß als ziemlich sicher gelten, daß Frankreich sich auf die Seite des russischen Bundesgenossen stellen wird, obwohl es den Krieg nicht will und obwohl die „Kölnische Zeitung" noch gestern schrieb: „Es sei ausdrücklich anerkannt, daß das amtliche Frankreich offenbar mit Deutschland in dem Bestreben einig ist, nur bei äußerster Notwendigkeit zu den Waffen zu greifen". — Widerstrebend sehen sich beide Völker in diese Katastrophe hineingerissen". —

„Es ist klar, daß Herr Sasonow absichtlich die Dinge auf die Spitze getrieben hat, weil er im Bunde mit einigen Großfürsten und anderen deutschfeindlichen Elementen jede Verständigung vereiteln wollte. Er hat eine Verantwortung auf sich geladen, die selbst für einen größeren gewaltig wäre". — Im Gegensatz zu der noch sachlichen Haltung zu Frankreich spricht aus diesem Satz schon die Kriegspsychose. — London: „Die Frage der Neutralität Deutschlands". „Ein heute erschienener Leitartikel der „Times" verlangt, daß England im Kriegsfall sofort zugunsten Frankreichs seine Neutralität aufgebe. In hiesigen, mit der Regierung in Fühlung stehenden Kreisen wird versichert, daß das Auswärtige Amt diesem Artikel fernstehe. Hervorragende Finanzleute sind fortgesetzt bemüht, auf die Regierung im Sinne der Bewahrung ihrer Neutralität einzuwirken".

Abends: „Verschiedene Symptome lassen abermals erkennen, daß die französische Regierung mit voller Kraft bemüht ist, auf Rußland einzuwirken, damit in letzter Stunde der Krieg vermieden werde, aber das Resultat dieser Anstrengungen ist, wie nicht erst gesagt werden muß, mehr als zweifelhaft, und dann würde Frankreich sich von der Bündnisfessel,

die in diesem Augenblick schwer auf ihm lastet, wohl kaum befreien können. — Eine sehr erfreuliche Nachricht ist zu verzeichnen, die italienische Regierung hat heute in Berlin und Wien erklären lassen, daß auf die Bündnistreue Italiens mit Bestimmtheit gerechnet werden dürfe".

Die Ermordung des französischen Sozialistenführers Jean Jaurès erregt, hier wie in allen Blättern, ziemliches Aufsehen, das Berl. Tgbl. widmet ihm einen warmen Nachruf als Freund der deutsch-französischen Verständigung.

Die „Vossische Zeitung" vom 1. 8. läßt sich auf den einen Kernsatz bringen: „Der Neid der Welt zwingt das bis zuletzt friedfertige Volk zu den Waffen".

„Münchener Neuesten Nachrichten": „Das Maß ist voll". „In frevelhaftem Spiel tückisch und aller Ehrbegriffe bar hat Rußland es versucht, uns über seine wahren Absichten zu täuschen. Hinterrücks will es uns anfallen. — Wenn das deutsche Volk jetzt in Mannestreue an die Seite seines österreich-ungarischen Bundesgenossen tritt und wenn es die eigenen Grenzen verteidigt, dann schirmt es zugleich die europäische Gesittung gegen den Despotismus und die Barbarei".

Vorabendblatt: „Die Empörung über die Verräterei zitttert durch ganz Deutschland. Wie ein Mann steht die Nation, bereit, dem Feinde ins Weiße des Auges zu blicken und den Störenfried ihres Herdes zu packen".

Eine seltsame, auch mit einem Fragezeichen versehene Nachricht kommt aus Wien — die von dem Abschluß eines Bündnisses zwischen Österreich und Japan! — Übrigens, um diesen Punkt hier gleich zu erledigen, alle Blätter bringen am 2. und 3. 8., über das Wiener Korrespondenzbüro, einen Artikel der Tokioter Zeitung „Nishi-Nishi", darin zum Ausdruck gebracht wird, Japan müsse die Fesselung Rußlands in Europa in der Mandschurei ausnutzen.

„Leipziger Neueste Nachrichten" (1. 8.).
„Noch bis zur letzten Stunde hat man in Berlin an der Hoffnung festgehalten, daß nicht alle Friedensversicherungen, mit denen der Zar freigebig gewesen ist, bares Gerede gewesen seien, man hat sich wirklich nur sehr schwer überzeugen lassen, daß der russische Kaiser, der Vertreter des autokratischen Gedankens, den serbischen Strauchdieben und Königsmördern zuliebe dem österreichischen Staat in den Rücken fallen und Hand in Hand mit notorischen Banditen einen Weltteil in die Schranken fordern könnte. Aber wir wissen es heute, alle die Friedensmanifeste und alle die Judasküsse von russischer Seite sind nur bestimmt gewesen, uns

und unsere Verbündeten in Sicherheit zu wiegen, eine Isolierschicht herzustellen, hinter der man ungestört den Überfall auf die europäischen Kulturmächte vorbereiten konnte. — Und eine andere Frage, die auf allen Lippen schwebt: England. Die Londoner Presse, die vom Auswärtigen Amt gut informiert zu sein pflegt, versichert, England sei in diesem Fall an keine Verpflichtungen gebunden. Das ist möglich. England pflegt sich niemanden gegenüber zu binden, oder es ignoriert solche Verpflichtungen. Trotz der Konzentrierung, d. h. Mobilisierung der englischen Flotte, die aber in ihren Haupteinheiten schon in der letzten Zeit so gut wie mobil war, scheint England wenig Lust zu haben, sich in den Kampf zu mischen, es scheint im Gegenteil vorläufig im Hintergrund bleiben zu wollen. Im letzten Ende schützen wir ja auch, wenn wir uns mit Rußland schlagen, Englands indische Grenze. Es ist gut, daß die Jahre der Angst vor einer deutschen Invasion in England vorüber zu sein scheinen, und daß die ruhige Überlegung an die Stelle der Nervosität getreten ist. Und da muß man sich auch in England sagen, daß eine mögliche Vernichtung der deutschen Seemacht zugunsten dieser Tartarenpolitik Rußlands nicht den Einsatz der Hälfte der englischen Flotte wert ist, womit England gegenüber den Vereinigten Staaten sofort auf den Rang der zweitgrößten Seemacht herabsinken würde. Daher sprechen alle Erwägungen dafür, daß England vorläufig neutral bleiben dürfte.

Der Krieg mit Rußland ist wohl kaum mehr zu vermeiden. Und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß es auch den Krieg mit Frankreich bedeutet.

— Dieser Krieg war unvermeidlich für uns, weil Rußland im Bund mit dem Südslawentum ihn gewollt hat". — Man erinnert an die Mongolenschlacht von 1240 bei Liegnitz, jetzt ginge es wieder gegen Asiens Barbaren. — „Jetzt feste druff wie Blücher"!

„Germania" (1. 8.) „Im Angesichte des Krieges".

„Wir haben das alles nicht gewollt, wir haben es sogar mit den äußersten Mitteln, die mit der Ehre und Würde des Reiches vereinbar sind, zu verhüten gesucht. Man drängt uns den Krieg auf, weil wir unsern Bundesgenossen Österreich in dessen berechtigter Abwehr von Anschlägen einer verruchten Mördergesellschaft, wie es unsere Pflicht ist, treu zur Seite stehen". — Rußland habe den Krieg von langer Hand vorbereitet und ziehe das ihm hörige Frankreich mit. — „Beide würden trotz ihrer Kriegslust den verhängnisvollen Schritt aber doch nicht gewagt haben, wenn sie nicht hofften, noch einen Bundesgenossen zu erhalten, England. Ob diese Hoffnung begründet ist, dürfte sich bald zeigen". Für Italien

sei der casus foederis gegeben. — „Und da es wiederholt halbamtlich hat erklären lassen, daß es seinen Verpflichtungen treu nachkommen werde, kann nicht daran gezweifelt werden, daß es entschieden an die Seite seiner beiden Bundesgenossen treten werde". —

Auch die „Germania" hebt den Depeschenwechsel zwischen Kaiser und Zar als besonderes Zeichen russischer Hinterhältigkeit hervor.

„Kölnische Volkszeitung" (1. 8.). „Wie die Berliner Redaktion soeben aus bester Quelle erfährt, besteht zur Zeit in maßgebenden Kreisen keine Hoffnung mehr auf friedliche Lösung des Konfliktes. Rußland will den Krieg und hat ihn nach allen Beweisen, die man jetzt in Händen hat, systematisch vorbereitet".

Zur Mobilmachung Belgiens und Hollands bemerkt die K.V.Z.: „Wenn die beiden Staaten entschlossen sind, mit aller Entschiedenheit die Neutralität ihrer Grenzen zu verteidigen, so kann man das in Deutschland nur begrüßen. Belgien wird inzwischen auch schon selbst seine vergleichende Aufmerksamkeit angestrengt und gefunden haben, daß Deutschland nichts unternommen hat, was der bedrohlichen Anhäufung französischer Truppen in dem Einfallswinkel von Givet an die Seite gestellt werden könnte. Man darf annehmen, daß Belgien auch für den Fall der Umgehung der befestigten Maaslinie durch die Ardennen seine ausreichenden militärischen Sicherungsmaßnahmen getroffen hat".

Der Leitartikel der „Rheinisch Westfälischen Zeitung" 1. 8. beschäftigt sich mit den Folgen des kommenden Krieges für die deutsche Wirtschaft und kommt zu dem Ergebnis, daß ihre Gesundheit auch durch einen Krieg nicht zu erschüttern sei.

Einen langen Bericht sendet der römische Vertreter: „Italien bundestreu". — Man brauche trotz der Ententeeinwirkung keine Sorge zu haben, daß sich Italien dem Dreibund versagen werde, denn seine Interessen zwängen es, dabei zu bleiben. Im Falle einer Niederlage der Mittelmächte sähe sich Italien dem slawischen Koloß allein gegenüber. Und nur Deutschland könne ihm dazu verhelfen, die Vormacht im Mittelmeer zu werden. Vielleicht genügten schon italienische Rüstungen an der französischen Grenze, um einen Krieg doch noch zu verhindern.

Der „Vorwärts" (1. 8.). — „Die Verordnungen, die von der Militärbehörde erlassen sind, zwingen uns zu Einschränkungen und bedrohen den Bestand unserer Zeitung. An unserer Überzeugung und prinzipiellen Haltung wird selbstverständlich nichts geändert".

„Europas Schicksalsstunde". — „Denn noch wäre der Frieden zu erhalten, wenn es gelänge, Ausgleichsbedingungen zu formulieren, auf die

Österreich und Rußland eingehen könnten. Nur müßten die Bedingungen den nun einmal gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und Rußlands Rolle in der Politik nicht unberücksichtigt lassen". — Auch die russische Mobilmachung brauche Deutschland noch nicht zum Gegenschlag zu veranlassen, da Rußlands Mobilmachung ja wesentlich länger dauere.

Eine Zusammenfassung für diesen Tag erübrigt sich wohl. Hervorzuheben ist nur, daß die deutsche öffentliche Meinung noch nicht klar von Englands Kriegseintritt überzeugt ist (L.N.N. — Berl. Tagbl.), trotzdem die lange ausgesprochen freundliche und zumindest unausgesprochen optimistische Haltung zu England sich in den letzten beiden Tagen schon nicht mehr halten konnte. Stimmungsmäßig fällt die durchweg immer noch ruhige und haßlose Einstellung zu Frankreich auf.

Die Presse am 2. August.

Wir kommen auf unserm Streifzug durch den deutschen Blätterwald zum ersten Kriegstag und wollen versuchen, einiges von der Begeisterung, den erregten Äußerungen des guten Gewissens und dem stolzen Kraftgefühl dieses Tages und der nächsten Tage einzufangen. Es wirklich nachzuzeichnen, dieses Bild eines Vulkanausbruches, ist leider unmöglich nicht nur im Rahmen dieser Arbeit, man muß sie vor sich sehen, diese schon angegilbten Blätter, auf denen wuchtige Schlagzeilen das ungeheure Geschehen eines in Brand geratenen Erdteiles herausschreien.

„Kölnische Zeitung" 2. 8. — „Hurrah Germania"! — „Die Frage, ob Deutschland sich Österreich zur Seite stellen müsse, erörtern wir garnicht. Die moralische Pflicht, die Treue zu besiegelten Verträgen und die staatliche Notwendigkeit fließen in eines zusammen. Selbstmord, tiefe Schmach wäre es für Deutschland gewesen, wenn es einen Augenblick gezaudert hätte, dem stammverwandten Volk beizuspringen. Darüber ist Deutschland sich klar gewesen, daß ein Krieg gegen Rußland Frankreich zu den Waffen rufen muß. Zwei Germanenvölker gegen Russen und Franzosen. Ja, ein Unheil ist der Krieg, aber groß feierlich und hehr ist er auch". — Aus Berlin kommt, kennzeichnend für die Scheu, den allerletzten Faden zu zerschneiden, die Meldung, die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland beständen noch fort.

Das Londoner Telegramm enthält Zeitungszitate aller Richtungen, auch Zitate, in denen die belgische Neutralität die Hauptrolle spielt.

2. Morgenblatt: „Die große Stunde der deutschen Nation hat geschlagen".

Die italienische Bundestreue wird nochmal als selbstverständlich hingestellt.

Sonderausgabe: „Rußland eröffnet den Krieg". —

„Klingen heraus!" — Aus Berlin: „Dem russischen Botschafter sind die Pässe zugestellt worden". — In Fettdruck stehen Meldungen über erste Grenzgefechte. Weiterhin die bekannten Falschmeldungen über Bombenabwürfe französischer Flieger über Nürnberg.

„Kreuzzeitung" 2. 8. — „Wir müssen uns damit abfinden, daß das Schicksal wieder einmal Blutopfer von uns fordert für unsere nationale Selbstbehauptung. Aber wir werden nicht vergessen, wem wir alles Elend und Unheil verdanken. Allen Versuchen gegenüber, die Sachlage zu verschieben, sei nochmal festgestellt: Rußland und Rußland allein ist es, das die Verantwortung für diesen Krieg trägt. — Dieser Krieg hat keine sittliche Rechtfertigung — Die Möglichkeit zum Frieden bleibt Rußland auch jetzt noch offen. Es kann ihn haben, wenn es Österreich-Ungarn im Rahmen des Notwendigen freie Hand läßt. Aber dieser Friedenswille besteht nicht".

Aus London: Hervorgehoben wird ein als Regierungserklärung bezeichneter Artikel der „Westminster Gazette", der betont, England habe keine bindenden Abmachungen, aber gewisse Verpflichtungen Frankreich gegenüber. Er spricht die Hoffnung aus, daß England Sammelpunkt für den Frieden bleiben könne und wendet sich gegen das Gerede von der Entsendung eines Expeditionskorps. — Daraus zieht die Kr. Z. den Schluß: „Mit anderen Worten: England wünscht zunächst neutral zu bleiben, um sich dann im Falle eines deutschen Sieges zugunsten seiner Ententegenossen einzusetzen. Das ist eine Haltung, die wir erwartet haben, die uns nicht schreckt, und über deren Opportunität wir den englischen Staatsmännern das Urteil überlassen müssen".

Aus Brüssel wird von Truppenverschiebungen an der französisch-belgischen Grenze geschrieben.

„Frankfurter Zeitung" 2. 8. „Zu den Waffen". — Deutschland kämpfe gegen den asiatischen Despotismus. — Alle Hoffnung richte sich jetzt auf den Bau eines besseren Europa nach dem Kriege. — „Es scheint, daß beide Westmächte den Frieden wollen und auch jetzt noch versuchen, ihn zu retten". — In England herrsche noch einige Hoffnung auf Grund eines Briefes des Königs an den Zaren. — Die französische Mobilmachung wird als selbstverständliche Tatsache hingenommen.

„Berliner Tageblatt“: „Deutschland hat den Krieg nicht gewollt“... „Darüber allerdings bestand vom ersten Augenblick an kein Zweifel und die deutsche Regierung hat das ihrige getan, um ihn nicht aufkommen zu lassen, daß im österreich-serbischen Konflikt unsere Stellung an der Seite unseres Verbündeten war. Aber diesen prinzipiellen Standpunkt einmal zugegeben, wie er zugegeben werden muß, haben wir bis zuletzt in größter Selbstbeherrschung und Entsagung auf die Zerstreuung der drohenden Kriegswolke hingewirkt“.

Der Berl. Tagbl. glaubt, daß die Frage der Gruppierung der Mächte (wohl nur England hier gemeint) noch nicht endgültig gelöst sei.

London: Was wird England tun?“ — Der Korrespondent bringt zunächst ausführliche Zitate der liberalen Presse, die sich für die Neutralität einsetzen und hält die „Times“ dagegen. Die größte Betonung legt er auf die, im allgemeinen deutschen Urteil als offiziös geltende „Westminster Gazette“, deren Artikel (keine bindenden Verpflichtungen, aber — Frankreich!) uns ja schon zu Gesicht gekommen ist. — Eine Schlußfolgerung aus diesen Stimmen getraut sich das Berl. Tgbl. offenbar nicht zu ziehen.

Das russische Problem ist auch für die „Vossische Zeitung“ vom 2. 8. gelöst, obwohl sie von der Kriegserklärung noch keine Kenntnis hat.

„Was aber wird Frankreich, was England tun? Soll das russisch-französische Bündnis wirklich nicht französischen, sondern russischen Zwecken dienen? Und wird England vergessen, wie kein anderer Staat in demselben Maße die britische Weltmacht an den Dardanellen, am Suezkanal, in Persien, in Indien zu schwächen und zu untergraben versucht, wie es Rußland seit Menschenalter planmäßig tut? Deutschland denkt nicht daran, Frankreich zu überfallen, es wird keinen neuen deutsch-französischen Krieg geben, es sei denn, Frankreich will und betreibt ihn zu dem Zeitpunkt, den ihm Rußland bestimmt. Und vollends mit England will die deutsche Nation nicht nur Frieden sondern auch Freundschaft pflegen“.

„Leipziger Neueste Nachrichten“ 2. 8. Sie erhalten aus Berlin die Mitteilung, es seien über Italiens Bundestreue beruhigende Versicherungen eingegangen. — „Gewiß man hat es nicht anders erwartet, als daß Italien den Verpflichtungen des Dreibundvertrages treulich nachkommen würde, aber es ist doch eine beruhigende Gewißheit, daß man Italien in diesem Riesenkampf auf unserer Seite weiß“.

„Das aber fühlen wir alle: Das Recht steht auf unserer Seite! Was wollen denn unsere Feinde? Klein sollen wir werden, auf die Knie will man uns pressen. Deutsches Wesen, deutsche Art soll ausgetilgt werden".

„Germania" — „Deutschland steht auf, von der Memel bis zum Bodensee erhebt sich das deutsche Volk. Die Entscheidungsstunde hat geschlagen. — Rußland will den Krieg, Deutschlands Erbfeind lechzt nach Revanche". — Der vor Begeisterung glühende Kriegsausruf schließt: „Gott will es, Gott mit uns" soll unsere Losung sein. Ihm wollen wir uns ergeben".

„Kölnische Volkszeitung". — „Fürs Vaterland" — „Heute muß auch das Reich das Schwert ziehen. Die Treue gegen seinen Bundesgenossen und sein eigenes Lebensinteresse lassen ihm keine Wahl. — Man hat auch überall in deutschen Landen die unausgesetzten Beunruhigungen durch die turbulenten Elemente am Balkan und ihre offenen und geheimen Förderer im europäischen „Konzert" gründlich satt. — Und da ist es erklärlich, wenn auch in Deutschland immer häufiger der alte Satz variiert wurde: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrekken ohne Ende. — Aus dieser Auffassung heraus war es verständlich, wenn die Möglichkeit, daß Serbien sich dem österreichischen Ultimatum anbequemen werde, in den weitesten Völkerkreisen instinktiv mit Besorgnis ins Auge gefaßt wurde. — Aber man sieht mit einer gewissen Gelassenheit Verwicklungen entgegen, welche Deutschland nicht verschuldet hat, denen es sich aber nach der Lage der europäischen Verhältnisse nicht entziehen kann, und diese ernste Gelassenheit, beruht auf der von jeder Überhebung freien Überzeugung, daß das deutsche Reich, welches seine militärischen und finanziellen Rüstungen bis nahe an die Grenze des Möglichen vervollkommnet hat, eine Macht darstellt, wie sie vielleicht niemals in der Geschichte der Völker in einem einzigen Reich vereinigt war".

„Rheinisch Westfälische Zeitung" 2. 8.
„Jetzt gelten nur Männer, sie sollen uns schützen, daß nicht die Horden Asiens und Halbasiens über das Reich brausen und es zertreten, das unsere Väter in ruhmreicher Zeit geschaffen haben. Und noch ein anderer lauert, halb Wolf, halb Fuchs, lauert seit Jahren, uns den hohen Siegespreis von 1870, unser deutsches Elsaß-Lothringen zu rauben".

Aus Berlin: „Wie nunmehr festgestellt, sieht Italien seine Bundespflicht als gegeben an".

Großes Aufsehen erregt bei der R.W.Z. die Aufhebung der sogenannten Steelschen Bankakte in England (370 Millionengrenze für ungedeckte Banknoten). Sie schließt daraus auf große Erschütterung des Kapitalmarktes, und weiterhin: „Die trostlose Verfassung des gegenwärtigen englischen Geldmarktes kann, das darf ruhig ausgesprochen werden, für uns erwünschte politische Folgen haben". '

Der Petersburger Korrespondent zieht aus russischen Zeitungen den Schluß, England werde sich höchst wahrscheinlich einmischen.

Die 2. Ausgabe bringt die Nachricht vom formellen Ausbruch des Krieges. — „Freudig schwingt Deutschland sein gerechtes Schwert". — Die Intrigen von Petersburg seien nicht länger mehr erträglich gewesen. — Für Rußland bedeute der Krieg keine Staatsnotwendigkeit, sondern er sei leichtsinnig vom Zaun gebrochen worden. — „Die deutsche Kultur kämpft gegen kosackische Raubgier und die ganze germanische Rasse um ihre Existenz".

Der „Vorwärts" widmet seine ganze erste Seite der Ermordung Jaurès. Man ist hier augenscheinlich froh, durch dieses Ereignis einer eigentlichen Stellungnahme zu dem riesengroßen Tagesproblem enthoben zu sein.

„Treu der Verbrüderung mit dem französischen Volke, treu der Sache des Friedens, treu dem internationalen Sozialismus bis in den Tod".

Man sucht sich hier noch an den Hoffnungsstrohhalm zu klammern, daß Mobilmachung noch kein Krieg sei. — Erneut richtet sich die Anklage gegen die russischen Kriegshetzer, gerade sei noch ein deutsch-englischer Vermittlungsvorschlag unterwegs gewesen. – Bemerkenswert aber ist, daß auch jetzt der „Vorwärts" die Friedensbereitschaft des Zaren persönlich nicht in Zweifel zieht, da sie sich aus seiner unsicheren Lage ergebe.

Eine eigentliche Kehrtwendung zum Kampfe gegen Rußland nimmt der „Vorwärts" nicht vor, und damit die zwangsläufige Einreibung in die Einheitsfront der deutschen öffentlichen Meinung, im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Provinzpresse.

Als Beispiel führe ich die „Münchener Post" vom 1. 8. an. „Diese Niederlage wäre etwas Unausdenkbares, Entsetzliches. Ist schon der Krieg an sich der Schrecken aller Schrecken, so wird das Furchtbare dieses Krieges noch durch den Umstand vermehrt, daß er nicht nur unter zivilisierten Nationen sich abspielt. Wir haben das Vertrauen zu

unsern Klassen- und Volksgenossen, daß sie sich von aller überflüssigen Grausamkeit fernhalten werden. Wir können dieses Vertrauen nicht haben zu den buntgemengten Völkerschaften des Zaren und wir wollen nicht, daß unsere Frauen und Kinder das Opfer kosackischer Bestialität werden. Jenseits aller Greuel der Verwüstung steigt uns ein anderes freundlicheres Bild auf. Ein freies deutsches Volk, das sich sein Vaterland eroberte, indem es sein Land verteidigte. Dieses freie Volk nach billigen Friedensbedingungen im Bunde mit den großen Kulturvölkern des Westens. Unsere große Sache überall im Vordringen. Drüben aber im Osten die rauchenden Trümmer eines Zarenthrones".

V. Kapitel.
Die Katastrophe.

„Die Katastrophe“, so sind wir aus historischer Schau wohl berechtigt, die letzten Tage der Julikrise zu überschreiben, wenngleich die Miterlebenden dieser großen Tage, die „öffentliche Meinung“, um bei unserm Begriff zu bleiben, den allseitigen Kriegsausbruch weithin mehr wie eine, wenn auch bitterernste Erlösung, denn als eine Katastrophe empfanden, als eine Erlösung aus den Wochen und Tagen nervenreißender Spannung, als eine Erlösung vor allem auch aus einer als auf die Dauer unerträglich empfundenen Weltlage, als eine gewaltsame Sprengung der „Einkreisung“, als eine unbedingt bejahte Lebensprobe der jungen und darum so gefährdeten deutschen Weltmacht.

Der diplomatische Verlauf vom 2. bis 4. August.

Zu Beginn des letzten Abschnittes unseres Weges durch die großen deutschen Blätter einen ganz kurzen Abriß der wichtigsten Geschehnisse in der Diplomatie des 2., 3. u. 4. August. — Der Schwerpunkt dieser letzten Tage liegt allein in London. Petersburg und Wien sind ganz ausgeschaltet, und die Haltung von Berlin, Paris und Brüssel ist so fest vorgezeichnet, daß ihre Diplomaten keine eigentlich Handelnden mehr sind, trotz der letzten verzweifelten Versuche Lichnowskys, durch das Zugeständnis der Unantastbarkeit des gesamten französischen Gebietes, auch der Kolonien, und des Verzichtes auf eine aktive Seekriegsführung gegen Frankreich (3. 8.) die englische Neutralität zu erkaufen.

Er bringt ohne Bevollmächtigung am 2. andeutungsweise sogar die Möglichkeit einer Achtung der belgischen Neutralität zur Sprache.

Der dauernde Ansturm Cambonse auf Grey führt am 2. 8. wenigstens zu dem Erfolg, daß die Garantie der französischen Küste durch England übernommen wird. Die Entsendung eines Expeditionskorps, wie sie längst zwischen den Generalstäben vereinbart war, wird aber noch abgelehnt. Noch am 2. ist das englische Kabinett sich in sich selber uneins, fast die Hälfte seiner Mitglieder, die eigentlichen Liberalen, stehen auf dem Standpunkt, daß England keine Verpflichtungen gegen Frankreich habe. Auch die Verletzung der luxemburgischen Neutralität durch deutsche

Truppen am 2. bringt keine Sinnesänderung hervor. Belgien bildet im Kabinett den Mittelpunkt der Debatte, bis auf ganz geringe Ausnahmen (Burns, Morley) erklären sich auch die liberalen Interventionsgegner für ein englisches Eingreifen im Fall der belgischen Neutralitätsverletzung.

Am 2. 8. tut Deutschland den entscheidenden Schritt mit dem Ersuchen an Belgien um das Durchmarschrecht. Belgien lehnt ab, wendet sich mit der Bitte um diplomatische, noch nicht um militärische, Intervention an England. Am 3. August rücken deutsche Truppen über die belgische Grenze. Jetzt hat Grey das Mittel in der Hand, durch Verlagerung des ganzen politischen Schwergewichtes auf Belgien auch die noch widerstrebenden Gruppen in Kabinett, Parlament und öffentlicher Meinung, zum Kriegseintritt an der Seite Frankreichs zu bestimmen. Seine große Parlamentsrede vom 3. spricht die letzte Entscheidung formell noch nicht aus, läßt aber keine Zweifel mehr an der englischen Stellung. Das Parlament zollt ihm fast einmütig den größten Beifall. Die belgische Nachricht bringt am 4. August die liberale „No intervention" Opposition in der Presse zum Schweigen. (Ausnahmen „Manchester Guardian" und „Daily News").

Am 3. erfolgt auch die deutsche Kriegserklärung an Frankreich, eine bloße Formalität noch. Der Ablehnung der englischen Forderung auf Rückgängigmachung des Neutralitätsbruches, folgt am 4. abends die Kriegserklärung. —

Die Presse am 3. August.

Die „Kölnische Zeitung" vom 3. erhält ihr Gesicht durch die Meldungen von französischen Grenzverletzungen und Bombenabwürfen (Nürnberg, Wesel) und noch schlimmere Tartarennachrichten von Brunnenvergiftungen und Tunnelzerstörungen durch französische Spione. — Frankreich rückt an Rußlands Stelle.

Eine breite Polemik wird gegen den „Temps" geführt, der die russische Mobilmachung als Vorsichtsmaßregeln gegen Überraschungen bezeichnet.

Dagegen betont die K. Z. besonders, daß die russische Mobilisierung eine erfolgversprechende deutsche Vermittlungsaktion zunichte gemacht habe. — Im übrigen — Nachrichten über Nachrichten — Fettdruck und Ausrufezeichen, — Stimmungsberichte, und Beruhigungsversuche, ein wirres und aufgeregtes Bild, das ja leider nicht nachzuzeichnen ist.

Kreuzzeitung" — „Krieg nach zwei Fronten".

„Wir kämpfen einen aufgezwungenen Kampf".

Auch hier stehen die Meldungen von französischen Grenz- und angeblichen Völkerrechtsverletzungen im Vordergrund. – „Es ist fast so, als ob unsere Gegner es darauf abgesehen, sich vor aller Welt ins Unrecht zu setzen".

Die Besetzung Luxemburgs, begründet mit dem Schutz der Eisenbahnen, soweit die Erklärung der Neutralität durch Belgien werden nicht kommentiert.

Abendblatt: „Nach den Londoner Meldungen scheint England nur noch zu schwanken, wann es den Genossen des Dreiverbandes helfend an die Seite treten soll".

Der Wiener Korrespondent meldet: England durch keine Verpflichtungen gebunden. Eduard VII. habe Clemenceau 1908 vergeblich ein Bündnisangebot gemacht.

„Kaiser Wilhelm und der Friedenszar, das Ende einer Freundschaft". — Nach der Anführung von Stellen in kaiserlichen Reden, die sich auf die Freundschaft mit Nikolaus beziehen, heißt es elegisch: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Wem von beiden Herrschern wird sie dereinst das Zeugnis ausstellen, daß er bis zuletzt seinem Worte treu gehandelt hat?".

Damit muß auch das konservative Organ eingestehen, daß die letzten, ihr sonst so teueren Reste der weiland Hl. Allianz restlos zerstoben sind.

Die „Frankfurter Zeitung", ruft zum Kampf auf gegen die liberalen Weltfeind, gegen die „despotische russische Herrscherclique", zum Kampf der Deutschen gegen die Slawen. — „Das System, aus dem diese Zustände erwuchsen und die Menschen, die es tragen, gilt es zu beseitigen, zu zerschlagen".

Aus Berlin: Deutschland hat noch bis zuletzt gehofft, daß Frankreich Frieden halten würde". — Auch die Fr. Z. enthält die Tartarennachrichten von französischen Bombenabwürfen. Typisch aber für diese Zeitung, daß sei in solcher Stunde noch sachlich feststellt, die französischen Grenzverletzungen seien militärisch belanglos.

„Berliner Tageblatt" 3. 8. — „England, dessen Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens in Deutschland mit Dank aufgenommen worden sind, sagt nichts darüber, ob es in den Krieg eingreifen oder neutral bleiben wird. Es wird diesen abwartenden Standpunkt vielleicht auch heute morgen nicht aufgeben, und ähnlich mag die Taktik

mancher anderen, nicht zu den Großmächten zählenden Staaten sein". — Das Berl. Tgbl. betont noch einmal schmerzlich, wie gerne das deutsche Volk mit Frankreich in Frieden geblieben wäre.

Zur Besetzung Luxemburgs bemerkt man: „Im Herbst des letzten Jahres entdeckte, wie noch erinnerlich sein dürfte, der bekannte französische Senator Berenger eine neue Gefahr für Frankreich, die in einer ausgiebigen Überschreitung der nordwestlichen französischen Grenze im Kriegsfall bestand, verbunden mit dem deutschen Durchmarsch durch Belgien. Soweit sind wir noch nicht, ob die Kriegslage und das Verhalten der französischen Heere uns die Respektierung der belgischen Neutralität gestatten werden, ist noch nicht abzusehen. Wir können aber annehmen, daß ein deutscher Aufmarsch eine unnötige Verletzung neutraler Staaten vermeiden wird. (Ein beispielhaft nichtssagender und vielsagender Satz!). Dann werden wie überall die verschiedenen englischen Pressestimmen dem Leser zur Meinungsbildung überlassen.

Die „Vossische Zeitung" schließt „Aus privaten Äußerungen englischer Staatsmänner", daß trotz des bisherigen Fehlens einer offiziellen Stellungnahme England auf der Seite Frankreichs in den Krieg eintreten werde, und sie fordert, jetzt auf England keine Rücksicht zu nehmen. (Es ist wohl Belgien damit gemeint). — „Viele Blicke richten sich nach Italien, wo die Entscheidung fallen muß, ob dieser Staat seinen Bündnispflichten nachkommen will".

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" 3. 8. beschuldigen Rußland, den Krieg von langer Hand vorbereitet zu haben. — „Ob der deutsch-russische Krieg zu einem großen europäischen Krieg, zum Weltkrieg führen wird, ist in diesem Augenblick nicht sicher. — Unsere Existenz als Großmacht, unsere Wohlfahrt und Weiterentwicklung, unsere ganze Bedeutung in der Welt hängt von dem Ausgang dieses uns in ruchloser Weise aufgenötigten Kampfes ab".

Als maßgebend für die Haltung Italiens führt man einen Artikel des „Corriere della Sera" an — Italien, getreu dem Bündnis stehe Gewehr bei Fuß. Er wendet sich gegen die Vorwürfe des Verrates. (Die in Deutschland ihm noch garnicht gemacht wurden!) und meldet italienische Kompensationsansprüche auf dem Balkan an.

Den „Leipziger Neuesten Nachrichten" wird aus Berlin gemeldet, nach Verhandlungen zwischen Rom und Wien habe Italien seine amtliche Zusage zur Erfüllung der Bundespflicht gegeben. — England habe erklärt, daß es sehr gerne neutral bliebe, aber durch Verträge gebunden sei, sodaß man es in der Reihe der deutschen Gegner finden

werde. „Und das englische Volk, das hat es deutlich genug zu erkennen gegeben, das will keinen Krieg am wenigsten mit Deutschland".

Die „Germania" steht ganz im Zeichen der Sensationsnachrichten über französische Kriegshandlungen. Als Beispiel der Kriegspsychose sei hier die grausige Kunde von einem französischen Arzt angeführt, der versucht habe, in Lothringen die Brunnen mit Cholerabazillen zu vergiften. —

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß die Meldungen über Angriffe französischer Flieger hier wie überall betonen, daß sie die belgische Neutralität verletzt hätten. —

Man geht vielleicht nicht ganz fehl, wenn man darin eine Stimmungsmache amtlicher Stellen sieht. Gerade die Nachrichten, als solche stehen sie da, nicht als Gerüchte, über Bombenabwürfe französischer Flieger sehen sehr nach bewußter Stimmungsmache aus, da sie sich in allen Blättern gleichmäßig finden. —

Die „Kölnische Volkszeitung" gibt sich immer noch der Begeisterung für Österreich hin. — „Die eisernen Würfel rollen". — „Einigkeit macht stark"! Kein strahlenderes Beispiel dafür im gegenwärtigen Augenblick, als das völkerreiche Österreich-Ungarn. Alle Kassandrarufe der Neider und Nörgler, der jahrhundertealte Donaustaät werde im Kriegsfalle in seine verschiedenen Bestandteile auseinanderbrechen, sind jählings zuschanden worden. Viribus unitus! Fester entschlossen und stärker steht die Habsburgermonarchie heute da. — Mit Österreich-Ungarn verbindet uns eine mehr als 30 jährige Bundesbrüderschaft. Was des deutschen Reiches Herrscher und Kanzler gelobt und versprochen und was das deutsche Volk stets gern und freudig gut geheißen, das gilt es jetzt zu halten und einzulösen. Heiligkeit geschworenen Eiden".

Man vermeint — Ententepropaganda zu hören in dem Artikel der K.V.Z., der da überschrieben ist „Der Menschheit heilige Rechte". — Nicht allein um seine nationale Geltung allein führe Deutschland sein Schwert, es ziehe in den Kampf für der Menschheit hl. Rechte, gegen die Methoden der Lüge, wie sie die russische Diplomatie ausgebildet habe, für die Normen der Gesittung, für das internationale Recht. — „Rußland hat gezeigt, daß es sich um das Völkerrecht nicht mehr kümmern will, in abstoßender Unverhülltheit ist des Ostens Barbarei Europa gegenübergetreten. Das deutsche Reich hat nicht nur nationale Güter zu verteidigen, es ist zum Bannerträger der Kulturwelt für die höchsten Ideen des nationalen Rechtes geworden. — Nun muß Deutsch-

land mit der Waffe in der Hand gegen die Feinde des Völkerrechtes kämpfen, hohe Ideale sind es, die darum in diesen Tagen allen Deutschen vorangehen. — Und wenn Frankreich, die westliche „Kulturmacht" sich mit den Barbaren der Steppen Asiens und Halbasiens verbündet, wenn es gleichfalls mit ruchloser Verhöhnung der Formen des Völkerrechtes seine Stellung als die einer gesitteten Nation aufgegeben hat, um einen Angriff gegen Europas heiligste sittliche Güter zu unterstützen, dann geht auch gegen dieses Land die furchtbare Anklage der Weltgeschichte. — Nicht der Kampf zwischen Germanentum und Slaventum drückt diesem Krieg seinen Stempel auf, es ist vielmehr der Hinblick und sittliche Verpflichtung, auf internationale Gesetze und die höchsten Normen menschlichen Zusammenlebens".

Man darf aus diesen Ausführungen den Schluß ziehen, daß ihr Verfasser von der Verletzung der belgischen Neutralität aus dem nicht „heiligen" aber bitteren Recht der Notwehr heraus keine Ahnung gehabt hat. Und man kann sich eines peinlichen Gefühls über so viel Instinktlosigkeit nicht erwehren, die an demselben Tag die „Normen des Völkerrechts" zum Mittelpunkt des ausbrechenden Riesenkampfes macht, an dem Deutschland wegen der zwangsläufigen Mißachtung dieser Normen der feindlichen Welt das Stichwort zur wüsten und wirkungsvollen Hetze gibt.

Die „Rheinisch Westfälische Zeitung" 3. 8. beschäftigt sich mit der Antwort Frankreichs auf die deutsche Frage nach seiner Stellungnahme. — „Das hetzende Frankreich will friedliche Lösung". — In Frankreich herrsche keine Kriegslust. Darum sei auch die Antwort auf die deutsche Frage so unklar ausgefallen, ohne den Mut zur Entscheidung. Vielleicht, so schließt die R.W.Z., wolle man tatsächlich in Paris den Krieg nicht. — Schilderungen eines deutschen Rückkehrers über Feindseligkeiten in Belgien gegen seine Reisegesellschaft kommentiert man: „Man sieht, wessen wir uns in Belgien zu versehen haben". „Belgien und Holland mitschuldig?".

Unter dieser Überschrift bezeichnet ein militärischer Mitarbeiter die Mobilmachung der beiden Länder als gegen Deutschland gerichtet. —

Auch der „Vorwärts" stellt nun, später als die sozialdemokratische Provinzpresse, seine sinnlos gewordene Opposition ein, als einen wirklichen „Unfall" kann man das aber nicht bezeichnen. — Unter der Überschrift: „Der Kampf gegen den Zarismus" geht zunächst eine spöttische Registrierung der bürgerlichen Zeitungen, die den Sozialdemokraten beizubringen versuchten, daß der Kampf gegen Rußland auch ihre Sache

sei. Aber mehr als auf den Krieg richtet der „Vorwärts" seine Hoffnung auf die Revolution in Rußland, daß sie das Zarentum beseitigen werde. —

Wir kommen zum 4. August.

Die Presse am 4. August.

Die „Kölnische Zeitung" erfährt aus Berlin: „Über die Haltung Englands liegt bisher noch keine abschließende Erklärung vor". — Es folgt eine amtliche Mitteilung: „Bisher hatten deutsche Truppen den erteilten Befehl gemäß die französische Grenze nicht überschritten. Dagegen greifen seit gestern französische Truppen ohne Kriegserklärung unsere Grenzposten an. Sie haben, obwohl noch vor wenigen Tagen uns die französische Regierung die Innehaltung einer unbesetzten Zone von 10 km zugesagt hat, an verschiedenen Punkten die Grenze überschritten. Französische Kompagnien halten seit gestern abend deutsche Ortschaften besetzt. Bombenversendende Flieger kommen seit gestern abend nach Baden, Bayern und, unter Verletzung der belgischen Neutralität, über belgisches Gebiet in die Rheinprovinz und versuchen, unsere Bahnen zu zerstören. Frankreich hat damit den Angriff gegen uns eröffnet und den Kriegszustand hergestellt. Des Reiches Sicherheit drängt uns zur Gegenwehr. S. M. der Kaiser hat die erforderlichen Befehle erteilt. Der deutsche Botschafter in Paris ist angewiesen, seine Päſſe zu fordern". — Bemerkenswert ist wohl, daß diese Kriegserklärung an Frankreich ziemlich unauffällig und in einfachem Druck gebracht wird. — Es finden sich Schilderungen von der tumulthaften Abreise der Deutschen aus Paris. Die „freundliche Haltung" der Belgier wird dagegen betont.

Die Wiener Schriftleitung berichtet: „Man weiß aus amtlichen englischen Quellen, daß England die Verwicklungen auf dem Festland zunächst als Zuschauer betrachten wird". — Auch hier wieder, um das nochmal zu erwähnen, setzt man seine Hoffnungen auf ein Vorgehen der Japaner gegen Rußland. — „Über Italiens Haltung ist man vollkommen beruhigt, daß nach der französischen Mobilmachung, Italien jetzt dasselbe tun wird".

Der Wiener Korrespondent macht weiter in Optimismus. Er hält die englische Neutralität für sicher und glaubt an die Unterstützung des Dreibundes durch Rumänen und Türken. Er zitiert das österreichische Militärwochenblatt: „Wenn Gott in seiner Gnade uns den Sieg verleiht, dann: vae victis!"

Das Abendblatt teilt in seinem sachlichen Bericht die deutsche Sommation an Belgien mit „Zwecks Erleichterung der deutschen Operationen". Der Korrespondent in Brüssel schildert die dortige Volkswut, die am 1. August zum Ausbruch gekommen sei.

In einer für den heutigen Leser geradezu peinlichen, weil sachlich so falschen Art, spricht die Kriegspsychose aus dem Kommentar, mit dem die „Kreuzzeitung" die Kriegserklärung an Frankreich begleitet. — „Die Sprache der amtlichen Mitteilung atmet dieselbe ruhige Würde und Sicherheit, die wir schon Rußland gegenüber beobachtet haben und die schon rein äußerlich dartut, wie wohl gegründet unsere diplomatische Position im Vergleich zu derjenigen unserer Gegner ist. Auch Frankreich hat also genau wie sein ehrenswerter Verbündeter dem deutschen Reich gegenüber mit Wortbruch und Perfidie gearbeitet, — — und man wird wohl in England, dem Lande der politischen Vernunft, aber auch des politischen Anstandes eine besondere Genugtuung über das Rowdytum der beiden Ententegenossen empfinden. — Ein solcher Tiefstand der politischen Manieren war bisher in Europa unter den großen Nationen wohl noch nicht zu verzeichnen. Mit einer solchen Tat hat die angeblich „ritterlichste und zivilisierteste Nation der Welt" mehr als die erste Schlacht verloren, sie hat die Achtung verwirkt, es ist für uns ein peinliches Gefühl, daß unsere braven Armeen gezwungen sind, sich mit den von Ost und West gegen uns in Bewegung gesetzten Massen herabgekommener, bzw. im asiatischen Barbarentum steckender Völker herumzuschlagen. — Wir hoffen, daß es unseren Armeen gelingen wird, diesen sittlich etwas allzu korrumpierten Gegner für immer aus dem Rate der Großmächte auszuschalten". — Auffällig in diesem so verachtungsvollen und gehässigen Zusammenhang die ehrenden Worte für England, obwohl man doch ernstlich an seiner Bundesgenossenschaft mit diesen so „sittlich verkommenen" Gegnern nicht mehr zweifeln kann.

Aus London[28]: Es wird die Rede Greys vom 3. (die während der Abfassung des Berichtes allerdings noch andauert) wiedergegeben und der Satz hervorgehoben: „Wir haben bis gestern nichts mehr als diplomatische Unterstützung versprochen". — Eine Meldung von der Teilmobilmachung Italiens zum Schutz seiner Neutralität wird ohne Kommentar verzeichnet.

---

[28] Diese Rede wird natürlich überall gebracht, soweit sie bei der Abfassung der Telegramme schon vorlag.

Ich zitiere aus dem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. 8. — „Wir müssen siegen, wir werden siegen. — Nicht aus historischer Sentimentalität, nicht aus romantischer Nibelungentreue hat Deutschland zu Österreich gestanden, sondern aus der Erkenntnis, daß es die staatliche Existenz und Macht des einzigen zuverlässigen Bundesgenossen im wohlerwogenen Interesse des deutschen Reiches schützen und stärken müsse, weil nach dem Falle Österreichs Deutschland den gleichen von Osten vordringenden Mächten auf die Dauer nicht widerstehen könne. — Wir stehen hinter Österreich, aber wir stehen damit für uns selbst. — Und wie echt die Friedensliebe und die Scheu vor dem Kriege in Paris auch gewesen sein mag, als es darauf ankam: Das unnatürliche Bündnis mit Rußland war stärker und Frankreich — seien wir gerecht — hat nicht zurück gekonnt“. — Doch so heißt es noch einmal rückschauend, vielleicht hätten die beiden Westmächte sich doch von der asiatischen Barbarei fernhalten können und dadurch das Schlimmste verhindert, auch Rußland hätte dann auf der Basis des diplomatischen Schutzes für Serbien den ehrenvollen Rückzug antreten können. —

„Panslawismus, unseliger Nachgroll und Neid branden gegen das Deutschtum. Wir sind das tüchtigste Volk — wir müssen siegen, wir werden siegen“.

Die Erklärung der italienischen Neutralität bemüht sich die Fr.Z. nicht tragisch zu nehmen, sie gibt ihrer „festen Zuversicht“ Ausdruck, daß es im deutsch-französischen Krieg treu seiner Pflicht nachkommen werde.

Aus Berlin wird gemeldet: Noch habe England seine Haltung nicht erklärt, doch für die deutsche Politik und Kriegsführung werde das ohne Einfluß sein.

Das Abendblatt veröffentlicht das deutsche Weißbuch, — das natürlich an diesem und am nächsten Tage überall sich findet.

Die Fr.Z. sieht eine zerschmetternde diplomatische Niederlage der Gegner durch das Weißbuch voraus, sie äußerst nochmal ein tiefes Bedauern, daß sich Frankreich mit diesen „Tartaren“ verbündet habe. Es sei kaum zu glauben, daß sich England dazu hergeben werde, dieser russischen Weltmacht zum Siege zu verhelfen. — „Herr Asquith und Sir Ed. Grey stehen vor einer verhängnisvollen Entscheidung für die Welt und für England. Für die Sache der menschlichen Gesittung wünschen wir, daß England, wenn es schon nicht auf unsere Seite treten will, neutral bleibe, aber wir zittern nicht vor seiner Entscheidung“.

Das „Berliner Tageblatt“ erfährt in einem Privattelegramm aus London über Greys Unterhauserklärung: „Grey sprach sich nicht direkt gegen die Neutralität aus und hielt sich alle Möglichkeiten offen“.

Abendblatt: „Die feindliche Haltung Frankreichs wird in der Thronrede nur kurz behandelt. Es entspricht dies ebenso der Tatsache, daß der Anlaß zum jetzigen Kriegsausbruch bei Rußland zu suchen ist, in dessen Schlepptau sich die französische Republik befindet, wie der Tatsache, daß wir uns von Seiten Frankreichs einer feindlichen Aktion immer gegenwärtig sein mußten. — Man wird aber im deutschen Volk die Thronrede besonders deshalb mit Befriedigung lesen, weil der Kaiser darin jede Eroberungslust weit von sich weist. Wir wollen nichts anderes als unseren Platz bewahren. — Zugleich hebt der Kaiser das Zusammengehen mit Österreich-Ungarn über den Zwang der Bundesverpflichtungen heraus, indem er auf die alte Kulturgemeinschaft der beiden Reiche hinweist. Rußland und Frankreich sind ein ungleiches Paar, das nur durch gemeinsamen Haß gegen Deutschland vorübergehend sich zusammenfinden konnten, zwischen Österreich und Deutschland aber stehen uralte Bande der Überlieferung, und wer, wie es der erste Kanzler getan, die unwägbaren Untergründe der Volksstimmung auch für die praktische Politik hoch einzuschätzen weiß, der wird schon daraus die Hoffnung schöpfen können, daß der großdeutsche Bund den Stürmen mit ganz anderer Festigkeit trotzen wird als das russisch-französische Zweigespann“.

Die „Vossische Zeitung“ schließt aus der Erklärung der italienischen Neutralität — daß auch England neutral bleiben werde!

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ 4. 8. beschäftigen sich immer noch mit Rußland. — „Die Wahrheit ist, daß die russische Regierung, genau wie Napoleon im Jahre 1870 aus der verzweifelten innenpolitischen Situation des Landes keinen anderen Ausweg zu sehen glaubte“. (als den Krieg) — Es folgt eine Schilderung schrecklicher innenpolitischer Zustände, die Menge des Volkes hoffe, in einem Krieg den Zarethron stürzen zu können.

Auch der nun offizielle Feind Frankreich kommt jetzt an die Reihe. — „Die Advokaten und ehrsüchtigen politischen Dilettanten, denen die Republik verfallen ist, kümmern sich nicht mehr um die Tradition ihrer Nation und verschreiben ohne Bedenken ihr Land einer schimpflichen fremden Sache, die, wir haben die feste Zuversicht, von Haus aus verspielt und verloren ist. Wie man dem französischen Volk gegenüber dieses wahnwitzige Beginnen rechtfertigen will, geht uns nichts an, Frankreich

wird die entsetzlichen Folgen der weltpolitischen Entschließung seiner Regierung zu tragen haben". — Also auch jetzt noch kein Haß gegen Frankreich an sich, gegen das französische Volk!

„Leiziger Neuesten Nachrichten" 4. 8. Sie greifen eine, wohl fälschlich als offiziös bezeichnete Ansicht der „Kölnischen Zeitung" heraus, wonach Frankreich trotz Abbruch der Beziehungen zögere, den Krieg wirklich zu eröffnen, aus Furcht vor der Revolution im Lande. Deutschland halte sich zurück, um Italien zum Bündnisfall zu zwingen. — Dies als kleines Schlaglicht auf die vielen kleinen „Ausrufezeichenmeldungen", aus denen mehr die hochgradige Erregung, in der man viel zu glauben bereit ist, als der Trieb zu wirklicher Erkenntnis der Dinge spricht.

Die „Kölnische Volkszeitung" besitzt den Optimismus, an einen für deutsche Augen äußerst unerfreulichen Stimmungsbericht aus London die Hoffnung zu knüpfen, England werde nun, nach dem Überfliegen belgischen Gebietes durch französische Flieger, in Paris Vorstellungen erheben. (!)

„Rheinisch Westfälische Zeitung" 4. 8. „Die Kraft". — „Ein energischer Schritt, wie die Besetzung Luxemburgs, um unsere wichtige Eisenbahn zu schützen, muß ebenfalls freudige Zustimmung finden, weil diese über alle kleinlichen und spießigen diplomatischen Erörterungen hinweg Kraft zeigt, einen entscheidenden und unbeirrbaren Willen des Heeres rückhaltlos über jeden zu wälzen, der sich uns entgegenstemmt. Fort mit allen Bedenken. Es gibt auch eine goldene Rücksichtslosigkeit". — Man geht wohl nicht fehl in der Ansicht, hierin einen vorweggenommenen Kommentar zum Einmarsch in Belgien zu sehen.

Unbedingt bemerkt werden muß die folgende Ausführung des alldeutschen Blattes, weil sie ganz im Gegensatz zu der Gesamtrichtung der deutschen Presse, und nicht nur der liberalen, Frankreich in den Vordergrund stellt und Rußland Worte des Bedauerns widmet, wie sie sonst den Franzosen zuteil werden. Denn sie schreibt, nur die französischen Bestechungsgelder hätten in Rußland die antideutsche Stimmung geschaffen, obwohl Deutschland und Rußland an sich nicht im geringsten zu Feinden bestimmt seien. Für Deutschland wäre es das allerbeste gewesen, immer in Frieden und Freundschaft mit den Russen gelebt zu haben. —

„Vorwärts". — „Ein großes Rätsel ist auch noch das Verhalten Englands. Sein Eingreifen in die kriegerischen Aktionen würde zu unab-

sehbaren Konsequenzen nicht zuletzt auch in Bezug auf die Lebensmittelzufuhr nach dem Kontinent, führen".

Kommentare zur englischen Kriegserklärung.

Wir kommen zum letzten Tag der Julikrise, da auch die letzte Entscheidung gefallen ist und der Öffentlichkeit bekannt wird. — Eindeutige Klarheit hatte ja in diesen letzten, wild erregten Tagen nirgends geherrscht über das Verhalten Englands, wenn man auch wohl alle Äußerungen darüber, alle Meldungen dahin zusammenfassen darf: Man ist durchaus auf ein englisches Eingreifen auf Seite der Franzosen gefaßt, eine große Überraschung kann die englische Kriegserklärung nicht bedeuten, allerdings so restlos alle Hoffnungen hat sogar die skeptische Fr.Z. noch nicht aufgegeben. Überwiegend rechnet man wohl mit einer anfänglichen Neutralität der Engländer, die aber dann durchaus profranzösischen Charakter tragen würde. — Der verhängnisvolle Punkt „Belgien" wird ja da, wo er in die Debatte gelangt, mit solch ehrlich scheinender Entrüstung aus der Rechnung gestrichen, daß man ihr glauben muß.

„Kölnische Zeitung" 5. 8. „Der europäische Krieg" „Durch"! (Anführung der Stelle in der Reichstagserklärung, die Belgien betrifft). — „In Lapidarschrift stehen diese Worte des Reichskanzlers an der Schwelle einer neuen Weltepoche. Was sie uns auch bringen mag, Gutes oder Böses, sie eröffnet mit dem freimütigen Bekenntnis unserer Schuld, zu der die Not uns gezwungen. — Not kennt kein Gebot". — Man habe so gehandelt im vollen Bewußtsein, welche Empörung dieser Schritt in der Welt auslösen werde. — „Wir aber wollen es diesen beiden Männern umso heißer danken, daß sie den Mut gefunden haben, unrecht zu tun, damit dem Vaterland recht werde".

Eine ausgesprochen ruhige, haßlose und schmerzbetonte Behandlung erfährt die englische Kriegserklärung. — „Aber wir wollen in der Bitterkeit nicht ungerecht werden, die Engländer müssen wissen, was ihre Interessen ihnen gebieten, und was ihre internationalen Verpflichtungen ihnen vorschreiben. Wir sind der Form nach im Unrecht und sind bereit, die Folgen unseres Tuns zu tragen". Zum Schluß bringt die K.Z. nochmal ihren tiefen Schmerz zum Ausdruck, daß gerade England zum Feind geworden sei, obwohl man ja seit Jahren habe damit rechnen müssen.

Es fällt uns unbedingt auf, daß das offiziöse Blatt nicht, wie überall sonst, das Schwergewicht auf die weltpolitischen Gründe des englischen Kriegseintritts legt, sondern bei der doch nur den Anlaß gebenden bel-

gischen Frage stehen bleibt. Wahrscheinlich spricht hier nicht so sehr das Blatt der deutschen Regierung, sondern die seit Jahrzehnten England besonders verbundene westdeutsche nationalliberale Zeitung muß gezwungen einen Schlußstrich unter diese enge Verbindung ziehen.

„Kreuzzeitung". — „Deutschlands große Stunde". — „Auf die Haltung Englands hatte die Rede Greys bereits vorbereitet, daß die Kriegserklärung kaum noch eine Überraschung, keineswegs eine Enttäuschung bereitete. Wir mußten von vorneherein auf die aktive Unterstützung unserer Gegner durch ihren Dreiverbandsgenossen rechnen und haben es getan. — Damit gelangen freilich auch die Vermittlungsbemühungen Englands in ein eigenartiges Licht. Der Verdacht, daß es mit ihnen nur Rußland und Frankreich nur Zeit habe gewinnen wollen, läßt sich jetzt kaum noch von der Hand weisen".

Die Kr.Z. macht England besonders zum Vorwurf, daß es sich nicht eher klar ausgedrückt habe. Dadurch habe es Deutschland nur Geheimnisse und Zusagen zugunsten Frankreichs herauslocken wollen. Bei einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich würde es niemals Deutschland zur Hilfe gekommen sein! — Auch die italienische Haltung bereite in maßgebenden Kreisen keine Enttäuschung.

„Frankfurter Zeitung" 5. 8.
„Der Krieg gegen die Tripleentente". — „Deutschlands öffentliche Meinung hat die Besserung der Beziehungen Deutschlands zu England in den letzten Jahren zu hoch eingeschätzt". — Es sei besser, daß England sich jetzt offen erkläre, als daß es mitten im Kriege mit seinen Ansprüchen hervorgetreten wäre. — Mit einem wahren Seherblick, den man bewundern muß, sieht der Verfasser dann den tiefsten Grund für den Eintritt Englands in den Krieg in der Hoffnung, dabei Deutschland und Rußland zugleich als weltpolitische Gegner loszuwerden, da es voraussähe, daß Deutschland Rußland schlagen werde! — Doch Englands Rechnung sei zu fein. Es fände in Deutschland nur Verachtung, aber keinen Schrecken. Englands Einsatz sei noch höher als der deutsche. — Durch englisches Eingreifen sei auch Italiens Neutralität zu erklären. — Die Fr.Z. macht ihm keinen Vorwurf daraus, erklärt, die italienische Hilfe wäre auch ziemlich belanglos gewesen. —

„Und haben wir gesiegt, so wollen wir, die friedlichste der Nationen, die Uhr Europas für ein Jahrhundert richtig stellen und ein Reich des Friedens aufrichten. Sir Ed. Grey hat England als den Bürgen des Friedens hinzustellen versucht. Die Bürg-

schaft war schlecht, weil sie eigensüchtig und parteiisch ausgeübt wurde. Wir wollen dem alternden Inselstaat die Last dieser Bürgschaft abnehmen und die Welt wird erfahren, daß wir sie besser zu verwalten verstehen".

Der Berliner Artikel bezeichnet natürlich die englische Kriegserklärung wegen Belgien auch als einen bloßen Vorwand. In Reichstagskreisen sei der Plan, durch Belgien nach Frankreich einzubrechen, längst bekannt gewesen. Sonst würde sich Frankreich dort einen militärischen Stützpunkt geschaffen haben.

Das „Berliner Tageblatt" nennt die Erklärung Bethmanns ein Muster männlicher Offenheit, es betont und unterstreicht die Verpflichtung, das belgische Territorium nicht anzutasten. — „Die Annahme erscheint begründet, daß auch dann, wenn Deutschland sich zur vollen Respektierung der belgischen Neutralität verpflichtet hätte, England bei der ersten deutschen Niederlage aus seiner Zurückhaltung heraus getreten wäre und den Gegnern Deutschlands zur Hilfe geeilt wäre".

„Der 4. August". — „Viel Tragik liegt darin und schafft uns doch Stärke und Trotz, daß Frankreich uns angreift, Rußland zuliebe, und daß wir am letzten Ende auch für Frankreich kämpfen. Ein übermächtiges Rußland, ein ins Maßlose gestärkter Zarismus ist für die französische Kultur und für ein freies französisches Staatswesen dieselbe Gefahr wie für uns. — Viele von uns liebten Frankreich und glaubten an eine Verständigung. Viele glauben heute noch daran. Jetzt treffen wir, weil die andern es gewollt, in Franzosen und Russen, nein nicht den Russen, ein brutales System, das die Freiheit und Kultur bedroht. Nach dem Kriege der Frieden und die Aussöhnung unter den europäischen Kulturvölkern! Wir wollten dieses Glück ohne Krieg schaffen, Rußland hat es nicht gelitten. Vielleicht schafft unser gutes Schwert, was die Vernunft hätte schaffen sollen".

„Vossische Zeitung" 5. 8.

„Krieg mit England". — „Und es ist im gewissen Sinne gut so. Niemand in Deutschland wollte den Krieg mit England, nun sich aber deutlich herausstellt, daß England ihn durchaus gewollt hat, ist es besser, daß wir gleich zu Beginn des gigantischen Krieges volle Klarheit gewonnen haben, uns keiner Selbsttäuschung mehr hingeben können, keine Rücksicht, die wir zu unserm Nachteil noch hätten üben müssen, zu üben brauchen. — Auf dem Kontinent wird Englands offene Feindschaft unsere militärische Situation eher erleichtern als erschweren, zur See aber wird

es mehr von uns als von den Engländern abhängen, welchem Risiko wir ausgesetzt sein werden.

„Von der Einkreisung zum Kriege". — „Fassen wir den Sinn der Erklärungen, die Sir Ed. Grey am Montag im Unterhaus vorgebracht hat, zusammen. Es ist kein anderer als dieser: „Seit der Algecieraskonferenz war Deutschlands Einkreisung vollendet. Das Netz war um Deutschland geworfen, aber wir haben uns vorbehalten zu entscheiden, wann es zugezogen werden soll. Jetzt ist diese Zeit gekommen, der Überfall ist beschlossen". — Belgien bilde nur die Bemäntelung der nackten Interessenpolitik. Das Wichtigste in Greys Rede sei das gewesen, was er verschwieg, nämlich Rußland.

Die Voss.Z. plädiert dafür, kein vorschnelles Urteil über Italien zu fällen, da die genauen Bestimmungen des Dreibundvertrages ja nicht bekannt seien. Auch die deutsche Regierung sei vorerst mit der wohlwollenden Neutralität der Italiener einverstanden.

„Münchener Neueste Nachrichten".
England habe ein Übergewicht Deutschlands in Europa befürchtet, und darum den Krieg für das bessere Geschäft gehalten. „Wir können mit Sicherheit annehmen, daß England ebenso wie Frankreichs Regierung[29] und wie Rußland den Krieg gewollt und vorbereitet hat. Bei dieser illoyalen Haltung Englands ist es besser, daß dieser große Kampf um unsere Existenz heute ausbricht, als daß er zu einem späteren Zeitpunkt, wo unsere Gegner ihre Rüstung noch verstärkt hätten, über uns käme".

„Leipziger Neueste Nachrichten" 6. 8.
„Der Dritte im Bunde: Old England"! — Gerade habe man in England noch überall vom Frieden geredet, — „jetzt fordern Grey, Gabrinowitsch, Poincaré, Princip, der hl. Nikolaus Arm in Arm das Jahrhundert, die Wahrhaftigkeit und die ewige Gerechtigkeit in die Schranken. Und das Mäntelchen? Man hat es aus belgischen Stoff gewoben. Als ob man in London Frankreichs strategische Absicht, durch Belgien gegen uns vorzubrechen, trotz aller Konferenzen der Herren Churchill und Kitchener mit dem französischen Generalstab nicht kannte.

Italien sei immer noch der große Unbekannte. Die L.N.N. hoffen auf die Zukunft, im Augenblick schrecke die Italiener wohl zu sehr das Übergewicht der französisch-englischen Mittelmeerflotte. — „Die italie-

[29] Wiederum typisch für die weitverbreitete Haltung der deutschen öffentlichen Meinung zu Frankreich, daß hier nicht Frankreich in eine Linie mit England und Rußland gestellt wird, sondern nur die französische Regierung.

nische Diplomatie hat Zurückhaltung für die beste Politik behalten und in Wien ebenso wie in Berlin scheint man sich damit abgefunden zu haben. Wenn man auch dort die Gründe nicht billigen kann, so hat man doch Verständnis dafür und hofft offenbar darauf, daß der weitere Verlauf des Krieges auch ohne unser Zutun Italien auf die Seite des Zweibundes (in diesem Falle Deutschland und Österreich) zwingen wird, umsomehr als König Viktor Emmanuel selbst offenbar nach Kräften bemüht ist, eine aktive Note in die italienische Haltung hereinzubringen".

„Germania" 5. 8. „Von Feinden umgeben".
Nicht England zuerst erfährt einen scharfen Angriff, sondern zunächst wieder Rußland. — Man habe das englische und französische Eingreifen schon lange vorausgesehen, nur um kein Öl ins Feuer zu gießen habe man geschwiegen. — „Wir waren jedoch fest davon überzeugt, daß England ebenfalls nur noch auf einen Vorwand wartete, um sich dem Vorgehen der beiden Tripleentente-Mächte anzuschließen. Wäre die Neutralität Belgiens kein Anlaß geworden, dann etwas anderes. Deshalb hat es auch keinen Zweck, die einseitige Darstellung Sir Ed. Greys, der unbedingt Deutschland als Sündenbock hinstellen will, niedriger zu hängen".

Die „Kölnische Volkszeitung" richtet ihren scharfen Angriff auf Frankreich. — „Denn das hinter allem der fanatische Revanchedurst und die unbändige Großmannsucht Frankreichs steckt, ist gar keine Frage".

Zur englischen Kriegserklärung stellt das Blatt zunächst sachlich fest, daß damit auch eine Seefront geschaffen sei. — „Beruhigend und tröstlich, wie die freimütige und aufrichtige Klärung der Verhältnisse durch die Reichsregierung gewirkt hat, wirkt auch das Bewußtsein, daß unsere Flotte ebenso wie unser Landheer von einer Begeisterung durchglüht ist, die schon lange flammend, jetzt auf die Tüchtigkeit von Menschen und Material die Probe machen will.

„Auf Tod und Leben". — „Sein oder Nichtsein, das ist heute für uns Deutsche die Frage. Deutschland ist der Krieg geradezu aufgezwungen worden. Ehre und Selbsterhaltungstrieb haben uns das Schwert in die Hand gedrückt, als kein anderes Mittel mehr blieb, um Deutschlands Stellung in Europa zu behaupten.

Deutschland, von drei Großmächten bekriegt, fordert die Achtung, die Bewunderung der Welt für seinen Mut heraus, seine Haltung kann nicht anders als überall da, wo die Seelen nicht durch verbohrten Deutschlandhaß vergiftet sind, eine nachhaltige Begeisterung erwecken. — Deutschland hätte nicht warten können, bis England, das auch so Frank-

reich geholfen hätte, und Frankreich durch Belgien und den Niederrhein ins Ruhrgebiet gekommen wäre". — Man brauche die englische Seemacht nicht zu fürchten, denn die Entscheidung falle auf dem Lande.

„Essener Volkszeitung". — Zunächst eine kleine Abweichung vom augenblicklichen Thema. — Die E.V.Z. übernimmt vom „Berliner Lokalanzeiger" den Brief eines Arbeiters an den Generalstabchef, vom 31. 7. schon, der in noch tiefere Untergründe der „öffentlichen Meinung" ein Schlaglicht wirft, als sie im allgemeinen in der Presse aufgehellt werden. Also: — „Die Arbeiter unterschiedslos sind der Meinung, daß es über kurz oder lang doch zum Klappen kommt, und sie alle glauben — trotzdem ehrlicher Verwünschung eines Krieges, auch fällt mancher Seitenhieb auf Österreich — daß es für am besten ist, je eher je besser". — Rußland sei noch nicht fertig mit seiner Rüstung, aber es rüste fürchterlich, und dann stünde Deutschland schließlich der Slawenflut allein gegenüber. — „Deshalb Exellenz, endlich klaren Wein und dann in alter Moltkeweise die allerschnellste und verwegenste Offensive. Der Russe muß weg von der Ostsee, nach Asien und Sibirien, wo die Bären zu Hause gehören. Wie lange wollen wir uns noch von dem faulen Koloß ohrfeigen lassen? Jetzt oder nie, kommen tuts doch mal". —

E.V.Z. vom 6. 8. — England hätte auch ohne Belgien in den Kampf eingegriffen, — diese Überzeugung wird auch hier zum Ausdruck gebracht. „Ehrlicher Gegner ist besser als verkappter Feind, als solcher hat uns England oft genug in die Waden gebissen". Vor dem englischen Heer habe man keine Furcht, mit ihm werde der deutsche Landsturm allein fertig werden.

„Die ausgeprägt feindselige Stimmung, die heute ganz allgemein in der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, ist ein tiefeingewurzeltes Gefühl innerhalb der Bevölkerung vor allem des Westens, wo die Erinnerung an die als Verbündete einrückenden Russen und ihr schuftiges Betragen in Freundesland bis in die dritte Generation lebendig geblieben ist. Der doppelte Bruch des Ehrenwortes, dessen sich die höchsten russischen militärischen Spitzen in offizieller Aussprache mit den Vertretern der deutschen Diplomatie schuldigt gemacht haben, rechtfertigt es, den Ausspruch Friedrichs II. vor der Schlacht bei Zorndorf zu wiederholen. — „Und mit solchem Gesindel muß ich mich herumschlagen".

„Rheinisch Westfälische Zeitung" 5. 8.
„Eine Seepolizei also maßt sich England an, das Recht zur Entscheidung, was eine freie und gleichberechtigte Nation auf dem Meere tun und lassen

dürfte“. — „Sollte es bis zum Äußersten zwischen England und uns kommen, so wissen wir ja, wir haben eine Flotte, die wir mit Bewunderung nennen. — Und in diesem Vertrauen können wir England ruhig und stolz entgegentreten“. (Erst eine Sonderausgabe bringt die vollzogene englische Kriegserklärung).

Der „Vorwärts“ enthält sich über den englischen Schritt jedes Kommentars. Er bringt nur die Rede Greys vom 3. ausführlich. — Zu dem im Weißbuch veröffentlichen Depeschenwechsel zwischen Kaiser und Zar: „Dieser Depeschenwechsel zwischen Kaiser und Zar spiegelt, gleich den sonstigen im Weißbuch veröffentlichten Dokumenten, im Extrakt die beiderseitigen Auffassungen, zwischen denen es nach der Lage der Dinge eine Aussöhnung nicht geben könnte“.

VI. Kapitel.

Das Ergebnis.

Bevor wir daran gehen, abschließend Ergebnisse und Erkenntnisse zu formulieren, müssen wir uns zweierlei noch einmal vor Augen führen. Unsere Arbeit war keine Untersuchung im engeren Sinne, kein Suchen und Forschen in Akten, Urkunden und Erinnerungswerken, in denen u.U. jeder einzelne Satz unter die Lupe genommen werden mußte, sondern wir wollen einen Hintergrund erhellen und Untergründe aufdecken helfen, vor und über denen sich einer der ganz großen und dramatischen Akte der Geschichte abgespielt hat. Leitartikel sind keine Denkschriften und Korrespondenztelegramme keine Botschafterberichte. Für die historische Schau hat bei einer Zeitung oft nur die Überschrift Bedeutung als Symptom, als Schlaglicht. — Da heißt es also, aus den vielen kleinen und kleinsten und großen, vielgemengten Mosaiksteinen der Zeitungsartikel und Vertreterberichte Gesamteindrücke als Ergebnisse zu formen, Erkenntnisse und Vermutungen aus den stimmungsmäßigen, psychologisch faßbaren Untergründen festhalten, wie sie in der Presse ans Licht kommen, und nicht zum Schluß sich wieder verlieren in die Einzelheiten, in das oft verwirrend bunte Bild der Tagespublizistik, sondern eben nur das behalten, was als vorherrschender Eindruck auf dem langen Weg durch die Zeitungen vom 28. Juli bis zum 5. August sinnfällig geworden ist und sich aufgedrängt hat.

Und noch eines dürfen wir nicht vergessen. — Es gibt etliche Tausend Zeitungen in Deutschland — und nur ein Dutzend, freilich der repräsentativsten, sind uns hier zu Gesicht gekommen, neben gelegentlichen Zitaten aus anderen Blättern. Und wenn es doppelt soviel und noch mehr gewesen wären, so würde das an der Tatsache, daß wir nur einen kleinen Ausschnitt gesehen haben, nicht viel ändern. Also, wenn im folgenden von „der deutschen öffentlichen Meinung" gesprochen wird, so ist das mit einem ziemlich beträchtlichen „Körnchen Salz" zu nehmen — wie ja diese Arbeit ganz allgemein ihrer Natur nach nur einen kleinen Beitrag bedeuten kann zu diesem großen, bedeutungsvollen, aber noch so wenig bearbeiteten Problem der „öffentlichen Meinung" in der Vorgeschichte des Weltkrieges.

Doch andererseits, jedes der hier vertretenen Blätter vertritt repräsentativ einen ganzen Typus, nach dem sich hunderte anderer, kleinerer Zeitungen ausrichteten — angesichts der bekannt strengen Parteidisziplin steht diese einheitliche Ausrichtung z. Bsp. bei der Zentrumspresse bestimmt fest — sodaß wir hier doch bis zu einem gewissen Grade von der „öffentlichen Meinung" sprechen dürfen, ohne befürchten zu müssen, daß etwa eine Untersuchung der mittleren und kleineren liberalen und konservativen Provinzblätter unsere Ergebnisse Lügen strafen würde[30].

Die Problemkreise.

Als Stichworte werden uns zunächst die „Mächte" ein Leitfaden sein. Das unbedingt augenfälligste, in dem sich unsere Blätter alle wirklich restlos einig sind, das ist schon in den letzten Junitagen die kaum noch zu überbietende Verachtung, die den Serben, den Südslawen, dem ganzen Komplex „Balkan" zuteil wird, die ungeheuchelt und echt aus dem Herzen der Schriftleiter kommt. Das Kulturhochgefühl des Mitteleuropäers, zumal des liberalen, gegenüber den primitiven Verhältnissen dieser jungen und ungebärdigen Staaten und Völker, die ganze sich entladende Wut über die ewigen Ruhestörungen „von da unten", die Erinnerung an die Balkankriege mit ihren Greueln und nicht zuletzt natürlich der akute Anlaß „Serajewo", sie bringen diesen einhelligen Chor des Entsetzens, der Verachtung und der schärfsten Kritik zustande. Selbstverständlich, daß sich auf diesem Hintergrund Österreich in dem allgemeinen Bewußtsein als ein Leuchtturm in der Flut der chauvinistischen Unkultur herausheben muß, und daß damit einem scharfen österreichischen Vorgehen gegen diese „balkanischen Zustände" der bestvorbereitete Boden in der öffentlichen Meinung geschaffen wird. Serbien erscheint nicht als ein normaler internationaler Verhandlungspartner, sondern kraß ausgedrückt, als ein Verbrecher, der zu züchtigen ist. Man kann sich unschwer ausmalen, welchen Sturm erst die Kenntnis der Tatsache entfesselt haben würde, daß die serbische Regierung nicht nur indirekt, sondern direkt der Mitschuld an dem Mord beschuldigt werden konnte, einer unmittelbaren Mitschuld, die ihm ernstlich nirgends damals zur Last gelegt wird. Aus

---

30 Die großen Berliner Blätter, die wie etwa die „Tägliche Rundschau" oder der „Lokalanzeiger", in unserer Zusammenstellung fehlen, wurden mir aus Zitaten und ausführlichen Anführungen soweit kenntlich, um feststellen zu können, daß sie sich in ihrer Haltung im großen in nichts von den sie anführenden Blättern unterschieden.

diesem Gefühl der Empörung heraus kommen auch unverblümte Kritiken an der österreichischen Verwaltung in Bosnien zustande, außer im „Vorwärts" und der „Frankfurter Zeitung" fordert man überall eine Verschärfung der österreichischen Regierungspraxis den Serben gegenüber, auch in den so liberalen Zeitungen, wie dem „Berliner Tageblatt" oder der „Vossischen Zeitung" oder in der so bissig habsburgfeindlichen „Rheinisch Westfälischen Zeitung". Man spart allgemein, auch gerade in der offiziösen „Kölnischen Zeitung", nicht mit deutlichen Vorwürfen in der Betrachtung des österreich-serbischen Verhältnisses an die Wiener Adresse, freilich mit Vorwürfen, die durchweg nicht geeignet waren, die Wiener Staatslenker zu bremsen, sondern sie zur Aktivität gerade aufzustacheln, einer Aktivität, von der man nicht ahnt, wie übersteigert sie schon vorhanden ist.

Es wird allerdings nirgends versucht, Österreich zu sofortigem militärischen Eingreifen aufzufordern, sondern überall wird der größte Wert auf eine sorgfältige und einwandfreie Untersuchung gelegt. Trotzdem läßt die gewaltige antiserbische Aufregung in der deutschen Presse den Schluß zu, daß ein solches überfallartiges österreichisches Vorgehen, das manchmal nachträglich als die beste „Lösung" gepriesen wurde, in der deutschen Öffentlichkeit sicher keine allgemeine Ablehnung gefunden hätte.

Wir sind gewohnt, die deutsche Stellung zu Österreich-Ungarn im Juli 1914 mit dem damals in Kurs befindlichen, ebenso wuchtigen wie unpolitischen Schlagwort von der „Nibelungentreue" zu kennzeichnen, mit einem vorherrschend spöttisch wütenden Unterton, in dem aber doch ein leises Mitklingen jener gewaltigen Gefühlswallungen der Schicksalsverbundenheit nicht ganz zu unterdrücken ist. Und wir können jetzt feststellen, daß es mit dieser Vorstellung durchaus seine Richtigkeit hat, aber wir müssen gleichfalls bemerken, daß diese Gefühlswallungen von der felsenfesten Überzeugung eines realpolitischen Zwanges, Österreich-Ungarn ohne Einschränkung beizustehen, unterbaut wurden, daß diese rein politische Schau in den linksliberalen Blättern, wie der Fr.Z. und den Berl. Tagbl. sogar ganz im Vordergrund steht, und daß sie bei der RWZ. die zornige Polemik gegen die „eroberungsgierige Habsburgermonarchie" zum Verstummen bringt. (Die doktrinäre Opposition des „Vorwärts" sei auch hier wieder, wie meist stillschweigend ausgenommen).

Das Bewußtsein des Eingekreistseins inmitten einer mächtigen Koalition, wie überhaupt das Bewußtsein von der Verfahrenheit der gesamt-

europäischen Situation lassen keinen anderen Weg gangbar erscheinen als den, für die Erhaltung der österreichischen Großmachtstellung alles einzusetzen, weil sie in der allgemeinen Vorstellung als die europäische Bedingung der deutschen Weltmachtstellung erscheint.

Erleichtert wird diese Haltung auch den an sich durchaus nicht österreichbegeisterten Blättern wie der Fr.Z. und der RWZ. durch die Unkenntnis oder zumindest nicht ausreichende Kenntnis von der Starrheit der Wiener Diplomatie. Die Blätter sind des Glaubens, auf der Basis des in der Presse stark herausgehobenen „territorialen Desinteressements" seien eifrige Petersburg-Wiener Verhandlungen im Gange, die nur oder doch in erster Linie durch die allseits verabscheuten „panslawistischen Kriegstreiber" zur Unfruchtbarkeit verurteilt würden. — — Man kann sagen, daß sich auf der Überzeugung von dem Fehlen österreichischer Eroberungstendenzen die ganze unbedingt proösterreichische Haltung, zumindest der liberalen Presse, erst aufbauen konnte. — Ganz allgemein ist dabei die Überzeugung von dem Charakter des österreichischen Vorgehens als einer bloßen „Strafexpedition", als eines eigentlich nicht ernsthaften Krieges. Darum ja auch die selbstverständliche Erwartung eines blitzschnellen österreichischen Einmarsches in Belgrad.

Auf das „In-der-Luft-liegen" eines „Halt in Belgrad Vorschlages" in diesem Zusammenhang wurde ja bei der Zitierung von zahlreichen derartigen Pressestimmen schon hingewiesen. Ebenfalls darauf, daß verschiedentlich, so besonders in der K. Z. (vom 26.) und in der Fr.Z. den Russen eine Art Internationalisierung des Konfliktes nach Beendigung der österreich-militärischen Aktionen zugestanden wird, eine Bereitschaft, dann nötigenfalls Österreich bremsen zu helfen. Aber wesentlich hervorstechender und stärker das Gesamtbild bestimmend, sind die Stimmen, ganz besonders in der Zentrumspresse und den L.N.N., die mit lautester Energie jedes diplomatische Eingreifen in die ganze Abwickelung des österreich-serbischen Streites unzweideutig zurückweisen, und sich durchaus nicht scheuen, auf die deutsche Waffenmacht dabei hinzuweisen, wohl aus dem tieferen Gedanken heraus, gerade durch die Drohung mit den Waffen ihre Anwendung vermeiden zu können.

Auf einen psychologischen Hintergrund der unbedingten Unterstützung, die in der deutschen Öffentlichkeit dem Ultimatum zuteil wird, wies ich ebenfalls schon früher hin, auf die ärgerliche Überzeugung von der österreichischen Energielosigkeit und Halbheit, sodaß die Freude über das kräftige Lebenszeichen des Bundesgenossen auch den sonst vielleicht mög-

lichen Blick dafür trübt, daß er nun in das andere Extrem gefallen ist. Um bei dieser „ärgerlichen Überzeugung" zu bleiben – nirgends, auch nicht in den Hymnen des politischen Katholizismus auf den alten Kaiserstaat erfreuen sich die Leute vom Ballhausplatz in Wien einer spürbaren Hochachtung und eines besonderen Ansehens, wenn auch die Abneigung nicht überall so deutlich zum Ausdruck kommt wie in der Fr. Z., von der R.W.Z. und vom „Vorwärts" noch ganz abgesehen. Umso erstaunlicher ist darum die Tatsache, wie gehorsam und einmütig dann aber überall die offizielle Parole von der unbedingten Selbständigkeit und Handlungsfreiheit dieser Wiener Politiker befolgt wird. — Und doch eigentlich nicht schwer zu erklären, wenn man sich vor Augen hält, daß gerade in diesem Fall „Serajewo" das natürliche Recht so offensichtlich auf der Seite des von einem überspannten und rücksichtslosen Chauvinismus in seiner Existenz bedrohten Verbündeten erscheint und darüber hinaus der Prestige- und Ehrenstandpunkt einer durch Alter und Vergangenheit ehrwürdigen und zudem im Kern immer noch deutschen Großmacht im allgemeinen Gefühl in Deutschland so lebendig ist, daß es eine kritische Haltung gegen ihre augenblicklichen Vertreter doppelt schwer hat, dagegen zu bestehen — und wenn man sich weiter vor Augen hält die Gesamtsituation dieser Tage, in denen überall in Europa sekundäre Erwägungen verstummen vor dem instinktiven Gefühl einer gewaltigen Machtprobe zweier gegensätzlicher Großmachtsysteme.

Für vielleicht das wesentlichste Ergebnis unseres Streifzuges durch die Presse glaube ich die Wahrnehmung, die ganz klare Feststellung halten zu dürfen, daß dem zaristischen Rußland eine von heftiger Abneigung, ja unverkennbarem Haß und verteidigungsbereitem Feindschaftsgefühl diktierte Einstellung zuteil wird. Der liberale „horror" vor dem Hort der reaktionären Autokratie liegt als sichtbarste Ursache dieser Haltung auf der Hand, aber mit ihm und der selbstverständlichen Herausstreichung der gewiß sehr schwerwiegenden Tatsache, daß Rußland als Protektor Serbiens in dieser Krise den natürlichen Mittelpunkt der Diskussion bildet, kommen wir nicht zur restlosen Erklärung einer solch einmütigen Abwehrstellung — auch die R.W.Z., die sich realpolitisch in einigen Artikeln betont rußlandfreundlich gibt, stößt zu Beginn des Krieges in dasselbe Horn: Kampf den asiatischen Barbaren! Auch das Stichwort Kriegspsychose trifft den Kern der Sache nicht, denn einmal ist diese Haltung weithin schon vorhanden, als der Krieg noch ziemlich unwahrscheinlich erscheint, und ferner fehlt ja diese feindselige Abwehrstellung

dem doch „eigentlichen" Feind Frankreich gegenüber sozusagen völlig bis in die allerletzten Tage hinein, wie wir noch besonders feststellen werden.

Hier werden tiefere Untergründe sichtbar, dieselben, die in dem bekannten Bethmannschen Satz von dem Kampf des Slawentums gegen das Germanentum von höchster autoritativer Stelle ebenfalls angeleuchtet wurden. Unverkennbar ist es Volkshaß, der uns in dem Kampfruf gegen die „halbasiatischen Heerscharen und Kosackenhaufen" des Zaren begegnet. — Es sind meist wortwörtlich dieselben Argumente und Angriffe, die wir heute in unseren Zeitungen gegen den Bolschewismus verwendet finden, die im Juli 1914 dem Panslawismus zuteil werden! ! Diese Übereinstimmung kann nicht „zufällig" sein, sie offenbart einen Hintergrund in der deutschen Volksseele, dem der ganze Komplex dieser östlichen, der grenzenlosen, undurchsichtigen „barbarischen" Übergangswelt Halbasiens zutiefst wesensfremd, rassefremd und darum feindlich ist, auch damals schon, als diese Welt noch nicht bolschewistisch, sondern „nur" zaristisch, autokratisch, panslawistisch beherrscht war und die G.P.U. noch Ochrana hieß. — Diese Fremdheit kann auch nicht etwa im Glanz des Exotischen ihre harmlose Auflösung finden, denn diese Welt ist ja außerhalb des Zarenhofes durchaus glanzlos und weckt nur die Vorstellung von Öde und Kälte, zudem liegt dieser Koloß in so bedrohlicher, unausweichbarer Nähe, daß nur Feindschaft möglich ist, wenn die Bedingungen zur Freundschaft fehlen. Und diese fehlen eben, nicht allein wegen des Gegensatzes Liberalismus — Zarentum — denn das Mutterland des Liberalismus Frankreich hat ja ein Bündnis mit ihm, kann es haben, weil geographisch und politisch Deutschland zwischen beiden liegt — sondern weil vor allem das Gefühl tiefer Fremdheit im Volke verankert ist und ein Gemisch von Verachtung und Furcht erzeugt, für das es keinen genauen Namen gibt. Natürlich können unabhängig davon die beiden S t a a t e n lange Zeit in guten politischen Beziehungen leben, können sogar stark bindende gemeinsame Interessen haben, wie etwa in der gemeinsamen Bedrohung durch die polnische Frage — und in solchen Zeiten ruht diese nationale Abneigung fast ganz unter der Oberfläche und flammt erst dann richtig auf, wenn ihr die offizielle Politik den Weg frei gibt. Daß sie dann so ganz einheitlich dieselben Ausdrücke und Schlagworte im Munde führt, so ganz unterschiedslos sich derselben Sprache bedient, das zwingt, mit Beachtung sonstiger Syptome, eben zu dem vorweggenommenen Schluß auf untergründige Empfindungen, wobei es nebenbei bemerkt für die Wirkung durchaus nebensächlich ist, ob

diese Empfindungen auf realer Basis oder auf Einbildungen und falschen Vorstellungen beruhen.

Daß über hundert Jahre fast Preußen und Rußland, richtiger preußische Monarchie und ostelbischer Adel und Petersburger Zartum und baltische Aristokratie sogar in den besten politischen Beziehungen lebten, spielt in dieser Betrachtung auch keine sonderliche Rolle, in der erwähnten Einschränkung liegt ja schon die Erklärung dieser Tatsache. Es braucht nur an das wenig rühmliche Andenken erinnert zu werden, das die verbündeten russischen Truppen in den Befreiungskriegen in der Tiefe des Volkes hinterlassen haben, um zu wissen, wie wenig diese Herrscherfreundschaft im Volk verankert war. Denken wir dabei auch an die zahllosen deutsch-russischen Pressefehden schon der Bismarckzeit, immer aus nichtigem Anlaß, von denen etwa die Memoiren des Generals von Schweinitz so oft ärgerliche Kenntnis geben, wie diese überhaupt aufschlußreich sind für das allmähliche Absacken der Fundamente der preußisch-russischen Freundschaft gegenüber den elementaren Gewalten der Tiefe in Rußland, dem heiligen Synod und den panslawistischen, chauvinistischen Kreisen, publizistisch geführt von Katkow, die dann in Deutschland die Gegenbewegung entfachen, die wir im Juli 1914 unter dem liberalen Banner „Schutz der europäischen Kultur vor Asien" und mit dem Schlachtruf „Schutz der deutschen Existenz vor der Kosackenknute des Allslawismus" von dem latenten Stadium übergehen sehen in den elementaren Ausbruch[31].

Die Person des Zaren Nikolaus selbst spielt im letzten Stadium der Krise in der deutschen Presse eine verhältnismäßig harmlose Rolle, trotz der forcierten Entrüstung über seine „arglistige Täuschung" des Kaisers während des Depeschenwechsels, und obwohl man in den Tagen der Entscheidung in seinen Händen das Schicksal des Weltfriedens liegen sah oder sehen wollte. — Sogar der „Vorwärts" zieht seine persönliche Friedensbereitschaft nicht in Zweifel. Der Kampfruf richtet sich gegen das autokratische System als solches, das der im einzelnen undefinierbaren Großfürsten-Generals- und Panslawistenclique freie Hand läßt, der dunklen Gruppe, von der man weiß oder fühlt, daß sie die scharfe,

---

[31] Als ein kleines, aber immerhin erwähnenswertes Streiflicht seien noch einige Aufsätze aus der kath., sehr harmlosen und unpolitischen Zeitschrift „Der deutsche Hausschatz" von 1888 angeführt, in denen diese hier geschilderte tiefe und echte Abneigung gegen Rußland immer wieder zum Ausdruck kommt, und das zu einer Zeit, da das offizielle Deutschland mit Petersburg noch in freundschaftlichen Beziehungen lebt! Eine Freundschaft allerdings, die sich schon bewußt war, daß sie nicht auf Felsbodenn stand.

Deutschland absolut feindliche Spitze des halbasiatischen Kolosses Rußland ist und alle Schrecken entfesseln kann, die seit den Tagen des Attila aus diesen Steppenweiten über Mitteleuropa gekommen sind.

Zu der rein sachlichen Seite in der Stellung zu Rußland bleibt noch zu sagen, daß die russischen Balkaninteressen nirgends zu leugnen versucht werden, trotz gelegentlicher doktrinärer Fragen nach ihrem „Recht", oft werden sie sogar ausdrücklich anerkannt, aber man kann sie natürlich nirgends, außer im „Vorwärts", der sich hier betont realpolitisch gibt, wo diese Sicht seiner Doktrin einmal entgegenkommt — als ein russisches Lebensinteresse betrachten, das irgendwie mit dem Existenzkampf der Donaumonarchie gleichen Rang beanspruchen könnte[32]. — Eine Schau, die wir durchaus als eigentlich selbstverständlich unter den damals gegebenen Umständen anerkennen müssen, wobei wir aber aus größerer historischer Blickweite gleichfalls hinzufügen müssen, daß Schwäche, wie sie in der Tatsache einer gegen den Nationalismus eines Kleinstaates um ihren Bestand kämpfenden „Großmacht" liegt, auf der Ebene des weltpolitischen Mächtespiels durchaus keine „Entschuldigung" darstellt, sondern im letzten Grunde sogar die tiefste „Schuld".

Von Rußland richtet sich der Blick von selbst auf F r a n k r e i c h, wie es ja auch in unseren Zeitungen geschieht, die sich ganz daran gewöhnt hatten, diese beiden Mächte in außenpolitischer Sicht als eine Einheit zu betrachten, obwohl man andererseits ihre innere, kulturelle, historische Verschiedenheit mit Bedauern hervorhebt. Diese Tatsache gibt uns die Erkenntnis jener frappierenden Feststellung zum Teil schon in die Hand, nämlich der, daß von einer antifranzösischen Tendenz bis zu den Tartarennachrichten des 3. August überhaupt nicht gesprochen werden kann, von wenigen Artikeln der noch in der Stimmung der Marrokkokrise befangenen N.W.Z. und L.N.N. abgesehen. Und auch die Kommentare zum Kriegsausbruch mit Frankreich, sie sind von wirklichem Haß gegen Frankreich, gegen das französische Volk im besonderen völlig frei, und im Gegenteil in den liberalen Blättern, so ganz besonders im Berl. Tgbl. eröffnet man den Krieg mit Frankreich sozusagen mit einer Freundschaftsbeteuerung, der man nur fast mehr schmerzlich als zornig bewegt ungefähr den Nachsatz anhängt: Es tut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh.

Von den gefühlsmäßigen Gründen abgesehen, die ja klar auf der

[32] In diesem Zusammenhang sei nochmal auf die große Rolle verwiesen, die das österreichische „territoriale Desinteressement" bei der Stellungnahme zu den russischen Balkaninteressen spielt.

Hand liegen, denn im deutschen Verhältnis zu Frankreich fehlte und fehlt trotz aller bewußt erlebten Gegensätzlichkeit das Gefühl von tiefer Fremdheit und Verachtung, wie es Rußland gegenüber zum Ausdruck kommt, im Gegenteil, man betrachtet es als durchaus ebenbürtig, ist sogar eigentlich stolz auf diese traditionsreiche Feindschaft, die für beide Völker die ereignis- und ruhmreichsten Seiten der neueren Geschichte schrieb — also dies vorangestellt, so liegt die Erklärung für diese Erscheinung natürlich im Verlauf der Krise begründet, die vom Balkan weg ihren Schwerpunkt nach Petersburg und dann nach London verlegte, aber nie nach Paris, denn, wie eben gesagt, über die eiserne Festigkeit des russisch-französischen Bündnisses macht man sich ja keine Illusionen. Auch die oft, besonders anläßlich des Poincarebesuches zu findenden Feststellungen einer französischen „Vasallenschaft" sind nur eine spöttisch-ärgerliche Art der Anerkennung dieser Festigkeit.

Man betrachtet manchmal im liberalen Lager sogar Frankreich als einen Schicksalsgenossen auf der anderen Seite, der genau so unschuldig an der Balkanaffäre ist wie Deutschland, dessen einzige, aber nicht mehr abzuändernde Sünde es ist, sich einmal mit diesem gewissenlosen Rußland verbündet zu haben, das kaltblütig Freund und Feind, ob sie wollen oder nicht in den Weltbrand hineinzieht, um die allrussische Herrschaft über Europa aufzurichten.

Wir müssen sogar feststellen, bei der üblichen Vorstellung von einer Kriegspsychose immerhin eigenartig, daß man in der deutschen öffentlichen Meinung damals den Anteil Frankreichs an der Kriegsschuld oft niedriger einschätzt, als es der Historiker tun kann, da man damals in der Vorstellung lebt, daß Frankreich auf Petersburg im Sinne des Friedens eingewirkt habe, aus natürlichem Schrecken vor dem Weltkrieg so gut wie wegen der „militärischen Unfertigkeit", wie sie der Senator Humbert „aufgedeckt hatte".

Dagegen sieht der Historiker die unmittelbare französische Verantwortung am Kriegsausbruch in der „Blankovollmacht" an Petersburg, in der unbedingten Solidaritätserklärung Poincarés, mit dem Verzicht auf die Mitgestaltung der russischen Politik in den entscheidenden Tagen.

Nicht übersehen werden können natürlich die zahlreichen Polemiken mit französischen Zeitungen in der deutschen Presse — aber man macht einen deutlichen Unterschied zwischen Pariser Presse und „Frankreich", jeder Pariser Bericht gibt davon Zeugnis, schließlich sogar zwischen Regierung und Volk. Von diesem letzteren Unterschied erzählen manche Stimmungsberichte aus Frankreich in den letzten Juli- und ersten Au-

gusttagen, die erschütternd wirken, besonders der in der K.Z. vom 2. August, durch ihren Mangel an gegenseitigem Haß, an elementarer Feindschaft, der in ihnen, in den Gesprächen mit Franzosen zum Ausdruck kommt. Sie bedeuteten wirklich das Gegenteil von einer kriegerischen Stimmungsmache, wie sie etwa gegen Serben, Panslawisten und Kosacken betrieben wird.

Solche Stimmungsmache gegen Frankreich beginnt erst am 3. August mit den bekannten Nachrichten von Bombenabwürfen, größeren Grenzverletzungen, Tunnelsprengungen und Brunnenvergiftungen, sie platzen in eine schon vorhandene kriegerische Erregungshochstimmung hinein, in der alles einzelne und alles differenzierte untergeht.

Immerhin können wir einige Artikel von K.V.Z. und R.W.Z. nicht übersehen in ihrer Feindseligkeit, da sie uns veranlassen, die vorhergehenden Feststellungen über die Haltung der deutschen Presse zu Frankreich insoweit einzuschränken, als diese Artikel in zwei der größten westdeutschen Blätter wohl zu dem Schluß zwingen, daß eine Durchsuchung besonders der westdeutschen eigentlichen Provinzpresse in diesen Augusttagen wohl doch schärfere Töne an die französische Adresse finden würde, als wir sie in der K.Z., der Fr.Z. und dem Berl. Tgb. fanden. Freilich würde das unser Urteil, das sich ja, wie eigentlich nicht gesagt zu werden braucht, nicht nur auf unsere Zitate stützt, nicht umwerfen, denn es ist tatsächlich grundsätzlich etwas anderes, ob man über den zähen Revanchedurst eines ehrgeizigen und, nicht in der Tiefe des Volkes, aber in der Schicht seiner maßgebenden Politiker, meist streitsüchtigen Nachbarn schließlich in Wut gerät, oder ob man zum Kampf gegen die drohende Überflutung durch den Panslawismus und „seine asiatischen Horden" aufruft.

Dadurch, daß England und Frankreich, auch ohne formale Bindung, eine ebensolche außenpolitische Einheit bildeten wie Frankreich und Rußland, schloß sich in der Julikrise der eiserne Ring um die Mittelmächte, obwohl England noch weit weniger natürliches Interesse daran hatte als Frankreich, für die russischen Balkaninteressen alles aufs Spiel zu setzen. Diese unbezweifelbare Feststellung gibt uns auch die Erklärung der Stellungnahmen unserer Blätter zu E n g l a n d, vielmehr diese geben sie uns schon selbst in den meisten Fällen. Denn, obwohl die Haltung unserer Zeitungen zu England, ihre Erwartungen, Hoffnungen, Befürchtungen im einzelnen oft sehr weit auseinander gehen, wenn wir etwa klare und eindeutige Warnungen der Londoner Korrespondenten von Fr.Z. und K.Z.

in den letzten Julitagen mit Triumphartikeln der „Germania“ und der L.N.N. über die „englische Zurückhaltung“ zur selben Zeit vergleichen, so läßt sich doch das eine nicht bestreiten, daß man sich bei den maßgebenden deutschen Zeitungen darüber klar ist, daß England sich sehr fest an Frankreich gebunden weiß, daß die Erhaltung der französischen Großmachtstellung ein Axiom der englischen Politik bildet, daß aber andererseits England ebenso sehr und ganz aufrichtig an der Erhaltung des Weltfriedens interessiert ist. Die stärkere Betonung dieses letzteren Interesses in der deutschen Presse ist nur natürlich, zumal das englische Interesse am Frieden ja auch durch den in Großaufmachung erscheinenden Greyschen Konferenzvorschlag unterstrichen wird. Dieser Londoner Vorschlag erfährt in Deutschland trotz eindeutiger sachlicher Ablehnung eine stimmungsmäßig durchweg sehr freundliche Aufnahme, einmal eben, weil er die Verdeutlichung des englischen Friedenswillens darstellt und weiter weil, wie uns jede historische Darstellung berichtet und wie die Presse es uns durchaus bestätigt, rein gefühlsmäßig das deutsch-englische Verhältnis gerade im Sommer 1914 auf einem erfreulichen Wege der Besserung sich befand. Von gehässiger Feindseligkeit gegen England sind unsere Zeitungen sozusagen völlig frei. Und auch die erste Antwort auf die englische Kriegserklärung in der deutschen Presse weist zwar den englischen Kriegsvorwand in der belgischen Neutralitätsverletzung mit selbstverständlich scharfen Worten zurück — die Kr.Z. etwa spricht auch von der englischen traditionellen Heuchelei — und man ist sich wohl auch ganz klar darüber, daß hinter dem Eingreifen für Frankreich die weltpolitische Rivalität steht — obwohl dieser Punkt eigentlich k a u m a u s d r ü c k l i c h hervorgehoben und ausgeführt wird — aber von einer besonderen Erbitterung, etwa im Stile des bekannten „Gott strafe England“ findet sich in unseren Blättern in der ersten Reaktion auf das englische Eingreifen noch keine Spur. Man stellt überall sogar mit einem Ausdruck der Erleichterung fest, daß es für die Klarheit der Fronten und für die Freiheit der deutschen Kriegführung besser gewesen sei, daß England von vornherein seine Stellung bekannt gegeben habe, eine Erleichterung, die wir in Anbetracht der kriegerischen Hochstimmung wohl auch als echt empfunden bezeichnen dürfen. Dieses aller ruhigen Erwägung abträgliche Hochgefühl müssen wir auch für das Fehlen jedes publizistischen Niederschlages von Nachdenklichkeit über die ungeheure Tragweite der offenen Gegnerschaft des englischen Weltreiches verantwortlich machen. Der „Vorwärts“ bildet allerdings wieder eine Ausnahme, und auch die anderen Blätter gehen in ihrer echten oder gekünstelten Geringschätzung nicht so-

welt wie die „Essener Volkszeitung", die der englischen Armee nur den deutschen Landsturm entgegenstellen will!

Die sofortige Kriegserklärung bedeutete wohl für den Großteil der öffentlichen Meinung eine Überraschung, denn als Gesamteindruck können wir festhalten, daß man sich in der Presse, oft mehr zwischen als in den Zeilen, wenig Hoffnung auf dauernde englische Neutralität im Kriegsfalle macht[33], aber daß man auch nicht davon überzeugt ist, England würde sofort in den Kampf eintreten. Die belgische Frage, die dafür den letzten Ausschlag gab in London, ruhte ganz unter der Oberfläche, und wo sie daran tritt, etwa in der Voss.Z., findet sie entrüstete Abwehr jeden Verdachtes. Die offensichtliche Durchdenkung des englischen Problems beginnt aber erst in den drei letzten Julitagen, vorher können wir nur immer wieder feststellen, daß mit freundlicher Zustimmung Englands Friedensinteresse in Vordergrund gestellt wird, (bis zu optimistischer Überschätzung wie beispielsweise in den L.N.N.). Darüber hinaus werden noch besonders diejenigen englischen Pressestimmen in den Vordergrund gestellt, die Österreich Verständnis entgegen bringen.

Wir können also wohl behaupten, daß die deutschen Zeitungsleser im Juli 1914 genau so wenig auf einen Krieg gegen England stimmungsmäßig vorbereitet wurde, wie auf einen Krieg gegen Frankreich, sogar noch weniger. Das Gesamtbild der Haltung zu England ist, genau wie in der hohen Politik so auch in der Presse das eines aufrichtigen und auch einigermaßen hoffnungsvollen Friedens- und Freundschaftswillens, mit oftmaliger Betonung der westeuropäischen Kultursolidarität, trotzdem aber in den entscheidenden Tagen der Krise allgemein frei von Illusionen.

Das Stichwort „Italien" nötigt uns nur wenige Sätze ab. In den Leitartikeln spielt Italien sozusagen keine Rolle. Man spricht zwar allgemein vom Dreibund, legt aber wohlweislich keine Betonung auf Italien. Aus dem Nachrichtenteil muß man unbedingt den Eindruck gewinnen, daß Italiens Bundestreue für einen Ernstfall gar kein Problem mehr sei. In Fettdruck stehen da in allen Blättern Meldungen über ganz eindeutige, loyale italienische Regierungs- und Botschaftererklärungen[34] und Anführungen Dreibund ergebener Blätter, meist „Tribuna" oder „Corriere della Sera", deren Beweiskraft man gewaltig überschätzt.

---

[33] Besonders die Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" und der „Frankfurter Zeitung" fallen durch ihre illusionslose Schau auf.

[34] Ob diese im einzelnen eigentliche Falschmeldungen darstellen, oder nur optimistische Übertreibungen ähnlich lautender, aber anders gemeinter italienischer Erklärungen, wäre interessant zu wissen, spielt aber in unserem Zusammenhang keine Rolle.

Ob man allerdings auf den Redaktionen solche Meldungen selbst so unbedingt glaubt, ist einigermaßen zweifelhaft, wo doch das eigentümliche „bundesbrüderliche" Verhältnis zwischen Rom und Wien kein Geheimnis ist, auch die Entrüstung über die Neutralitätserklärung müßte dann wohl größer sein, während diese in Wirklichkeit meist nur beiläufig erwähnt wird. Man gibt dabei allerdings noch manchmal der Hoffnung Ausdruck, daß diese Neutralität nur vorläufig sei. Im übrigen geht das italienische Problem in diesen Tagen völlig unter in dem allgemeinen wild erregten Strudel des beginnenden großen Krieges. Italien spielt also eine durchaus untergeordnete Rolle in der deutschen Presse der Julikrise. —

Kritische Betrachtung.

Jede Arbeit, die sich mit der Vorgeschichte des Weltkrieges und der Julikrise im besonderen beschäftigt, steht, wenigstens in unserer Generation noch unter der Auswirkung des Kriegsschuldparagraphen von Versailles. Lange Zeit war dieser Schuldspruch von haßerfüllten und in der schlimmsten Kriegspsychose befangenen Advokaten überhaupt der „Auftraggeber" aller historischen Arbeiten über die Julikrise, die dadurch zu einem großen Teile beinahe zu juristischen Abhandlungen wurden. Sie hatten allerdings den Erfolg, daß sie durch ihre für jeden Wissenschaftler und überhaupt für jeden denkenden Menschen unzweifelhafte Widerlegung des Versailler Paragraphen die Bahn frei gemacht haben für die eigentlich historische Untersuchung und Darstellung.

Über den Begriff des Historischen, über die Aufgaben der Geschichtsforschung, die Gundsätze der Historie, auch soweit sie über das Technische hinausgehen, läßt sich gewiß sehr lang und breit diskutieren, aber über das Eine ist wohl kein Zweifel erlaubt, daß es nicht Sinn und Aufgabe der geschichtlichen Darstellung zu sein vermag, an der Vergangenheit eine solche Art der Kritik zu üben, die gewissermaßen Zensuren austeilt und nach vermeindlich unantastbaren, aber bei näherem Zusehen immer sehr subjektiven Grundsätzen[35] „gut" oder „schlecht", „schuldig" oder

[35] Ein Beispiel hierfür: Die Anwendung des in unserem politischen Leben unantastbaren Grundsatzes: Gut ist, was dem Volke nutzt". Das Problem, wer nun aber die Entscheidung über das in diesem Sinne Gute fällen kann, ist in der Politik gelöst durch die verantwortliche Staatsführung und ihre Autorität, vor allem durch die Möglichkeit der praktischen Erprobung — aber wo ist diese Autorität in der Geschichte? Hier ist und bleibt jede Wertung subjektiv, und wenn sie noch so gewichtig einherschreitet, ver-

„unschuldig“ werten will. — Dies als Vorbemerkung zur „kritischen Betrachtung“. —

Es ist allerdings verständlich, daß solche geschichtliche Ereignisse, die in gewissem Sinne noch dem Bereich der Politik angehören, die ohne rigorose Wertungen nicht auskommt, eben nach solchen im engeren Sinn politischen Maßstäben behandelt werden. Das klassische Beispiel hierfür liegt eben in der Julikrise vor uns. Und da trotz aller Aufhellung der Vorkriegszeit und der Julikrise im besonderen die politische, die Kriegsschuldfrage immer noch mit ihrer „juristischen“ Problemstellung die rein historische Betrachtung und Erkenntnis nicht ganz zu Wort kommen läßt, so erheischt sie auch von uns die Fragestellung, welche Antwort unser Hineinleuchten in die deutsche Presse auf die Frage nach der deutschen Kriegsschuld zu geben hat.

Die Frage stellen heißt sie beantworten. Kein, aber auch gar kein Hinweis findet sich für ein „vorbedachtes Anzetteln des Weltkrieges“, für einen Angriffsgeist, der sich die Welt untertan machen will, im Gegenteil, überall schlägt uns in den Tagen, da sich das Gewitter entlädt, die einhellige Überzeugung entgegen „Wir sind die Angegriffenen, wir kämpfen für unsere weltpolitische, für unsere Großmachtexistenz, für unsere Kultur und nationale Eigenart“. Nirgends finden sich auch nur Andeutungen eines Eroberungsprogramms. Und wo wirklich einmal der Blick über die elementare Verteidigung hinausgeht, etwa in der Fr.Z. oder dem Berl. Tgbl., da erträumt man sich höchstens im liberalen Idealismus eine „bessere, den Frieden garantierende Ordnung“, das Ideal eines Weltfriedens unter deutschem Vorangehen. Ein Traum, der so eindeutig pazifistisch ist, daß ihm keinerlei Unterjochungsgelüste unterlegt werden können. Abwehr und „Abrechnung“, nicht aber Angriff und Eroberung, jeder Kriegsaufruf läßt sich auf diesen Nenner bringen.

Gewiß, das wäre allein noch kein Beweis, denn die moralische Diffamierung des Angreifers in der Kulturwelt des 20. Jahrhunderts wird immer auch den wirklich aktiven Kriegstreiber veranlassen, sich als den Angegriffenen zu gebärden. Aber unsere Zeitungen bieten auch in den Wochen vor Kriegsausbruch nicht den kleinsten Beweis eines Kriegs-

---

pflichtend ist sie nicht, denn jegliche Kritik, soweit sie über die Einzeltatbestände hinaus sich in den Bereich grundsätzlicher Wertung erhebt, erscheint klein und unfruchtbar gegenüber der gewaltigen Wucht der Tatsachen, die eben so und nicht anders gewesen sind, und keine Behauptung — das ist der Kernpunkt. — dies und das wäre besser gewesen, vermag den Beweis dafür zu führen, denn beweisend ist immer und nur das Wirkliche, das Seiende, nicht aber Spekulation und rückwärts gewandte Phantasie.

willens, der über den Wunsch nach Demütigung, später Züchtigung des serbischen Chauvinismus im geringsten hinausginge. Deutsche Politik und Presse bieten hier ein völlig einheitliches Bild, und wenn man absolut von „Schuld" sprechen will, so liegt sie hier wie da in der mangelnden Durchdenkung der Gesamtsituation und in dem dadurch verursachten zu weiten Gewährenlassen der österreichischen Außenpolitik. — Ein Gewährenlassen, dessen Ursachen in den ganzen Komplex der Untergründe der Julikrise einführen, denn sie liegen auf derselben Ebene mit denen, die Frankreich zur unbedingten Unterstützungszusicherung an Rußland veranlaßten und die England hinderten, seinen aufrichtigen Friedenswunsch den beiden Ententegenossen so deutlich kundzutun, daß sie vor dem Spiel mit dem Feuer zurückschreckten. Sie liegen auf der Ebene der ganzen Problematik eines in Bündnisgruppen aufgespalteten Europa, Bündnisgruppen, in denen die Prestige- und Interessenpolitik aller einzelnen Staaten durch ihre gegenseitige Verkettung gewissermaßen solange addiert und summiert wird, daß dieser aus hundert an sich wohl löslichen Einzelfragen und latenten, aber in sich selbst auch meist ruhenden Gegensätzen[36] bestehende Komplex eines Tages während einer unglücklichen Zuspitzung von ungünstigen Tatsachen der natürlichen Friedensbereitschaft aller „leitenden" Staatsmänner über den Kopf wächst. Aus Friedenswillen wird dann Kriegsbereitschaft, manifestiert in den Mobilmachungsvorbereitungen und in dem steigenden, schließlich entscheidenden Einfluß der militärischen Kreise, die den unerbittlichen Gesetzen ihres Berufes gehorchen. Ob sie mit ehrgeizigem Kriegswillen oder nur mit menschlichem Grauen den Gesetzen des Militärischen untertan sind, ist dabei sogar von sekundärer Bedeutung.

Läuft einmal diese Maschinerie, so hat die Presse wirklich nur noch die Rolle eines begleitenden, unterstreichenden oder klagenden Chores, dessen Worte im Strudel verhallen. Die Presse spielt gewiß eine nicht leicht zu überschätzende Rolle in der gesamten Vorgeschichte des Weltkrieges, aber doch keine eigentlich selbständige, vor allem höchst selten eine unmittelbar einwirkende. Die Presse ist im allgemeinen kein in sich selbst lebender und handelnder Faktor der Politik, sondern ihr Organ, Sprachrohr, Ausdrucksmittel, benutzt entweder von der Regierung oder von jenen tausend Faktoren, die außerhalb der paar agierenden Staatsmänner die „Politik machen", deren Gesamtausdruck eben und Oberfläche die nicht offiziöse „öffentliche Meinung" darstellt.

---

[36] Das typische Beispiel dafür: Elsaß-Lothringen.

Eines der wesentlichen Charakteristike der deutschen Presse in der Julikrise ist es, daß diese offiziöse und die andere „öffentliche Meinung“ in einem Maße sich einheitlich darbietet, wie es in einem Lande mit liberaler Pressefreiheit überhaupt möglich ist, einheitlich in den bestimmenden Zügen in der Haltung zu den entscheidenden Mächten und den mit ihnen verbundenen Problemen, einheitlich im Friedenswillen, aber einheitlich auch in jener passiven Kriegsbereitschaft, ohne deren Vorhandensein im demokratischen Zeitalter kein Krieg entsteht. Diese Kriegsbereitschaft, die ihre natürliche Fortentwicklung in flammender Begeisterung findet, liegt einmal selbstverständlich allgemein in der menschlichen Natur selbst und ist darum auch in jedem Volke aus Selbsterhaltungstrieb vorhanden — schließlich ist der Krieg ja auch ein ganz natürlicher, ursprünglicher und ewiger Bestandteil des Völkerlebens — weiter aber ist sie in diesem Einzelfall begründet in der politischen Gesamtsituation des Jahres 1914, in dem allgemeinen Bewußtsein von ungeheuren Spannungen, die vorhanden sind, abseits von aller Willensfreiheit, von Schicksalsmächten, die sich in elementaren Tatsachen ausdrücken, in allen Problemen nationaler, wirtschaftlicher, „prestigehafter“ Art, wie sie entstehen, wenn solche Machtgebilde wie die europäischen Großmächte im Zeitalter des Imperialismus sich drängen auf engem Raum und stoßen in aller Welt.

„Kommen muß der Krieg ja doch einmal“, warum sich also jetzt gegen das Schicksal sträuben, wo es zu einem (scheinbar) noch vorteilhaften Zeitpunkt sich meldet“, so heißt es sinngemäß überall, sobald der Krieg in die unmittelbare Sicht rückt. Immer und immer wieder klingt es durch die Zeilen hindurch, die den Kriegsausbruch begleiten, wie eine Erlösung aus den Wochen und Tagen, da die Weltspannung von Jahren sich plötzlich ballte, aus der nervenfressenden Ungewißheit des Wartens. Und über alle kleine Vernunft, die selbstverständlich den Frieden will, siegt die elementare Bereitschaft, sobald die Würfel gefallen sind, den Riesenkampf um die deutsche Weltstellung zu wagen, der sich gleich auch zum Kampf um die nationale Eigenexistenz erweitert im allgemeinen Gefühl. Dieser Vulkanausbruch eines urnaturhaft heroischen Kampfwillens, eines Siegeswillens, dem überhaupt der Gedanke an eine Niederlage garnicht kommt in seinem ungeheuren Selbstbewußtsein, ihn nachzuerleben, das bildet den großen menschlichen Eindruck, wenn man jene Blätter liest.

Der papierne Widerschein jener machtvollen Tage ist noch stark genug, den heutigen Leser zu erschüttern. Das stark ausgeprägte, unbedingt echt anmutende Selbstbewußtsein, dieses Machtbewußtsein, ist nicht

erst eine Aufwallung der letzten wild erregten Tage, sondern tritt uns unverkennbar, auch bei den liberalen Blättern, in allen Äußerungen der Julikrise entgegen. Und dieses zweifelsfreie Wissen um die gewaltige, gefürchtete und seit einem Jahrhundert unbesiegte deutsche Waffenmacht, es hat nicht wenig dazu beigetragen, jenen stolzen Trotz in Deutschland anschwellen zu lassen, der es eben „darauf ankommen läßt" und es wagt, das große Schicksal lieber wenig bekümmert und schließlich begeistert herausgefordert zu wissen als dem unberechtigt empfundenen Drucke nachgegeben.

Schicksal und Urinstinkt und zusammengeballtes Verhängnis, im einzelnen gewiß „schuldhaft" und kritisierbar zu analysieren, im ganzen aber unabhängig von Menschenkraft und Willen, sie siegen über Vernunft und Vorsicht. Das ist die Tragödie des Juli 1914.

In dieser Erkenntnis bildet unser Streifzug durch die deutsche Presse ein bestätigendes und unterstreichendes Teilstück. Zwecklos ist solch rückblickender Erkenntnis gegenüber die Einzelkritik, wie sie ja zwischendurch manchmal geübt wurde und wie sie jetzt gewiß noch fortgesetzt werden könnte, auch die Spekulation, wie „man" es hätte besser machen sollen in jenen Wochen, wenn man etwa in der Presse, wie von seiten der Regierung, Österreich rechtzeitig gebremst hätte, statt es unter der falschen Voraussetzung der „Lokalisierung" starr zu unterstützen, gewiß, denn wenn man vom Rathaus kommt, ist man eben klüger als wenn man hingeht! — Doch die fundamentale und entscheidende Tatsache, daß das eben nicht geschehen ist, von kleinen bedeutungslosen Einzelheiten und grundsätzlicher, aber einseitiger und einflußloser Opposition abgesehen, sie ist nicht zu leugnen — sie kann in hundert Einzelheiten gewiß kritisiert werden und auch als ganzes, denn an ihrem Ende steht Versailles — gewiß, aber am Ende von Versailles steht auch eine in der deutschen Geschichte noch nicht dagewesene Machtkonzentration. – Doch von diesem letzteren noch ganz abgesehen, Kritik als l e t z t e s W o r t an schicksalhaften historischen Tatsachen ist unwürdig und unwissenschaftlich. Erkenntnis ist die Aufgabe des Historikers, nicht Zensurenverteilung und nachträgliches billiges Besserwissen, sondern Ehrfurcht und Sichbescheiden vor der in ihrer Einfachheit überwältigenden Tatsache, daß „es" nun eben s o und nicht anders gewesen i s t.

Bis in die kleinsten historischen Einzelheiten hat der Historiker der Vergangenheit nachzugehen, auch nicht zu vergessen, in die Hintergründe hineinzuleuchten, wie wir es hier versuchten. Und je näher der Stoff der Gegenwart liegt, umso öfter wird er offensichtlich gemachte Fehler im

einzelnen feststellen können und müssen, so zum Beispiel etwa in der Julikrise die an Ungeschick nicht mehr zu übertreffende Bethmannsche Behandlung der belgischen Frage, oder in unserer Arbeit dürfen ausgesprochen dumme Leitartikel nicht verschwiegen werden — und sehr oft spürt man bei ihrem Lesen den Wunsch, eine manchmal aufreizend falsche und undurchdachte „politische" Betrachtungsweise zu glossieren — aber eine Gesamtschau hat sich damit zu begnügen, Wirklichkeiten zu erkennen und festzuhalten, nach bestem Wissen und Können, doch nicht Richter und Schulmeister zu spielen, so sehr nahe uns auch abschätzige Kritiken an der gesamten Vorkriegszeit aus bekannten Gründen liegen.

Wie schon einmal gesagt, ein bestätigendes Teilstück bildet unsere Pressedurchleuchtung in der Erkenntnis von der Schicksalhaftigkeit des großen europäischen Gewitters, in dem ein Zeitalter, das wir das nationalliberale und imperialistische nennen können, seinen Abend erlebt hat.

Im Juli 1914 hat sich diese Epoche erfüllt. Der aus tausend kleinen und kleinsten, großen und größten Gegensätzen, Feindschaften, Mißverständnissen, Bosheiten, Rivalitäten und Krisen aufgehäufte Zündstoff geht in Flammen auf, als ein chauvinistisches Verbrechen eine lückenlose Kette von verderblichen Verknüpfungen und menschlichen Unzulänglichkeiten ins Leben setzt und so für die auslösenden Funken sorgt.

Von diesem erst langsam, dann rasend schnell rollenden Riesenrad, von seinem erst kaum sichtbaren, dann umso grelleren Widerschein in den Augen der Mitlebenden gaben uns unsere Zeitungen ein farbiges Bild, von dem wir zum Abschluß sagen dürfen, daß es dem Bild, wie es der Geschichtsschreiber aus den unmittelbaren Quellen nachträglich gewonnen hat, nicht in den vielen Einzelheiten, aber in den großen Zügen wesentlich schon gleich ist.

Lebenslauf.

Am 28. 4. 1915 wurde ich, Theo Goebel, in Essen geboren als Sohn des jetzigen Oberpostinspektors Theodor Goebel und seiner Ehefrau Karoline geborene Löbbert.

Von 1925 bis Ostern 1934 besuchte ich das staatliche Burggymnasium in Essen, das ich mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Nach Ableistung des Arbeitsdiensthalbjahres bezog ich am Sommersemester 1935 die Universität Bonn zum Studium der Geschichte, Geographie und Literaturgeschichte.

Ich hörte Vorlesungen und besuchte Übungen bei den Herren Professoren und Dozenten Kern, Oertel, Braubach, Holtzmann, Steinbach, Hallmann, Wampach und Anrich, Troll, Waibel, Stickel, Pfeifer, Obenauer, Hempel, Weydt und Enders.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich meinen eigentlichen Lehrern, Professor Kern und Professor Hallmann, deren Seminar über die Vorgeschichte des Weltkrieges ich fünf Semester angehörte. Ihr Ergebnis bildet diese Arbeit.